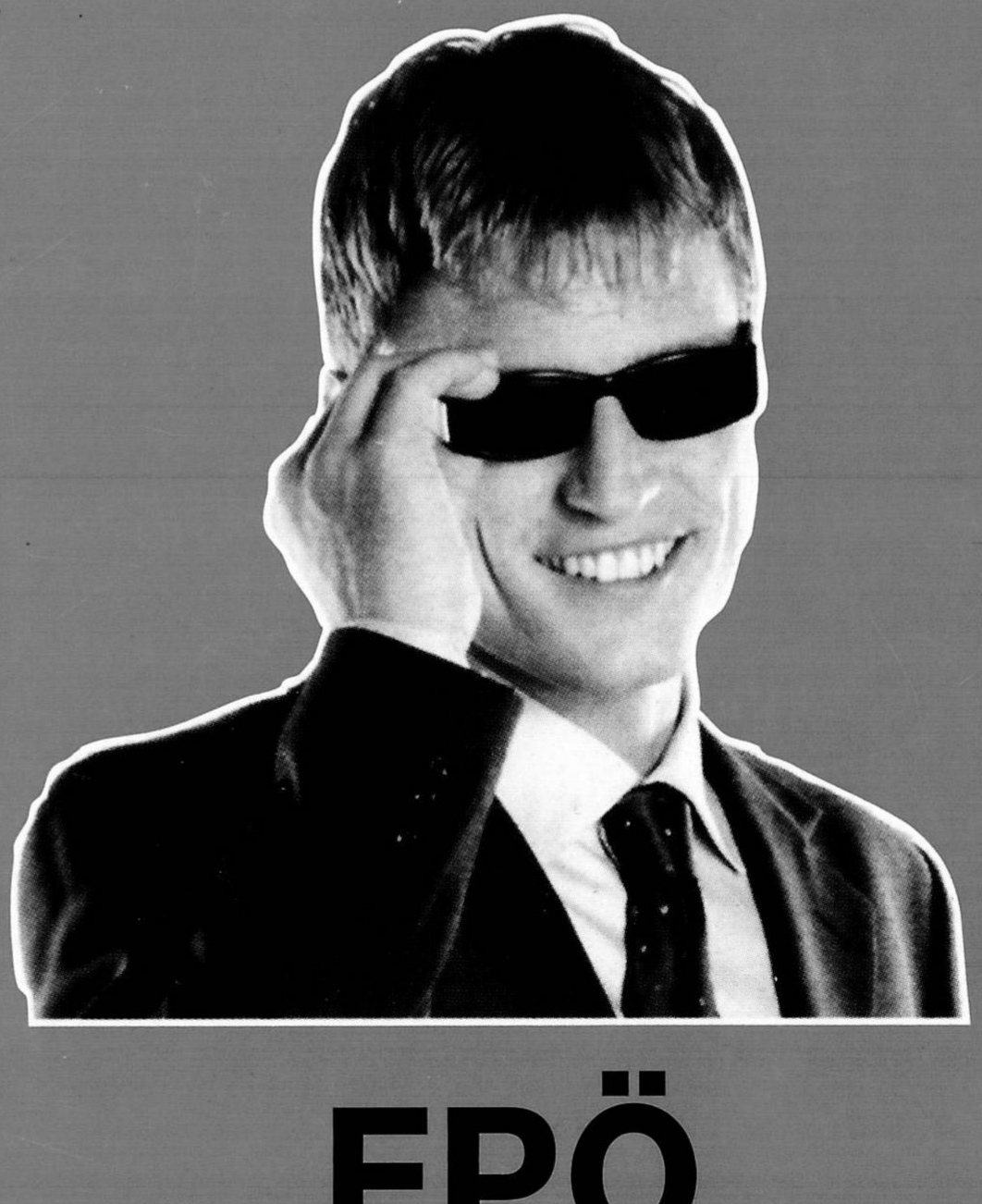
WEG UND ZIEL

4/1998

Marxistische Zeitschrift

56. Jahrgang 50 Schilling ISSN 0043/2024



FPÖ

FESCH-PERFID-ÖLIG

Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung

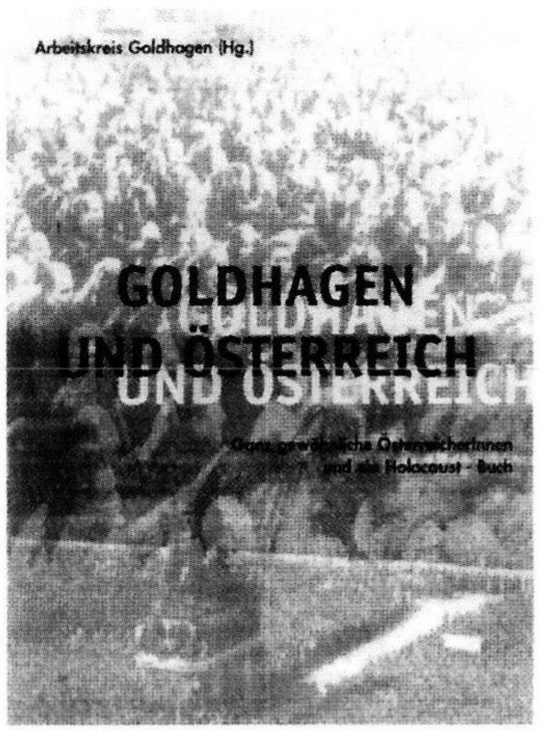
9. Jahrgang, Nr. 35, September 1998, 256 Seiten

Jugend ohne Perspektive?

Schimmel / Gutsche / Dittmeyer – Schule und Restauration / Schmukker – Jugendliche und Gewerkschaften / Schlegel – Junge Frauen in den neuen Bundesländern / Bultmann / Kiel – Politische Sozialisation von Studierenden / Einig – Kritik „akzeptierender Jugendarbeit" / Orlopp – MigrantInnenjugendliche / Böke – Zur Linksruck-Strömung

Und: Helms – Johann Jacoby / Pätzold – „Schwarzbuch des Kommunismus" / Reusch – Bilanzen der Kohl-Ära / Dietzel / Gehrcke / Klein / Woop – SPD 1998 / Koo – Südkorea / Hiedl – Chile / Kebir – Algerien/ Heuer / Schirmer – Menschenrechte und Großmachtpolitik / Conert – Ein real-utopischer Entwurf / Collmer – Kapitalismus und Schizophrenie (I) / Nyamnjoh / Schmidt-Soltau – 150 Jahre „Manifest"

Berichte – Zuschrifte – Rezensionen
Einzelpreis: 18,- DM (zzgl. Vers.); im Abo: 54,-; Auslandsabo 60,- (4 Hefte/Jahr incl. Vers). Probeheft: 10,- incl. Vers. Bezug: üb. Buchhandel (ISSN 0940-0648) oder direkt: **Z-Vertrieb**, Kölner Str. 66, 60327 Frankfurt/M., Tel. 069 / 7392934



Arbeitskreis Goldhagen (Hg.)

Goldhagen und Österreich
Ganz gewöhnliche Österreicher(Innen) und ein Holocaust-Buch

Die Broschüre zur Rezeption von Daniel Goldhagens "Hitlers willige Vollstrecker" in der österreichischen Medienlandschaft.
In Deutschland führte das Buch zu heftigen Debatten und zu zahlreichen Publikationen. Gab es auch in Österreich eine "Goldhagen-Kontroverse"?

Erhältlich in ausgewählten Buchhandlungen
oder per Versand zum Preis von ATS 60.-/ DM 9.- bei:

AK Goldhagen
c/o Fachschaft Informatik
Treitlstrasse 3
1040 Wien
e-mail: akgoldhagen@swi.ml.org

isw *institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.*

isw-report
erscheint vierteljährlich
5,- DM zzgl. Versand (Jahresabo incl. wirtschaftsinfo: 30,- DM)

150 Jahre Geschäfte des Siemens-Konzerns
(Nr. 33, Okt. 97), 44 Seiten, 6,- DM

Globalisierung und Multis (Nr. 34, Januar 1998)

Bilanz neoliberaler Wirtschafts- und Sozialpolitik
(Nr. 35, Mai 1998)

Süd-Globalisierung – Entwicklungsländer in der Weltwirtschaft (Nr. 36, August 1998)

isw-spezial
Cuba libre – Kuba liberal? (Nr. 9, Januar 1997), 5,- DM + Vers.
Energiesteuer – und dann? (Nr. 10, April 97), 80 S., 8,- DM + Vers.

isw-wirtschaftsinfo
Wirtschaftskrise in Südostasien und die Weltwirtschaft
(Nr. 27, Jan. 98), DM 5,- + Vers.

isw-grafikdienst
Der Steuerskandal (Nr. 3, Juni 96) 10,- DM + Versand
Armut und Sozialabbau (Nr. 4, Jan. 97) 10,- DM + Versand
Arbeits-Los (Nr. 5, April 98) 10,- DM + Versand

analysen
fakten & argumente

Neu bei isw!

Prospekte anfordern
Bestellungen
abonnieren, fördern
bei isw
institut für sozial-ökologische
Wirtschaftsforschung e.V.
Johann-von-Werth-Str. 3
80639 München
fax 089-168 94 15

WEG UND ZIEL
Marxistische Zeitschrift

Medieninhaber und Herausgeber:
Kommunistische
Partei Österreichs,
1040 Wien, Weyringerg. 33
Redaktionsadresse:
Weyringergasse 35/DG, 1040
Wien, Fax.: ++43/1/503 66 38
Redaktionskomitee:
Dr. Winfried Garscha
Dr. Lutz Holzinger
Melina Klaus
Mag. Julius Mende
Dr. Martin Potschka
Dr. Wolfgang Priglinger
Helmut Rizy
Dr. E. San Juan Jr. (Korrespondierendes Mitglied, USA)
Redaktionskoordination:
Dr. Maria Wölflingseder
Vertrieb:
Kemmerling Zöchling & Partner
Medien- und Informationsdienste
KEG, Schottengasse 3a/1/4/59,
1010 Wien
Telefon ++43-1/535 11 06
Telefax ++43-1/532 74 16
Bestellungen, Stornos, Änderungen bitte ausschließlich schriftlich (faxlich)!

Layout:
Matthäus Zinner
Herstellung:
Resch & Vana
Lichtgasse 10, 1150 Wien
Erscheinungsweise:
fünfmal jährlich
Abonnement-Preise:
5 Hefte 250,– S / 45,– DM

Wenn nicht anders angegeben, leben und arbeiten die Autorinnen und Autoren in Wien.

Die nächste Nummer
erscheint im
Dezember 1998
Themenschwerpunkt:
SPÖ und die Sozialdemokratie

Inhalt

Nr. 4, Oktober 1998, 56. Jahrgang

RUSSLAND

Hans KALT: Die „russische Krise“ und die Folgen für Europa 2

Chrilly DONNINGER: Die Fruchtfliege im Reagenzglas 6

THEMA: HAIDER UND DIE FREIHEITLICHEN

Einleitung: Franz SCHANDL 10

Franz SCHANDL: Politisches Marodieren –
Phänomenologie und Charakter der Haider-Bewegung 12

Herbert AUINGER: Vergangenheitsbewältigung 20

Gerhard SCHEIT: Der Führertyp der
demokratischen Volksgemeinschaft 27

Stefan BRONIOWSKI: Freiheitliche Frömmelei –
Das FPÖ-Programm und die Rettung des Abendlandes 34

Lutz HOLZINGER: Zwischen Illusion und Anpassung –
„Faire Marktwirtschaft“ als fauler Kern des
FPÖ-Wirtschaftsprogramms 37

Walter GÖHRING: Die gelben Gewerkschaften –
Erwachen die gelben Ideen wieder? 39

ÄSTHETIK

Peter MOESCHL: Die Form als Prozeß –
Zum generativen Verhältnis von Ästhetik und Kunst 44

KULTURPOLITIK

E. San JUAN, Jr.: Die Grenzen der postkolonialen Theorie
und die Kulturpolitik von Raymond Williams 50

GLOBALISIERUNG

Stephan GRIGAT: Globalisierung und Reformismus – Neue Studien
zur Internationalisierung des Kapitals und deren Folgen 54

1968

Stephan GRIGAT: Zur Geschichte der österreichischen Linken –
Neuerscheinungen zu 1968 und den Folgen 58

LESERINNENBRIEF 61

ANTISEMITISMUS

Gerhard SCHEIT: Antisemitismus ist vor allem eine Tatsache –
Über einige Mißverständnisse im Zusammenhang
mit dem Antisemitismusheft 62

Die „russische Krise“ und die Folgen für Europa

Hans KALT

Spätestens die „russische Krise“ hat gezeigt, auf wie schwachen Füßen das ganze in Europa 1989-1991 entstandene ökonomische und politische Konstrukt steht.

Daß zum Kapitalismus die dem Konjunkturaufschwung folgende Krise dazugehört und daß die Krise umso tiefer ist, je höher vorher der Aufschwung war, hat sich in Asien 1997/98 wieder gezeigt. Ebenso die zunehmende Bedeutung der Finanzsphäre bei der Profitrealisierung. Mit positiver Wirkung im Aufschwung, negativer aber in der Krise.

Oberflächlich betrachtet und der zeitlichen Abfolge nach schloß sich die „russische Krise“ vom Sommer 1998 direkt an die Ostasienkrise an. Aber trotz einiger Paralellen gibt es auch qualitative Unterschiede. Gerade diese Unterschiede geben Aufschluß nicht nur über das Wesen der Entwicklung in Osteuropa sondern vor allem auch über den Hintergrund der forcierten Integration der europäischen Finanzoligarchie im Westen des Kontinents.

Hier einige Daten, die – im Trubel der umwälzenden Ereignisse dieser Jahre – zu wenig beachtet wurden. Schlüssel zum Verstehen der Entwicklung ist die auf ihrer ersten Tagung nach dem „Ost“-Kollaps von den G-7 im Sommer 1990 in Houston/Texas getroffene Übereinkunft, daß Deutschland die Hauptverantwortung für die „Hilfe“ an Osteuropa bei dessen „Reformprozeß“ zugesprochen erhielt.

Sinn, ja selbst die Sprachregelung unterschieden sich nur wenig von ähnlichen Abkommen unter den Kolonialmächten ein Jahrhundert zuvor. Auch sie sprachen ja von „Verantwortung“ und „Hilfe“. Auch sie versprachen den in den Kolonialstatus gedrängten schwach entwickelten Völkern, durch Souveränitätsabstriche (die damals bis zur staatspolitischen Abhängigkeit von einigen imperialistischen Mächten gingen) ein rascheres „Aufschließen“ zu den „Mutterländern“ zu ermöglichen.

Das ökonomisch Besondere an der „russischen Krise“ ist, daß ihr nicht nur kein überhitzter Konjunkturaufschwung wie in Südostasien vorausging, sondern daß die Jahre 1990 bis 1997 für die postsozialistischen Länder Mittel- und Osteuropas insgesamt einen schweren Rückgang ihrer Wirtschaftsleistung gebracht hatten. Die für eine so tiefe Finanzkrise kennzeichnende vorherige Überakkumulation hatte jedenfalls ihre Quelle nur zum geringen Teil im eigenen realen Reproduktionsprozeß dieser Länder.[1]

Von Anfang an hatten die spekulativen Finanzströme dieser Länder wenig Verbindung zu den realen Wirtschaftsvorgängen. Aus politischen Überlegungen und der erwarteten Profitmöglichkeit wegen haben nach der „Wende“ 1989/91 vor allem die von der deutschen Finanzoligarchie beherrschten oder kontrollierten Banken in beträchtlichem Umfang Kapital im Osten an sich gebracht. In Ausnützung der dortigen „wilden“ Privatisierung oft zum Bruchteil des wahren Werts. Neues Kapital floß nur zum Teil in überschaubare Realinvestitionen.

Um ihren Einfluß zu sichern, übernahmen diese Banken in großem Umfang Staatsanleihen dieser Regierungen. Angesichts der realwirtschaftlichen Entwicklung vor allem Rußlands war die Deckung solcher Papiere unsicher. Auch hohe Zinsen konnten das nicht ausgleichen. Bei Ausbruch der russischen Krise wurden für deutsche Banken über 74 Milliarden DM offene Rußland-Schulden genannt, für österreichische Banken umgerechnet über sechs Milliarden DM. Dazu kommen noch die Verpflichtungen für IWF-Zuwendungen und die Kreditsalden aus laufenden Geschäften.[2] Dieser Kapitalfluß sollte im Osten – sofern man staatliche Regulierungen beendete und Staatseigentum „privatisierte“ – rasch einen Investitionsboom, stabile Währungen und einen allmählich steigenden Lebensstandard bewirken. Nichts davon ist eingetreten. Im Gegenteil: Je mehr Mittel zum Beispiel vom IWF oder aus anderen Quellen nach Rußland flossen, desto mehr strömte als Profit von Spekulanten und Finanzhyänen von dort wieder ins Ausland ab. Seit Jahren übertrifft der Finanzabfluß aus Rußland den Zufluß durch alle Formen von Neuveranlagungen. Unter solchen Bedingungen kann weder der Wert der Währung gehalten werden, noch können Mittel für eine echte Investitionskonjunktur und schon gar nicht für höhere Löhne und Pensionen gewidmet werden. (Dutzende Millionen wären froh, wenn sie solche auf dem jetzigen bescheidenen Niveau endlich ausgezahlt erhalten würden.) Nur eine solche umfassende Investitionskonjunktur hätte in den postsozialistischen Ländern mit rund 400 Millionen Menschen eine selbsttragende kapitalistische Entwicklung ermöglichen können. Aber alle für sie vorausgesagten Termine verstrichen. Sie kam nicht. Die inneren Widersprüche wurden nur immer schärfer. Mit der „russischen“ Krise haben sie außer dem ökonomischen auch das politische Leben erfaßt. Sie sind zur Systemkrise geworden, ganz gleich, wie lange die in Gang gekommene Agonie des Jelzin-Systems in Rußland noch dauern wird.

IWF-Auflagen versperren den Ausweg

Eine Ursache, daß sich daran nichts ändern kann, ist die Haltung der großen Finanzoligarchien mit dem IWF als Werkzeug. Ihre Bedingung für jede weitere Finanzspritze an Rußland war und ist auch jetzt, daß keine Maßnahmen zur staatlichen Regulierung, zum Beispiel Preisfestsetzungen, Devisenbewirtschaftung usw. ergriffen werden dürfen. Das ist eine Infamie und überdies dumm: Selbst kapitalistische Staaten Mittel- und Westeuropas, ja auch Amerikas, hielten bis in die siebziger Jahre ihre Finanzwirtschaft unter strenger Devisenkontrolle, da sie bei der nach 1945 herrschenden übermächtigen Dominanz des US-Dollars anders eine souveräne Wirtschaftsentwicklung nicht hätten erreichen können. Auch jetzt haben einige Staaten Südostasiens Devisenbewirtschaftung wiedereingeführt.

Ein ähnlicher Weg wird Rußland heute durch die IWF-Auflagen versperrt. Allen Beteuerungen zum Trotz ist es diese IWF-Haltung, die sicherstellt, daß weiterhin alle – unter welchem Titel auch immer – nach Rußland fließenden IWF-Gelder nicht in die Realwirtschaft investiert werden, sondern raschest auf die Konten von Schiebern und Spekulanten – überdies meist sofort wieder ins Ausland – wandern.

Als mit der Wahl Jewgenij Primakows zum neuen Regierungschef auch der Präsident der Staatsbank abgelöst wurde, stellte sich heraus, daß beim Eintreffen von Milliardensummen an IWF-Krediten von der Staatsbank nicht einmal mehr der Anschein irgendeiner wirtschaftlichen Aktivität mit diesem Geld erweckt worden war. Die Summen wurden einfach zwischen den führenden Leuten der Staatsbank aufgeteilt. Bei Milliardensummen war es gar nicht mehr möglich, auch nur festzustellen, wohin sie geflossen waren.

Das war der Grund, daß die Kommunisten in der russischen Duma am Höhepunkt der jüngsten Regierungskrise offen erklärten, daß selbst eine Erhöhung der IWF-Zuwendungen die Probleme unter den derzeitigen Bedingungen nicht lösen könnte. Solange verschiedene Banden von Gaunern (und manchmal auch Berufskillern) die Hebel der Regierung und der Wirtschaft in ihrer Hand halten, kann es zwar Konflikte um die Größe ihres jeweiligen Anteils geben, aber der Weg dieser Finanzströme wird sich nicht grundsätzlich ändern: Mehr Wert fließt als Eigentum dieser Gauner-Oligarchie ins Ausland ab, als von dort – oft sogar unter Berufung auf hungernde Pensionisten, Millionen verwahrloste Kinder, demonstrierende Bergarbeiter – ins Land erbettelt wird.

Auslösend für die Rußland-Krise war dann auch, daß – entgegen allen bis zum Vortag selbst von Jelzin gegebenen Versprechungen – der russische Fünf-Monate-Regierungschef Kirijenko im August den Rubelkurs durch die Währungsbank freigeben ließ. Das führte als Folge des schon vorherigen inneren Wertverlusts zur schlagartigen Drittelung des internationalen Rubel-Wertes. Jelzin setzte Kirijenko ebenso überstürzt wieder ab, wie er ihn im März geholt hatte. Gelöst wurde dadurch nichts. Es kam zur tiefsten politischen Krise Rußlands, seit Jelzin die Duma hatte von Panzern zusammenschießen lassen.

Kennzeichnend für den Grad der Verkommenheit der das Land beherrschenden Oligarchie war die „Drohung“ Tschernomyrdins am Höhepunkt der Krise, er werde eine „Wirtschaftsdiktatur“ einführen, als deren Kennzeichen er die Verpflichtung zur Zahlung der Steuern, der Löhne und Gehälter usw. aufzählte. Widrigenfalls „drohte“ er mit neuer Verstaatlichung. Wenn das Zeichen für eine Wirtschaftsdiktatur sind, dann kann kein Staat der Welt ohne eine solche Diktatur existieren: Wer diese Verpflichtungen nicht einhält, muß überall in Konkurs gehen, wobei auch im Kapitalismus bei lebenswichtigen Betrieben eine nachfolgende „Verstaatlichung der Verluste“ durch staatliche Übernahme üblich ist. Wenn ein Staat selbst seine Verpflichtungen (z.B. Zahlung der Pensionen, der Gehälter an die eigenen Angestellten) nicht mehr erfüllen kann, ist er selbst reif für den Bankrott. Der könnte aber im Fall Rußland nur zum sofortigen Rücktritt Jelzins führen.

Die Tiefe der Finanzkrise Rußlands hatte schon nach wenigen Tagen schwere Auswirkungen auf die ganze Welt. Nicht nur auf die Finanzmärkte. Diese führten zu einer Verstärkung der vorher schon durch die Asienkrise ausgelösten Turbulenzen. Auf diesem Gebiet gehen Voraussagen bis zur Annahme eines noch tieferen Wirtschaftszusammenbruchs als in den dreißiger Jahren.

Die Strategie der deutschen Finanzoligarchie

Spätestens seit sichtbar wurde, daß eine selbsttragende nachholende kapitalistische Entwicklung in den postsozialistischen Staaten ausblieb und weiter ausbleiben wird, änderte das Management der deutschen Finanzoligarchie deren Strategie. Bestimmend wurde dafür die Erkenntnis, daß nur die rasche und äußerste Anspannung aller unter ihrem Kommando mobilisierbaren Kräfte die über alle Erwartungen großen Widersprüche bei der „Integrierung“ – sprich Verdauung – dieser neuen Beute würde lösen helfen können. Einen – schwachen – Vorgeschmack lieferte schon innerhalb Deutschlands die bis heute nicht gelungene Integration der zuerst in einen Industriefriedhof verwandelten ehemaligen DDR in einen einheitlichen gesamtdeutschen Wirtschaftskörper.

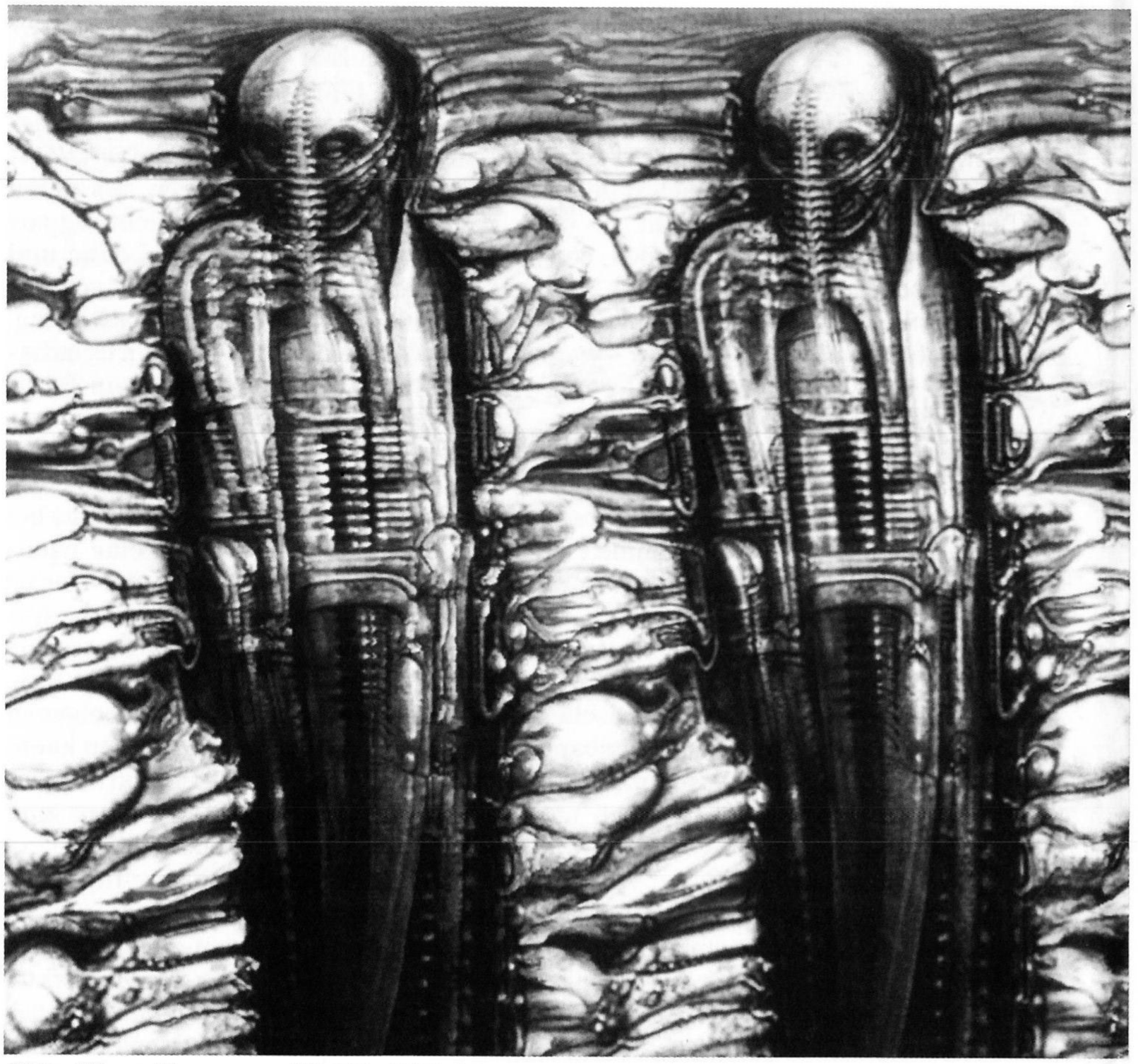
Die nächste entscheidende Weichenstellung erfolgte gegen Ende 1994. Zwar war schon seit 1986/87 in den EG-Gremien und den Publikationen in allgemeinen Worten eine Erweiterung und Vertiefung der Gemeinschaft (vor allem durch eine feste Währungsunion) propagiert worden, aber die Dinge zogen sich hin. Der Maastricht-Vertrag 1993 war der deutschen Finanzoligarchie zu wenig konkret. Also legte am 1. September 1994 Unions-Fraktionschef Schäuble sein Konzept eines „Kerneuropa“ vor, das als Peitsche für die noch zögernden EU-Mitgliedsländer wirkte. Mitte November 1994 trafen sich sodann in Essen die Konzernchefs der vierzig größten europäischen Industriekonzerne, um die Sitzung des Europäischen Rates vom 9./10. Dezember in Berlin vorzubereiten.[3] Von dieser an ging es zügiger weiter.

Die meisten der noch verbliebenen früheren EFTA-Staaten traten in die jetzt EU genannte „Gemeinschaft“ ein. Auch die Zahl der an der gemeinsamen „Euro“-Währung teilnehmenden Länder ging erheblich über den Kreis von „Kerneuropa“ hinaus. Innerhalb von nur vier bis fünf Jahren bewegte sich jetzt mehr als vorher in Jahrzehnten. Als spürbares Zeichen wurde mit dem Inkrafttreten des Schengener Abkommens eine sichtbare „Außengrenze“ geschaffen. Zusammen mit den vor der südeuropäischen Mittelmeerküste schon zugrundegangenen „Boat-People“ stellt die Schengen-Grenze alles Bisherige auf diesem Gebiet, einschließlich der Südgrenze der USA, in den Schatten. Als schwacher Trost für die „Draußengebliebenen“ wurden die Pläne zur EU-Osterweiterung entwickelt, so wie etwa der Weihnachtsmann sein Schellengeklingel erschallen läßt.

Gleichzeitig setzten die Großkonzerne eine neue Fusionswelle in Gang. Nicht nur übertraf die wertmäßige Größe der einzelnen Fusionen und Übernahmen alles Bisherige, ihre Zielsetzungen orientierten sich nicht mehr an nationalen Rahmenbedingungen, sondern griffen weit über solche hinaus. Die Großfusionen im Bankenbereich, in der Autoindustrie, der Chemie, im Groß- und Einzelhandel zeigen dabei per Saldo die Tendenz einer Gewichtszunahme vor allem der deutschen Konzerne.

Besonders deutlich wurde das bei den konkreten Vorbereitungen des Euro als neuer Europa-Währung. Hier war das Gewicht der deutschen Finanzkonglomerate (zu denen neben den Banken auch die großen Versicherungskonzerne gehören) groß genug, daß sie das bestimmende Wort bei der Besetzung des Präsidentenpostens der Europäischen

Zentralbank (EZB) zu reden hatten. Daß Großbritannien im Finanzbereich immer noch an erster Stelle in Europa steht, fiel nicht ins Gewicht, da es ja nach seinem Ausscheiden aus der früheren EWS („Währungsschlange") an der Vereinbarung zur Schaffung der Europa-Währung nicht teilgenommen hat.



H.R. Giger, Necronom IV, 3D, 1976-95

Trügerische Bilanz

Die ersten Jahre dieser von der deutschen Finanzoligarchie forcierten Integration schienen so eine – für die Interessen der deutschen Finanzoligarchie – durchaus positive Gesamtbilanz zu zeigen: Das von ihnen jetzt kontrollierte Europa war wieder eindeutig zum wirtschaftlich und bevölkerungsmäßig bedeutendsten Wirtschaftsraum der Welt geworden (wenn seine politische Bedeutung auch weit zurücklag). Gegen die Mitte der neunziger Jahre neu gewonnene Wirtschaftsdynamik der USA blieb es zwar zurück, aber seit Japan ab 1996 in den Strudel der Asienkrise hineingerissen wurde, schien auch die Konkurrenzsituation für die deutsch-europäische Finanzoligarchie deutlich verbessert.

Es war sicher noch im Rahmen des Vorausgesehenen, daß die Verstärkung der Kapitalakkumulation durch die großen Konzerne und Finanzkonglomerate den Lebensstandard großer Bevölkerungsgruppen spürbar senkte. Das ging über die klassische Verteilungspolitik bei Löhnen, Gehältern und Pensionen, sowie zunehmenden Druck auf kleine Selbständige vor sich. Verstärkt wurde aber auch der Bereich sozialer Leistungen über die öffentlichen Finanzflüsse „zurückgestutzt", ob dies nun in Form von „Sparpaketen", Gesetzesänderung und ähnlichem erfolgte. Die Berufung auf die Einhaltung der für die Währungsunion erforderlichen Vorgaben, wirkte nur zum Teil. Vor allem als trotz aller Versprechungen die Arbeitslosigkeit weiter stieg und der Lebensstandard auch im „reichen" Teil Europas zu sinken begann. Dies obwohl die ganze Linie der mit Maastricht begonnenen forcierten Integration mit einem Medienfeuerwerk des dadurch angeblich gesicherten allgemeinen Wohlstands begleitet wurde.[4]

Widerstand gegen diese Entwicklung wuchs. Streiks in einzelnen Konzernen, Branchen und auch landesweit nahmen in diesen drei Jahren deutlich zu. Aber sie konnten insgesamt weder die sozialen Folgen noch die ökonomischen durch das so bewirkte Dauerdefizit an Massenkaufkraft ausgleichen. Die Fieberkurve steigender Arbeitslosenzahlen wurde zur dauernden Begleiterscheinung dieser Strategie der Finanzoligarchie.

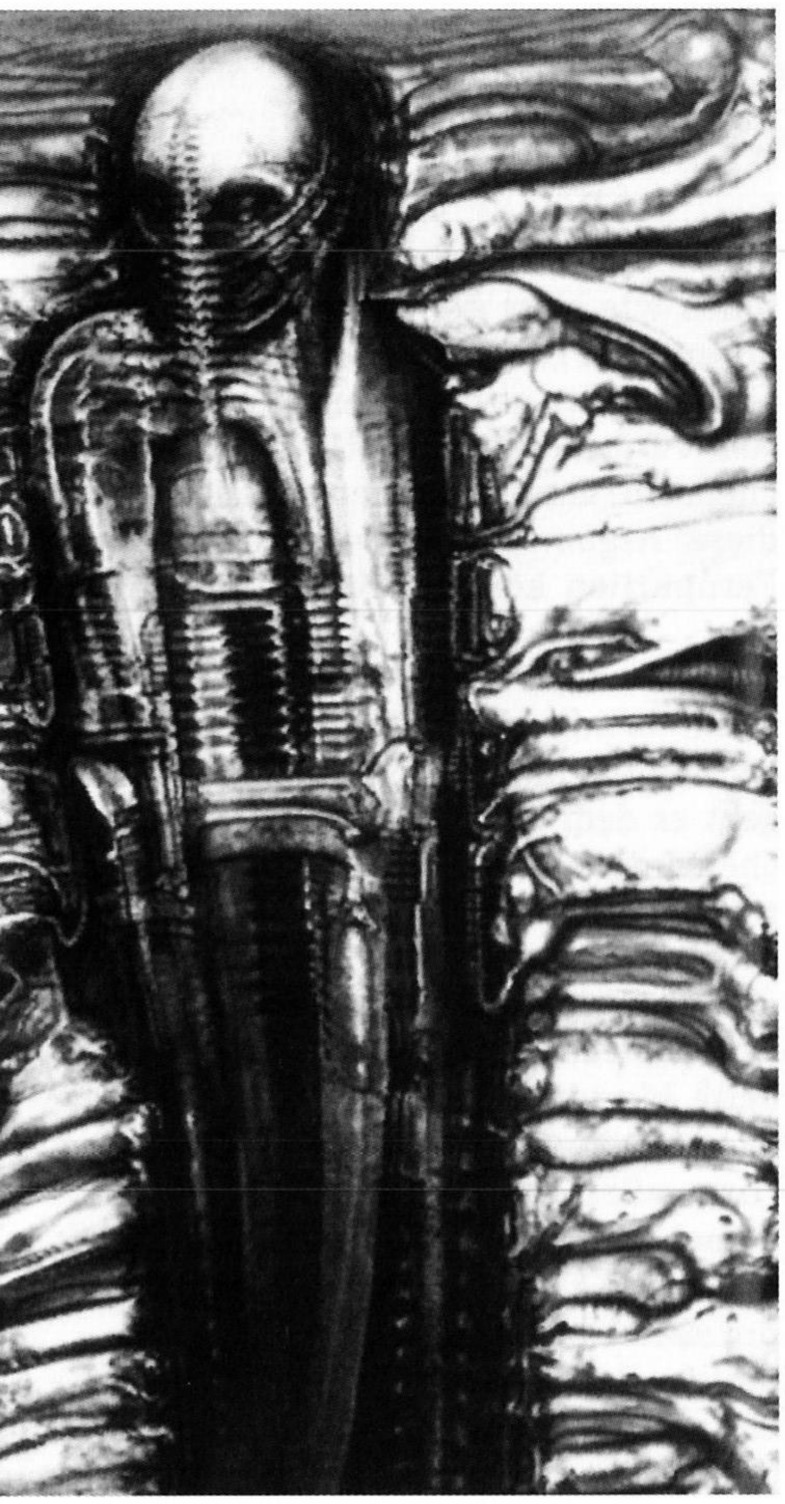
Noch ernster ist der Zustand der langfristigen Zweiteilung Europas in den „reichen Westen" und den „armen Osten", wie er jetzt durch die „befestigte" Schengen-Grenze auch nach außen sichtbar gemacht wird.

Auf die politischen Folgen will ich nicht im einzelnen eingehen, obwohl gerade Österreich die längste bei der EU-Osterweiterung wegfallende „Außengrenze" hat, jenseits derer die Durchschnittslöhne immer noch bei einem Viertel der österreichischen liegen. Selbst den engagiertesten „Osterweiterern" wird da angst und bange vor dem Szenario des „freien Arbeitsmarktes". Fast unvermeidlich muß im größeren Teil Österreichs der politische Sprengstoff stark wachsender Arbeitslosigkeit zunehmen.

Noch ernster – und kurzfristig schwer veränderbar – sind die ökonomischen Folgen dieser Entwicklung. Die Wirtschaftsleistung der rund 200 Millionen Menschen in den drei Kernländern der ehemaligen Sowjetunion (Rußland, Ukraine, Belorußland) ist innerhalb von sieben Jahren auf unter 40 Prozent der (damals schon jahrelang stagnierenden) sowjetischen Wirtschaftsleistung abgestürzt; bei Naturressourcen, die zu den reichsten der Welt zählen! Das mit dem Namen Jelzin verbundene System von Massenausplünderung durch Gauner-Oligarchien verhindert nicht nur jede Form wirtschaftlicher Weiterentwicklung im Osten. Es macht auch das Grundkonzept der bundesdeutschen Wirtschaftsstrategie undurchführbar.

Wenn nämlich in diesen Ländern nicht einmal eine kapitalistische Realwirtschaft auf peripherem Niveau in Gang gebracht wird, können von dort auch keine neokolonialen Überprofite fließen. Es entsteht – nach einem Vergleich aus der Astronomie – ein gewaltiges „schwarzes Loch", das immer mehr Finanzmittel ansaugt, riesige Finanzprofite für wenige ermöglicht, ohne dadurch echte Wirtschaftsimpulse auszulösen. Weder im Osten noch im Westen.

Daß im Verlauf der „russischen Krise" im Westen gerade die Börsenkurse im Osten engagierter Finanz-



gruppen und Firmen am deutlichsten „purzelten“, war ein Signal für diese Zusammenhänge. Sogar die Deutsche Bank wurde Ende August von der internationalen Rating-Agentur „Standard & Poors“ vom begehrten „Triple A“ auf „AA+“ zurückgestuft.

Der IWF hält – im Interesse der US-amerikanischen wie der deutschen Finanzoligarchie – an seinen Bedingungen der Deregulierung fest, ohne deren Erfüllung es für Rußland weiter kein Geld gibt. Sogar bürgerliche Politökonomen beginnen die Sinnhaftigkeit dieser Methode zu bezweifeln. Sie hat zwar in Lateinamerika bei Ländern mit intakten – wenn auch peripher-kapitalistischen – Wirtschaftsstrukturen „funktioniert“, mußte in Rußland nach sieben Jahren Jelzinschem Wirtschaftskahlschlag aber versagen.

Das merken jetzt selbst Spitzenmanager der kapitalistischen Finanzwelt. So hat der stellvertretende Generaldirektor und Auslandschef der österreichischen Raiffeisen-Zentralbank, Herbert Stepic, die Verantwortung des IWF an der russischen Krise offen ausgesprochen. Er kennt die Verhältnisse, da sein Institut die österreichische Bank mit den zweithöchsten Ostanlagen ist. Seiner Meinung nach habe der IWF den Kardinalfehler gemacht, Rußland wie jedes andere Umschuldungsland zu behandeln. In den Ländern Südostasiens beispielsweise sei ein breiter privatwirtschaftlicher Sektor vorhanden und die marktwirtschaftlichen Strukturen hätten eine lange Tradition. Rußland habe dagegen mit der Transformation seines Wirtschaftssystems zu kämpfen. Der IWF habe es mit zu strengen und kurzfristigen Zielsetzungen in eine Hochzinspolitik getrieben. Man könne nicht dieselben Zielparameter bei völlig verschiedenen Ausgangssituationen vorgeben.[5]

Auch Praktiker kapitalistischer Finanzpolitik erkennen also den von Kohl und Clinton mit Zähnen und Klauen verteidigten IWF-Kurs mehr und mehr als kontraproduktiv auch für den Kapitalismus.

Selbst der französische Ministerpräsident Jospin erhob schon die Forderung nach Wiedereinführung einer Devisenbewirtschaftung. Vorerst bleibt allerdings noch bestimmend, daß Frankreichs Wunsch bei der Besetzung des EZB-Präsidenten untergegangen ist. Daß sich in der Person dieser Schlüsselfunktion so der bestimmende Einfluß der deutschen Finanzoligarchie zeigte, läßt keine Änderung der EU-Haltung erwarten. So wie in Rußland erst nach dem offenen Fiasko der Jelzin-Linie die Frage der Änderung auf die Tagesordnung kam, wird auch in der EU erst dann eine Änderung möglich sein, wenn sich die Ausweglosigkeit deren jetziger wirtschaftspolitischer Linie nicht mehr wegreden läßt.

Bei Fortsetzung des jetzigen IWF-Kurses gegenüber Russland und Osteuropa müssen die Auswirkungen der „russischen Krise“ ökonomisch wie politisch auf ganz Europa übergreifen. Da können die EU-Außenminister – wie erst jüngst wieder in Salzburg – noch so fromme Wünsche zur Lösung dieser Krise formulieren.

Eine Reihe politischer Weichenstellungen in mehreren großen EU-Ländern läßt erkennen, wie der Weg weitergehen kann. Der Regierungswechsel in Frankreich und Großbritannien, die Veränderung des ganzen politischen Herrschaftssystems in Italien war zum guten Teil Antwort auch von Wählermassen auf die durch die oben gezeichnete EU-Strategie bewirkten Verschlechterungen. Dabei kommt es zwar auch auf die Parteizugehörigkeit von Ministern und Regierungschefs an, vor allem aber auf die von diesen eingenommene Haltung zur EU-Strategie der Verschärfung der inneren und äußeren ökonomischen und gesellschaftlichen Widersprüche. ■

Hans KALT ist ehemaliger Sekretär des Zentralkomitees der KPÖ und ehemaliges Mitglied des Politbüros.

Anmerkungen

1 Das gilt nicht nur für die ehemalige Sowjetunion, sondern auch für die sogenannten „Reformstaaten“ Ostmitteleuropas. Laut Berechnungen des Wiener Instituts für internationale Wirtschaftsvergleiche – siehe »Der Standard«, 8.7.1998 – waren die Pro-Kopf-BIPs dieser Staaten im Verhältnis zum Durchschnitt der EU-BIP-Kopfquoten 1997 *niedriger* als 1990. Von einem Aufholen konnte keine Rede sein. Was sich innerhalb Deutschlands mit der Entwicklung der „neuen“ Bundesländer abspielte, gilt auch für die Entwicklung ganz Europas. Berichte der Massenmedien in diesen Jahren über ein solches „Aufholen“ waren meist Schaumschlägerei.

2 Die „Prisma“-Risiko-Versicherung teilte Ende August 1998 mit, daß mit der Absetzung der Regierung Kirijenko der „Sekundärmarktpreis“ für offene Lieferantenkredite auf nur mehr fünf Prozent ihres Nominalwerts abstürzte. (»Der Standard«, 25.8.1998)

3 Solche Beratungen gehen allen wichtigeren Sitzungen des Europäischen Rates voran. So wurde von diesem Gremium der Großindustriellen in ihrer „Agenda Europa 1990“ auch schon der Weg zum Maastrichter Vertrag vorbereitet.

4 Kennzeichnend für diese Entwicklung selbst im seinerzeitigen Wirtschaftswunderland ist der Kinder- und Jugendbericht der Expertenkommission des deutschen Familienministeriums, dessen Inhalt Ende August 1998 in die Öffentlichkeit drang, obwohl das Ministerium selbst seine Veröffentlichung (offenkundig wegen der Bundestagswahl) vorerst gestoppt hatte. Laut diesem Bericht lebt in den „alten“ Bundesländern jedes neunte Kind in Armut, in den „neuen“ sogar jedes fünfte. Drei Millionen Menschen in der BRD leben von Sozialhilfe und ihre Zahl steigt weiter. In Österreich hatte das Jahr 1997 – seit einem halben Jahrhundert zum ersten Mal – eine Senkung der realen Lohneinkommen gebracht.

5 Siehe »Der Standard«, 8.9.1998.

Die Fruchtfliege im Reagenzglas

Chrilly DONNINGER

Seit Beginn der Experimente des bekannten Genetikers Morgan im Jahre 1910 an der Taufliege Drosophila melanogaster ist dieses Tier zu dem klassischen Objekt der Vererbungswissenschaft und damit zu einem der bekanntesten Insekten überhaupt geworden.

Die leichte Züchtbarkeit und das unwahrscheinlich hohe Vermehrungspotential dieser Art machen sie zu einem vortrefflichen Laboratoriumsinsekt. Dazu kommen die für die genetischen Untersuchungen wichtigen Eigenschaften wie geringe Chromosomenzahl, deren gute Darstellbarkeit und die Neigung zur Bildung von Mutationen. Die Architektur der Chromosomen, in denen bekanntlich die Mendelschen Erbfaktoren oder Gene liegen, ist bei den Drosophiliden weitgehend erforscht. Erleichtert wurde diese Analyse durch die in den Speicheldrüsen der Larven auftretenden Riesenchromosomen. Durch vielfältige und genaue Untersuchungen konnte die Anordnung und Reihenfolge der Gene erschlossen und in Form von sogenannten Topographischen Chromosomenkarten dargestellt werden. Beispielsweise liegt in der Mitte des dritten Chromosoms die Erbanlage für Rotäugigkeit und am Ende des ersten Drittels des ersten Chromosoms die Anlage für Klumpflügel. Durch die genetischen Experimente wurden zahlreiche Mutationen hervorgerufen. Die Mutationen erhielten Namen, die im wesentlichen die neuen Eigenschaften anzeigen, beispielsweise white für Tiere, deren Augen weiß sind oder black für Fliegen, die einen schwarzen statt eines gelben Körpers besitzen oder truncate (abgestutzt) für Fliegen mit abgestutzten Flügeln.

Die Zuchten von Drosophila melanogaster werden in kleinen Gefäßen durchgeführt, in denen sich ein Gemisch aus zuckerhaltigen Stoffen befindet. Schon kurze Zeit nach dem Schlüpfen aus der Puppe kopulieren die Fliegen. Schon 24 Stunden nach der Begattung beginnen die Weibchen mit ihrer Eiablage. Eine Generation wird demnach innerhalb von 10 Tagen durchlaufen. Die Nachkommenschaft eines Weibchens kann also nach 30 Tagen etwa 16 Millionen Tiere zählen.

Die meisten der etwa 3000 Drosophilidenarten, auch Obst-, Frucht- oder Essigfliegen genannt, lassen sich durch den Geruch faulender Früchte und gärender Flüssigkeiten leicht anlocken. Lästig werden die Drosophiliden besonders in Fruchtpressereien, in Weinkellern, Essigfabriken, Brauereien und Obstlagern, wo sie in ungeheuren Mengen auftreten können.

(Gekürzt zitiert aus: Die große farbige Enzyklopädie. Urania. Tierreich in 6 Bänden, Band Insekten, S. 560ff. Leipzig 1994).

Die white-black-Fruchtfliege

Mein Schwiegervater ist Weinbauer. Als ich ihm einmal erzählte, daß Computerschach von namhaften Vertretern des Faches als die „Fruchtfliege der künstlichen Intelligenz“ bezeichnet wird, meinte er: „Die Intelligenz dieser Leute muß aber schon ziemlich künstlich sein. Wie kann man nur freiwillig diese lästige und grausliche Fliege sein wollen.“

Als Schöpfer des Vergleichs „Computerschach ist die Fruchtfliege der künstlichen Intelligenz“ wird gemeinhin Prof. J. McCarthy angesehen. In einem 1989 veröffentlichten Artikel bestätigte McCarthy die Ansicht meines Schwiegervaters. So ganz freiwillig mutierte man nicht zur Fruchtfliege. 1965 und 1966 wurden mehrere Fernschach-Partien zwischen einem Computerschach-Team der Stanford Universität unter der Leitung McCarthys und einem Team des Instituts für Theoretische Physik an der Universität Moskau ausgetragen. Dies löste in Stanford (wahrscheinlich auch in Moskau) massive Proteste der Physiker aus. Sie zeigten keinerlei Verständnis, daß kostbare Rechenzeit – die war damals im wahrsten Sinn des Wortes kostbar – für ein Spiel verbraten wird. Um an den geliebten Computer heranzukommen bzw. ihn nicht zu verlieren, werden richtige Programmierer – so wie alle Süchtigen – ziemlich erfinderisch. „Werte Kollegen von der Physikalischen Fakultät. Wir spielen nicht mir nichts dir nichts ein Spiel. Wir erforschen wie einst der große Morgan mit unserer Fruchtfliege Schach die Grundbausteine des menschlichen Geistes“. Die Leitung des Universitätsrechenzentrums war offensichtlich von dieser Argumentation beeindruckt. Die Fernpartien konnten fortgesetzt werden.

McCarthys Gruppe hat damit vielleicht etwas gemogelt, ganz gelogen war es aber nicht. Tatsächlich ging und geht es dem harten Kern der Künstlichen-Intelligenz-Forschung (engl. AI wie Artificial Intelligence) bis zum heutigen Tag um die Silikonisierung des menschlichen Geistes. So würde sich der ebenfalls als AI-Guru gehandelte Marvin Minsky am liebsten ein paar intelligente (Co-)Prozessoren ins Hirn pflanzen lassen. Für den anspruchsvollen Schachspieler würde ich in diesem Fall einen Nimzo 2001-Coprozessor auf Intel-4-GHz Basis empfehlen. Bei Vorliegen eines ärztlichen Gutachtens – die vorhandene Schachblindheit verursacht regelmäßig schwerwiegende depressive Zustände – sollten die Operationskosten von der Krankenkassa übernommen werden.

Um leichter an Rechenzeit und an Forschungsgelder heranzukommen, veranstaltete man ab 1970 im Rahmen der ACM Jahrestagung (Association for Computing Machinery, so etwas wie der VDI der nordamerikanischen Computer-Forschung und -Industrie) die offenen nordamerikanischen Computerschach-Meisterschaften. 1974 wurden schließlich in Stockholm die ersten Weltmeisterschaften abgehalten. Erste Weltmeisterin wurde KAISSA, vom bereits erwähnten Moskauer Physikinstitut.

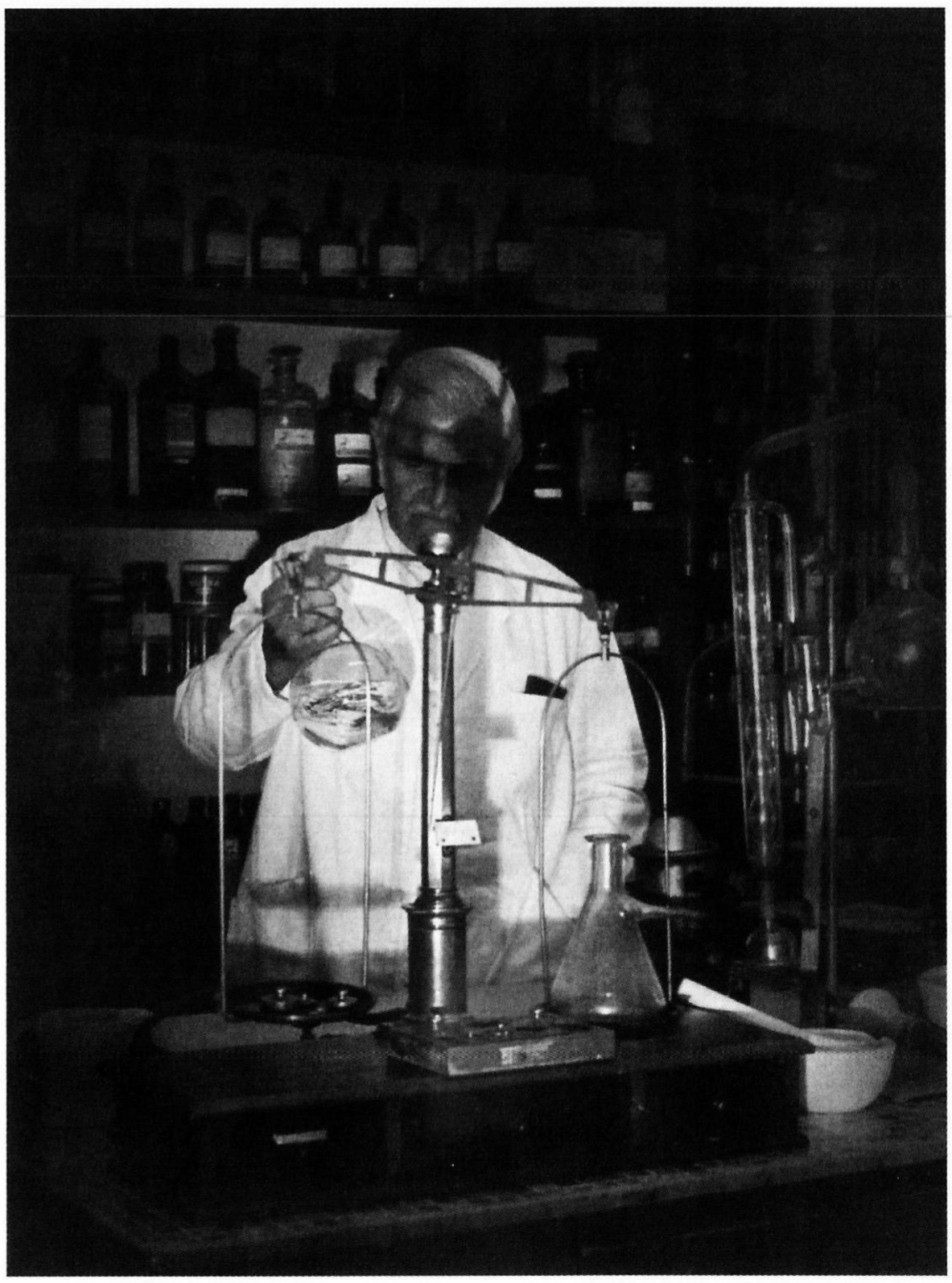
Das Spielniveau war dritte Klasse Wien-Nordost, trotzdem (oder gerade deswegen) war das allgemeine Interesse enorm. Die Physiker taten sich ab diesem Zeitpunkt ziemlich schwer, einer beim ACM-Turnier teilnehmenden Computerschach-Gruppe den Strom abzudrehen.

Eine Ironie des Schicksals besteht darin, daß diese sehr erfolgreichen Turniere dem AI-Ansatz im Computerschach den Boden entzogen. Es ist nämlich eine Sache, auf geduldigem Wissenschaftspapier großartige Konzepte von der Simulation des menschlichen Geistes zu entwickeln. Eine ande-

re Geschichte ist die Umsetzung in konkreten Programm-Kode. Ein paar Wochen vor Turnierbeginn setzt sich die unerbittliche Erkenntnis durch, daß all die komplizierten Konzepte keine brauchbaren Resultate gebracht haben. In der Not beschließt man, die guten Ideen für das nächste Turnier aufzuheben und notfalls eine primitive, aber wenigstens legal schachspielende Version herunterzuklopfen.

Hitchcock erhält Turnierverbot

Tatsächlich kam der praktische Durchbruch auf diese Weise zustande. David Slate und Larry Atkin bereiteten für die ACM-Meisterschaften 1973 eine besonders intelligente Version ihres bisher schon recht erfolgreichen Programmes Chess 3.6 vor. Diese Version, Chess 4.0, sollte analog menschlichen Spielern nur die erfolgversprechenden, starken Züge tiefer untersuchen und die restlichen aufgrund ausgefeilter Kriterien sofort als irrelevant verwerfen. Kurz vor Turnierbeginn mußten sie resigniert feststellen, daß ihre Anstrengungen im Sand verlaufen waren. Version 4.0 war gegenüber 3.6 ein großer Schritt nach hinten. Das Programm stellte regelmäßig einzügig Figuren ein, die besonders tief analysierten Varianten waren meist auch nicht jene, auf die es wirklich ankam. In ihrer Verzweiflung löschten sie den gesamten Teil zur Erkennung von interessanten Zügen und beschlossen, ganz primitiv alle möglichen Zugkombinationen auszuprobieren.



H.R. Giger, Dr. H. Giger in seinem Labor in Chur, 1988-98

Die Not erwies sich als Tugend, die neue sogenannte brute-force-Version spielte um Klassen besser als der Fruchtfliegen-Versuch und war auch der ebenfalls selektiv rechnenden Version 3.6 eindeutig überlegen. Auch das KAISSA-Team gelangte ungefähr zur selben Zeit zum selben Ergebnis. Ab Chess 4.0 war zumindest praktisch die Sache entschieden. Lieber durch tumbes Durchrechnen aller Varianten eine Figur gewinnen, als besonders intelligent eine einstellen. Die brute-force-Methode hatte auch einen gewaltigen psychologischen Vorteil. Bei den intelligenten, stark selektiven Programmen wußte man nie genau, ob ein wichtiger Zug nicht eine besonders große Masche im Wissensnetz fand und hindurchschlupfte. Selbst in hundert prozentiger Gewinnstellung konnte man nie sicher sein, ob das Programm die Partie nicht noch kläglich vergurkte. Ein derartiges Programm unter den gestrengen Augen der ACM-Koryphäen zu bedienen, ist Hitchcock pur. Beim brute-force-Ansatz wird das Verhalten des Programmes ziemlich vorhersehbar. Innerhalb der vorgegebenen Suchtiefe (damals typischerweise 5 Halbzüge) wird eine Kombination/Drohung gefunden, außerhalb dieses Bereiches nicht. Interessanterweise drehen sich bei den modernen Programmen die Dinge wieder um. Im Nimzo-Team haben wir den Ausspruch „beyond the 10th ply". Jenseits des zehnten Halbzuges bekommen auch die guten Schachspieler im Team nicht mehr genau mit, was eigentlich am Brett geschieht. Die Programme sind nicht mehr wegen ihrer Fehlerhaftigkeit, sondern wegen ihrer Perfektheit wieder undurchschaubar geworden.

In der AI-Literatur finden sich zwar bis zum heutigen Tag Vorschläge für menschenähnliche Spielmethoden, von den Programmautoren wird das aber längst nicht mehr ernst genommen. Beschleunigt wurde diese Entwicklung durch die Entstehung einer kommerziellen Computerschach-Szene zu Beginn der 80er Jahre. Slate und Atkin waren Universitäts-Angestellte, die zumindest auf dem Papier ein paar 100.000 Dollar Rechenzeit verbrauchten. Sie mußten – und das müssen Uniteams auch noch heute – ihre Aktivitäten mit wissenschaftlichem Weihrauch bemänteln. Für die meisten Computerschach-Profis und deren Auftraggeber ist Drosophila ein unbekanntes Fremdwort. Der Zweck eines Schachcomputers besteht darin, Schach zu spielen. Das Programm soll in möglichst kurzer Zeit hergestellt werden, möglichst wenig Ressourcen benötigen, trotzdem aber gut spielen und sich damit entsprechend verkaufen.

Auch auf der universitären Ebene ging die Entwicklung in die praktisch-ingenieursmäßige Richtung. Das markanteste Beispiel ist hier Chip-Tester vulgo Deep Blue. Der ursprüngliche Name ist programmatisch für den Ansatz dieses Teams. Chip-Tester ist ein direkt in Hardware gegossenes, sehr einfaches Schachprogramm. Man wollte testen, inwieweit diese notwendige Vereinfachung durch die wesentlich höhere Rechenleistung kompensiert wird. Chip-Tester/Deep Blue ist somit die absolute Antithese zum ursprünglichen Drosophila-Ansatz. Die Idee, spezielle Funktionen in einen Chip zu packen, hat sich inzwischen in vielen Bereichen durchgesetzt (z.B. 3-D-Grafik, Videokomprimierung, Spracherkennung).

Auch die zweite akademische Schiene, ein Schachprogramm auf möglichst vielen Prozessoren parallel

abzuarbeiten (Rekordhalter ist im diesem Bereich das Zugzwang-Programm der Universität Paderborn), hat mit dem ursprünglichen Ansatz ebenfalls nichts mehr gemein.

Die Diktatur der Mechanik

Hat man außer ein bißchen besser Schachspielen in all den Jahren sonst noch etwas gelernt oder hatten die Stanford Physiker mit ihrem „reine Spielerei"-Vorwurf recht? Das bezüglich Schach treffendste Resümee hat der Wiener Schachhistoriker Michael Ehn nach dem Match Kasparov gegen Deep Blue gezogen. „Ich hätte nie geglaubt, wie wichtig eigentlich die mechanische Komponente, genaues Figurenzählen, im Schach ist und wie unwichtig im Verhältnis dazu Intuition und Kreativität sind."

Daß Computer besser rechnen können als Menschen ist eigentlich keine besonders neue und umwerfende Erkenntnis. Daß sich die Kunst des Schachspielens zu einem relativ hohen Grad auf mechanische Berechnung zurückführen läßt, ist keine besonders sympathische, aber dem Schachspieler trotzdem zumutbare Erkenntnis. Auch der erfolgreiche Verlauf der Erziehungsexperimente von Vater Polgar belegt die mechanische These. Jede/r kann Großmeister werden, wenn man sie/ihn von frühester Kindheit nur darauf hindrillt.

Die gerasterte Fruchtfliege

Wie der Autor am eigenen Leib erfahren mußte, ist es nach dem Deep-Blue-Sieg ziemlich schwierig geworden, Forschungsgelder für ein Schachprojekt aufzutreiben. Für die potentiellen Geldgeber ist die Sache gelaufen. IBM schätzt die Sache wohl realistischer ein und hat Deep Blue vorsorglich eingemottet. Um dennoch an Geld und Rechenzeit zu kommen, hat ein Teil der akademischen Gemeinschaft Go als neue Drosophila gewählt. Der Geist zog immer schon dorthin, wo die Quellen des Reichtums sprudeln. Und die sprudelten zumindest bis vor kurzem im südostasiatischen Raum lebhaft. Go ist sicher viel schwieriger zu programmieren als Schach. Die Anzahl der möglichen Züge ist bei Go im dreistelligen Bereich. Dadurch scheidet ein primitives Durchrechnen aller Varianten von vornherein aus. Auch die langfristig strategische Komponente ist wesentlich wichtiger als im eher taktisch orientierten Schach. Laut Tartakover ist Strategie im Schach „etwas tun, wenn es nichts zu tun gibt". Solange sich am Brett etwas abspielt, fallen die fehlenden strategischen Kenntnisse eines Programmes somit nicht extra auf. Go ist ein mittelalterlich-feudales Spiel, bei dem es um die langfristige Eroberung von Terrain geht, während die heutige Form des Schachspiels ein

H.R. Giger, Carmen I, 1988-98

typisches Kind der Neuzeit ist. Im Feudalismus hatte man mehr Zeit, entwickelte Imperien über Generationen, während in der Neuzeit der Gewinn bereits beim nächsten Bilanzstichtag feststehen muß.

Möglicherweise hängt das zur Zeit eher niedrige Niveau der Go-Programme aber auch mit den üblichen Kinderkrankheiten eines jeden neuen Gebietes zusammen. Auch im Computerschach sind die Großmeister nicht vom Himmel gefallen, waren mindestens 20 Jahre nötig um ein ernstzunehmendes Niveau zu erreichen. So viel ich weiß, gibt es im Computer-Go auch noch keine Vollprofi-Szene, die – wie im Computerschach – frei von akademischen Ritualen die Entwicklung weitertreibt. Die Akademien waren bei ihrer Gründung eine Versammlung von Jünglingen aus reichem Haus. Wenn es wirklich so war wie es in Platons Symposium beschrieben ist, speiste und trank man zusammen, philosophierte über Gott und die Welt und schlief miteinander. Konkrete Arbeit war für diese Gesellschaftsschicht niedriges Sklavenwerk. Im Grunde hat sich an dieser Einstellung im akademischen Bereich nicht viel geändert. Ein gutes Schach- oder Go-Programm zu schreiben ist aber nur zu 5 Prozent großartige Idee und zu 95 Prozent sklavische Knochenarbeit.

Was ist Intelligenz?

Wenn jemand frühmorgens noch etwas umnachtet sein Kaffeehäferl erkennt und es erfolgreich zum Mund führt, würden wir dies kaum als Anzeichen besonderer Intelligenz werten. Auch die Tatsache, daß jemand auf einem Waldweg spazieren geht, sich auf eine Bank setzt und dort genüßlich in der Nase bohrt, gilt gemeinhin nicht als besonderes Indiz von Intelligenz. Wenn jemand diese Tätigkeiten nicht beherrscht, vermuten wir einen Unfall oder eine schwere Krankheit als Ursache. Auch wenn jemand allen Ernstes erklärt, ich werde im Jahre 2000 -57

Jahre alt, würde er von mir zur menschlichen Rasse der Samsoniten (vulgo Vollkoffer) zugeordnet werden.

Auch die ausgefeiltesten künstlich intelligenten Systeme können zur Zeit weder Kaffee trinken, Spazieren gehen oder gar Nasenbohren. Sie würden sich anschütten und wie ein schwer Betrunkener stolpern. Es fehlt ihnen auch am Hausverstand um zu erkennen, daß ein im Jahr 57 Geborener im Jahr 00 nur 43 und nicht -57 Jahre alt sein kann (letzeres ist das berühmt berüchtigte Jahr-2000-Problem, dessen Beseitigung weltweit einige Dutzend Milliarden Dollar kosten wird).

Definiert man Intelligenz damit, wie schwierig es ist, die Tätigkeit mit Hilfe eines technischen Systems zu simulieren, dann erfordern beim Schach die Rahmenhandlungen, wie dem Gegner die Hand geben, die Kellnerin erkennen und bei ihr Kaffee bestellen, den Kaffee trinken, die Toilette ausfindig machen und sie in sozial akzeptabler Weise zu benützen, Nasenbohren, Brillenputzen oder Kugelschreiberkauen um Größenordnungen mehr Intelligenz als das in dieser Hinsicht ziemlich primitive Schachspielen.

Die rollende Drosophila

Die AI-Forschung konnte und wollte an diesen fundamentalen Einsichten in die leichten und schwierigen Dinge des menschlichen Lebens nicht vorbei gehen. Also wurde, laut dem »Applied Artificial Intelligence Magazin«, die neue Drosophila Art RoboSoc gezüchtet: RoboSoc wie Roboter-Soccer (Fußball). Der dazugehörige Weltverband heißt in enger Anlehnung an das menschliche Pendant FIRA (Federation of International Robot-soccer Association). FIRA-Hauptquartier ist das KAIST (Korea Advanced Institute of Science and Technology). Die südkoreanischen Roboter sind momentan auch die Beherrscher des Fußballfeldes.

Vom 24. bis 26. April 1998 fand in Wien die Roboter-Fußball-Europameisterschaft statt. Parallel zur „richtigen“ WM wurde im Juni in Paris die Roboter-WM abgehalten. Die Roboter sind Quader mit 7,5 cm Seitenlänge. Sie „laufen“ auf zwei seitlich angebrachten Antriebsrädern und werden durch jeweils ein Stützrad vorne und hinten vor dem Umkippen bewahrt. Spielfläche ist eine 90x120cm große Tischtennisplatte. Der Ball ist ein Golfball. Um das Toreschießen zu erleichtern, sind die Tore mit mehr als 30 cm Breite im Verhältnis zu den Felddimensionen ziemlich üppig ausgefallen. Dies ist aber nötig; meist rollt der Ball eher durch Zufall als durch zielführende Aktionen ins Tor. Die Roboter sind auf der Oberseite farbig gekennzeichnet. Für jedes Team nimmt eine Kamera das Spielfeld auf. Die Kamerabilder werden an einen PC geleitet. Das am PC laufende Steuerungsprogramm identifiziert die Roboter und gibt ihnen per Funk Anweisungen, wohin sie fahren sollen. Die Roboter haben bis auf die Steuerung der Räder keine eigene Intelligenz. Gespielt wird entweder 1 gegen 1 (Single-MiroSot) oder 3 gegen 3 (MiroSot).

Ich habe mir die Europameisterschaft gemeinsam mit meinem Freund Willy und seinem sechsjährigen Sohn Patrick angeschaut. Patrick hat die fachkundigsten Kommentare abgegeben. „Das sind ja gar keine echten Roboter, die haben ja gar keine Beine“. Chrilly und Willy: „Laufen ist viel zu schwierig, das können die noch nicht.“ Patrick: „So ein Blödsinn, Laufen ist doch nicht schwierig, jedes Baby kann laufen.“ Chrilly und Willy: „Ganz kleine Babies können noch nicht laufen, die müssen das erst lernen.“ Patrick: „Sind diese Roboter da noch ganz kleine Babies?“ Chrilly und Willy resignierend: „Ja Patrick, die müssen das alles noch lernen.“

Das Spiel beginnt. Der österreichische Roboter beschließt fernab von Ball und Gegner eine Pirouette einzulegen. Offensichtlich wird ihm dabei schwindlig. Er kracht gegen die Bande und bleibt mit rauchenden Motoren stehen, während sein koreanischer Gegner (die Koreaner spielten als Gastteam mit) es nach einigen vergeblichen Versuchen dann doch endlich schafft, den Ball im leeren Tor unterzubringen. Patrick: „Ist das aber lustig, die Roboter sind so doof.“ Chrilly und Willy: „Ja Patrick, die sind wirklich ziemlich blöd.“

Würde ein fünfjähriges Kind einen Roboter mit einem Joystick lenken, so würde dieses Gespann den pentiumgesteuerten Gegner mit einer zweistelligen Packung nach Hause schicken (im Single-Sot-Bewerb, 3 gegen 3 ist für einen Menschen, aber auch offensichtlich für den Computer, schwer zu koordinieren). Der Bewerb mußte mehrmals zum „Dressentausch“ unterbrochen werden, weil die Steuerungssoftware die Farbe des eigenen Roboters nicht von jener des Gegners unterscheiden konnte. Der ebenfalls anwesende Computerschach-Veteran Helmut Weigel hat sich köstlich amüsiert. Die Pannen erinnerten ihn an die Computerschach-Steinzeit, als alles noch nicht so perfekt, dafür aber weit lustiger war. Diese Vorkommnisse machten aber auch deutlich, wie schwierig es eigentlich ist, ein blaues Quadrat von einem roten zu unterscheiden.

Gut Roboter-Fußball zu spielen ist schwieriger als ein gutes Schachprogramm schreiben. Die Disziplin liegt sicher noch, wie Patrick richtig bemerkt hat, in den Windeln. Sie wird auch, wie einst Computerschach, durch die Drosophila-Manie der akademischen Welt behindert. Zumindest offiziell will man nicht einfach gut Roboter-Fußball spielen, sondern allgemein verwendbare Methoden zur Steuerung von autonomen Systemen (Robotern, Sonden) entwickeln. Die Roboter sollen nicht nur auf dem Tischtennistisch, sondern in „Endausbaustufe“ auch auf einem von Menschen bevölkerten Gelände selbständig durch die Gegend fahren. Roboter-Fußball ist, wie einst das ACM-Turnier, aus dieser Sicht nur ein Spektakel um leichter an Ressourcen für „richtige Forschung“ zu kommen. Die Geschichte wird sich aber in diesem Bereich wiederholen. Primitiv Tore schießen wird wichtiger werden als elegant welche bekommen. Außerdem könnte das Gebiet auch für Profis durchaus interessant werden. Roboter-Fußball ist speziell für Kinder unterhaltsamer als Schach. Möglicherweise wird Patrick in ein paar Jahren anerkennen, daß die Roboter zwar nicht so gut wie Rapid Wien, aber zumindest so gut wie Austria Wien spielen können. Wahrscheinlich wird er sich auch den Nachsatz nicht verkneifen können, „die können nämlich nicht wirklich Fußball spielen, die Austrianer“. ■

Chrilly DONNINGER ist Computerschachprogrammierer und Lektor für Computerschach.

Literatur

J. McCarthy.: Chess as the Drosophila of AI, in: T. Marsland, J. Schaeffer: Computers, Chess and Cognition, Springer Verlag 1990.

M. Donskoy, J. Schaeffer: Perspectives on Falling from Grace, ebenda.

F-H. Hsu, et. al: Deep Though, ebenda.

D. Slate, J. Atkin: Chess 4.5 – The Northwestern University chess programm, in: P. Frey, Chess Skill in Man and Machine, Springer Verlag 1983.

Haider und die Freiheitlichen

Über Jörg Haider und die Freiheitlichen ist in den letzten Jahren soviel geschrieben und gemeint worden, daß man schon einen guten Grund braucht, um ihn und die seinen auch noch zum Schwerpunktthema unserer Zeitschrift zu machen. Ist nicht alles gesagt? Gibt es wirklich Aspekte zu benennen, die bis jetzt nicht gebührend beachtet wurden? Gar etwas Neues?

Nichts weniger als das nehmen wir an. Jörg Haider, so die Gegenthese, ist ein weitgehend unbeschriebenes Blatt, er ist nicht „eigentlich schon ausdiskutiert", wie Rudolf Burger im »Kurier«-Interview meinte (24. Dezember 1997), sondern im Gegenteil, noch nicht einmal richtig andiskutiert. Betonung auf *richtig*. Korrekt ist es eher, festzustellen, daß die bisherigen Debatten wenig Essentielles zu Tage förderten, ja daß sie – in den schlimmsten Fällen – ihrem Objekt sogar unabsichtlich zuarbeiteten.

Die traditionellen Analysen greifen zu vorschnellen Zuordnungen, allzuoft versuchen sie sich gar in der gleichen Methode wie ihr Widerpart: sie wollen ihn, den Haider, *abschießen*, *erwischen*. Gelegenheiten dazu finden sich ja en masse. Sooft sie ihn allerdings erwischen, sooft entgleitet er ihnen wieder. Übrig bleibt die völlig unerträgliche Skandalisierung der österreichischen Politik. Das Problem ist nur: Was anderen schadet, kann Haider für sich nutzen. Auch die Rosenstingl-Affäre wird die FPÖ nur zwischenzeitlich in Mitleidenschaft ziehen.

Das medial inszenierte Glücksgefühl, das Haider jetzt angeblich bei nur mehr 20 Prozent der Wählerstimmen sieht, weit hinter der ÖVP, das wird längstens bis zum nächsten Wahlerfolg der FPÖ 1999 in Kärnten halten. Geht das Haidersche Kalkül auf, im Kärntner Landtag stärkste Kraft zu werden, dann sind weitere Überraschungen in Form von Erdrutschen nicht ausgeschlossen – nicht einmal bei der Nationalratswahl im kommenden Herbst. Das mag eine gewagte Prognose sein, sind Wahlen doch inzwischen immer stärker auch von den unmittelbaren Stimmungen abhängig geworden. Doch niemand bedient diese Stimmungen so gut wie der F-Führer.

Während in anderen Ländern zumindest ein politischer Wechsel simuliert werden kann, Blair als Thatcher und Schröder als Kohl auftritt, ist dies in Österreich nicht einmal als Simulation machbar, eben weil die „Große Koalition" dies apriori verhindert. Unabhängig davon, hat Haider bereits die ganze Innenpolitik infiziert, ist der Unterschied zwischen ihm und den anderen ein gradueller, kein prinzipieller. Haider hat so unrecht nicht wie es klingt, wenn er meint, der österreichische Blair, der österreichischer Schröder, das sei er. Sogar in der Wortwahl beruft der Abstauber sich auf diesen neuen Prototypus der Larven der Macht. Zieht man die eindeutig nazistischen und revanchistischen Ausflüge ab, dann gilt es im Wesentlichen festzuhalten: There's no difference!

Eine der zentralen Fragen wird sein, ob die Haider-FPÖ sich als entwickeltste und modernste rechte Formation Europas ihre österreichische Enge verlassen kann. Bisher waren die ausländischen Etablierungsversuche (denken wir etwa an das schlechte Abschneiden der deutschen Freiheitlichen, an Manfred Brunners *Bund Freier Bürger (BFB)*) aber nicht allzu erfolgversprechend.

Für Österreich jedenfalls gilt: Egal, ob nun die Börsen krachen, noch mehr Beschäftigte in die Arbeitslosigkeit gedrängt werden, neue Skandale gefunden oder erfunden werden, ob es gegen Gewerbesteuern oder Sozialabbau geht, von all dem wird Haider profitieren wie der Häuptling der stärksten Bande der Marodeure.

Damit soll nun keineswegs gesagt werden, daß die „Machtübernahme" Jörg Haiders schon ausgemachte Sache sei, sie ist aber, der objektiven Entwicklung als auch den subjektiven Faktoren Rechnung tragend, die wahrscheinlichste Variante. Haider suggeriert als einziger ernstzunehmende und klare Antworten. Das ist zwar Schein, aber er leuchtet.

Nicht Fatalismus ist jedoch angesagt, sondern eine entschiedene Kritik der Freiheitlichen, eine Kritik freilich, die ihre ausgemergelten alten Bahnen verläßt und sich der realen Gefahr auch tatsächlich stellt, nicht meint, mit alten Schlagwörtern dem neuen Phänomen beikommen zu können. Das mag zwar ehrenhaft sein, nur bringen tut es absolut nichts. Nicht, daß adäquate Kritik Haider nun erledigen könnte, sei gesagt, nur ist sie die Voraussetzung, daß die wirklichen Haider-Gegner nicht so hilflos daherkommen wie bisher. Ziel soll sein, Haider besser zu begreifen, um ihn und die Zustände, die ihn hervorbringen, angreifbar zu machen.

Die Beiträge im Heft setzen unterschiedliche Akzente: Franz SCHANDL versucht die hervorstechenden Phänomene freiheitlichen Agierens ein wenig zu ordnen, um sie als Elemente für eine Charakterisierung der FPÖ brauchbar zu machen. Herbert AUINGER illustriert die Tücken der obligaten Vergangenheitsbewältigung, vor allem auch benennt er, wie Jörg Haider sich diese zunutze macht. Gerhard SCHEIT schreibt über die doch unvermutete Verwandtschaft von Demokratie und Rassismus, Staat und Gang. Stefan BRONIOWSKI kommentiert die Entdeckung des inzwischen anders titulierten „wehrhaften Christentums" durch die Freiheitlichen. Mit den Beiträgen von Lutz HOLZINGER über die „faire Marktwirtschaft" und Walter GÖHRING über die FGÖ als gelbe Gewerkschaft schließt der Schwerpunkt.

Franz Schandl

Politisches Marodieren

Phänomenologie und Charakter der Haider-Bewegung

Franz SCHANDL

In diesem Land herrscht ein objektives Bedürfnis nach einer restriktiven und autoritären Kraft. Daher ist es an der Zeit, die Grundlagen dieses Bedürfnisses näher anzuschauen, sich nicht bloß regelmäßig über die Äußerungsformen der Freiheitlichen zu entsetzen.

Oberflächlich betrachtet ist Haiders Politik eine Politik der Inszenierungen. Der Schritt vom Grundsätzlichen zum Beliebigen, der scheint konsequent getan. Da steckt also, um hier selbst den postmodernen Jargon zu gebrauchen, keine große Erzählung mehr dahinter, sondern es wird eine Geschichte nach der anderen aufgetischt. Die Adäquanz seiner Überlegungen speist sich aus einer Gelegenheitsvernunft, einer Vernunft, die jede Gelegenheit für sich zu nutzen versteht. Wobei die Gelegenheitsvernunft fast aussschließlich am unmittelbaren Resultat interessiert ist, nicht an den anschließenden Folgen.

Dieses Resultat ist zugerichtet wie der Profit in der Ökonomie. Die Kriterien der Verwertung werden zu jenen der Politik selbst. Die Partei ist sodann keine Gesinnungs- und Interessensgemeinschaft mehr, sondern gleicht einem Betrieb, dessen Zweck darin besteht, Einfluß und Stimmen zu akkumulieren. Inhalte dienen vor diesem Hintergrund nur noch als diffuse Schablonen, sie sind austauschbare Identifikationsmomente, nicht mehr. Je nach Bedarf werden sie mehr in den Vordergrund geschoben oder verdrängt. Haider ist diesbezüglich flink wie ein Wiesel.

Postmodernes Sortiment

Politik ist zu einem Sortiment von Ausschußwaren geworden, die der Populist in seinem Supermarkt der Eventualitäten verkauft. Jedermann und jedefrau soll sich bedient fühlen. So gelingt es, eine breite Koalition von offenen Unterstützern und heimlichen Sympathisanten herzustellen. Auch wenn das Angebot nur Schein ist, wird es in den Händen Haiders zum Scheinwerfer. Es leuchtet und blendet, weil: es leuchtet ein und blendet aus. Es ist das Schrille und Grelle, das hier so ungebrochen, ja gnadenlos zur Geltung kommt.

Diese permanente Sensationierung des Geläufigen übertönt freilich das kennzeichnende Rauschen. Das Normale erhält den Status des Absonderlichen, das stets beschworene Volk soll sich daran nicht als es selbst erfahren, sondern sich *aufregen* und *abreagieren*. Der Normalität werden dann die Normen derselben als Gegenpart, nicht als ideologische Verbrämung gegenübergestellt. Auf der Ebene dieses Widerspruchs und seiner besonderen Codierung der Differenz als Verrat, Diebstahl, Privileg, Korruption, Schuld etc. bringt Haider die Verhältnisse zum Tanzen. Er bestärkt und lehrt die Leute zu glauben, was sie sowieso glauben. Sie erkennen sich sodann in ihm, seinen Handlungen und Vorschlägen. Es ist eine Politik der billigen Identifizierung in Zeiten der Auflösung fester Werte.

Haider ist also nicht dingfest zu machen, er entzieht sich einer obligaten Katalogisierung durch das stete Fluktuieren seiner windigen Eingriffe. Modus und Struktur dieser Politik haben sich in ihren Prämissen gewandelt. Seine Partei steuert der F-Führer wie ein Aktienpaket durch die Wogen des politischen Geschäfts. Ob er aktuell gerade für die völlige Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten ist, oder umgekehrt den freien Sonntag für heilig erklärt, hängt nur ab von dem Realszenario, in dem das eine oder andere Angebot eine bessere Nachfrage erzielt. Manchmal können beide Varianten sogar parallel ablaufen, je nach Ansprechpartner, der soeben zu bedienen ist. Je nach Konjunktur werden hier Entscheidungen für einen Markt menschlicher Stimmungen getroffen. Für Nestroys hellsichtige Prophezeiung, daß „freie Wahlen nach vorhergegangener Stimmung“[1] entschieden werden, hat Haider den „reinrassigen“ Typus gezüchtet: sich selbst. Die FPÖ ist die digitalisierte Variante betriebswirtschaftlichen Handelns in der Politik. Haider & Co. betreiben Wählerstimmenmaximierung wie andere Profitmaximierung betreiben.

Haiders Entlarvung kann nur als spezifische Destruktion des politischen Postmodernismus geleistet werden. Diese Aufgabe können viele Haider-Gegner aber nicht bewerkstelligen, da sie selbst eine Variante desselben darstellen. Sie sind ihm näher als sie meinen.[2] Seine Dechiffrierung wäre ihre Dechiffrierung. Haider ist nicht anderer Art, sondern eine Wucherung derselben. Will man Haider erklären, dann sind vorerst selbst die traditionellen Analysemuster in Frage zu stellen: die politischen Lager, die Programme, die Grundsätze, die Meinungsforschung, die Wählerströme, kurzum, die gesamte traditionelle Parteienforschung.

Erst wenn man das hinter sich gelassen hat, kann man voranschreiten, das Nichtbeliebige im Beliebigen zu erkennen. Dieses Nichtbeliebige ist eine Orientierung auf Demokratie und Markt, die Konkurrenzmechanismen werden grundsätzlich, aber nicht vorbehaltslos bejaht, sie werden national reinterpretiert. Die gelungene ideologische Symbiose aus marktwirtschaftlicher Euphorie und reaktionärem Antikapitalismus ist Kennzeichen der Haiderei. Der fleißige Inländer ist deren Idealtypus.

Was Haider vorhat, ist die nationalistische Veranstaltung des Neoliberalismus, wobei immanente Konflikte dieser Ehe bewußt ausgeklammert bleiben müssen. Aufgrund dieser Verschränkung kann Haider sowohl Sieger als auch Verlierer bedienen. Weiters ist sein nationalistischer Ansatz nicht primär revanchistisch und rückwärtsorientiert, er speist sich hauptsächlich aus einer spezifischen Interpretation der sozialen Verwerfungen. Diesbezüglich ist er alles andere als borniert, er ist vielmehr multipel und zielgerichtet. Seine Palette etwa betreffend die räumliche Identität reicht so vom regionalistischen Separatismus über den österreichischen Patriotismus und die Beschwörung der deutschen Kulturge-

meinschaft bis hin zur kreuzritternden Verteidigung des europäischen Abendlandes.

Haiders Assoziationsbrocken – denn von Konzepten zu sprechen wäre übertrieben und irreführend – suggerieren trotz ihrer inneren Inkonsistenz eine Art Versicherung in Zeiten der Verunsicherung, indem sie die Analyse komplexer gesellschaftlicher Abläufe durch die Benennung von Schuldigen ersetzen, und stets versprechen, daß durch die Beseitigung dieser oder jener Person bzw. dieser oder jener Machenschaft auch das angesprochene Problem leicht zu lösen wäre. Das muß man sich immer vor Augen halten, wenn man sich der politischen Versatzstücke der Freiheitlichen annimmt. Sie stehen nicht für sich, sondern sind mobiles Gut, das flexibel eingesetzt wird. Je nach Bedarf wird es hervorgeholt oder eingemottet.

Kleinbürgerliche Rabiatismen

Haider hat mit der Entideologisierung und dem Grundsatz der Grundsatzlosigkeit in vieler Hinsicht Ernst gemacht. Ihn interessiert herzlich wenig, wofür und wogegen er gestern gewesen ist. Er ist mit konventionellen Mustern nicht dingfest zu machen. Er ist ein politischer Marodeur, er stiehlt, was nutzbringend ist, von linkspopulistisch (man denke an die seinen Funktionären verordnete Diätenbegrenzung) bis nazistisch reicht da die Palette.

Haider ist für alles, wofür alle sind. Inhaltlich betreibt Haider Affirmation durch Überaffirmation. Haider gebärdet sich also nicht wie etwa Hitler als absoluter Feind der Demokratie, sondern im Gegenteil, als deren eifrigster Freund und Helfer. In Haider übertreibt sich die Demokratie bis zur Kenntlichkeit. Er ist nicht der Umstürzer des Systems, er ist dessen Verwirklicher. Man lese nur aufmerksam das neue Programm der FPÖ, und man wird dort alles finden, was dem demokratischen Publikum vertraut ist und somit vertrauenswürdig erscheint. Nicht nur das Bekenntnis zur *fairen Marktwirtschaft*[3] oder zur *Wettbewerbsfähigkeit*[4] ist da gemeint, sondern auch zur *Nachhaltigkeit*[5] oder zur *ökologischen Steuerreform*[6], zum *Verursacherprinzip* sowie zur *Kostenwahrheit* in der Ökonomie.[7] Es wurde also Vorsorge getroffen, daß die Kunden auch zielsicher abgeholt werden.

Vor allem die Affinität zu ökologistischen Standpunkten ist erstaunlich, aber unübersehbar. Schon in seinem vorletzten Buch schreibt Jörg Haider: „Freiheit, die ich meine, muß sich vom anthropozentrischen und mechanistischen Weltbild abwenden und sich als Ergebnis einer ganzheitlichen ökologischen Sicht verstehen."[8] Madeleine Petrovic würde es nicht anders formulieren. Ebenso: „Der Mensch ist ein Teil der Natur, seine Würde ist unteilbar. Folglich muß auch der Natur Würde und Grundrechtsschutz zukommen."[9] Manchmal geriert er sich gar als Basisdemokrat: „Unser Ziel, für das wir streiten, ist die Durchsetzung von Freiheit und Recht und nicht die Macht! Unser Ziel ist nicht Austausch der Herrschenden, sondern Machtverzicht für Parteifunktionäre und Apparate, um Autonomie und Selbstbestimmung der Menschen zu erlangen."[10] Ebenfalls findet sich der intellektualistische Singsang, daß Österreich „keineswegs mit normalen westlich-demokratischen Maßstäben zu begreifen"[11] ist.

Bekannte Schlagworte wie „Altparteien", „SPÖVP", „Einheitspartei", „Privilegienabbau", „Dritte Republik", „Bewegung statt Partei" entspringen – meist sogar originär – grünalternativem Vokabular der Frühzeit. Sie wurden dort aber nie zu Begriffen oder Konzepten verdichtet, und im Laufe der Zeit – je mehr man sich ganz staatsfromm auf den obligaten „Konsens der Demokraten" einließ –, überhaupt stillschweigend fallengelassen. Haider hat das Abgelegte nun abgekupfert und rabiatisiert. Die fatale Schlagseite des Zu-kurz-Gedachten kommt bei ihm jetzt ungeschminkt zu sich.

Der beliebige Austausch von Symbolen und Zeichen, Emblemen und Wörtern, Assoziationen und Chiffren, schadet Haider keineswegs, im Gegenteil, er ist Bedingung des Verkaufs. Daß die anderen auch für so manches sind, spricht nicht gegen ihn, sondern gegen jene: sie seien es, die fortwährend die Werte verraten, somit Falschmünzer und Falschhändler, denen man das Handwerk legen oder die man zumindestens auf den richtigen Kurs bringen muß.

Wenn man Haiders Schriften liest, seine Reden hört, dann ist da nichts an Radikalität wahrzunehmen, vielmehr hat der rabiate Kleinbürger sämtliche Vorurteile des Stammtisches zusammengetragen und konzentriert. Da ist nichts, was nicht auch die Demokratie möchte, was nicht auch andere demokratische Parteien von sich geben. Die Differenzen sind marginal, auch wenn Haider und seine Gegner laufend anderes behaupten. Haiders Ansichten sind austauschbar mit roten, grünen oder schwarzen Programmen.

Politisches Marodieren ist ein Kennzeichen der Haiderei. Haider ist also ein „Nach-F-er"[12] (Markus Wilhelm). Was Carl von Ossietzky über die Nazis schrieb, trifft auch auf die Freiheitlichen zu: „An dieser Partei ist nichts originell, nichts schöpferisch, es ist alles entlehnt. Sie hat kein eignes geistiges Inventar, keine Idee; ihr Programm ist in aller Welt zusammengestoppelter Unsinn. (...) Alles an dieser Partei ist Nachahmung, alles was sie unternimmt schlechtes Plagiat. (...) Alles in und an der Nationalsozialistischen Partei ist zusammengeklaut, alles Diebesgut, alles Soré [Erlös aus ergaunerter Ware, F.S.]; Material für stupide Köpfe aber fertige Finger."[13]

Freilich dürfen solche Vergleiche nicht zu analytischen Schnellschüssen verführen. Die Hitlerei hat auf dieser Ebene ansatzweise vorweggenommen, was Jahrzehnte später zur Selbstverständlichkeit geworden ist. Mußten die Nazis eine volksgemeinschaftliche Politik noch mit Zwangsapparaten herstellen, das Abweichende eliminieren, so werden heute ähnliche Ergebnisse ohne diesen repressiven Aufwand erzielt. Der totale Zwang braucht kein Außen mehr, er ist den Verhältnissen eingeherrscht. Das schlechte Plagiat ist aktuell zu einer wechselseitigen Plage geworden, Programme und Vorschläge allesamt austauschbar, verkommen auf Nuancen und Varianten ein und desselben. Das gilt auch für das Grundkonzept einer nationalstaatlich domestizierten Marktwirtschaft, die alle Parteien mehr oder weniger vertreten.

Würden wir Programmfetzen und Konzeptbausteine der fünf österreichischen Parlamentsparteien in einem Zufallsgenerator durchmischen, so wäre das Puzzle sicher nicht mehr zusammenzusetzen. Die Kategorisierung solcher Exzerpte wäre alles andere als eine leichte Aufgabe. Leichter noch erkennbar an formalen Einsprengseln denn an inhaltlichen Differenzen. In einer Welt, wo alles austauschbar geworden ist, müssen auch die Parteien als Bestandteil des politischen Systems verwechselbar werden.

Von allem für alle

Spezifische Inhalte jenseits eines nationalistisch inszenierten Liberalismus fungieren als taktische Variablen. Dem F-Führer geht es etwa gar nicht

um den Euro, auch wenn er ein Pro-Schilling-Volksbegehren einleitet. Er kann ja gar nicht für den Euro sein, auch wenn er für den Euro wäre, weil er sich damit in eine Einheitsfront mit der Regierung begeben und den unterschiedlichsten Bedenken in der Bevölkerung nicht Rechnung tragen würde. Sein Kalkül ist die Konfrontation durch ein beständiges *Kontra*. Haider ist also nach herkömmlichen Kriterien kaum berechenbar, er hat das letzte Quäntchen Verläßlichkeit aus der Politik eliminiert.

Überraschen sollte daher auch nicht der prokatholische „Kurswechsel" von Haider und seinem Vize Stadler. Es geht schlicht und einfach darum, den rassistischen Bodensatz des Katholizismus für die Freiheitlichen zu mobilisieren. Der neue kirchenfreundliche Kurs soll das Bündnis gegen die Ausländer, in erster Linie gegen die andersgläubigen Moslems festigen. Muß doch das Abendland gerettet werden. Die FPÖ versucht sich im modernen Kreuzrittertum. Mit aller Vehemenz will Haider für die „Stärkung der christlichen Werte" eintreten. Im neuen FPÖ-Parteiprogramm sollte ursprünglich sogar stehen: „Die Bewahrung der geistigen Grundlagen des Abendlandes erfordert ein wehrhaftes Christentum." Der Antiklerikalismus, der das sogenannte „dritte Lager" in Österreich vom deutschnational-antisemitischen Schönerer bis zur gestrigen FPÖ kennzeichnete, wird einfach für überholt erklärt. Er ist es freilich auch. Haider vollzieht hier – trotz unzähliger Bedenken in den eigenen Reihen – nur nach, was nicht mehr zu revidieren ist.

Die gegenwärtige Krise in der Katholischen Kirche Österreichs (vom Kirchenvolksbegehren über die Affäre Groer bis hin zu den Differenzen innerhalb der Bischöfe) ist für die Freiheitlichen eine Chance, sich als politische Kraft der rechten Katholiken zu etablieren. Und niemand unterschätze deren quantitatives Potential. Der Deutschnationalismus ist allerdings dort nicht sonderlich beliebt, aber nicht aus antifaschistischen Überlegungen, diese Haltung speist sich vielmehr aus alten wie modernen Ressentiments gegen die *Piefkes*. Haider hat das schon lange begriffen und auch deswegen den deutschtümelnden Ansatz in der FPÖ konsequent zurückgedrängt, vom Prinzip zum Mosaik degradiert. Nannte er den Begriff der „österreichische Nation" einst eine Mißgeburt, so ist er nun ganz auf „Österreich zuerst".

Haider gleicht einem politischen Chamäleon, das, je nach Bedarf seine Farbe wechselt, sich aber dennoch gleichbleibt. *Von allem etwas* und *für alle etwas*, das ist das Erfolgsrezept der Haiderei. Laut Eigendefinition sieht die neue FPÖ sich jetzt als eine *christlich-sozial-demokratisch-liberale* Kraft. Das ist nicht so falsch, so obskur es auch auf den ersten Blick erscheint. Die regressiven Komponenten werden in der FPÖ tatsächlich verdichtet präsentiert.

FPÖ, das meint permanente Runderneuerung. Es vergeht kaum ein Monat, wo Haider nicht irgendetwas anderes einfällt, das er dann wiederum auf dieselbe Art einem genügsamen und abgestumpften Publikum serviert. Boulevard und Zeitgeist multiplizieren die neue Inszenierung in ihren Medien. Die Vorlage wird zur Matrize und die Medien funktionieren wie Vervielfältigungsmaschinen einer Werbekampagne.

Der Tiefpunkt solcher Kampagnen war bisher immer dann erreicht, wenn Haider mit dem *Rücktritt* vom Parteivorsitz drohte. Die leere Drohung ist stets folgenreich. Das Spiel mit dem Rücktritt entpuppt sich als Festigung der eigenen Position in der Bewegung bzw. als gesteigerte Aufmerksamkeit in den Medien. Die Zurücktreterei ist nicht „einfach lächerlich"[14] (Peter Rabl), sondern doppelt ertragreich. Solange alle mitspielen, wird Haider davon nicht lassen. Daher wird alle heiligen und unheiligen Zeiten zurückgetreten. Fällt ihm gerade nichts anderes ein, steckt er irgendwelchen journalistischen Nachläufern (die sich selbstverständlich mißverständlich als Verfolger betrachten) das Gerücht zu. Die notieren, um zu multiplizieren. Nie können sie seinen Furz einen Furz sein lassen. Schließlich hängen sie an ihm. Verlören sie ihn, würden ihre Auflageziffern sinken. Auch wenn es anders erscheint: diese Journaille ist Haiderhörig.

Doch auch der simulierte Rücktritt wurde inzwischen dahingehend unter-

boten, daß er im Sommer 1998 – nach der mit einigen Blessuren überstandenen Affäre Rosenstingl – gar über einen möglichen *Austritt* aus der FPÖ spekulierte, sollte die Partei nicht spuren, wie er es sich vorstellt: „Wenn es mit der FPÖ nicht geht, kann ich es mit einer neuen Bewegung machen“[15], sagt er, frisch aus dem Urlaub entlassen, einem staunenden, nicht einem gelangweilten Reporter. Rücktritt und Austritt sind allemal nur mediale Finten, um die Journaille thematisch an die Leine zu nehmen. Sie garantieren, daß Haider in den Schlagzeilen und auf Sendung erscheint, somit das, was er in seinem Vampirdurst braucht, den medialen Auftritt.

Ontologischer Stumpfsinn

Das Beliebige beruht aber auf ontologischen Unterstellungen, man könnte auch sagen: Vorurteilen, die gar nicht als der Reflexion zuführbar wahrgenommen werden. Was immer wir vorfinden, das sind bestimmte Konstruktionen, die aber nicht als solche, sondern als schlichte Festsetzungen erscheinen. Sie sind ihrer historischen Gewordenheit entbunden. Zur Verdunkelung dient wie so oft der Mythos. Da heißt es etwa: „Freiheit steht als höchstes Gut jedem Einzelnen und jeder natürlich gewachsenen Gemeinschaft, von der Familie bis zum Volk, unverzichtbar zu.“[16] Die menschliche Vergesellschaftung wird hier in typischer Weise biologisiert, sie ist keine mögliche soziale Entwicklung gewesen, sondern gehorchte einer natürlichen Dynamik. Das Unverzichtbare an Familie und Volk wird als überhistorische Wesenheit erachtet, Kritik daran muß als organische Bedrohung des Volkskörpers (Nation) und seiner Zellen (Familien) aufgefaßt werden. Das ganze Konzentrat freiheitlicher Ideologie ist diesem unscheinbaren Satz zu entnehmen, versteht man ihn nur genau zu lesen und sorgfältig zu interpretieren.

Neben dieser apriorischen Festlegung finden sich der hinterhältigen Kalauer noch einige. Etwa die Koppelung der Freiheit an das Privateigentum: „Privates Eigentum ist Ausdruck der Verwirklichung von Freiheit“[17], heißt es da. Was dann aber auch bedeutet, daß der Nichtbesitz an Eigentum Ausdruck von Unfreiheit ist, die Freiheitlichen somit unfreiwillig das Antlitz des freiheitlichen Systems in ihrer übereifrigen Ideologie selbst demaskieren. „Das Freiheitliche an der liberalen Demokratie ist ja identisch mit dem Herrschaftskern, denn diese Freiheit ist immer nur die ‚Wirtschaftsfreiheit‘ des Kaufens und Sichverkaufens, die Freiheit der Zahlungsfähigen. Eine andere Freiheit ist nicht vorgesehen. Die Betätigungsform dieser Freiheit ist die Konkurrenz, die ihrem Wesen nach total werden will.“[18]

Bezüglich christlicher Werte heißt es: „Die europäischen Rechtsordnungen fußen auf einem christlichen Grundwertekonsens.“[19] Das ist nur ein Teil der Wahrheit. Man denke nur an die antike Philosophie, das römische Recht, die Aufklärung oder den Marxismus. Religion und Kirche sind zwar *eine* Voraussetzung, nicht mehr aber *die* Bedingung des Abendlandes. Manchmal war es geradewegs der Bruch mit den christlichen Prämissen, der erst den modernen Kapitalismus mit Rechtsstaat, Demokratie und Menschenrechten verwirklichen konnte. Besonders grotesk wird es aber, wenn die Freiheitlichen dann entgegen dem letzten Zitat festhalten: „Es ist mit der Würde des Menschen unvereinbar, ihn durch Bevormundungen oder andere Eingriffe, insbesondere nach ideologischen und weltanschaulichen Schablonen, gegen seinen Willen zu beeinflussen und umzuerziehen.“[20] Doch dieser Widerspruch ist leicht aufzulösen. Freiheit und Privateigentum, Nation und Christentum sind den Freiheitlichen vorausgesetzte Selbstverständlichkeiten, die über jede prinzipielle Kritik erhaben sind. Sie gehören wohl zur okzidentalen Anatomie des Menschen.

Klartext ohne Kontext

Die substantielle Grundlage des Erfolgs ist keine Leistung von Haider und den Freiheitlichen, sondern beruht auf der ominösen wie omnipotenten Vorherrschaft des Alltagspositivismus, des sogenannten gesunden Menschenverstands. Dieser muß, so eigenartig das klingt, zum Gegenstand der Attacke werden. Der Hausverstand wäre sodann keine positive Berufungsinstanz, sondern ein zentrales Kriterium der Abgrenzung. Gerade er ist keine eherne Konstante, sondern eine historisch spezifische Ausprägung der Wertvergesellschaftung, das heißt, der den Alltag bestimmenden Warenproduktion, Warenzirkulation und Warenkonsumtion.[21]

Jörg Haider ist ein Aufreger, er arbeitet mit der „unproduktiven Empörung“[22] (Karl Kraus), er setzt auf die Kurzschlüsse des „durch seine Gesundheit erkrankten Menschenverstandes“[23] (Adorno). Er ist ein Meister der falschen Wahrheiten oder der wahren Falschheiten. Die vorgetragene Kritik, die Beispiele, die Haider vorbringt, stimmen vielfach. Punkt. Doch, was sagt das schon? Aus der sachlichen Richtigkeit folgt keine inhaltliche. Das Nicht-darüber-hinaus-denken-Können des gesunden Menschenverstandes dient ihm als Basis. Er zerreißt die gesellschaftliche Wirklichkeit, präsentiert sie in unappetitlichen Happen, benennt stets Schuldige.

Haiders Methode ist nun die unzulässige Verallgemeinerung bestimmter Einzelfälle. Aus einer Wahrheit wird auf ganze Wirklichkeiten geschlossen. Wahr ist, daß es Arbeitskräfte gibt, die krankfeiern ohne krank zu sein; wirklich ist, daß eine weitaus größere Zahl sich krank auf den Arbeitsplatz schleppt, rein aus Pflichtgefühl oder um diesen weiter zu erhalten. Wahr ist, daß es ausländische Kriminelle gibt; unwirklich hingegen, daß Kriminalität und Nationalität zusammenhängen. Man könnte diese Beispiele unbegrenzt fortsetzen. Was also im Klartext stimmen mag, ist im Kontext falsch. So bindet der Bärentaler einem gefälligen Publikum einen Bären nach dem anderen auf. Doch Haider beherrscht hier nicht etwas, was andere nicht beherrschen, er beherrscht es nur besser, kann wirklich – und das zeichnet den Demagogen aus – als begnadeter Künstler der wahren Lüge bezeichnet werden.

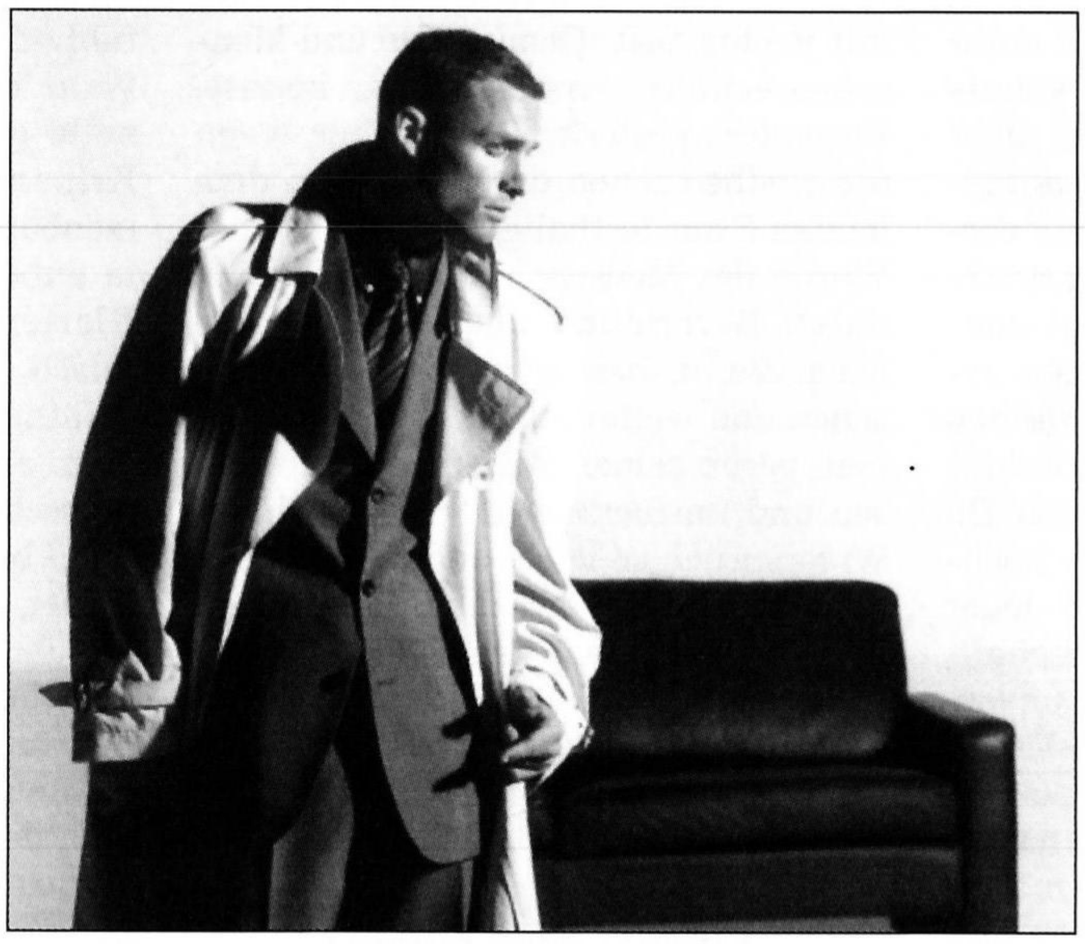
Beispiel: „30.000 Arbeitsplätze hat man den Österreicherinnen und Österreichern versprochen vor dem EU-Beitritt. 24.000 sind vernichtet worden anstatt 30.000 dazu zu bekommen. Das gibt man jetzt zu und dasselbe wird sich auch beim EURO abspielen. Das ist die nächste Pleite.“[24] Die Zahlen können schon richtig sein, doch die Zusammenhänge sind es nicht. Hier werden Verbindungen hergestellt und Schlüsse angestellt, die einfach so nicht stimmen. Mit und ohne EU und EURO sind die Arbeitslosenzahlen steigend und die Beschäftigung rückgängig. Das ist ein allgemeiner Trend, der mit EU und EURO herzlich wenig zu tun hat. Wozu sie aber führen, sind sicher spezifische Dynamiken in einzelnen Bereichen. Diese mögen in die eine oder andere Richtung wirken. Die allgemeine Tendenz jedoch, die machen sie nicht, sie sind vielmehr Ausdruck derselben. Die Verlaufsform wird zur Ursache aufgeblasen.

Was gewährleistet werden müßte – vor allem auch in der täglichen Praxis! –, ist die *Kritik des selektiven Bei-*

spiels, wie es von Haider gebraucht wird. Mit diesem ist nämlich alles und nichts zu beweisen. Die Kompatibilität ist aber deswegen so leicht herstellbar, weil der gesunde Menschenverstand, der Alltagspositivismus genauso agiert und reagiert, und so von Haider nur aufmunitioniert werden muß. Haiders Argumente verlaufen so stets auf der Fährte dieser kurzsichtigen Logik. Differenzierte Betrachtungen hält der gesunde Menschenverstand für eine Zumutung, für Verwirrspiele und Ablenkungsmanöver.

Reaktionärer Antikapitalismus

Besonders abgefeimt – obwohl es gar nicht mehr auffällt – ist, daß Haider stets von *kriminellen Ausländern* anstatt von *ausländischen Kriminellen* spricht. Eine Wortwahl, die übrigens nicht nur in vielen Medienprodukten, sondern auch beim sozialdemokratischen Innenminister Schlögl und seinen Beamten gang und gäbe ist. Von Deutschlands neuem Kanzler, Gerhard Schröder, ganz zu schweigen. Es wird somit eine Klassifizierung unterschoben, die zwar mit der Realität nichts zu tun hat, die aber in ihrer rassistischen Stoßrichtung eindeutig ist und auch ihre Wirkung nicht verfehlt. Das Unterlaufende verrät sich fortwährend.



Erst durch die Kriminalisierung der Ausländer werden die Ausländer überproportional kriminell. Da sie permanent aus dem Land, aus den Arbeitsprozessen, aus den Wohnungen, aus den Sozialleistungen, kurzum aus der sogenannten zivilen Gesellschaft gedrängt werden sollen, sind diverse ungesetzliche Betätigungen (vom nichtgestatteten Aufenthalt bis zur Schwarzarbeit, vom Ladendiebstahl bis zur Bildung mafiotischer Cliquen) vorprogrammiert. Strukturell sind sie angelegt durch ihre apriorische Disqualifikation als Staatsbürger. Da die nationalstaatlich organisierte bürgerliche Gesellschaft der reichen Länder sie nicht haben will, ergeben sich Ausschluß und Eliminierung zwingend. Sie sollen sein, um es mit einem ökonomischen Terminus zu umschreiben, ausgeschaltete Konkurrenz nach dem Kriterium nationaler Abkunft.

Dies ist genau der Punkt, wo der Antikapitalismus reaktionär aufgeladen werden kann. Die Hauptform dieser Aufladung ist das Setzen auf einen nationalen Status: gegen den Ausverkauf heimischer Betriebe, gegen die Verlagerung der Produktion ins Ausland, gegen ausländische Beschäftige, gegen Überfremdung; kurzum für *Identität*: „unsere Betriebe", „unsere Wirtschaft", „unsere Marken", „unsere Standorte", „unsere Währung". Den anderen wird dann meist unterstellt, natürlich auf „unsere Kosten" leben zu wollen. Da schieben wir doch einen Riegel vor. Was folgt, ist für heute typisch, aber doch in seiner erdrückenden Gegenüberstellung besonders tragisch: „Der Entwicklungsprozeß des Kapitals selbst, der eine nationalökonomische Formierung unmöglich gemacht hat, spaltet so auch die Massen in Vertreter der „weltoffenen" liberalen Heuchelei einerseits und des dumpfen rassistischen Neo-Nationalismus andererseits."[25] Genau in diesem irrwitzigen Dualismus liefert die Politik sich gegenwärtig ihre Schlachten.

Ein von Haider beliebtes und oft verwendetes Feindbild richtet sich gegen die vermeintlich Mächtigen in diesem Land, gegen die es dann aufzubegehren gilt. Es geht davon aus, daß es sich „Die-da-oben" stets richten können und die sogenannten *kleinen Leute* die einzig Drangsalierten sind. Oben und Unten werden nicht als Ganzes, sondern als relativ abgeschlossene Bereiche codiert. Derweil: Das Oben ist das Oben des Unten. Der Dualismus ist nur ein scheinbarer, so kräftig er auch erscheint. Niemand kann sich von dieser Allgemeinheit ausnehmen, das Verhalten als Warensubjekt ist allen gesellschaftlichen Positionen eigen – ohne Unterschied und Ausnahme.

Auch Darstellung und Selbstdarstellung der gesellschaftlich ungünstiger Positionierten als „kleine Leute" ist demütigend und demotivierend. Darin liegt – auch wenn man sich positiv auf diese Menschen beziehen möchte – eine Entwürdigung konkreter Individuen mittels der Sprache, eine Akzeptanz der gesellschaftlichen Entwertung, der nun bestenfalls mit einer moralisch-mitleidigen Tour begegnet werden soll. Die Klein- und Niedergemachten sollen nicht gegen den Zustand revoltieren, der sie hervorbringt, sie sollen in der selbstdegradierenden Positivsetzung ihrer Existenz um Erträglichkeit bitten. Dazu bieten sich dann unterschiedlichste Führer, sogenannte Rächer der Enterbten, an. Nicht nur rechte übrigens.

Der kleine Mann ist der gemeinsame Nenner des Populismus. Reproduziert wird nicht Kritik an den Verhältnissen in ihrer Totalität, sondern eine partikulare Feindschaft gegen Andere. Auch wenn es nicht gerne gehört wird: Der Haß auf das *Obere* unterscheidet sich nicht wesentlich vom Haß auf das *Fremde*. Jener mag vordergründig sympathischer sein, aber letztlich ist das ressentimentgeladene Geraunze gegen die Obrigkeit nicht emanzipatorisch. Die kleinen Leute sind nicht die Ehrlicheren, Anständigeren und Fleißigeren als die Oberen, ihre psychische und soziale Lage ist ebenso durch ihr Dasein als Objekt und Subjekt der Konkurrenz bestimmt. Ihre Tätigkeiten haben im Einzelfall nur weniger Tragweite, in Summe aber durchaus einen Stellenwert, der gegen jenen von oben nicht zurücksteht. Wie die Oberen nicht die Schuldigen sind, so sind die Unteren nicht die Unschuldigen. Die am meisten unter dem System zu leiden haben, sind auch die von ihm am ärgsten Zugerichteten. Ihr Denken und Handeln erfährt geradezu ein Höchstmaß an obligater Zwangsbestimmung. „Die Glorifizierung der prächtigen underdogs läuft auf die des prächtigen Systems hinaus, das sie dazu macht"[26], wußte schon Adorno.

Emotionalisierung durch Skandalisierung

Wer und was Haider nicht paßt, hat verfolgt zu werden. Ob an den vorge-

brachten Geschichten was dran ist oder nicht, interessiert kaum, wichtig ist bloß, daß etwas hängenbleibt. Die Freiheitlichen gerieren sich immer mehr als Jagdgesellschaft. Das *Vor-sich-Hertreiben*, also die Treibjagd, die man in Österreich laut Gerichtsbeschluß nicht mehr Hetze nennen darf, ist primäres Mittel ihrer Politik. Kontroversen werden skandalisiert, Gegner kriminalisiert, der Fanclub emotionalisiert. Es gilt eine Stimmung zu erzeugen, in der dieses System als einzigartiger Sumpf von Korruptionisten, Schmarotzern und Privilegienrittern erscheint. Haider betreibt Folgenkritik gekoppelt an Ursachen-, oder noch besser: Strukturverschleierung. Er will anzünden, nicht aufklären. Das Resultat, bemessen wir es an Wahlergebnissen, Einschaltziffern und Veröffentlichungsquoten, ist da ganz eindeutig auf seiner Seite.

Umgekehrt ist freilich Haider mit seinen eigenen Methoden kaum beizukommen. Wird der ganze Sermon der Aufdeckungs-Manie auf ihn losgelassen, treibt ihm dies im Gegensatz zu den anderen zusätzliche Wähler zu. Nicht sogleich, aber sodann. Daß Haider lügt, interessiert heute kein Schwein mehr, daß die Freiheitlichen korrupt sind, wissen alle. Die FPÖ geht auch sofort in die Offensive, leistet überhaupt keine Entschuldigung oder Selbstkritik, allerhöchstens wirft man einige Unterläufel den Gegnern zum Abnagen hin. Die FPÖ ist zum Aufdecken da, nicht aber zum Aufgedeckt-werden. Was im Aktiv geht, scheitert im Passiv. So betrachtet ist die FPÖ wirklich keine anfällige Altpartei mehr, sondern eine kerngesunde postmoderne Gang, die mit anderen Kriterien bemessen und mit anderen Instrumenten bekämpft werden muß.

Prekäre Situationen bewältigen die Freiheitlichen mithilfe *medialer Schubumkehr*. Was meint: Sie veranstalten ein Spektakel, wo sie sich nicht primär verteidigen, sondern alle Angreifer in eine wahre Schlammschlacht verwickeln. In der medialen Inszenierung agieren jene wie scharf magazinierte Dreckschleudern, auf daß an den Kontrahenten irgendetwas hängen bleibe. Ob die vorgebrachten Anwürfe stimmen, kaum stimmen oder überhaupt nicht stimmen, ist da letztlich egal. Einem entsetzten Publikum wird ein Gebräu von Wahrheit und Halbwahrheit, Mutmaßung und Gerücht, Infamie und Lüge aufgetischt. Es geht um die Verdächtigung. Ist diese platziert, ist der Erfolg in Reichweite.

Wer allzuoft von Gaunern, Schurken und Kriminellen spricht, lenkt permanent von den Strukturen ab, geißelt bloß einige unliebsame Exponenten. „Die ‚Zwangskammern' sollen uns stören und nicht unsere Zwangslohnarbeit, die ‚Zwangsmitgliedschaft' und nicht die Zwangsmieten usw."[27] Das gezwungene Individuum soll sich abreagieren. Zu diesem Zwecke öffnet der F-Führer einige Ventile. Das Unbehagen verpufft unproduktiv, die Menschen sind nachher nicht glücklicher, doch sie werden aggressiver. Das

Aggregat läuft freilich weiter. Sekundärzwänge werden aufgebauscht, Primärzwänge (Lohnarbeit, Geld, Recht, Staat, Geschäft, Vertrag...) als natürliche Kommunikationsebenen unterstellt.

Der Prototyp Haider holt das gesellschaftliche Unbehagen immer an seiner oberflächlichen Schicht ab. Kein Problem, das sodann nicht zu seinen *Bonzen*, *Schmarotzern*, *Ausländern* findet. Frappierend ist Haiders *Gespür* – das heißt, die Fähigkeit, seine Anwürfe und Anschuldigungen mit den quasi-automatischen Reflexen des Massenbewußtseins zu synchronisieren. Das ist Verdunkelung, bewußt bei Haider, bewußtlos am Stammtisch. Statt Kritik entwickelt sich Renitenz, anstatt Erkenntnis entsteht Räsonieren, von dem Hegel zurecht meinte, es sei nichts anderes als „die Freiheit von dem Inhalt und die Eitelkeit über ihn".[28] Das gesellschaftliche Unbehagen, dessen Berechtigung vielfach nicht abgestritten werden kann, tritt fast ausschließlich in dieser selbstgenügsamen, deformierten Form auf.

Nazi-Partei?

Die vorherrschende Richtung des antifaschistischen Mainstreams hat die von uns hier vorgebrachten Phänomene bisher nicht nur nicht gedeutet, sie hat sie nicht einmal als Fragestellung wahrgenommen. Ihr Erklärungsmuster fährt beharrlich auf den alten Geleisen weiter. Bailer-Galanda/Neugebauer etwa schreiben: „Jörg Haider ist eindeutig als rechtsextrem zu qualifizieren (...). Jede andere Deutung läuft unseres Erachtens auf eine gefährliche Verharmlosung der Haider-FPÖ hinaus."[29] Aber warum denn? Gefährlich ist Haider gerade deswegen, weil er als erster europäischer Politiker den Schritt über den traditionellen Rechtsextremismus und Faschismus hinaus getan hat. Die neurechte Opposition ist ein postmodernes Zersetzungsprodukt der bürgerlichen Demokratie, Haider ihr bestes Chamäleon.

Haiders Rückgriffe auf den Rechtsextremismus genannten Faschismus sind hingegen selektiver Natur, er arbeitet mit Versatzstücken, plant etwas Neues, keine Neuauflage. Genau das gilt es zu verstehen. Es ist daher äußerst unratsam, die FPÖ als braune Partie zu bezeichnen. Das ist sie nicht. Wäre sie das, wäre sie chancenlos. Die faschistische Rumpelkammer benützt Haider nicht wie ein Ewiggestriger. Er nimmt bloß, was er brauchen kann, läßt den übrigen Krempel liegen. Die Abhalfterung diverser Traditionalismen – die sich auch personell widerspiegelt, man denke an die Austreibung von Kriemhild Trattnig oder an die zeitweilige Zurückstufung von Andreas Mölzer – entspricht dem Postmodernismus der Freiheitlichen. Wer etwa parteiintern vor ideologischer Aufweichung warnt und klare weltanschauliche Grundsätze einmahnt, hat Haiders Bewegungspolitik überhaupt nicht begriffen.

Haider ist mit der Bezeichnung Nazi nicht adäquat erfaßt. Die Freiheitlichen sind kein faschistisches Projekt, auch wenn unzweifelhaft faschistisches Potential dort Eingang findet und sich betätigt. Doch das ist nicht

ausschlaggebend, wäre es dominant, wäre die FPÖ bedeutungslos. Gerade dieses Beiwerk verstellt jedoch die Analyse. Die gelegentliche Ortung Haiders im rechtsextremen Bereich ist nicht generalisierbar. Sie trifft weder den Kern, noch überzeugt sie das Publikum. Damit soll nicht gesagt werden, daß diese braunen Spritzer an den Freiheitlichen zufällig oder zu unterschätzen sind, doch sie sind auch nicht zu überschätzen, vor allem: sie taugen nicht zu einer wesensmäßigen Einschätzung, sind bloß Mosaiksteine freiheitlichen Agierens.

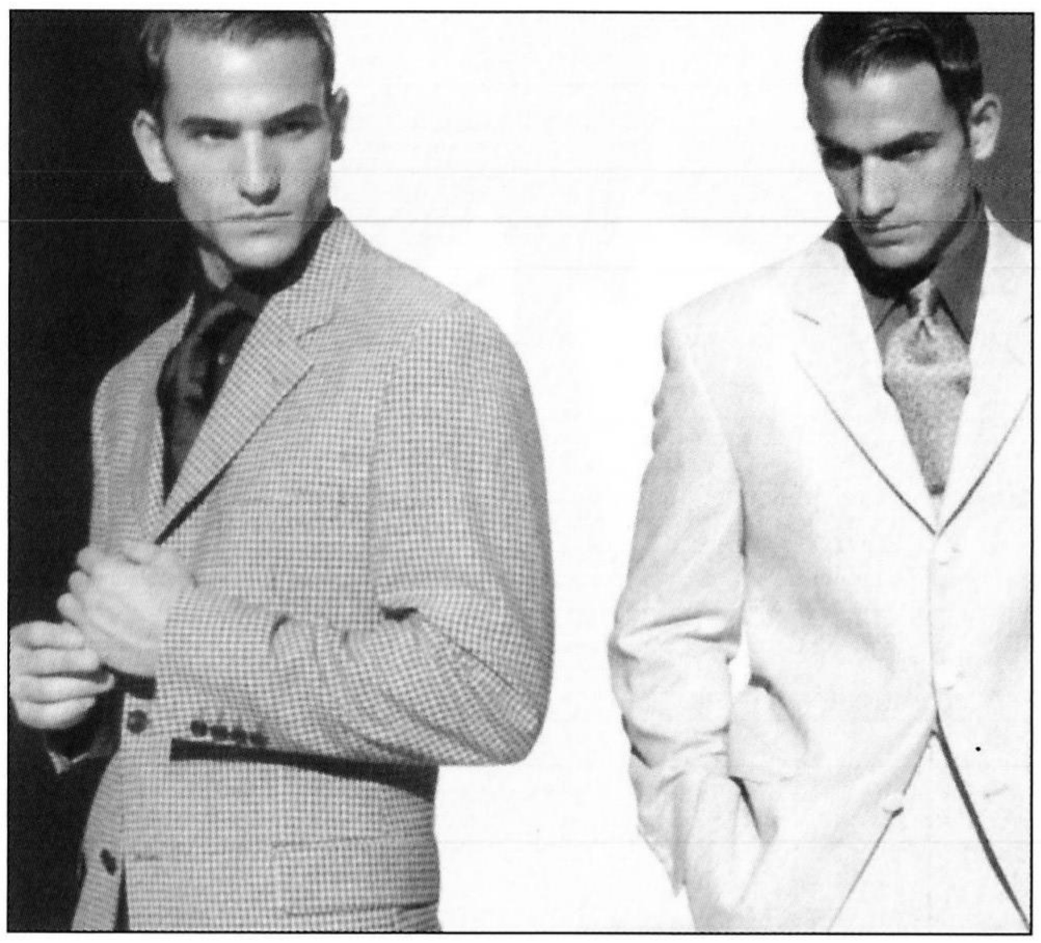
Jenseits von Klasse und Lager

Die FPÖ ist auch kein drittes Lager mehr. Noch früher als der sozialdemokratische und der christlichsoziale Block erodierte das deutschnationale Lager in Österreich, bemißt man dies nicht vornehmlich an stereotypen Aussagen einiger rechter Kämpen. Die Lager sind weitgehend einem Wanderzirkus der Wechselwähler gewichen. Daß es um eine deutschnationale Wiedererweckung desjenigen gegangen ist, mag Haider in den Anfangsjahren seiner Parteiführerschaft geglaubt haben, in der Zwischenzeit ist er über solches längst hinweg. Diese Tradition muß als substantiell überwunden gelten. Nicht auf Kontinuität gilt es also hinzuweisen, sondern auf die *Diskontinuität* der Entwicklung. Die Freiheitlichen sind keine *Erneuerung*, sondern etwas *Neues*.

Sowenig die FPÖ als Lagerpartei zu fassen ist, sowenig darf sie auch als Klassenpartei angesehen werden. Die Freiheitlichen sind eine *Volksbewegung* schlechthin (wenngleich diese Bewegung außerhalb der Wahlzellen kaum mobilisierbar ist), in ihrer Wählerstruktur inzwischen breiter zusammengesetzt als SPÖ und ÖVP. Ihre Anhänger speisen sich aus den unterschiedlichsten Bereichen und Sektoren der Gesellschaft. Die Freiheitlichen sind nicht Folge eines Formierungsprozesses bestimmter Klassen oder Klassensegmente, sondern eines Zersetzungsprozesses derselben. Die gesellschaftlichen Strukturen der Gegenwart haben die alten Zuordnungen und stabilisierten Kategorisierungen immer mehr verflüssigt.

Daß die FPÖ teilweise von Kapitalistenkreisen gesponsert wird, ist schon richtig, aber daraus läßt sich ebensowenig eine Kapitalistenpartei konstruieren wie umgekehrt eine Arbeiterpartei aufgrund der sozialen Zusammensetzung der Wähler. Was Haider zusammenfaßt, sind nicht die aggressivsten Teile des konstanten Kapitals, sondern die regressivsten Teile der vom Kapitalverhältnis Bedrohten. Das können Hilfsarbeiter genauso sein wie Boutiquenbesitzer, Kleinbauern genauso wie Industrielle, Arbeitslose genauso wie Hausherren. Bei der Absorbtion gesellschaftlicher Gruppen ist Haider nicht wählerisch. Ständische Dünkel sind ihm weitgehend fremd.

Dabei ist es nun unabhängig, ob diese Bedrohung des Marktes sich an seinen Teilnehmern realisiert hat (sei's im Konkurs eines Kleinunternehmens oder im Verlust des Arbeitsplatzes), ob die Bedrohung nur latent vorhanden ist, oder ob die Bedrohung umgekehrt als Chance für den Aufstieg genutzt werden konnte. Das heißt also nicht, daß die von Haider Bedienten automatisch die Erfolgloseren auf dem Waren- oder Arbeitsmarkt sind, regressiv meint, daß sie sich als potentielle Opfer gerieren, unabhängig davon, wie sie ökonomisch dastehen. Denn ob sie nun der Konkurrenz gewachsen sind oder nicht, die Konkurrenz ist immer vorhanden. Haider verspricht den Erfolgreichen nun ihren Erfolg behalten, ja ausbauen zu dürfen und den Opfern der gleichen Konkurrenz, es jenen gleichtun zu können, gegen die sie eigentlich am Markt gescheitert sind. In der Volksgemeinschaft der Leistungswilligen und Tüchtigen finden sich alle wieder.



Die FPÖ wurde nicht großgefüttert durch die Industriellenvereinigung, auch wenn einige Industrielle sie unterstützen. Es ist ein besonderer Typus von Unternehmern, der an der FPÖ hängt (Prinzhorn, Wlaschek, Haigermoser, Lugner, Rogner, Hartlauer), vielfach solche, die durch relativ rabiate Methoden gegenüber den Beschäftigten und auch den Kunden bekannt sind. Deren Marktfähigkeit ist allmeist nicht langfristig gewachsen, sondern wurde durch einen schnellen Aufstieg bewerkstelligt. Es ist jedenfalls nicht das Großkapital, das gegenwärtig die FPÖ fördert und unterstützt. Im Gegenteil, je globalisierter die Kapitalfraktion, desto weniger will sie von Haider und den seinen wissen. Vor allem auch, weil diese international, nicht national orientiert ist.

Postfaschistisches Projekt

Die FPÖ ist in Ansätzen eine postpolitische Bewegung. Die regressiven Potentiale des Postmodernismus kommen hier ganz ungeschminkt zu sich. An den Freiheitlichen demonstriert sich das rechte Ende von Politik und Partei, von Interesse und Klasse. Herkömmliche Maßstäbe und Kategorien taugen daher wenig zur Erfassung dieses Phänomens. Rat- und Fassungslosigkeit etablierter Politik und Wissenschaft sind so auch Folgen antiquierter Betrachtungsweisen. Doch auch hier ist kein Aufbruch angesagt, sondern blindwütiges Repetieren, leises Verstummen oder unerträgliches Kapitulieren stehen auf der Tagesordnung. Haider wird vielfach in fatalistischer Manier hingenommen, indes er doch nur die fatale Schlagseite der herkömmlichen Politik aufzeigt.

Der FPÖ ist nicht durch irgendein herkömmliches Wählerprofil beizukommen. Das Scheitern der Meinungsumfragen hat sich diesbezüglich einige Male schlagend bewiesen. Jedes Urteil blamiert sich hier am übernächsten. So gingen auch alle Analysen in die Irre, die den Freiheitlichen in typischer Meinungsforschermanier immer wieder prophezeiten, sie hätten ihren Plafond aus diesen oder jenen Gründen erreicht. Kommt es einmal vor, daß eine etablierte Partei dazugewinnt oder die FPÖ nur unterdurchschnittlich zulegt, spricht man schon von einer Trendumkehr. Bisher hat allerdings keine dieser Prognosen gehalten.

Zu Inhalten hat Haider prinzipiell ein taktisches Verhältnis: gestern noch deutschnational, heute österreichpatriotisch; gestern für die Dritte Republik, heute wieder für die Zweite; gestern Einpeitscher für den EU-Beitritt, heute vehementer Gegner und Profiteur der Anti-EU-Stimmung. Was er gestern gesagt hat, ist ihm heute ziemlich egal, interessiert seine Kontrahenten mehr als ihn selbst. Was er vertritt, ist der Wille zur Macht. Konsequent und rücksichtslos. Seine Inhalte sind flexibel, den jeweiligen Vorhaben und Erfordernissen angemessen. Daß sie insgesamt nicht zusammenpassen, steht auf einem anderen Blatt. Passen müssen sie, und das tun sie.

Haider offenbart damit aber auch seine Konzeptlosigkeit sondergleichen. Ein konsequentes Praktisch-Werden seiner Vorstellungen ist in Summe unmöglich. Das ist das eigentlich Bedrohliche: „Der Rechtspopulismus kann die Funktion der pluralistischen Demokratie nicht einnehmen, er kann kein neues funktionstüchtiges Modell kapitalistischer Herrschaft etablieren. Das ist aber auch gar nicht das Problem. Der moderne Rechtspopulismus wird virulent, weil der Funktionsraum Politik mit dem Kollaps der Arbeitsgesellschaft selber obsolet wird. Der Rechtspopulismus kündet von der Barbarisierung der bürgerlichen Gesellschaft, aber nicht deshalb, weil unter seiner Führung eine faschistische Alternative zur Sachzwangbestialität sich formieren könnte. Er ist vielmehr als Moment der Paralyse des Politischen wirksam."[30]

Die Freiheitlichen sind das erste gelungene *postfaschistische* Projekt der Rechten in Europa. Und zwar *weil* der Ablösungsprozeß vom traditionellen Rechtsextremismus geglückt ist. Eben dieser Umstand ist es, der Haider so gefährlich macht, nicht seine Rückgriffe in die braune Mottenkiste der Versatzstücke, die doch nur Elemente im postmodernen Potpourri seiner Beliebigkeiten sind. So gibt es zwar Momente der Kontinuität zum Alten – und darüber werden ganze Bücher und Zeitschriften vollgeschrieben, aber in erster Linie doch Kennzeichen eines qualitativen Bruchs – darüber schweigen Politik, Wissenschaft und Feuilleton sich weitgehend aus.

Die FPÖ hat den Schritt von der traditionellen Partei zur postmodernen Bewegung erfolgreich hinter sich gebracht. Haider ist die rechte Negation der sogenannten *Politikverdrossenheit*, deren falsche Alternative. Das sollte jedoch partout nicht dazu führen, die von Haider in Frage gestellten Verhältnisse zu verteidigen, die (ehemalige) Linke als bloße Flankendeckung des Demokratismus zu etablieren, Haider gerade auf Grundlage jener Logik, die ihn hervorgebracht hat, zu bekämpfen. Die Haiderei kann auf dieser ihrer Ebene nicht geschlagen werden. Das heißt, der Kampf ist nicht primär gegen ihn und die seinen zu führen, sondern gegen jene gesellschaftlichen Strukturen, die ihn erzeugen. Diese Aufgabe ist um vieles anspruchsvoller, aber sie ist die einzig zielführende. Wer den Kampf gegen Haider allerdings im Namen der Demokratie ficht, ist schon mit ihm. ■

Franz SCHANDL ist Historiker und Publizist.

Anmerkungen

1 Johann Nestroy, Freiheit in Krähwinkel (1848), II. Akt, 16. Szene, Stuttgart 1969, S. 49.
2 Vgl. dazu exemplarisch: Franz Schandl, Haiders mediale Seilschaften, »Volksstimme« 5, 30. Jänner 1997, S. 12.
3 Das Programm der Freiheitlichen Partei Österreichs. Beschlossen am außerordentlichen Bundesparteitag im Design Center Linz am 30. Oktober 1997, o.O., o.J. (Wien 1998), Kapitel X.
4 Ebenda, Kapitel X, Artikel 1.
5 Ebenda, Kapitel XII, Artikel 1.
6 Ebenda, Kapitel XII, Artikel 3.
7 Ebenda, Kapitel X, Artikel 2.
8 Jörg Haider, Die Freiheit, die ich meine, Frankfurt am Main-Berlin 1993, S. 27.
9 Ebenda. Zur Kritik solcher Unsinnigkeiten siehe: Franz Schandl/Gerhard Schattauer, Dialektik der Ökologie, »Weg und Ziel« Nr. 3/1994, S. 9-19; bzw.: dies., Natur als Rechtssubjekt?, »Juridikum« Nr. 5/95, S. 10-11.
10 Jörg Haider, Die Freiheit, die ich meine, S. 33.
11 Ebenda, S. 127.
12 Markus Wilhelm, Wir Haiderwähler und wir Nichthaiderwähler, »FŒHN« 22, Innsbruck 1996, S. 24.
13 Carl von Ossietzky, Wer gegen wen?, »Die Weltbühne«, 24. November 1931; hier zit. nach: Carl von Ossietzky, Lesebuch. Der Zeit den Spiegel vorhalten, Reinbek bei Hamburg 1989, S. 128.
14 »Kurier«, 7. Juni 1998.
15 »Die Presse«, 14. August 1998, S. 1.
16 Das Programm der Freiheitlichen Partei Österreichs, Kapitel I, Artikel 2.
17 Ebenda, Kapitel I, Artikel 4.
18 Robert Kurz, Der Schmutz unter dem Teppich der Freiheit. Über den inneren Zusammenhang von liberaler Demokratie und neuem Rechtsextremismus, »EKG«, Jg. 5/5-6-95, S. 28.
19 Das Programm der Freiheitlichen Partei Österreichs, Kapitel V, Artikel 1.
20 Ebenda, Kapitel II, Artikel 3.
21 Was in diesem Beitrag nicht geleistet werden kann, ist eine Auflösung des nicht unproblematischen Zusammenhangs von Positivismus und Postmodernismus. Der gewöhnlich vorgenommenen strikten Scheidung mögen wir uns ganz und gar nicht anschließen, was aber auch nicht meint, daß es sich bei letzterem nur um eine renovierte Neuauflage von ersterem handelt. Die Differenz erscheint uns jedenfalls nicht als substantiell.
22 Karl Kraus, Sittlichkeit und Kriminalität (1908), Frankfurt am Main 1987, S. 11.
23 Theodor W. Adorno, Negative Dialektik (1966), Frankfurt am Main, 7. Aufl. 1992, S. 295.
24 Jörg Haider, Rede des Bundesparteiobmannes am a.o. Bundesparteitag am 30. Oktober 1997 in Linz, S. 8 (hektographiertes Manuskript).
25 Robert Kurz, Die Demokratie frißt ihre Kinder; in: ders. u.a., Rosemaries Babies. Die Demokratie und ihre Rechtsradikalen, Unkel/Rhein und Bad Honnef 1993, S. 56.
26 Theodor W. Adorno, Minima Moralia (1951), Gesammelte Schriften 4, Frankfurt am Main 1997, S. 29.
27 Markus Wilhelm, Haider=Vranitzky, »FŒHN« 21, Innbruck 1995, S. 38.
28 Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Phänomenologie des Geistes (1807), Frankfurt am Main 1986, S. 56.
29 Brigitte Bailer-Galanda/Wolfgang Neugebauer, Haider und die „Freiheitlichen" in Österreich, Berlin 1997, S. 102. Zur näheren Kritik daran siehe: Franz Schandl, Was wird bloß der Haider sagen?, »Die Presse«, 25. Oktober 1997, Beilage »Spectrum«, S. I-II; ders., Ratlos, hilflos, harmlos. Zu einem obligaten Buch über Jörg Haider, »Volksstimme« 51, 18. Dezember 1997, S. 13.
30 Ernst Lohoff, Dämokratisches Erwachen. Vom rechten Ende der Politik; in: Robert Kurz u.a., Rosemaries Babies, S. 123.

Vergangenheitsbewältigung

Herbert AUINGER

Haider hält viel von Anstand und von Opferbereitschaft für den Staat. Gerechtigkeitsempfinden und Wahrheitsliebe gehen daher öfter mit ihm durch, wenn es um die Ehre der Kriegsgeneration oder um den guten Ruf des Dritten Reiches geht.

Da läßt er ansonsten übliche Berechnungen außer acht, legt eine in der „politischen Klasse" ungewohnte Spontaneität an den Tag und verschafft seinen Konkurrenten mit einem Lob der Beschäftigungspolitik im Dritten Reich oder einer Würdigung der Waffen-SS die Anlässe, ihm die mangelnde Abgrenzung zum Faschismus vorzuwerfen. Gegenstand dieser Auseinandersetzungen ist allerdings gar nicht der Faschismus als solcher, sondern die postfaschistische Art und Weise, ihn für das Nationalbewußtsein der Nachfolgestaaten des Dritten Reiches aufzubereiten: es geht um die berühmte Vergangenheitsbewältigung.

Der Normalfall: Geschichtsbewußtsein

Das normale und propagierte Pendant zur *Vergangenheitsbewältigung* heißt *Geschichtsbewußtsein*. Im Geschichtsbewußtsein wird der Einzelne mit der größten Selbstverständlichkeit zum Teilchen eines nationalen Kollektivs eingemeindet, das seinen schicksalhaften Gang durch die Geschichte geht. Er soll ideell an den vergangenen Erfolgen und Niederlagen dieses Kollektivs teilnehmen, weil die für die jeweils aktuellen Ansprüche einer Nation, ihre Rechte und ihre Ehre angeblich manche Anhaltspunkte hergeben, und zwar gleichgültig dagegen, ob er an dieser Tradition praktisch wirklich beteiligt war, oder ob er sie wenigstens theoretisch befürwortet. Gerade wenn man schon aus Altersgründen garantiert nichts mit diversen alten Geschichten zu tun haben kann, soll man über den Weg der Identifikation mit dem Kollektiv dessen Geschichte auch als die „eigene" zu betrachten lernen.

In der *Selbstdarstellung von Staaten* spielt die Erinnerung an „gemeinsame" Siege und Rückschläge eine tragende Rolle, natürlich nicht, weil es auf die wenigen und wenig erbaulichen wissenswerten Einsichten ankäme, auf die Marx mit seinem Diktum von der „bisherigen Geschichte" als einer von „Klassenkämpfen" anspielt: Ausbeutung und Benutzung für die sonstigen herrschaftlichen Zwecke. Der Hinweis auf die stolze Kontinuität eines solchen Staats-Individuums soll vielmehr für dessen höhere Notwendigkeit und Legitimität bürgen, und im Gedenken an *seine* Geschichte wird zugleich *„Die Geschichte"*, als wäre sie eine „aparte Person", als Stichwortgeber der Gegenwart inthronisiert, die politische Aufträge erteilt. Für die zeitgemäße Aufbereitung und die aktuelle „Bedeutung" des Vergangenen – folgt aus etlichen deutsch-französischen Kriegen nun eine ewige „Erbfeindschaft" oder das Gegenteil, deren Überwindung im gemeinsamen „Europa"? – sind natürlich die aktuelle politische Lage und die Staatsräson und die nationalen Machtmittel maßgeblich; aber daß das jeweilige Kollektiv eine – nehmt alles nur in allem – würdige Laufbahn hinter sich hat und es deswegen ehrenvoll ist, ihm gegenwärtig anzugehören und dienstbar zu sein, das steht immer schon fest.

Vor allem steht jenseits aller aktuellen „Lehren" oder Bezüge eines fest: Daß das Individuum durch die Geschichte „seines" Kollektivs eine unabweisbare Prägung erfahren hat, weil es ein dem Kollektiv gemeinsam gehörendes „Erbe" anzunehmen hat und gemeinsam mit ihm eine daraus erwachsende „Verantwortung" trägt. Die wichtigste Lehre der Geschichte ist die *Unfreiheit des Einzelnen*, was seine Zugehörigkeit zur Nation betrifft. Er ist dabei, nicht aus gut begründetem Entschluß oder weil er gemeinsame Zwecke gefunden hätte, die ihn mit anderen Bürgern verbinden; aber auch nicht aus Zwang, sondern wegen einer moralischen Bindung an das Kollektiv, der sich niemand entziehen können soll. Für das Geschichtsbewußtsein steht fest, daß das Individuum vor jeder Abwägung, vor jeder Zustimmung oder Ablehnung einzelner Episoden *Partei ist* in dem ganz vereinnahmenden Sinn, daß es diese Geschichten als auch speziell *seine* Vergangenheit begreift, indem es sich mit „seiner" Nation identifiziert, und am Besten nur in der ersten Person Plural vom Staat und dessen Vergangenheit und Gegenwart Kenntnis nimmt: *Wir* haben damals die Türken abgewehrt und den Balkan mit einer Zivilisation überzogen, an die man in manchen Gegenden noch heute mit Wehmut zurückdenkt, *wir* haben in „Abwehrkämpfen" für die Grenzen der heutigen Republik den Kopf hingehalten, und ein Reich, in dem die „Sonne nicht unterging" haben *wir* auch irgendwann zustande gebracht. Respekt. Man soll sich geschichtsbewußt zur *Unfreiheit* gegenüber dem Kollektiv bekennen, zur Unmöglichkeit der Distanz im Verhältnis zu der Nation, in die doch bloß der Zufall der Geburt und die anschließende staatliche Vereinnahmung einen gebracht haben.

Die Opfer, die für die Bürger anfallen, als Teil dieses Kollektivs, werden keineswegs verschwiegen. Im Gegenteil. An ihnen, an Blutbädern großen Stils, an Vertreibungen und Elend wird jene „Schicksalsgemeinschaft" dargestellt, die solch ein Kollektiv angeblich nun einmal ist, und die den Zusammenhalt der Volksgenossen ebenso verlangt wie bekräftigt. „Die Geschichte" gehört bekanntlich zu den nationsbildenden Faktoren, die einen Menschenschlag zu einem Volk zusammenschweißen, das gemeinsam durch dick und dünn geht, bis zum bitteren Ende, ein Volk, ein Reich etc. Die Opfer stehen für die dokumentierte Größe und Erhabenheit der Nation – daß da Leute von der Obrigkeit verheizt wurden, diese elende Banalität gilt in der Regel für die jeweilige Gegenpartei und höchstens in Ausnahmefällen für die „eigenen"; diese „eigenen" Opfer „beweisen" jedenfalls normalerweise, daß die nationale Sache eben ein *Wert* ist, der jedes Opfer wert ist, das die Mitglieder des Kollektivs freudig bringen. Und dieses geschichtsbewußte und geschichtspflegende Bedürfnis nach Nationalstolz läßt zwar manche Probleme gelten – aber:

„Weil das so ist, hat in einem gepflegten nationalen Geschichtsbewußtsein eines definitiv keinen Platz: das Eingeständnis einer moralischen Niederlage. Es ist kein Problem, Zeiten nationaler Schwäche zu diagnostizieren und mit (Selbst)Vorwürfen zu über-

häufen; der Maßstab ist schließlich allemal der Erfolg, auf den die Nation ein Recht hat, zu dem sie sich womöglich sogar historisch verpflichtet weiß. Es kommt auch vor, daß eine Nation vieles an ihrem Lebenslauf für verunglückt und sich selber für eine problematische geschichtliche Persönlichkeit hält; (...). Aber als gerecht zu akzeptieren, daß die Größe und Reichweite der nationalen Macht dauerhaft geschädigt und verkleinert worden sind; das nationale Recht auf Erfolg als unberechtigt zu verneinen und zu verabschieden: Das ist im Rahmen nationaler Selbstdarstellung schlechterdings unvollziehbar. Denn das wäre auf dem Feld der Ideologie die Abdankung der nationalen Souveränität höchstpersönlich." (K. Hecker, Der Faschismus und seine demokratische Bewältigung, München 1996, S. 277; ab jetzt zitiert als „Faschismus".)

Genau dieses Eingeständnis einer moralischen Niederlage ist, gemeinsam mit der Verkleinerung der nationalen Macht und der Reduzierung des nationalen Rechts auf Erfolg dem im letzten Weltkrieg besiegten Deutschland aufgenötigt worden.

Ein deutscher Sonderweg zu einem guten Nationalgewissen

Die für normal gehaltene Reaktion eines völkischen Kollektivs nach einer Niederlage ist von Deutschland nach zwei verlorenen Weltkriegen durchexerziert worden. Sie heißt *Revanchismus*: Wenn ein Anlauf schiefgeht, dann soll es eben der nächste bringen. Das Problem nach der zweiten großen Niederlage bestand – aus westdeutscher Sicht – aber darin, daß der nationale Neuanfang des bald in den Westzonen eingerichteten *Lizenzstaates* nur durch die vollständige Unterwerfung unter die Konditionen der siegreichen Westmächte bzw. der neuen Führungsmacht möglich war. Das Bedürfnis nach Revanche war zwar anerkannt, aber nur gegen den alten und neuen Feind im Osten, und auch das nur im Rahmen und in Unterordnung unter die neuen Bündnisse des Kalten Krieges, also nicht auf eigene Rechnung. Revanche nach Westen war untersagt, zumindest als offenes Revisionsbedürfnis. Die mit der Integration ins westliche Bündnis verbundene faktische Hinnahme der deutschen Teilung – das Angebot Stalins: „Wiedervereinigung gegen Neutralisierung Deutschlands" wurde zurückgewiesen – hat die deutschen Politiker dabei sicher schmerzlicher berührt als die ebenfalls abverlangte Büßerpose; die Euphorie der Enkel Adenauers über die Annexion der DDR beweist es.

Denn zu den mehr ideellen, die neue *Nationalmoral* betreffenden Auflagen der Lizenzgeber gehörte auch deren Definition in bezug auf die Schuld am verlorenen Krieg. Mit der verordneten Übernahme der Sichtweise der Sieger, mit der deutschen Zustimmung zur Deutung des gescheiterten Griffs nach der Weltmacht als Verbrechen, und der Niederlage samt Teilung der Nation als gerechter Strafe, mit der moralischen Läuterung durch Entnazifizierung und eigene Kriegsverbrecherprozesse wurde ein Akt der antinationalsozialistischen Heuchelei verlangt, und erbracht. Brave Deutsche bzw. deren Repräsentanten, die dem Führer bis zuletzt treu geblieben waren, sollten sich den Anschein geben, sie seien durch die Niederlage vom Nationalsozialismus „befreit" worden und waren dafür dankbar. Sie sollten ihren dem Dritten Reich geleisteten Gehorsam als „Mißbrauch" ihrer Bereitschaft zur Pflichterfüllung interpretieren, was etlichen angesichts des ausgebliebenen Erfolgs so schwer auch nicht fiel. Da sind Patrioten manchmal ziemlich heikel – wenn sie sich schon für jede befohlene Sauerei hergeben, soll wenigstens der Staat dadurch glänzende Siege einfahren. Das Gelingen dieser Heuchelei war also nicht von der Glaubwürdigkeit dieser Heuchelei abhängig – es ging um die sehr aktuell und sehr *politisch* zu verstehende *Anerkennung der USA* als höchster Instanz, die umfassend die Richtlinien vorgibt, natürlich erst recht in Fragen der politischen Moral und damit der legitimen Kriegsgründe. Was gut und böse ist in Fragen der Weltpolitik, wer der Feind ist und der Freund, gegen wen der gerechte Krieg vorbereitet wird, *was das neue Deutschland darf und was nicht*, das festzulegen war ab 1945 Aufgabe der USA, und das wurde mit dem Bekenntnis zur amerikanischen Sicht der deutschen Schuld unterstrichen. Dies Bekenntnis war die ideologische Ergänzung der praktischen „Westintegration".

Das Dritte Reich mit seinem Aufstand gegen die Weltordnung nach dem Ersten Weltkrieg, mit seiner Judenvernichtung und mit seiner totalen Niederlage läßt sich also nicht ganz problemfrei in die übliche erhabene Darstellung einer nationalen Historie einbauen, und darum geht es. Das respektheischende Bild, das noch jede Nation von sich entwirft, um ihre Ansprüche vor dem eigenen und am Besten auch gleich vor anderen Völkern ins Recht zu setzen, diese normale Form der Geschichtsbetrachtung mit dem erzwungenen Eingeständnis der Schuld an Krieg und Judenvernichtung, mit dieser moralischen Niederlage in Übereinstimmung zu bringen, das ist das in Sachen *Vergangenheit zu bewältigende Problem:*

„Ein gewisses nationales Schuldbekenntnis war in das verbindliche Selbstbild der Nation aufzunehmen, wo dieses doch ausschließlich dazu da ist, Machtansprüche in angestammte Rechte zu übersetzen, die Staatsräson als Ehrenfrage vorstellig zu machen und dem Nationalstolz Gesichtspunkte zu liefern." (Faschismus, S. 268.)

Die nationale „Geschichte" ist eben eine über jeden substantiellen Zweifel erhabene Angelegenheit, als eher fragwürdige Etappe heißt sie hingegen abfällig „Vergangenheit", und *die schlechte Eignung einer solchen Phase zur eigentlich fälligen nationalen Glorifizierung* – die will „bewältigt" sein.

Wie die Bezeichnung „Bewältigung" schon andeutet, ging es nie um eine schlichte Kritik am Faschismus und allfällige zu ziehende politische Konsequenzen beim „Wiederaufbau" zur Verhinderung seiner eventuellen Wiederholung – sondern um die Stellung, die ein Nachfolgestaat des Dritten Reiches geziemend deklamierend zu dieser Vergangenheit einnehmen soll, damit aus der notgedrungen einbekannten Schuld dennoch ein moralischer Gewinn für die jetzige Nation abfällt. Genausowenig war und ist Vergangenheitsbewältigung eine Kritik an der Bereitschaft, sich geistig und politisch führen und sich für die Nation einspannen zu lassen. Schließlich wollte die Nachfolgedemokratie genau diese Bürgertugenden vorbehaltlos übernehmen; die gängige Bestimmung der patriotischen Deutschen als vom Faschismus „mißbraucht" belegt das bruchlos weiter existierende Interesse an deren *Gebrauch*. Diese Bereitschaft, sich führen zu lassen, wurde ja gerade mit dem Imperativ – „Deutsche, antreten zum Schämen!" – in Anspruch genommen. Und die Deutschen an der Basis haben sich auf Anordnung von oben einleuchten lassen, daß im Interesse der Nation nationale Zerknirschung angesagt war. Das verordnete Erschrecken über die Taten des nationalen Kollektivs sollte nie die Frage aufwerfen, ob es denn vernünftig ist, dabei sein zu wollen, sondern man sollte sich, egal ob man diese Vergangen-

heit persönlich billigt oder ablehnt, ideell haftbar machen lassen.

Vergangenheitsbewältigung ist also ursprünglich eine speziell deutsche Anstrengung, um den „Ausreißer", den das Dritte Reich als Kapitel *deutscher Geschichte* darstellt, im obigen, respektgebietenden Sinn zu bewältigen, um es zum „Betriebsunfall" zu retuschieren, und die Kontinuität mit vorherigen und späteren Reichsgründungen ein wenig zu vernebeln. Und vor allem, um aus dem aufgenötigten Schuldgeständnis eine positive, die Würde und Ehre der Nation unterstreichende Selbstdarstellung zu machen, was auf der ganzen Linie gelungen ist.

Kalkulierte Schuldbekenntnisse ohne Schuldige

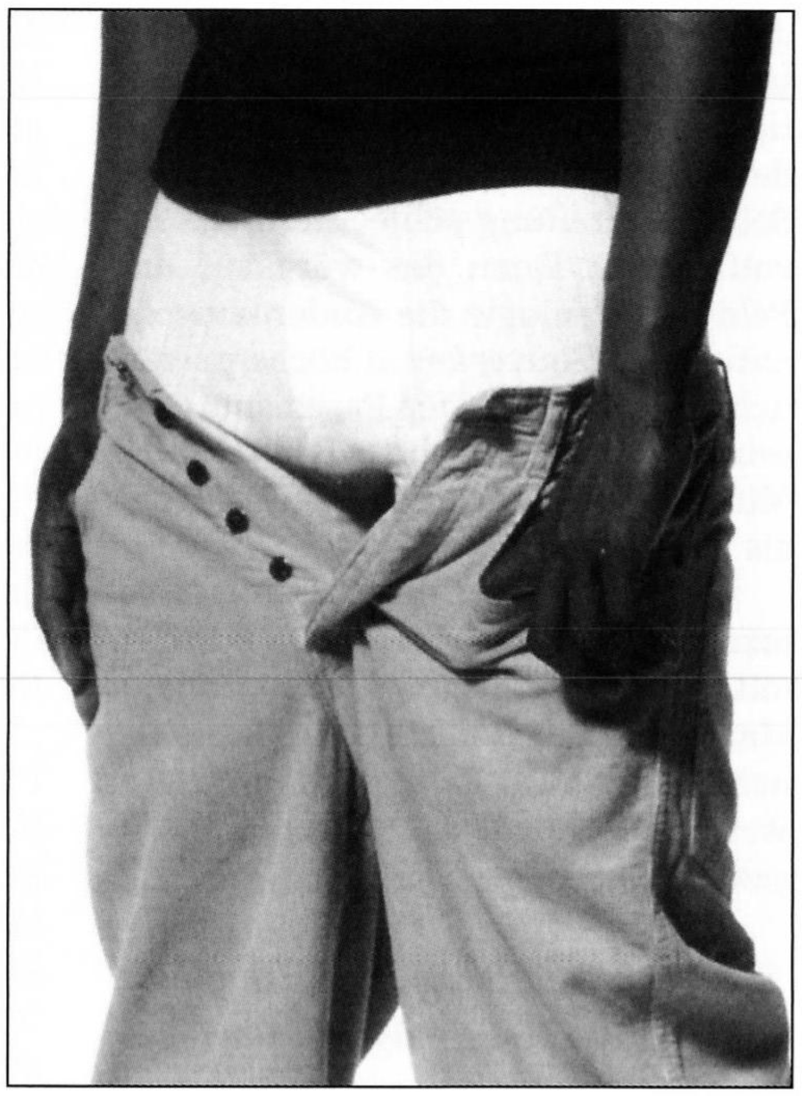
Der Trick, das Schuldbekenntnis positiv zu wenden, besteht darin, daß *Bekennen* und *Bewältigen* in eins fallen, daß also mit dem Bekenntnis die *Läuterung* und *Überwindung* vorstellig gemacht werden soll. Praktiziert wird eine moralisch-psychologische Technik der Selbsterhöhung durch Selbsterniedrigung. Wer sich im Namen des gegenwärtigen Kollektivs zu allerlei Schandtaten bekennt, die ohnehin von gestern sind und sehr bedingt vom damaligen Kollektiv, hauptsächlich „in dessen Namen" und durch dessen Mißbrauch veranstaltet wurden, der beweist seine moralischen Maßstäbe und bekräftigt diese, indem er sich nicht scheut, sie auf sich selbst anzuwenden. Wer sich selbst demonstrativ verdammt, hat ein Gewissen – und braucht sich deswegen von niemandem etwas vorhalten zu lassen:

„Sich in die Kollektivscham einzuklinken und aus dem Umstand, daß man die Taten des Vorgängerstaates nicht leugnet, noch einen nationalmoralischen Gewinn zu ziehen, ist allerdings ohne Heuchelei nicht zu haben. Denn eine derartige Scham, die gerade aus dem Bekenntnis zu einer derartigen Schuld für die eigene Nation das Prädikat ‚moralisch doch nicht ganz verdorben, also ziemlich wertvoll' ableitet, geht nur als demonstrative, also selbstgefällige Scham. Sie lebt davon, daß der reuige Umgang mit der verbrecherischen Tat, nicht aber die Tat, der man sich da schämt, den Maßstab zur Beurteilung der Nation abgibt." (R. Gutte/ F. Huisken, Alles bewältigt, nichts begriffen! Nationalsozialismus im Unterricht, Berlin 1997, S. 26.)

Diese Haltung – „Weil sich Deutschland und die Deutschen so schön für ihre (oder ‚in deutschem Namen' begangene) Untaten schämen, beanspruchen sie zurecht den Respekt aller Welt!" – ist zwar eine sperrige Form von Nationalbewußtsein. Sich ein Recht auf *Nationalstolz* darüber zu erarbeiten, daß man sich dessen „unreflektierte" Hurra-Variante demonstrativ verbietet, ist aber machbar, wie man sieht. Gerade dadurch, daß sich der neudeutsche Patriotismus ein angeblich fürchterlich zerquältes, „gebrochenes", problembewußtes etc. Verhältnis zur normalen, „blinden" Vaterlandsliebe zugute hält! Vor allem ist der Effekt, der wie bei jedem anderen Nationalstolz auch, ein Bewußtsein von der Vortrefflichkeit der eigenen Nation, so daß man ihr zurecht dient. Deutschland, ein gar „schwieriges Vaterland" – man muß es schon deswegen lieben! Vergangenheitsbewältigung, das ist eine etwas komplizierte Form der nationalen Selbstdarstellung; Vergangenheitsbewältigung, das ist Geschichtsbewußtsein unter Lizenzbedingungen.

Daher wurde neben dem Bekenntnis zur deutschen Schuld von Beginn an schwer darauf Wert gelegt, diese Schuld vom nationalen Kollektiv auch wieder zu trennen: Es kann keine Kollektivschuld geben, lautet die Parole, und wenn heute von Kollektivschuld gesprochen wird, dann nur, um sie zu dementieren. „Die Deutschen" als Volk sind also sauber geblieben. Die Untaten wurden von einigen Verbrechern in „deutschem Namen" angeordnet, die aufgrund unglücklicher Umstände an die Staatsführung und damit zu einem willig vollstreckenden Volk gelangt waren, sie sind aber ansonsten ohne nennenswerte Beteiligung des Kollektivs der Deutschen verbrochen worden. Das ist insofern bemerkenswert, als dem bürgerlichen Geschichtsbewußtsein das Denken in nationalen Kollektiven immanent ist, deswegen besteht schließlich das Bedürfnis nach „Vergangenheitsbewältigung". Die geschichtsmächtigen Errungenschaften von Nationen, von einer Obrigkeit befohlen und von den Untertanen exekutiert, gelten als Verdienste „der Amerikaner", „der Deutschen" etc. Alle Unterschiede der Individuen von Rang und Funktion, von staatlichen Opfern, Nutznießern und Handlangern sind getilgt, das völkische Kollektiv gilt als handelndes Subjekt, was insoweit nicht stimmt, als eine nationale Führung, gestützt auf ihr Gewaltmonopol, alle in die Pflicht nimmt, *und dadurch zum Kollektiv macht*. Ein beliebiges Beispiel, aus einem beliebigen Stück politischer Literatur, für den Kollektivismus als den Normalfall politischen Urteilens:

„Die Engländer und Franzosen haben" (im Zuge der Zerstörung von Ex-Jugoslawien) „monatelang nur in alten



historischen Schablonen gedacht und dadurch den Völkermord begünstigt. (...) wie die Engländer Waffen und die Holländer Kerosin nach Serbien in ‚wohlverstandenem' Eigeninteresse verkauft haben." (J. Haider, Die Freiheit, die ich meine; Frankfurt/Berlin 1993, S. 258f.; ab jetzt zitiert als „Freiheit".)

Ja, wenn für Haider „die Engländer" und „die Franzosen" den Völkermord begünstigt, wenn „die Engländer" Waffen und „die Holländer" Benzin verscherbelt haben, dann haben auch „die Deutschen" die Juden vergast. Entweder – oder! Insofern entspricht der Gedanke der Kollektivschuld viel mehr dem üblichen Geschichts- und Nationsverständnis als dieses bewältigende komplizierte Auseinanderklauben von Tätern, Vollstreckern, Handlangern, Helfern und Indifferenten, das der sonst üblichen und verlangten Identifikation mit dem „eigenen" Volk und dessen Werken gar nicht entspricht. Wenn der Völkermord an den Juden nicht in diesem Sinn als kollektive Tat gilt, auch wenn es die Tat einer Nation war, liegt das denn auch allein an der Nachkriegspolitik

„der Amerikaner", die „die Deutschen" als Frontstaat gegen „die Russen" gebraucht haben, und ihnen deswegen eine Selbstreinigung durch Prozesse gegen – nach juristischen Kriterien – individuell Verantwortliche verordnet haben. Seither entdecken die gleichen Leute, die mit der größten Selbstverständlichkeit im nationalen Kollektivismus schwelgen, immer dann, wenn es um die Judenvernichtung geht, beachtliche Unterschiede innerhalb des Volkskörpers: Zwischen Befehlshabern und Befehlsempfängern, zwischen Überzeugungstätern und Mitläufern und Unbeteiligten:

„Schumacher und andere mutige Staatsmänner (auch Adenauer, Carlo Schmid) haben klargemacht, daß Schuld nur individuell zurechenbar ist. Wer kollektiv verurteilt, schützt die wahren Schuldigen." (Freiheit S. 83.)

National-Kollektivismus geht wirklich so mutig. Schuld ist nur individuell zurechenbar. Die wahren Schuldigen sind immer nur viele, viele „Einzeltäter". Leistungen hingegen bzw. das, was Nationalisten dafür halten, sind allemal zu kollektivieren, als Erfolge „der Österreicher" beispielsweise:

„Nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs haben die Österreicher dieses Land in eindrucksvoller Art und Weise aufgebaut." (J. Haider, Befreite Zukunft jenseits von links uns rechts, Wien 1997, S.31.)

So hat die Vergangenheitsbewältigung die politische Kultur der Nazi-Nachfolgestaaten um die Frage bereichert, wann man Kollektivist sein muß, und wann man es nicht sein darf. Deutschland jedenfalls hat mit all diesen Verrenkungen ein neues positives Nationalbewußtsein entwickelt. Fünfzig Jahre habe sich die Bundesrepublik den Hurra-Patriotismus verkniffen, deswegen sei er jetzt umso berechtigter, heißt es, und die Nation sei umso berufener, anderen Nationen und deren Nationalismus Schranken zu setzen, die eine solche Entbehrung nicht absolviert hätten! Wie bruchlos die überkommene Büßerpose bei Gelegenheit in außenpolitische Anmaßung übergeht, zeigt sich am Verkehr beispielsweise mit der Tschechischen Republik: Deren Repräsentanten müssen sich fragen lassen, wie sie es denn mit dem Bereuen, Bewältigen und Bußen halten wollen, und sie fangen sich dabei schlechte Noten ein. Die Grundlage dieses hochsittlichen Auftrumpfens ist natürlich das politische und ökonomische Kräfteverhältnis der beiden Staaten, aber bemerkenswert ist doch, wie gut die frühere nationale Zerknirschung in eine daraus abgeleitete Arroganz übergeht.

Die Vergangenheitsbewältigung hat nämlich inzwischen selbst eine fünfzigjährige Vergangenheit, und deren Etappen korrespondieren mit dem jeweils erreichten Stand deutscher Souveränität, von der lizensierten Gründung bis zum erfolgreichen Anschluß der DDR, mit dem auch die alte Bewältigung ausgedient hat. Nicht in dem Sinn, daß das Geschichtsbild offiziell revidiert wird und die Leugnung der Gaskammern die Nation von ihrer schönen und so wundervoll genutzten Schuld befreit, sondern so, daß die moralische Verwaltung von Millionen toter Juden endgültig *von Deutschland für Deutschland* betrieben wird, und die geläuterte Nation immer öfter ein widerspenstiges Ausland mit dem Begehren nach Reue und Wiedergutmachung traktiert.

Vergangenheitsbewältigung anders: Die Eingemeindung des Dritten Reiches in die stolze Geschichte der Deutschen und Österreicher

Was der Zweck einer Beschäftigung mit der Vergangenheit sein soll, darüber äußert sich Haider folgendermaßen:

„Haider läßt sich (...) zitieren: Ein Staat könne keine heimatbewußte Jugend heranziehen, ‚wenn ständig in öffentlichen Erklärungen und in der geschichtlichen Darstellung die Generation der Eltern, die dieses Land aufgebaut und für die Freiheit gesorgt haben, durch den Schmutz gezogen wird'." (H.-H. Scharsach, Haiders Kampf, Wien 1992, S. 98; ab jetzt zitiert als „Kampf".) Denn „ein Volk, das seine Vorfahren nicht geehrt hält, ist sowieso zum Untergang verurteilt." (Krumpendorf-Rede)

Es ist also überflüssig, sich mit Haider auf historische Debatten einzulassen; eine nüchterne Klärung des Nationalsozialismus ist seine Sache genausowenig wie die der Vergangenheitsbewältiger. Geschichtsbetrachtungen haben für ihn einen anderen Zweck und Nutzen, sie müssen den Nationalismus fördern und sind daran zu messen, und nicht an ihrem Wahrheitsgehalt. Genauer: Das ist ihr einzig relevanter Gehalt. Damit allerdings besteht er bloß darauf, daß die historische Darstellung auch des damaligen Kollektivs der normalen, üblichen Funktion der Geschichtsschreibung gerecht wird, also auf die Würdigung der Nation abzielt. Und dabei tut er so – oder er hat's vielleicht wirklich nicht kapiert – als ob die bleibende Verdammung des Kollektivs der Zweck der sorgfältig berechneten Schuldbekenntnisse wäre, und nicht bloß die Einleitung zur Läuterung.

Die Traditionsbetrachtung hat die ausschweifende Glorifizierung der Nation zu leisten, wie sonst auch, die „Vorfahren" sind, wie sonst auch, natürlich nicht als Individuen, sondern als Träger der damaligen nationalen Mission angesprochen. Haider insistiert darauf, daß ein Volk durch den Glauben an seine eigenen moralischen Qualitäten zusammengehalten und aktionsfähig wird, und daß die Darstellung dieser Qualitäten daher der leitende Gesichtspunkt der Geschichtsbetrachtung zu sein hat, aus höheren staatspolitischen Gründen. Denn ein Volk ist „zum Untergang verurteilt", wenn es seine opferbereiten „Vorfahren" nicht ehrt, behauptet er. Eine Übertreibung? Nun ja, wenn man bloß an die normale Verwendung des Volkes beim Arbeiten und Arbeitsuchen, beim Sparen und Familienerhalten denkt, dann vielleicht. Das alles klappt auch ohne Ahnenkult, aber um einen solchen geht es ohnehin nicht. Der Erneuerer denkt offenbar immer auch an Gelegenheiten, wo eine kämpfende Truppe ohne den bedingungslosen, *durch die kollektive Geschichte verbürgten Glauben an die eigene heilige Sache* nicht so zweckmäßig kriegführend wüten kann, wie das damals die Wehrmacht hingekriegt hat, und deswegen muß das Kollektiv, für das der Nachwuchs gebraucht und erzogen wird, als Ausbund von Anstand und Würde vorstellig gemacht werden. Haider kennt natürlich auch keine *Argumente* für die Bereitschaft, sich bedingungslos der Nation zur Verfügung zu stellen, aus „Gemeinwohlorientierung oder (...) der spontanen Bereitschaft, Opfer für die Gemeinschaft zu erbringen." (Freiheit, S. 21) und hält es daher für nötig, jede Reflexion über die Bekömmlichkeit dieses Sich-Einreihens zu unterbinden, durch die hemmungslose Apotheose der Nation in der Verherrlichung der Opfer und Tugenden, die ihre Mitglieder für sie aufbringen (müssen). So geht Geschichtsschreibung! Wie soldatische Tugenden im Ernstfall erzwungen werden, ist ohnehin bekannt. Und wenn durch Heimatkunde und Geschichtsunterricht Nationalisten gezüchtet werden sollen, wenn die liebe „Jugend" nicht einfach

etwas über die „Heimat“ wissen soll, sondern mit der „geschichtlichen Darstellung“ zugleich die erwünschte Stellung zum Staat vermittelt bekommen soll, ihren Patriotismus – dann ist das überhaupt nichts Außergewöhnliches, sondern ganz normales demokratisches Unterrichtsziel.

Weil Haider auf ein positives Staatsbewußtsein hinaus will, also den *Zweck* der Vergangenheitsbewältiger teilt, mißtraut er dem vergangenheitsbewältigenden Waschvorgang Beichte-Reue-Buße, dem „durch den Schmutz ziehen“ als Kontrast zum folgenden „weißesten Weiß“; also der *Methode*, mit der vor allem in Deutschland, aber auch in Österreich nach 1945 sehr gelungen eine „heimatbewußte Jugend“ herangezogen wurde.

Die Endlösung der Schuldfrage

Die wird eingeleitet mit der Klarstellung, wem die Judenvernichtung geschadet hat. Das war nämlich ein Verbrechen an Deutschland! Es handelt sich um die durchaus übliche konstruktive Kritik an Hitler, der habe bei seinem Feldzug gegen die inneren Feinde auch viel falsch gemacht und teilweise die Verkehrten erwischt, insofern „wertvolle und begeisterte Träger der deutschen Kultur“ dabei waren. Juden haben also nicht nur in und für Deutschland geschuftet, das gilt schließlich noch für jeden ausländischen Arbeiter, sie haben sich als „Träger der Kultur“ sogar um das *Deutschtum* verdient gemacht. Und solche Leute genießen bei einem Haider sehr wohl die Existenzberechtigung:

„Lernen aus der Geschichte heißt auch, aus dem Unrecht, das unsere jüdischen Mitbürger, die sich in der deutschen Geschichte immer als wertvolle und begeisterte Träger dieser Kultur hervortaten, erfahren haben, die richtigen Konsequenzen zu ziehen.“ (Freiheit, S. 223.)

Nicht das Selektieren in Deutsche und Undeutsche war kritikabel, bloß das unpassende Resultat im Fall der Juden. Der Maßstab – Leistung für Deutschland – ist übrigens identisch mit dem, den auch Hitler und die NSDAP an die Elemente des damaligen Volkskörpers angelegt haben. Nur ist beim Führer die Bewertung nicht nach den Richtlinien der Nachkriegspolitik ausgefallen. Der hat bekanntlich damals in Deutschland nach zehnjähriger Agitation den Standpunkt durchgesetzt, daß Volksfremde einer anderen *Rasse* – pardon: auf Grund einer abweichenden *kulturellen Identität* – gar nicht anders können, als zersetzend und schädigend zu wirken, und daher aus dem Verkehr gezogen gehören.

Was die Schuldfrage selbst betrifft, plädiert Haider erst mal für den allerkollektivsten Kollektivismus: „Alle tragen Verantwortung“, also niemand bestimmter und schon gar keine spezielle politische Fraktion. Neben diesem Befreiungsschlag ins Allgemein-Menschliche gelingt ihm aber immerhin die Entlarvung zweier *Individuen*, die mit der Sache etwas zu tun haben:

„Wie war dieser Rassenwahn möglich? Bei den Nationalsozialisten wurde er bis zur staatlich organisierten Perversion getrieben. Erfunden haben sie ihn nicht. Dafür tragen alle Verantwortung, und alle sollten sich dazu bekennen. Der christliche Antisemitismus, (...) der wirtschaftliche Antisemitismus hatte prominente Vertreter auf der Linken wie zum Beispiel Eugen Dühring. Und Karl Marx sprach vom ‚Finanzjudentum‘ und meinte: ‚Hinter jedem Tyrannen ein Jude.‘ Die sozialdemokratische Arbeiter-Zeitung (...) das Parteiprogramm der Christsozialen (...). Die tragischste Entwicklung ergab sich bei den Nationalliberalen (...).“ (Freiheit, S. 116 f.)

Marx und Dühring, siehe da! Das ist doch mal eine Auskunft. Wo die politische Linke immer mit ihrem „Internationalismus“ angegeben hat! Wer will da noch behaupten, Nationalismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit seien bevorzugt *rechte* Standpunkte?

Haiders Charakterisierung des NS-Vernichtungsprogrammes als Rassen*wahn*, als perverse Abirrung, die mit Politik im Grunde nichts zu tun hat, entspricht wieder der gängigen bürgerlichen „Verständnislosigkeit“. Denn daß von Staats wegen Leute umgelegt werden, ist überhaupt nicht außergewöhnlich oder „einzigartig“, wie das einschlägige Prädikat lautet. Daß Staatsfeinde, Ausländer und Kriegsgefangene ins Lager kommen, gilt als normal, ohne daß damit ein Einwand gegen staatliche Normalität gemeint ist. Aber daß es *eigene Bürger* trifft, daß es *Millionen* trifft, daß der Staat gar keine Gegner erwischt, sondern *anständige und fleißige Mitmacher*, die an Widerstand nicht gedacht hatten, daß es unterschiedslos *Männer, Frauen, Kinder* trifft, daß die Säuberung des Volkskörpers bis zur *physischen Vernichtung* vorangetrieben wird, ohne daß ein dem heutigen Betrachter einleuchtender *Nutzen* sichtbar wird, womöglich unter Verwendung von an der Ostfront bitter benötigter Transportkapazität – wenn also keiner der vielen guten Gründe für „normale“ staatliche Vernichtungsaktionen vorliegt, dann hört sich jedes Verständnis auf. Aber wirklich erst dann.

Haider gehört in der Tat nicht zu denen, die wegen der moralischen Sauberkeit der Kriegsgeneration die Judenvernichtung leugnen. Er scheut sich keineswegs, von den „Verbrechen“ des Dritten Reiches zu sprechen:

„Wäre alles im Dritten Reich von Anfang an so leicht als verbrecherisch erkennbar gewesen, hieße das, fast eine Generation von Deutschen und Österreichern selbst zu Verbrechern zu erklären. Das waren sie nicht. Für die allermeisten gilt wohl, daß sie gutgläubig handelten, aber irregeleitet waren. (...) Millionen von Frontsoldaten glaubten, aufopfernd und selbstlos ihr Leben für ein Vaterland einzusetzen, das durch die Versailler Verträge beinahe in den Ruin getrieben worden wäre und nun erneut und noch viel stärker durch Stalins Kommunismus bedroht sei. (...) Welche grauenhaften Verbrechen sie mit ihrem idealistisch motivierten Einsatz unfreiwillig mit deckten, wußten sie nicht, und wenn, dann erst viel zu spät. Diese Menschen zu verurteilen ist einfach. Human ist es nicht. Vor allem hilft es in keiner Weise, die Sinne für die Żukunft zu schärfen: damit es eine solche in die Katastrophe führende Gutgläubigkeit nicht mehr gibt. Sich offen der eigenen Geschichte zu stellen heißt, sich auch dazu zu bekennen. Jedenfalls ist Schluß mit der permanenten Kriminalisierung der eigenen Geschichte zu machen, gleichsam als wäre das Leben der Kriegsgeneration ein einziges Verbrecheralbum. Jene, die heute alles besser wissen, sollten dankbar sein, daß ihnen die Entscheidung zwischen Moral und Existenz in dieser dramatischen Form erspart geblieben ist. Das Schlimmste am Nationalsozialismus war zweifellos der zur Massenvernichtung führende Antisemitismus und Rassismus. Solche Verbrechen sind nicht wiedergutzumachen. (...) Kollektivschuld lehne ich kategorisch ab. Aber eine gemeinsame Verantwortung gibt es, weil die Geschichte ein gemeinsames Erbe ist. (...) Der Nationalsozialismus ist durch nichts zu rechtfertigen. Kein normaler Mensch, der im Besitz seiner fünf Sinne ist, würde das auch nur versuchen.“ (Freiheit, S. 115 ff.)

Kurz, es handelt sich um grauenhafte Verbrechen ohne Verbrecher; von

Hitler persönlich und einigen handverlesenen Spießgesellen vermutlich abgesehen. Wie geht das?

● Wer bei einem Verbrechen mitmacht, ist selbst ein Verbrecher, aber die Mitmacher im Dritten Reich waren keine. Denn die Verbrechen waren nicht als verbrecherisch *erkennbar*! Das stimmt. Wie jeder Staat hat natürlich auch das Dritte Reich seine Staatsräson nicht als moralisch minderwertig, sondern als gut und ehrenwert vorgestellt. („Deutschland über alles!") Haider geht – zurecht – davon aus, daß ein anständiger Patriot sein Rechtsempfinden und seine moralischen Maßstäbe aus der „Ordnung" bezieht, die das nationale Gewaltmonopol der „Gemeinschaft" aufzwingt, an der ein Patriot nun einmal „gutgläubig" hängt. Also konnten die engagierten Deutschen und früheren sowie späteren Österreicher damals nicht wissen, daß nach der Niederlage andere moralische Maßstäbe gelten würden, also kann man ihnen auch nicht vorwerfen, daß sie in gewissen Vernichtungsaktionen einfach keine Verbrechen erkennen konnten.

● Daß gewisse Feindschaftserklärungen des Dritten Reiches nicht als verbrecherisch, und deswegen gleich *gar nicht* oder nur *zu spät erkennbar* waren, das kann natürlich nicht stimmen. Haiders Unterscheidung zwischen verständnisvoll gebilligten – Krieg gegen „Versailles" und den Kommunismus – und verurteilten Zielen des Nationalsozialismus – der Judenvernichtung – ist eben *seine* Unterscheidung. (Die teilt er sicher mit vielen geschichtsbewußten Bürgern.) Das Dritte Reich mit seiner flächendeckenden Propaganda hat diesen Unterschied nicht gemacht, und der beachtliche Aufwand der Fahndung und Kennzeichnung, der Verwahrungen und des Abtransports dürfte auch kaum zu übersehen gewesen sein. Wenn Patrioten also mitbekamen, daß es gegen den Kommunismus und gegen den „Schandvertrag" von Versailles geht, dann mußten sie genau so mitbekommen haben, daß der Nationalsozialismus auch *innere Feinde* identifiziert hatte, die es auszumerzen galt: Ein fremdes Volk, das Deutschland unterwandert und zersetzt hatte; aus nationalsozialistischer Sicht war die „Umvolkung" nämlich schon passiert und mußte durch eine ethnische Säuberung bekämpft werden. Dieser Standpunkt sollte gerade einem Überfremdungsspezialisten wie Haider nicht völlig unbekannt sein.

● Wer darf dergleichen überhaupt beurteilen? Haider natürlich schon, aber vor Besserwisserei sollten sich andere Nachgeborene hüten, denen die dramatische Entscheidung zwischen „Moral und Existenz" erspart blieb, die man damals angeblich zu treffen hatte. Die Existenz der Individuen kann aber unmöglich gemeint sein, die war im Faschismus ohnehin nicht das zu schützende Gut, sondern wurde aufopfernd, selbstlos und idealistisch im Arbeits- und Kriegsdienst als Mittel benutzt, Heldentod inklusive. Insofern fällt Haider hinter seine vorherige Position zurück. Die deutschen Faschisten hatten nämlich die Macht, und damit die verbindliche Definition der Moral auf ihrer Seite. Keiner mußte im Dritten Reich die damals gültige Moral verraten, um seine Haut zu retten, eher schon hat ihn der hochmoralische Einsatz für den Staat das Leben gekostet. Und zwischen der Existenz einer Nation, die um ihr Dasein als Weltmacht kämpft, und dem sittlich Gebotenen kann es ohnehin nie einen Gegensatz geben, denn das Vaterland ist nun einmal, nicht nur aus faschistischer Sicht, der Höchstwert, für den man „aufopfernd und selbstlos" das eigene Leben einzusetzen hat.

● „Verurteilen ist einfach, aber nicht human, und vor allem nützt es nichts, wenn es um die Zukunft geht" – wenn verurteilen einfach ist, bedeutet das, daß es doch *begründet* wäre, das Verurteilen, aber wegen Zukunft unterbleiben sollte? Bizarr wird es, wenn Haider den „idealistisch motivierten Einsatz" ebenso lobt wie die Bereitschaft, „aufopfernd und selbstlos" das Leben für das Vaterland zu geben – und sich dann gegen die Wiederholung der „Gutgläubigkeit" ausspricht, die zur „Katastrophe" geführt habe! Diese Gutgläubigkeit besteht nämlich in nichts anderem als in der Vorstellung, es gäbe ein Subjekt, das Gehorsam und Selbstlosigkeit und Opferbereitschaft verdiene, speziell im Zuge der sittlich gebotenen Vernichtung seiner Feinde: das geliebte Vaterland. Die Gutgläubigkeit vermeiden, die zur Katastrophe geführt hat – wie soll das gehen; es kann doch vorher keiner wissen, wie hinterher der Krieg ausgegangen sein wird! Genau diese Gutgläubigkeit ist das Ziel seiner Vergangenheitsbewältigung, und der Vollständigkeit halber sei erwähnt, daß Vaterlandsliebe auch bei anderen Demokraten hoch im Kurs steht.

● Einige Schurken hat Haider allerdings doch noch entdeckt. Es handelt sich um jene, die sich der moralischen Anleitung durch den Nationalsozialismus widersetzten, und die den Gehorsam verweigerten. Sie erhalten von Haider kein Kompliment dafür, etliches „von Anfang an als verbrecherisch" erkannt zu haben, sondern sind selbst die Verbrecher:

„Haider argumentiert linientreu. Widerstandskämpfer sind für ihn ‚Verräter', weil sie sich ‚damit gegen Kameraden wenden'. Ihre Auszeichnung bezeichnet er als ‚untragbar' und ‚eine Beleidigung all jener, die wirklich für die Freiheit gekämpft haben' (...)." (Kampf, S. 116f.)

Immerhin hatten sich die paar Widerständler ein eigenes Urteil über Freund und Feind angemaßt, und daraus die Konsequenz gezogen, sich gegen den Kameraden Hitler und dessen willige Vollstrecker zu wenden. Und das, nämlich selber zu entscheiden, wofür man ist und wogegen, das fällt natürlich nicht unter die Freiheit, die Haider meint. Das steht dem einfachen Volksgenossen nicht zu, der hat den zugewiesenen Platz einzunehmen und das zu erledigen, was ihm aufgetragen wird. Auch das ist bekanntlich keine Spezialität des Faschismus, Widerstand ist auch in der Demokratie nicht vorgesehen, und wer gegen die „eigene" Armee kämpft, gilt auch hier als Verräter. Insofern demonstriert Haider wirklich Linientreue.

Die Ehrenrettung der „Kriegsgeneration", um die sich Haider verdient macht, besteht also ausschließlich in ihrer Anerkennung als für alle staatlichen Zwecke beliebig manipulier- und benutzbares Menschenmaterial. Zu den in aller Freiheit zu übernehmenden Pflichten des anständigen Bürgers gehört nicht nur das praktische Mitmachen bei staatlich befohlenen Vernichtungsaktionen, die Einordnung ins Kollektiv umfaßt auch die geistig-moralische Verfassung. Der anständige Patriot macht sich nämlich die sittlichen Maßstäbe seines ihm als „Gemeinschaft" geltenden Staatswesens zu eigen, und handelt daher immer in gutem Glauben, wenn er von seiner Führung „idealistisch motiviert" wird, und darf deswegen immer die Anerkennung seines reinen Gewissens beanspruchen. Geht der Krieg verloren, und werden einige Pflichten von den Siegern als Verbrechen umdefiniert, ändert das nichts an der Wertschätzung der Befehlsempfänger, die sich nur vollständig dem Kollektiv untergeordnet haben. Das macht ihre Ehre und ihren Anstand aus – und das spricht gegen beides.

Sie waren „irregeleitet" – und haben auf ihrem Irrweg alles richtig gemacht. Sie wurden „mißbraucht" – und können darauf mächtig stolz sein. Es spricht nichts dagegen, sich mißbrauchen zu lassen, genauer: Es geht gar nicht anders, denn die abweichende Bewertung von Befehlen kommt den ausführenden Organen nicht zu. Über Gutbrauch oder Mißbrauch entscheidet eine andere Instanz, nämlich der Erfolg der Nation, und nicht das dienstleistende Individuum, daher ist es auch über Vorwürfe erhaben. Das Dritte Reich hat den Krieg verloren, so etwas ist Deutschland bekanntlich nicht das erste mal passiert. Aber deswegen sind seine treuen Diener noch lange keine Verbrecher; sie haben doch dasselbe gemacht wie ihre Kollegen auf der anderen Seite der Fronten: Befehle ausgeführt, und nicht ausgeheckt. Insofern verdienen sie seiner Ansicht nach denselben Respekt, den auch der demokratische Verstand üblicherweise Leuten konzediert, die sich total zu Erfüllungsgehilfen ihrer Nationen erniedrigen lassen. „Sich offen der eigenen Geschichte zu stellen" heißt also, sich zu den überragenden Tugenden der Mitmacher im Dritten Reich zu bekennen:

„‚Meine lieben Kameraden, laßt Euch nicht beirren! Unsere Zeit braucht Vorbilder, braucht Menschen mit einer idealistischen Lebenseinstellung, denen Heimat noch etwas bedeutet.' (...) ‚Wir haben uns für niemanden, der hierherkommt, zu entschuldigen.'" (Rede am Kärntner Ulrichsberg, Kampf, S. 99f.)

Haider wittert hinter der nachträglichen Problematisierung der Pflichterfüllung *für den Führer* eine Relativierung der Pflichterfüllung, eine Anzweiflung des unbedingten staatlichen Anspruchs auf pflichterfüllende Überzeugungstäter selbst. Er nimmt den Vorwurf mancher Vergangenheitsbewältiger, die Bürger hätten im Dritten Reich ein wenig zu problemlos mitgemacht, und verdienten dafür nicht auch noch Respekt, als Anschlag auf patriotischen Gehorsam überhaupt. Er hat, wie erwähnt, nicht so recht realisiert, daß gerade durch die Distanzierung vom Dritten Reich die Liebe zu einem Vaterland gestiftet wurde, das eine unvergleichliche Güte schon allein dadurch beweist, daß es heute keine Juden mehr schlachtet. Angesichts der im Dritten Reich bewiesenen moralischen Qualitäten der damaligen Anständigen – immer für die Heimat alles gegeben, immer alle Befehle ausgeführt, immer den guten Glauben an die Nation bewahrt – kommen Haider die berechnenden Bekenntnisse und Zerknirschungen im Rahmen der Vergangenheitsbewältigung als Zumutung vor. Vor allem aber angesichts der *praktischen Rehabilitierung* der Kriegsgeneration durch ihren Einbau in die Fronten des Kalten Krieges erscheinen sie ihm unpassend. Er erblickt darin ein Stück Rehabilitierung des Dritten Reiches, das immerhin an der einen Seite seines Zweifrontenkriegs den auch aus der späteren Sicht richtigen Gegner bekämpft hat:

„Haider meinte in dem Interview, zu sagen, daß deutsche Soldaten im Zweiten Weltkrieg die Demokratie in Österreich erkämpft haben, sei ‚verkürzt'. Der Kampf der Soldaten habe aber dazu beigetragen, ‚die Gefahr des Kommunismus zurückzudrängen'. Damit habe sich ‚die Möglichkeit geboten, daß Österreich den Anschluß im westlichen Bereich an demokratische Verhältnisse gefunden hat, sonst wären wir vielleicht ein Teil des kommunistischen Imperiums gewesen, ohne Demokratie.' Zu dem Einwand, daß die sowjetische Armee ohne Aggressionskrieg gar nicht nach Österreich gekommen wäre, sagte Haider, ‚diese Frage habe ich nicht zu untersuchen, denn da ist die Geschichte sehr stark im Fluß.' Es sei die Frage zu stellen, wie die Aggressionsabsichten auf beiden Seiten gewesen seien." (APA, 22. Jän. 1993, zitiert nach Führer, S. 104f.)

Nach dieser Methode korrekten historischen Argumentierens, die in dem, was vorher war, die *Möglichkeit* zu dem erblickt, was nachher gekommen ist, könnte man natürlich auch Hitler dafür loben, die Demokratie in Europa *ermöglicht* zu haben: Mit seiner Kriegserklärung an die USA hat er deren Kriegseintritt und damit die deutsche Niederlage beschleunigt, und damit den Beschluß der USA, den beeindruckend opferbereit für den Faschismus kämpfenden Volksgenossen die Demokratie aufzuzwingen. Ein Lob des Hitler-Krieges gen Westen – als demokratiefördernde Maßnahme – paßt allerdings heute nicht in die politische Landschaft, da ist „die Geschichte" noch nicht so „sehr stark im Fluß", aber warum eigentlich nicht das Lob des Kriegs nach Osten?

Damit man sich nicht täuscht – Haiders obige Reflexionen widmen sich nicht der Frage, wer Hitlers Rußlandfeldzug angefangen hat, die Wehrmacht oder die Rote Armee. Es geht um die Frage, ob das damalige Deutschland *im Recht* war mit seinem Drang nach Osten, und da spricht nach Haider etliches dafür, zum Beispiel „Aggressionsabsichten", die er extra entdeckt hat, ohne diese „Frage zu untersuchen". Im Klartext: In Anbetracht der wahrlich *historisch* zu nennenden Tradition deutscher Vorstöße in diese Himmelsrichtung sieht er die Verurteilung der Anteile des Dritten Reiches an dieser Tradition nicht ein. Wenn der Erste Weltkrieg ein Stück normaler Politik war, wenn der Kalte Krieg sogar einer moralischen Verpflichtung – Freiheit oder Sozialismus – gehorcht hat, wieso soll dann ausgerechnet Hitlers Anlauf ein Verbrechen sein? Gibt die Frontstellung des Westens und die Auflösung der Sowjetunion nicht auch Hitlers Feindschaft ein Stück recht, historisch betrachtet? Haider meint, daß die längst erfolgte praktische Rehabilitierung der Deutschen und Österreicher durch ihre Benutzung in einem antisowjetisch ausgerichteten Wiederaufbau, samt Kriegsbündnis der härteren Sorte, in Widerspruch steht zur verordneten Zerknirschung:

„Und nun geht man daran, mit Scholtens Hilfe die gesamte Wehrmacht zu kriminalisieren, eine entsprechende Ausstellung nach Wien zu bringen. Wohl nach dem Motto. Großväter, ihr habt eure Schuldigkeit getan, ihr habt den Wiederaufbau der Zweiten Republik geleistet, ihr habt uns Rote und Schwarze brav gewählt. Ihr habt uns mit dem Fleiß eurer Hände getragen und finanziert. Aber jetzt seid ihr nur mehr wenige. Wir brauchen euch nicht mehr: Habt also Verständnis dafür, daß wir, um eure Enkel zu verängstigen, euch nun den Fußtritt geben." (Rede im Palais Auersperg 26. April 1995, zitiert nach Führer, S. 104.)

Den Verfolgungswahn nur kurz gestreift – anständige Enkel sollen durch die „Kriminalisierung" der Großväter am Haider-Wählen gehindert werden! –, ist die entscheidende Widerlegung der durch die „Wehrmachtsausstellung" formulierten Anklage die Pflichterfüllung der „Großväter", und zwar die *nach dem Krieg*. Damit haben sie ihren *Nutzen* für die jetzt herrschenden politischen Zwecke, und damit ihre *Moral* unzweifelhaft unter Beweis gestellt. Dienstbarkeit für den Staat, natürlich immer für den, den es gerade gibt, das ist eben sein letztes, unschlagbares Kriterium für *Anstand*. Eine faschismusverdächtige Entgleisung, oder gutbürgerlicher Brauch? ■

Herbert AUINGER ist freier Autor.

Der Führertyp der demokratischen Volksgemeinschaft

Gerhard SCHEIT

Seine Feinde meinen, er sei ein außerordentlicher Rassist; seine Freunde schwören, er sei ein ehrlicher Demokrat; niemand kommt auf den Gedanken, daß Jörg Haider beides zugleich sein könnte – und daß gerade darin seine Gefährlichkeit besteht.

Es gibt wirklich nur ein Schlagwort, das Haider öfter als „Heimat" und „Identität" verwendet – und das ist: Demokratie. Dies gehört augenscheinlich zu einer Art postmoderner Strategie. Fortwährend präsentiert sich Haider als Politiker des *anything goes*. Er spielt insbesondere mit den Elementen von Rassismus und Antirassismus, Philo- und Antisemitismus. So bezeichnet er einmal seine Bewegung als die PLO von Österreich, ein anderes Mal sieht er sich und seine Parteigenossen „als die Juden von heute"[1] – je nachdem, in welchem Licht er sie gerade erscheinen lassen will, wechselt er die ideologischen Elemente und historischen Vorbilder aus: das eine Mal geht es um die Erregung von Haß, um die Selbstdarstellung als eine kämpfende Bewegung, die gegen das Establishment rebelliert, das andere Mal um die Erregung von Mitleid, um die Inszenierung einer unschuldigen Minderheit, die von allen verfolgt werde. Während einerseits die Palästinenser als Vorbild fungieren, wird andererseits festgestellt, der Islam sei unvereinbar mit den Werten der westlichen Demokratie[2], die von den Freiheitlichen als einziger politischer Kraft wirklich verteidigt werde; betonte Haider in den achtziger Jahren noch das Deutsche an der Volksgemeinschaft und betrachtete den Begriff der ‚österreichischen Nation' als eine „Mißgeburt", so heißt es in den Neunzigern „Österreich zuerst", und eine „österreichische Identität" wird gegen die EU beschworen: „Die Österreicher waren oder sind Kelten, Illyrer, Slowenen, Kroaten, Ungarn, Zigeuner, Juden und in der überwiegenden Mehrheit deutscher oder bairischer Abstammung. In dieser Einheit in Vielfalt haben wir unsere eigene Identität gewonnen (...)."[3] ‚Sowohl, als auch' darin liegt der Grundsatz der Haiderschen Strategie: „Wer mit mir geht, steht für eine FPÖ mit glaubwürdiger Distanz zur Zeit des Nationalsozialismus, aber mit respektvollem Eintreten für die ältere Generation, die nach bitteren eigenen Erfahrungen den Weg in die Demokratie gefunden hat."[4]

Haider stützt sich auf Cohn-Bendit ebenso wie auf Klaus von Dohnanyi. Mit besonderer Vorliebe greift er zum Bestseller-Vokabular der *Globalisierungsfalle*, wettert gegen den „Turbo-Kapitalismus", kritisiert ganz im Sinne der Autoren des Bestsellers – die ihr Buch doch gegen Haider geschrieben haben wollen! – die Globalisierung und verteidigt den „europäischen Sozialstaat mit seinen kulturellen und sozialen Besonderheiten" gegen die „weltweite offene Wanderungsbewegung von Menschen, Gütern, Geld und Armut"[5]. Und jüngst sagte das unschlagbare Chamäleon an der Spitze der FPÖ in einem Interview mit Marcus Warren vom »Sunday Telegraph«: „Der einzige Unterschied zwischen Tony Blair und mir ist der Name."[6] Überhaupt ist das Hauptprinzip von Haiders Büchern und Reden das unablässige Zitieren anderer – als wollte er ständig verblüffen und damit provozieren, wie weit man gehen könne beim *anything goes*; als sollte einer nach dem anderen darüber erschrecken, wenn er plötzlich seine Worte im Munde Haiders wiederfindet.[7]

Nun könnte eingewandt werden: Haider sei kein neuer postmoderner Politiker, sondern einfach ein alter Taktiker; die hier zitierten Äußerungen mache er nur, um sich zu verstellen und als Demokrat aufzutreten, der er in Wahrheit natürlich nicht sei: ein Wolf im Schafspelz; die Demokratiebekundungen seien reiner Schein, denen in Wahrheit nichts entspricht. Aber die ideologiekritische Frage lautet: Wenn es denn wirklich Schein ist, worin liegt seine Notwendigkeit? Oder historisch formuliert: Warum hatten Hitler und die Nazis diesen Schein nicht nötig?

Undemokratische Volksgemeinschaft

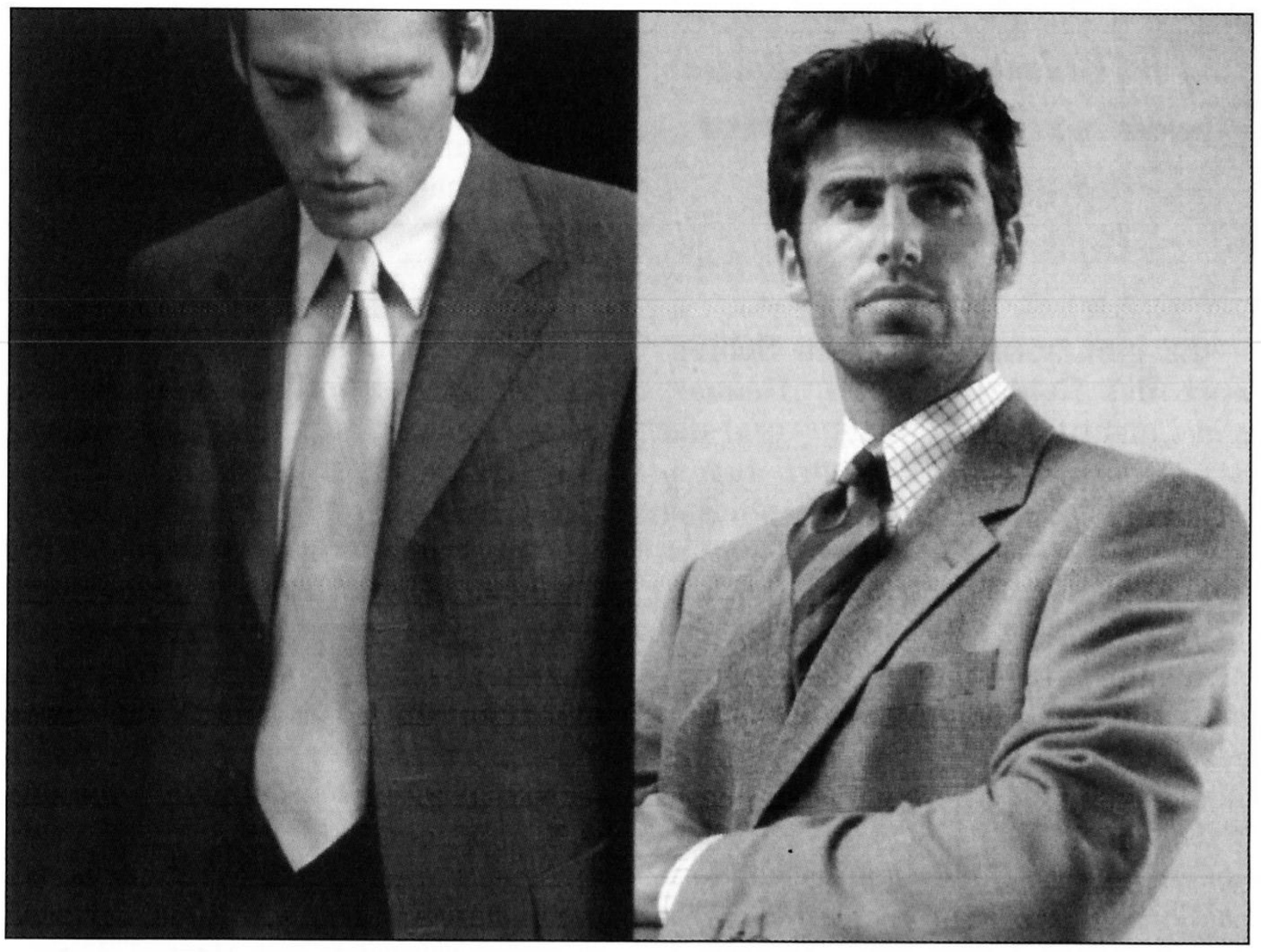
Wie das Geld darin besteht, daß es nur dem einen gehört und nicht dem andern, so der Staat, daß er immer nur der Staat einzig und allein seiner Bürger ist; alle anderen Individuen ausgrenzt, eine ‚Klasse' von Individuen von anderen abgrenzt und in einen besonderen Rang hebt: die Staatsbürger.[8] Die Frage des Rassismus lautet, mit welchen Mitteln dies geschieht.

„Der Rassismus", schreibt Etienne Balibar, „durchdringt nicht die staatlichen Institutionen, sondern *ist* institutionell"; er bildet eine Art „staatliche Psychostruktur"[9]. Balibar sieht darin allerdings lediglich die Funktion, die „gefährlichen Klassen" zu domestizieren, und verkürzt die ganze Frage damit auf das Problem des Klassenkampfs. Rassismus erscheint als Indoktrination: Der Staat lenkt die revolutionären Energien jener Klassen ab, indem er ‚fremde Rassen' als Feindbilder einschärft. Doch die Psychostruktur des Rassismus ist im selben Maß *staatlich* wie *wertförmig*. Mit ihr *rationalisiert* das staatsbürgerliche Subjekt den Tauschwert der Ware Arbeitskraft: es läßt seine eigentlichen Motive im Dunkeln, meidet dieses Unbewußte, Real-Irrationale der Tauschgesellschaft, und sucht stattdessen nach irreal-rationalen Erklärungen religiöser oder naturwissenschaftlicher Art. Die Rationalisierung ist vollendet, wenn der Tauschwert der Ware Arbeitskraft, das heißt, deren Produktivität, als biologische Eigenschaft einer bestimmten Bevölkerungsgruppe fixiert werden kann.

Die Geschichte des Rassismus wäre darum nur im Zusammenhang mit der Durchsetzung der abstrakten Arbeit (seit der sogenannten ursprünglichen Akkumulation des Kapitals) zu begreifen. Und es ist kein Zufall, daß der Kulminationspunkt des Rassismus mit der bisher größten Krise in der Geschichte der Verwertung des Werts zusammenfällt.

„Die Nazis", schreibt Joachim Bruhn, „verstaatlichten die gesellschaftliche Arbeitskraft und erfüllten so den etatistischen Traum, den die deutsche Arbeiterbewegung seit Ferdinand Lasalle und später, je nach Fraktion, mit Karl Kautsky oder Wladimir Iljitsch Lenin hegte; Karl Marx und Michail Bakunin zum Spott. Durch die Vorbereitung der allseitigen Vernichtung enthob der Nazismus die Arbeiter der Sorge um den Verkauf ihrer einzigen Ware, der Arbeitskraft."[10] Der nationalsozialistische Staat zerschlug nicht nur die selbständigen Arbeiterorganisationen und überführte deren Vermögen ins Eigentum der Deutschen Arbeitsfront (die damit auf einen Schlag zur reichsten NS-Organisation wurde), er machte sich vor allem am Arbeitsmarkt zu schaffen, setzte die Tarifordnung und die bisherigen Formen des Verkehrs zwischen Lohnarbeit und Kapital außer Kraft, installierte stattdessen „Treuhänder der Arbeit", um Tarifbestimmungen zu erlassen und oktroyierte Lohn- und Preisstopp. 1934 fand Heinz Langerhans (damals in Untersuchungshaft in Berlin) dafür bereits die richtigen Begriffe[11]: „Aus dem automatischen Subjekt Kapital mit dem Garanten Staat als besonderem Organ ist das einheitliche Staatssubjekt Kapital geworden. Der Staat ist heute mehr als der bloß ‚ideele' Gesamtkapitalist, was in seinen vermehrten Funktionen zum Ausdruck kommt (...). Die Zerschlagung aller Klassenorgane der Arbeiter ist seine erste Tat. Eine rücksichtslose soziale Pazifizierungsaktion mit dem Zweck der ‚organischen' Einfügung des Kapitalteils Lohnarbeit in den neuen Staat wird eingeleitet. (...) Das Staatssubjekt Kapital organisiert den inneren Markt, reguliert – ein nationales ‚Generalkartell' – die Preise und verschärft damit zugleich die internationale Konkurrenz." Mit dieser internationalen Konkurrenz ist nichts anderes als Krieg gemeint: „Es zeigt sich immer deutlicher, daß die Krisenüberwindungskampagnen der neuen monopolistischen Staatswirtschaften zugleich den Charakter von Rüstungsmaßnahmen haben. Mehr und mehr ist die Rüstung Inhalt gerade der vorwärtstreibenden industriellen Energie (Motorisierung, Flugwesen, Chemie etc.). In großem Maßstabe, in Produktionsplänen auf weite Sicht wird explosives Material gehäuft und gestapelt. Ebenso ist die soziale Pazifizierungsaktion Kriegsvorbereitung."

Es war eine Verstaatlichung von Arbeits- und Kaufkraft, die das Eigentum an den Produktionsmitteln im Prinzip unberührt ließ. Wie aber die Arbeiter in diesem Fall einzig als „Rasse" verstaatlicht werden konnten, so blieb auch nur das Kapital in „arischen" Händen unangetastet. Der Staat konnte seine Rolle als „Großkonsument" (Enderwitz)[12] nur erfüllen und die direkte und indirekte Arbeitsbeschaffung organisieren, weil er seine Wechsel auf die späteren Beutezüge ausgestellt hatte. Die Rüstungsindustrie war nicht nur der größte Arbeitgeber, sondern zugleich das Pfand für die gigantische Verschuldung des Dritten Reichs. Je größer die Schulden



wurden, desto intensiver wurde der innere und äußere Feind beschworen: die Menschen der zu erobernden Gebiete waren als „Untermenschen" noch entschiedener als bisher abzuwerten; und hinter ihnen mußte ein stets wachsender Gegner phantasiert werden, der den Angriffskrieg legitimierte: Weltverschwörung des internationalen Finanzjudentums.

Der Rassismus und die Volksgemeinschaft wurden nicht *vom* Staat dekrediert, sondern *im* Staat gelebt. Mit der Arbeitskraft waren jene autonomen Organisationen und unorganisierten Freiräume verstaatlicht worden, in denen die Individuen bisher ihre Reproduktion relativ unabhängig vom Verwertungsprozeß des Kapitals getätigt hatten: unter dem Motto ‚Kraft durch Freude' erlebte das gesamte organisatorische Spektrum der Arbeiterbewegung vom Gesangsverein bis zur paramilitärischen Schutzorganisation, vom Arbeitersport bis zu den Arbeitersymphoniekonzerten seine Wiederauferstehung als Gliederungen des Staats. Der nationalsozialistische Souverän hatte, wie Chup Friemert schreibt, „die bisherigen, die individuelle Reproduktion bewerkstelligenden, selbstbestimmten Formen – selbst die vormals bürgerlich dominierten – verboten und in seinem neuen Rahmen rekonstituiert. Fortan blieb alles Lebensnotwendige nicht mehr verwirklichbar, ohne sich sozusagen in die fixierte Struktur, in die faschistische Organisation der Lebenspraxis also, zu begeben."[13] Die gesellschaftlichen und materiellen Bedingungen der Reproduktion wurden aus der Selbstregulation herausgenommen und als Staatsfunktion gesetzt. Erst damit konnte der in Deutschland und Deutschösterreich seit längerem projektierte „Volksstaat" tatsächlich realisiert werden.

Mit der Zerschlagung der autonomen Organisationen der Arbeiterbewegung und ihrer Überführung in Organe des Staates wurden auch die letzten Bastionen des internationalistischen Charakters dieser Bewegung zerstört. (Das chauvinistische Verhalten der Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg und die immer stärker national ausgerichtete Orientierung der Kommunistischen Bewegung hatten allerdings bereits ideell vorgebaut.) Die Verstaatlichung der Arbeitskraft und ihrer Reproduktion verlieh dem Rassismus eine neue Art von Konformität: zwischen Individuum und Souverän stand nicht länger ein Arbeitsmarkt – die Inhaber

der Ware Arbeitskraft waren sozusagen *staatsunmittelbar*. Dies enthob sie weitgehend der Selbsttätigkeit, wo sonst die Zwänge des Arbeitsmarktes regierten: im Alltags- und Arbeitsleben. Freilich waren sie auch selbsttätig, als Rassisten und vor allem Antisemiten sogar in einem hohen Maße. Aber diese Selbsttätigkeit bestand in der freiwilligen Unterordnung und Einordnung in die staatlich formierte Gemeinschaft. Sie waren selbsttätig unmittelbar als Teil des Staatskörpers – ihre Eigenschaft als Körper und Geist der Ware Arbeitskraft war davon vollkommen verdeckt und niemandem mehr bewußt. Daraus resultierte die schier unvorstellbare Homogenität der Volksgemeinschaft als Verbrechensgemeinschaft.

Demokratisierung der Volksgemeinschaft

Die Zerstörung des NS-Systems durch die Alliierten beseitigte die Voraussetzungen dieser Homogenität: die Vernichtungslager wurden befreit und in den westlichen Nachfolgestaaten des Dritten Reichs setzte man den Arbeitsmarkt in seine alten Rechte ein. Die Individuen wurden sich hier wieder ihrer Eigenschaft als Eigentümer der Ware Arbeitskraft bewußt, aber nach dieser Ware bestand nun eine gewaltige Nachfrage; soweit sich die wieder zugelassenen selbständigen Organisationen der Arbeiterbewegung überhaupt reorganisierten, konnten sie an ihre alte, heroische Zeit nicht mehr anknüpfen. Das hängt vor allem damit zusammen, daß die Freizeit jetzt erst als Absatzmarkt der industriellen Warenproduktion wirklich ausgeschöpft wurde: mehr und mehr Aspekte der Reproduktion, die einstmals in den relativ autonomen vorfaschistischen Organisationen und zuletzt in den volksgemeinschaftlichen Staatsformen nationalsozialistischer Prägung aufgehoben waren, konnten nunmehr allein durch die Warenform vermittelt werden. „Nicht mehr gemeinschaftliche Praxis erscheint notwendig zur Bewältigung mancher Lebensfragen, das Notwendige wird vielmehr über den individuellen Akt des Kaufs und Gebrauchs getätigt. Die durch die Kaufkraft vermittelten Reproduktionsmöglichkeiten haben sich ausgebreitet und vormals gemeinschaftliche Regulationen und Lebensmomente angegriffen.“[14] ‚Kraft durch Freude‘ wurde von der Kraft durch die Ware abgelöst: nur noch der Name des Markenartikels Volkswagen erinnerte daran, daß diese Ware ursprünglich als Nebenprodukt der Rüstungsindustrie und damit als Volksgemeinschaftswagen konzipiert worden war; und die Jugend fuhr damit auch nicht mehr zur Sonnwendfeier, sondern zur nächsten Juke Box.

Mit dem Schrumpfen der Wachstumsraten und dem Fall des Eisernen Vorhangs kommt es auf den Arbeitsmärkten allerdings wiederum zu einer Überproduktion an Arbeitskraft, wie in den Jahren vor 1933. Das postfaschistische Subjekt wird sich nach der Entzauberung des Wirtschaftswunders aufs Neue seiner steigenden Wertlosigkeit bewußt, und es ahnt in verstärktem Maße, daß es nur als fetischisierter Staatsbürger, das heißt als nationales Subjekt, diese Wertlosigkeit aufheben, nur in der Volksgemeinschaft den Ausstoß aus der Gemeinschaft der Verwertbaren kompensieren kann. Seine ‚Abstammung‘ erscheint ihm mehr und mehr als einziger Garant seines Werts – so wie der verschuldete Staat die Wehrmacht als entscheidende Deckung seiner Nationalökonomie begreifen muß. Es sehnt sich letztlich nach dem Nationalsozialismus, insofern hier der Staatsbürger alles war, und der Warencharakter der Arbeitskraft in ihm verschwand. Bewußt oder unbewußt ist die nationalsozialistische Volksgemeinschaft der Reverenzpunkt postfaschistischer Demokratie geworden: Jörg Haider hat nur ausgesprochen, was viele – niemand weiß wieviele – in Österreich und Deutschland insgeheim oder offen meinen: das Dritte Reich habe „eine ordentliche Beschäftigungspolitik gemacht“[15].

Doch der Reverenzpunkt kann nicht mehr erreicht werden, er erscheint vielmehr als archimedischer Punkt; die ordentliche Beschäftigungspolitik wird niemand machen können, dazu sind die Individuen als Geldmonaden und Arbeitskraftbehälter bereits viel zu sehr vereinzelt, die Staaten als Standorte und Märkte viel zu sehr verflochten. Wer sollte also den Arbeitern die Sorge um den Verkauf ihrer einzigen Ware abnehmen? Welcher Staat wäre in der Lage, Arbeits- und Kaufkraft seiner Bevölkerung zu verstaatlichen, Lohn- und Preisstopps durchzusetzen und mit dem Wechsel auf künftige Beutezüge ein Arbeitsbeschaffungsprogramm zu finanzieren? Eine Beute, auf die ein solcher Wechsel ausgestellt werden könnte, gibt es nirgendwo mehr zu holen. Der größten Beute wird in einem fiktiven Raum – auf den Finanzmärkten – hinterhergejagt. Der Falkland-Konflikt und Saddams Eroberung von Kuwait bezeichnen in etwa die geschrumpften Dimensionen einer solchen Expansionspolitik.

Was hingegen als *demokratischer Rassismus* begriffen werden könnte, wäre eine Art *Verinnerlichung* oder *Subjektivierung*: der Reverenzpunkt wird in jede einzelne Geldmonade eingesenkt. Da der Staat nicht imstande ist, die Individuen der Sorge um den Verkauf ihrer Ware Arbeitskraft zu entheben, muß jedes einzelne in sich selbst und für sich selbst tun, was der faschistische Staat einst für alle tat: den Wert seiner Arbeitskraft mit der Zugehörigkeit zur Nation absichern. Und dieser, auf Selbsttätigkeit angewiesene Vorgang dürfte das Geheimnis der neueren, demokratischen Volksgemeinschaft ausmachen.

In ihrer Auseinandersetzung mit Johannes Agnolis und Peter Brückners Buch über die *Transformation der Demokratie* beschrieben Stefan Vogt und Andreas Benl diese Verbürgerlichung der Volkgemeinschaft sehr treffend: „Angesichts von Deregulierung und Krise verklären sich die abhängig Arbeitenden selbst zunehmend zu ‚Bürgern‘. Die Konjunktur dieses Begriffs entspricht der Verschiebung der Identitätssuche auf den ideologisch-politischen Bereich und den panischen (weil vergeblichen) Abkoppelungsversuchen von der Ökonomie. Die Individualisierungsthese hat darin ihren wahren Kern, daß bei dieser Suche die intermediären Instanzen zwischen dem Einzelnen und dem Staat, allen voran die Parteien, tendenziell ausgeschaltet und damit überflüssig werden. Für die Staatstreue und Unmündigkeit der Bürger, die schon Agnoli und Brückner feststellten, sind dann andere Institutionen zuständig, die auch noch den vereinzeltsten Einzelnen erreichen: die Medien.“[16] An die Stelle der Beschwörung der Sozialpartnerschaft der zumindest noch als gesellschaftliche Gruppen anerkannten Pole Kapital und Arbeit tritt der Appell an jeden einzelnen, sich für den „Standort“ zu engagieren. Der Bürger ist angehalten, die Sozialpartnerschaft in sich selbst zu verwirklichen, Kapital und Arbeit wie die zwei Seelen in seiner Brust zu versöhnen.

Die Verinnerlichung und Individualisierung der Volksgemeinschaft, die heute stattfindet, läßt sich konkret auch an dem in den letzten Jahren immer intensiver diskutierten Thema der „Sterbehilfe“ ablesen. Von den Nazis als staatliches Programm in Angriff ge-

nommen, um die eigene ‚Rasse' ‚höherzuzüchten', wird die sozialdarwinistische Selektion heute demokratisch neu organisiert: jeder sein eigener Staat. Es wird dem einzelnen überlassen – dem einzelnen Behinderten oder der zukünftigen Mutter eines möglicherweise Behinderten oder dem einzelnen ‚unheilbar' Kranken und dessen Verwandten – zu erkennen, daß es sich bei ihm selbst oder bei seinem Kind oder Verwandten um ‚unwertes Leben' handelt (und im Sinne des zu realisierenden Werts der Ware Arbeitskraft handelt es sich tatsächlich um unwertes Leben); der Druck, der dem einzelnen diese ‚Erkenntnis' vermittelt, geht nun nicht mehr wie früher unmittelbar vom Staat aus, vielmehr schafft der Staat nur die Bedingungen, unter denen der einzelne seinen Wert nach den am Arbeitsmarkt herrschenden Standards taxieren soll. Die Vernichtung des Wertlosen wird nicht autoritär durchgesetzt, sondern sollte nach Möglichkeit von jedem einzelnen Betroffenen bejaht werden. Eine Gesellschaft von potentiellen Selbstmördern, von Menschen, die stets zum Suizid bereit sind, sobald sich ihre Wertlosigkeit herausstellt: das ist das neue Ideal, das die demokratische Rassenhygiene bereithält.

Der Sadomasochismus, den Adorno einst am autoritären Charakter diagnostizierte, hat sich gewandelt. Das Individuum des autoritären Typs kann die eigene soziale Anpassung immer nur vollbringen, wenn es an Gehorsam und Unterordnung Gefallen findet – ja sie libidinös besetzt.[17] Inzwischen hat der sadomasochistische Charakter aber deutlich narzißtische Züge angenommen, was wohl damit zusammenhängt, daß die Staatsbürger gleichsam en detail zu jenem Konsum angehalten werden, den einst für sie der Staat en gros besorgte. Der Vater schlägt das Kind nicht mehr oder nicht mehr so oft, sondern stellt es – und sich selbst – vor dem Fernseher ruhig. Das Über-Ich ist weniger restriktiv, fordert nicht mehr „Triebverzicht", sondern zu Konsum auf – erzeugt aber eine ständige Frustration, zu wenig konsumiert zu haben – also auch zu wenig produktiv zu sein, weil Produktivität die Voraussetzung des Konsums ist, das weiß bereits jedes Kind. Es handelt sich hier um einen Konsumenten-Masochismus, der in der Krise in Selbstzerstörung münden muß.

Das Individuum gewinnt also seinen Subjektstatus weniger in der Subordination unter den Staat, als in der Gleichstellung oder -schaltung mit dem Staat. Das bedeutet nun aber keineswegs, daß der autoritäre Charakter verschwindet. Er tritt lediglich individualisierter in Erscheinung; auch Gehorsam und Unterordnung verschwinden nicht einfach, sondern werden flexibler gehandhabt, um es sachgemäß auszudrücken: diversifiziert.

Schlanker Staat – schlagkräftige Gang

Die Subjektivierung der Volksgemeinschaft produziert einen neuen Führertypus, der sich als Gegenpol zu den Parteiapparaten begreift und ein unmittelbares Verhältnis zum ‚Volk', zu den ‚Bürgern' beansprucht. Neben Silvio Berlusconi verkörpert Jörg Haider wohl am überzeugendsten diesen Typus. Ein Satz seines Programms bringt es auf den Punkt: „Keine Verstaatlichung des Menschen, sondern eine Vermenschlichung des Staates."[18] Haider weckt, organisiert und beschleunigt die Selbsttätigkeit, die der Rassismus heute erfordert. Sein ganzes Auftreten ist von dieser Funktion bestimmt: Im Unterschied zur alten nationalsozialistischen Rhetorik mit ihrem endlosen Redeschwall und ihrem hysterisch-beschwörenden Tonfall genügen Haider stets einige spitze Bemerkungen und eindeutige Anspielungen, zum Beispiel: „Wenn man heute an einer Baustelle (...) vorbeigeht und dort die Ausländer bis hin zu Schwarzafrikanern Ziegel schneiden und tragen sieht, dann denkt sich der österreichische Bauarbeiter schon etwas."[19] Eben damit sollen die Weißösterreicher motiviert werden, den Fetisch von Kapital und Nation durchaus selbständig weiterzudenken. Haider stachelt eher an, als in Trunkenheit zu versetzen. Er hat auch meist keine Massen vor sich, sondern nur das Mikrophon und die Kamera der Journalisten.

Wie die medialen Auftritte und Statements von Haider sich von den Massenkundgebungen und Schauspielkünsten der Nazis abheben, so unterscheiden sich auch die Partei, die er formiert, und der Staat, den er anbietet, von NSDAP und Drittem Reich: Wenn er immer wieder einen „schlankeren Staat", eine „Verschlankung des Staates" fordert und in Aussicht stellt, so ist darin nicht allein eine seiner taktischen Anleihen beim Neoliberalismus zu sehen, sondern ein durchaus neues politisches Konzept: *der schlankeste Staat ist die Verbrecherbande.*

Tatsächlich bietet die Partei Haiders in ihrer inneren Struktur wie in ihrem öffentlichen Auftreten, in der politischen Aktion wie in der Physiognomie ihrer Protagonisten – mitsamt den in letzter Zeit grassierenden Finanzaffären – das vollkommenste Beispiel für die These, daß sich Staat und Gesellschaft mehr und mehr in *Gangland* verwandeln, das von rivalisierenden Banden oder Rackets beherrscht wird. Bereits Max Horkheimer hatte darüber spekuliert, jüngst wurde der Faden von Wolfgang Pohrt aufgenommen. Horkheimers Analyse des Racket läßt sich unmittelbar auf die Haidersche Partei anwenden: Racket bedeutet Erpresserbande ebenso wie Selbsthilfegruppe und Wohltätigkeitsverein.[20] – „Die völlige Brechung der Persönlichkeit wird verlangt, absolut bündige Garantien der künftigen Zuverlässigkeit. Das Individuum muß sich aller Macht begeben, die Brücken hinter sich abbrechen. Als der echte Leviathan fordert das Racket den rückhaltlosen Gesellschaftsvertrag."[21] Solche Verträge schließen Haiders Gefolgsleute ab. Entspricht das Individuum nicht dem absoluten Treuebund, und wird es etwa unzuverlässig, droht es die Interessen der Bande zu verletzen, muß es natürlich ausgeschaltet werden. Die Geschichte der Freiheitlichen ist voll von solchen Aktionen, von denen in der Presse jeweils ausführlich berichtet wird. Auch hier arbeitet die liberale Öffentlichkeit ganz im Dienste der Haiderschen Politik: sie ist die große Verstärkeranlage, durch die das Menetekel, das mit der Ausschaltung eines Parteifunktionärs gesetzt wird, erst seine ganze Bedrohlichkeit bekommt. So berichtet etwa die Wiener »Presse«, die sich auf ihre seriöse Berichterstattung etwas zugute hält, über eine jüngste Aktion folgendermaßen: „Der Henker kommt gern in der Nacht. Haiders Mann für politischen Mord. Peter Westenthaler ist Jörg Haiders ‚Handy-Man'. In der FPÖ geht die Angst um, wenn der Generalsekretär zu einer Strafaktion aufbricht. (...) Wenn der große, schwere BMW mit quietschenden Reifen vor Beginn einer Parteisitzung hält, dann wissen die blauen Funktionäre in Stadt und Land, wieviel es geschlagen hat: Der weißen Luxuslimousine entsteigt mit breitem Grinsen Jörg Haiders Rache-Engel."[22] Wie von selbst, greift der Journalist nach Bildern und Jargonwörtern eines billigen Krimis. Und ein großer Teil der Faszination Haiders geht wohl auf diese offene Zurschaustellung von Gangsterattitüden zurück. Insofern ist Haider der große Gangsta-Rapper der europäischen Politik.[23] Doch wie beim

Rap, so ist auch diese Simulation mehr als bloße Simulation.

Schon der Aufstieg zum Parteichef hatte bei Haider etwas von einem großen Gangstercoup. Der Führungswechsel am Innsbrucker Parteitag von 1986 war durch Absprachen hinter dem Rücken des amtierenden liberalen Chefs minutiös vorbereitet und geplant worden, wobei sich Haider auf besonders treu ergebene Gefolgsleute verlassen konnte. In der Folge ging es wie in keiner der anderen Parteien immer wieder darum, die Bande durch Ausschlüsse und Abgrenzungen zu formieren und zu festigen: auf der lokalen Ebene wurden unbotmäßige oder im Wege stehende Funktionäre reihenweise von Haider persönlich oder von einem seiner Spießgesellen abserviert. „Wer sich von der politischen Linie absentiert, muß gehen. Da muß man Härte zeigen."[24] – „Wer meine Linie nicht vertreten kann, soll sich eine andere Partei suchen."[25] In einer der entsprechenden Krisensitzungen forderte Haider von den Parteifunktionären, daß sie seine Linie „zu hundert Prozent abzudecken haben"[26]. Die jüngste Parteikrise nach der Affäre des Haider-Abgeordneten Rosenstingl, der Gelder veruntreut hatte und ins Ausland geflüchtet war, wurde von der liberalen Presse schon als Untergang Haiders gefeiert. Haider selbst jedoch nützte sie dazu, seine Macht in der Partei weiter auszubauen und den Apparat noch stärker nach dem Racket-Prinzip zu straffen.

Die Gang ist „primitive democracy" schrieb Frederic M. Thrasher in seiner grundlegenden Studie über die amerikanischen Gangsterbanden der zwanziger und dreißiger Jahre.[27] Daß es sich bei Haiders „Buberlpartie" um eine funktionierende Parteiendemokratie handelt, ist für jemanden, der die inneren Strukturen von Verbrecherbanden kennt, keineswegs ironisch zu verstehen. Jeder und sei er noch so klein und unbedeutend hat in ihnen die Chance aufzusteigen – und anders wie im bürokratisierten Staatsapparat, kann er dies hier sehr schnell (direkte Demokratie!); und er kann jederzeit das Recht auf umfassenden Schutz beanspruchen – solange er sich mit der Macht identifiziert, die ihn beherrscht.

Für die politischen Schutzgelder, die der Staatsbürger und Wähler mit Steuern und Stimmen zahlt, erklären sich wiederum ‚Partei' und Staat bereit, in ihrem Revier den Schutz der Bevölkerung und die Vertretung ihrer Interessen zu übernehmen – den Standort zu sichern und den Arbeitsmarkt abzugrenzen. In diesem Sinn fordert Jörg Haider mehr Demokratie – mehr „Demokratie in Richtung Direktwahlrecht".[28] „Wer die Rolle des Volkes als dem obersten Souverän in Frage stellt, der stellt die Demokratie überhaupt in Frage."[29] Im Unterschied zur Hitlerpartei hat die Haiderpartei nach allen vorliegenden Programmschriften und dokumentierten Äußerungen keineswegs vor, die Arbeitskraft zu verstaatlichen und auf diese Weise den Rassismus zu praktizieren. Sie macht sich – im Gegensatz zu manchen traditionelleren Rechtsradikalen oder Sozialdemokraten – offenkundig keine Illusionen darüber, daß dies heute – am Ende des fordistischen Akkumulationsmodells – noch möglich wäre. So werden die Freiheitlichen, wenn sie tatsächlich die Macht in Österreich ergreifen sollten, den Charakter einer Bande in hohem Maß beibehalten, ja weiter entfalten: Der neue Staat soll sich nicht und kann sich nicht wie der NS-Staat zum „Großkonsumenten" aufblähen, um ein umfassendes Arbeitsbeschaffungsprogramm auf Pump zu organisieren, sondern er wird und muß im Gegenteil schlank werden und versuchen, inmitten der Deregulierung der Märkte mit Erpressungsmethoden und Einbruchsaktionen seine Schäfchen ins Trockene zu bringen.[30] Zwischen der erhöhten internationalen Flexibilität des Kapitals und der weiterbestehenden nationalstaatlichen Fixierung der Arbeitskräfte tut sich eine Schere auf, die eine Wiederkehr des Dritten Reichs tatsächlich ausschließt. Und die Transformation der Partei alten Typs in eine Bande neuen Typs ist gewissermaßen der Versuch, Flexibilität des Kapitals und Fixierung der Arbeitskräfte neu zu vermitteln. Gerade dies aber heißt, den Rassismus zu intensivieren: der nationale Schutz des Arbeitsmarktes ist von umso größerer ideologischer Bedeutung, je mehr das Kapital nationale Grenzen real überwindet.

Die Schlankheitskur hat jedenfalls schon längst begonnen. Es ist eben kein Zufall, daß auch die staatstragenden Alt-Parteien sich in Physiognomie und Struktur immer deutlicher an das ideelle Bandenwesen zu assimilieren suchen. Die Haider-Partei ist, wie in allen Fragen so auch hier, nicht der Gegensatz der anderen, die Opposition zu Liberalen, Konservativen und Sozialdemokraten, das Gegenteil von Demokratie, sondern ihre Zuspitzung. Dieser allgemeine Trend ließe sich sehr schön mit Wolfgang Pohrts Beschreibung der gewandelten Umgangsformen der Staatsmänner illustrieren[31] – hier sei nur auf das mehr oder weniger fiese Grinsen hingewiesen, das Politiker von Blair bis Schröder in letzter Zeit immer penetranter zur Schau stellen, und das sie allesamt von Haider gelernt haben könnten.

Auch die NSDAP trug in mancher Hinsicht die Züge einer Gangsterbande – und es war nicht so weit hergeholt, daß Brecht sie mit einem Stück aus dem Chicagoer Gangstermilieu porträtierte. Horkheimer wie Pohrt gehen sogar soweit, die gesamte Geschichte von Herrschaft als eine Geschichte von Rackets in wechselndem Gewand zu betrachten. Doch bei dieser Bandentotalitarismustheorie droht Geschichte auf den bloßen Übergang von Stammesfehden zu Bandenfehden reduziert, die Frage von Gewaltmonopol und Wertgesetz durch den Hinweis auf Waffen und Beute völlig ersetzt zu werden. Pohrt immerhin deutet soetwas wie einen geschichtlichen Prozeß an, wenn er den als Mafia-Jäger berühmt gewordenen und schließlich ermordeten Untersuchungsrichter Giovanni Falcone zitiert, der erkannte, daß die Mafia „der Ausdruck eines Verlangens nach Ordnung und damit nach Staat" ist – und daran die Bemerkung anschließt, daß der „Staat die Spätform der Bande ist und die Bande im Erfolgsfall die Frühform des Staats"[32].

Die Stoßtrupps der Demokratie

Der Rassismus aber ist der Punkt, an dem die Analogie zwischen den öffentlich und legal agierenden, politischen Banden und den ganz gewöhnlichen, im Geheimen operierenden, rein kriminellen Gangs falsch wird – und darum taugt auch Brechts *Aufhaltsamer Aufstieg des Arturo Ui* nur sehr begrenzt zur Darstellung des Aufstiegs von Hitler oder Haider. Die Analogie ist von diesem Punkt aus gesehen nicht nur eine Verkürzung, sondern auch eine Verharmlosung.

Wer sich vorzustellen versucht, wohin das Haidersche Konzept von Politik treibt, sollte vor allem den Jugoslawischen „Weg in den Bürgerkrieg" ins Auge fassen, wie ihn Ernst Lohoff analysiert hat: „Soweit die Vertreter der ‚politischen Klasse' mit der Unterstützung des ‚Volkes' rechnen können, beruht ihre Beliebtheit auf der gleichen Grundlage, der auch die Drogenbarone in Medellin und neapolitanische Camorra-Chefs ihre Popularität verdanken. Von dem über dunkle Kanäle erworbenen Reichtum sickert immer auch etwas für einen Teil der ‚kleinen Leute' durch und verpflichtet einen mehr oder minder großen Klientenkreis zur Dankbarkeit."[33] Doch auch in dieser Analyse wird die Art und Weise der Dankbarkeit und der Beliebtheit bei national-kriminellen und normal-kriminellen Organisationen allzu beliebig dargestellt: die Bindung des kroatischen Volks an Tudjman und des serbischen an Karadžić unterscheidet sich von derjenigen der Bauern und Händler an die Drogenbarone und Camorra-Bosse in Medellin und Neapel. Die Beutezüge der jugoslawischen Banden waren im selben Maß „ethnische Säuberungen" – das heißt rassistische Aktionen: und die Gewalt nahm auch aus diesem Grund andere Formen und Dimensionen an, wenn auch alle Vergleiche der westlichen Presse mit dem Nationalsozialismus fehl am Platze sind. Ein „reeller Gesamtkrimineller", wie Lohoff die nationalen Spaltprodukte Jugoslawiens bezeichnet, ist etwas anderes als ein realer Normalkrimineller: in ihm konzentriert sich das Interesse einer Bevölkerungsgruppe, die sich als Nation fühlt und ihren Staat will, in welcher Form auch immer sie ihn noch bekommen kann. Es handelt sich um eine Organisation mit einer in höherem Grade fetischisierten Zusammensetzung, und auf dieser Basis gehen Terror und Vernichtung stets über die rationale Mittel-Zweck-Logik rein krimineller Taten hinaus. Der Mythos eines Bandenführers ist harmlos im Vergleich zu dem eines nationalen Führers, mag dieser – den Fetisch Nation abgezogen – auch nur eine Bande anführen.

Umgekehrt sind auch Auflösung und Spaltung des Gewaltmonopols in Jugoslawien nicht mit dem Strukturwandel des Parteiensystems in den staatsrechtlichen Verhältnissen von „Schengenland" gleichzusetzen. Das Problem liegt vielmehr darin, daß es der postfordistischen Demokratie gelingt, solche Tendenzen zu integrieren, die außerhalb der geschützten Metropolen das Gewaltmonopol unterminieren. So transformiert Haider die Strukturen von Banden in rechtsstaatliche Instrumente der direkten Demokratie; so gefährdet die reale Existenz „national befreiter Zonen", die von Neonazi-Banden auf dem Gebiet der ehemaligen DDR errichtet worden sind, nicht das Gewaltmonopol, stützt es vielmehr, indem sie es segmentiert.

Die Skins sind die Banden, denen man sich nicht unbedingt anschließen, ja vor denen man sich gegebenenfalls sogar fürchten und in acht nehmen muß, die aber die Sache endlich in die Hand nehmen, auf die es dem Extremismus der Mitte ankommt. Beim Militär ist der Stoßtrupp eine besonders ausgerüstete kleine Kampfgruppe zur Durchführung von Sonderaufgaben; so handelt es sich bei den rechtsextremen Gruppen, die Ausländer im Inland verfolgen, im Grunde um rassistische Stoßtrupps der direkten Demokratie. Agieren sie zufälligerweise – wie vor kurzem anläßlich der Fußballweltmeisterschaft 1998 – im Ausland und schlagen auch dort Nicht-Deutsche oder „unwertes Leben" tot, werden sie vom zuständigen Minister sofort zurückgepfiffen. (Der deutsche Innenminister Kanther, der sonst zum Terror der Neonazis nicht viel zu sagen hat, gab seinem Unmut Ausdruck, nachdem deutsche Hooligans einen französischen Polizisten zusammengeschlagen und lebensgefährlich verletzt hatten.)

Diese Gruppen, als deren ideeller Gesamtbandenführer Jörg Haider gelten kann, formieren sich allerdings auf einem besonderen Boden – und damit ist kein ‚Volkscharakter', sondern ein bestimmtes, von Generation zu Generation weitergegebenes, durch alle drei Nachfolgestaaten des Dritten Reichs konserviertes Verhältnis zu Staat und Kapital gemeint.

Dem fordistischen Staatstypus, der Demokratie wie dem Nationalsozialismus, liegt die abstrakte Arbeit zugrunde und der Standard der Produktivität ist der Ansatzpunkt rassistischer Abgrenzung und Unterdrückung. Der Rassismus aber bricht mit der Krise nicht von allein in sich zusammen. Im Gegenteil: Wenn es darum geht, die Reste der Wertschöpfung abstrakter Arbeit zu verteilen und zugleich das abstrakte Übel der undurchschauten Krise auf einen imaginären konkreten Feind zu projizieren, wird dem rassistischen Bewußtsein entscheidende Bedeutung zukommen.

Haider jedenfalls hat in seiner Rede über das neue Parteiprogramm von 1997 eine erstaunliche Metapher gefunden, die wohl nicht zufällig jenen Reverenzpunkt in Erinnerung ruft, an dem sich das rassistische Bewußtsein wie mit dem Kompaß orientiert, um von ihm aus zu neuen Ufern aufzubrechen: „die Zukunft wird nicht einfach sein (...) Es wird bedeuten, daß wir nicht auf einer Autobahn dahinfahren können, und glauben, irgendwann mit gemäßigtem Tempo unser Ziel zu erreichen. Die Zukunft ist eher ein Dschungel, wo wir uns mühsam durch das Dickicht unseren Weg werden bahnen müssen."[34] ■

Von Gerhard SCHEIT erschien Ende Mai ein neues Buch im Hamburger Konkret-Verlag: „Mülltrennung – Beiträge zu Politik, Literatur und Musik".

Anmerkungen

1 »Der Standard«, 26.5.1993.
2 Jörg Haider: Die Freiheit, die ich meine, Frankfurt am Main-Berlin 1993, S. 93.
3 Haider, Freiheit die ich meine, S. 82.
4 Jörg Haider: Wiener Erklärung. Zit. n. Freiheit die ich meine, S. 118.
5 Haider, Freiheit die ich meine, S. 97.
6 Zit. n. »Die Presse«, 24.11.1997.
7 Und immer öfter greift der freiheitliche Politiker auch nach den Worten der österreichischen Schriftsteller: er achtet sozusagen genau darauf, welcher Künstler oder Schriftsteller im Augenblick am ‚postmodernsten' ist, um sich dann auf ihn zu berufen. Mit einer gewissen Regelmäßigkeit kommt Robert Menasse diese Ehre zu – der wiederum seinerseits mit zwei Auffassungen über Haider jongliert: Haider sei ein Linker und Haider sei ein Austrofaschist.
8 Als wahrer Repräsentant nicht allein des österreichischen Staats, sondern des Staats überhaupt erweist sich darum der derzeitige Bundespräsident Österreichs, Thomas Klestil, wenn er in genau diesem Sinne formuliert, das Land, dem er vorstehe, sei „ein Land der Gastfreundschaft, aber kein Trampelpfad für überflüssigen Durchzugsverkehr und kein Auffanglager für alle Hoffnungslosen dieses Kontinents (...). Es wäre (...) falsch verstandene Humanität, die Grenzen so lange zu öffnen, bis die soziale Stabilität bei uns gefährdet ist." (»Salzbuger Nachrichten«, 25.8.1993) Haider hat die Worte Klestils dankbar aufgegriffen und in einem seiner Bücher zitiert.
9 Etienne Balibar: Die Grenzen der Demokratie, Hamburg 1993, S. 67.
10 Joachim Bruhn: Was deutsch ist, Freiburg 1994, S. 68.
11 Langerhans schmuggelte den auf Zigarettenpapier geschriebenen Text aus der Haft; Karl Korsch, der ihn erhielt, verfaßte dazu kritische Bemerkungen: Langerhans wie auch Korschs Text sind abgedruckt im 5. Band der Karl Korsch-Gesamtausgabe: Krise des Marxismus. Schriften 1928-1935. Hg. v. Michael Buckmiller, Amsterdam 1996, S. 695-710; S. 768-776.
12 Ulrich Enderwitz: Antisemitismus und Volksstaat, Freiburg 1991, S. 143.
13 Chup Friemert: Organisation des Ideologischen als betriebliche Praxis. In: Faschismus und Ideologie. Bd. 2., Berlin/West 1980, S. 238.
14 Ebd., S. 233.
15 Protokoll der Sitzung des Kärntner Landtags, 13.6.1991; zit. n. Brigitte Bailer-Galanda, Wolfgang Neugebauer: Haider und die Freiheitlichen in Österreich, Berlin 1997, S. 73.
16 »Jungle World« 33/12.8.1998.
17 Theodor W. Adorno: Studien zum autoritären Charakter. Übersetzt von Milli Weinbrenner, Frankfurt am Main 1995, S. 322-327.
18 Zeitung des Freiheitlichen Bildungswerkes. Folge 5/1995, S. 27.
19 Zit. n. »Salzburger Nachrichten« 24.2.1997.
20 John Kobler: Al Capone. Sein Leben, seine (Un)taten, seine Zeit. Bern-München 1981. S. 216.
21 Max Horkheimer: Die Rackets und der Geist [Aufzeichnungen und Entwürfe zur *Dialektik der Aufklärung*]. In: Gesammelte Schriften. Hg. v. Alfred Schmidt u. Gunzelin Schmid Noerr, Bd. 12, Frankfurt am Main 1985, S. 288.
22 »Die Presse« 14.2.1998.
23 Im März 1998 lud Haider bzw. seine freiheitliche Bildungsakademie den afroamerikanischen Bürgerrechtler Roy Innis zu einer Pressekonferenz nach Wien ein. „Bei der Pressekonferenz betonte Innis die Gemeinsamkeiten zwischen ihm und dem FP-Chef: ‚Wir brechen beide Tabus und stellen neue Fragen.' Von den Medien würden sie dafür – zu Unrecht – dämonisiert und vorverurteilt, meinte der Bürgerrechtler." »Die Presse« 25.3.1998.
24 »Basta« (1991) Nr. 6.
25 »Die Presse« 30.11./1.12.1991.
26 Zit. n. Bailer-Galanda, Neugebauer, Haider und die Freiheitlichen, S. 37.
27 Frederic M. Thrasher: The Gang. Chicago 1947 (1. Aufl. 1927), S. 3.
28 Jörg Haider: Rede des Bundesparteiobmannes a.o. Bundesparteitag 30. Oktober 1997, Linz, S. 7.
29 Haider, Freiheit die ich meine, S. 98.
30 Robert Kurz hat hierzu ein prägnantes Szenario entworfen: „Ob mit oder ohne Putsch und Militärdiktatur, der Gewaltapparat wird sich in einem fortgeschrittenen Stadium der Krise auf jeden Fall verselbständigen (...). Da der neue Rechtsradikalismus ohnehin ideologisch nicht ausgearbeitet und laufend selbstwidersprüchlich ist, kann er vermutlich subjektiv auch mit dem Widerspruch von ‚Ordnungsideologie' und kriminellem Bandenwesen mit Plünderungsphantasien leben (...). Der Krisenprozeß könnte also die untergründige Verbindung von Polizei und Verbrechen manifest machen, Teile des demokratischen Gewaltapparats in streunende Banden und sich wechselseitig bekämpfende Mafiakrieger verwandeln (...). Daß die Polizei selber eine gewalttätige Räuber- und Mörderbande wird, die zur nicht-uniformierten Kriminalität lediglich in einem Konkurrenzverhältnis steht, ist für die Menschen in der ehemaligen Dritten Welt, mittlerweile auch in Osteuropa und in den GUS-Staaten nichts Neues mehr (...)". Robert Kurz: Die Demokratie frißt ihre Kinder. In: Rosemaries Babies. Die Demokratie und ihre Rechtsradikalen, Unkel/Rhein-Bad Honnef 1993, S. 67.
31 Etwa am Beispiel der Kumpanei zwischen Kinkel und dem russischen Amtskollegen, die – so wird berichtet – nach stundenlangem Schwitzen in der Sauna, sich zu nächtlicher Stunde gemeinsam in den frostigen Schnee warfen, um danach mit jeder Menge Bier das Bündnis ihrer Gangs zu begießen: „Vielleicht benehmen sich Gangster wirklich so. Zumindest glaubt jeder Kinogänger, daß sie es täten, und dafür gibt es Gründe. Im Bündnisfall müssen Bandenbosse ein sehr persönliches Verhältnis zueinander pflegen, gleichsam als stabilisierende Komponente der Beziehung, weil deren sachliche Seite keine Kontinuität stiften kann (...) als Gorbatschow noch am Ruder war, duzten ‚Helmut' und ‚Michail' einander. Wenn sich Jelzin mit Clinton trifft, fällt Reportern das ‚freundschaftliche' Verhältnis der beiden Präsidenten, die ‚Bill und Boris-Atmosphäre' (»FAZ« 22.3.1996) auf. ‚Bill und Boris' klingt wie ‚Max und Moritz'. Das Schlingelhafte drückt sich aus in der Physiognomie, denn oft wird Politikern heute jungenhafter oder lausbübischer Charme bescheinigt. Die öffentlich inszenierte Kumpanei gefällt der Menge, weil die Verbrüderung zu schlimmen Streichen jene Stärke verspricht, welche die schwachen Einzelnen entbehren." (Wolfgang Pohrt: Brothers in Crime, Berlin 1997, S. 60.)
32 Ebd., S. 34.
33 Ernst Lohoff: Der Dritte Weg in den Bürgerkrieg, Unkel/Rhein-Bad Honnef 1996, S. 177.
34 Haider, Rede des Bundesparteiobmannes a.o. Bundesparteitag 30. Oktober 1997 Linz, S. 16.

Freiheitliche Frömmelei

Das FPÖ-Programm und die Rettung des Abendlandes

Stefan BRONIOWSKI

Die Freiheitlichen instrumentalisieren die „christlichen Werte" für ihre rechtspopulistischen Zwecke.

Daß Religion Privatsache sei, ist ein liberaldemokratisches Dogma. Daß Religion ebensowenig privat sein kann wie Wirtschaft oder Politik, ist eine gesellschaftliche Tatsache. Denn wer religiöse Überzeugungen hat, will sie auch praktisch werden lassen; ein Glaube, der sich auf Feierabende und Sonntage beschränken ließe, wäre kein solcher, sondern bestenfalls ein Freizeitritual. Insofern ist auch in der pluralistisch-demokratischen Marktgesellschaft jede politische Richtung dazu aufgefordert, zu den „geistlichen Dingen" irgendeine Meinung zu haben. Allerdings gestattet es den politischen Parteien ihr Mangel an verbindlicher Programmatik zumeist nicht, mit ihren diesbezüglichen Äußerungen über das liberalistische Credo – jeder darf, keiner muß – hinauszugehen. Ob Sozialdemokraten, Liberale, . Konservative oder Grüne: alle bekennen sich zur Freiheit des religiösen Bekenntnisses im Rahmen der bestehenden Rechtsordnung, befürworten die Trennung von Kirche und Staat und warnen ein bißchen vor solchen Sekten, die durch Unduldsamkeit und manipulative Praktiken die Freiheit des Individuums und den Rechtsstaat bedrohen. Darüber hinaus ist das Verhältnis der Parteien zur Religion weitgehend geprägt von Desinteresse und indifferentem Wohlwollen – an irgendetwas muß der Mensch schließlich glauben dürfen.

Zwei Ausnahmen gibt es: die mehr oder minder expliziten Christdemokraten und die Rechtspopulisten. Zwar sind die sich als christlich-demokratisch, christlich-sozial oder sonstwie bezeichnenden Parteien Europas nicht weniger indifferent als andere und treten auch nicht weniger brav für Glaubensfreiheit und Laizismus ein. Aber sie betonen bei manchen Gelegenheiten doch stärker, als es anderen möglich ist, die „abendländische Überlieferung", zu deren Fundamenten gern die „christlichen Werte" gezählt werden. Darin wollen nun die Rechtspopulisten die Christdemokraten noch übertrumpfen, weil sie besser als diese verstanden haben, daß „Europa", „Abendland", „Tradition" und „Werte" Kampfbegriffe sein können, derer man sich bedienen kann, wenn es gilt, Ressentiments zu schüren.

FPÖ und Religion

Dies alles vorausgeschickt, nimmt es nicht wunder, daß auch die FPÖ in Sachen Religion längst Stellung bezogen hat. Das geht zunächst nicht über den allgemeinen Konsens hinaus: auch die FPÖ tritt selbstverständlich nicht gegen die Freiheit der individuellen religiösen Überzeugungen und deren Ausübung ein, auch die FPÖ befürwortet die Trennung von Kirche und Staat.

Damit aber enden auch schon die Gemeinsamkeiten. Das im Vorjahr beschlossene Parteiprogramm[1], das jenes aus dem Jahr 1985 abgelöst hat, widmet den geistlichen Angelegenheiten ein eigenes, aus drei Artikeln bestehendes Kapitel. In diesen kommt zwar der Begriff des „wehrhaften Christentums" nicht mehr vor, der im Vorfeld des Programmbeschlusses für innerparteiliche Aufregung gesorgt hatte. Aber der Sache nach geht es um genau dasselbe: die Instrumentalisierung christlicher „Werte" für rechtspopulistische Zwekke. Die drei Artikel[2] und ihre Zusätze lohnen es durchaus, im folgenden ausführlich zitiert (Kursivdruck) und kommentiert zu werden.

Geprägte Fundamente

Es fängt alles scheinbar ganz harmlos an. *Die vom Christentum und antiker Welt geprägte Wertordnung bildet das wichtigste geistige Fundament Europas.* In dieser Allgemeinheit kann man dem schwerlich widersprechen, aber man möchte vielleicht doch genauer wissen, was unter „Prägung" und „Fundament" denn eigentlich zu verstehen ist – und vor allem, was die ominöse Wertordnung denn konkret besagt. Dazu schweigt das FPÖ-Programm sich freilich aus.

Darauf (auf dem Fundament der christlich-antik-geprägten Wertordnung) *beruhen die wesentlichen kulturellen geistigen Strömungen vom Humanismus bis zur Aufklärung.* Mag ja sein, aber besteht die Leistung der genannten „Strömungen" nicht vielleicht doch gerade darin, daß sie das „Fundament" nicht auf sich beruhen ließen, sondern – vereinfacht gesagt – die christliche Überlieferung mittels der antiken zu kritisieren (Humanismus) und beide zugunsten neuer, teils rationalistischer, teils empiristischer Methoden zu verabschieden (Aufklärung)? Wie auch immer. Humanismus und Aufklärung spielen ohnehin weiters keine Rolle im FPÖ-Programm.

Worum es wirklich geht, besagt der nächste Satz. *Die kulturelle Prägung durch christliche Werte und Tradition umfaßt auch Angehörige nichtchristlicher Religionen und Menschen ohne religiöses Bekenntnis.* So selbstverständlich und unschuldig, wie sich das vielleicht auf den ersten Blick liest, ist es sicherlich nicht gemeint, sonst wäre es überflüssig gewesen, es hinzuschreiben. Die ganze begriffliche Defizienz des Ausdrucks „Prägung" wird hier deutlich. Denn was heißt es, wenn man von einer Prägung „umfaßt" wird? Das scheint doch schon mal keine besonders erfreuliche Erfahrung zu sein. Sodann stellt sich die Frage, ob aus einer „Prägungsumfassung" irgendetwas folgt. Welche Verpflichtungen – denn darauf will man ja wohl hinaus – können aus einer solchen Unentrinnbarkeit abgeleitet werden? Wenn jemand beispielsweise als Kind mißhandelt wurde, dann ist er selbstverständlich davon geprägt. Aber deswegen muß er sich schließlich nicht lebenslang mißhandeln lassen oder selbst zum Mißhandler werden.

Weiter im Text. Es mag ja sein, daß *die europäischen Rechtsordnungen* tatsächlich *auf einem christlichen Grundwertekonsens* fußen. Aber auf einem Bein kann man bekanntlich nicht stehen. Das Christentum hat sich gemäß seinem Selbstbild, als auf eine abgeschlossene Offenbarung gegründet (Reformen und Reformationen hin oder her), im wesentlichen nicht weiterentwickelt. Die Rechtsordnungen schon.

Also muß doch noch etwas anderes die „Wertordnung" mitgeprägt haben. Von Beiträgen zum „geistigen Fundament Europas" aber, die „Angehörige nichtchristlicher Religionen und Menschen ohne religiöses Bekenntnis" geleistet hätten, weiß die FPÖ anscheinend nichts. Oder will sie nichts wissen?

Wehrhaftes Christentum

Worauf das Ganze hinaus soll, wird mit Artikel 2 deutlich: *Die Bewahrung der geistigen Grundlagen des Abendlandes erfordert ein Christentum, das seine Werte verteidigt.* Das Reizwort vom „wehrhaften Christentum" fällt zwar nicht, aber seine Umschreibung ist auch nicht besser. Ohne bisher auch nur eine Silbe dazu verloren zu haben, worin denn nun endlich diese „geistigen Grundlagen", all diese „Werte" und „Grundwerte" bestehen, wird zu ihrer Bewahrung und Verteidigung aufgerufen.

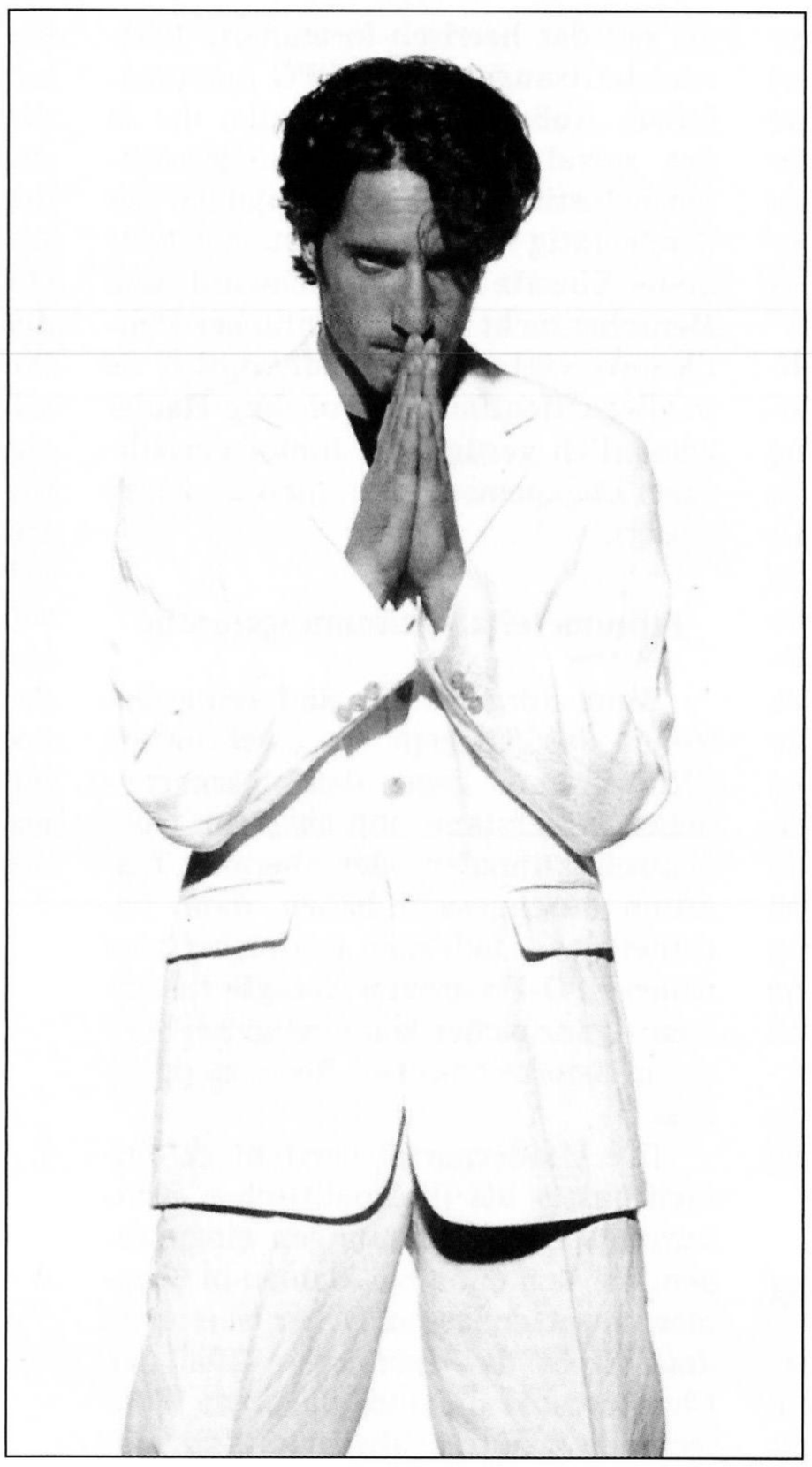
Erst später wird man informiert: *Die geistigen Grundlagen des Abendlandes sind die Idee der Menschenwürde und der Grundfreiheiten, die daraus abgeleiteten Vorstellungen von Demokratie und Mitbestimmung und der Rechtsstaatlichkeit, die Idee der Solidarität sowie der Respekt vor dem Leben und der Schöpfung.*

Da lachen ja die Hühner. Abgesehen davon, daß man die Inhalte erst in einer Anmerkung (mehr versteckt als) präsentiert, deren Verteidigung aber im fettgedruckten Hauptteil fordert – mit keiner der genannten Grundlagen ist die Politik der FPÖ vereinbar. Es sei denn, die Verunglimpfung von AusländerInnen wäre als Verteidigung ihrer Menschenwürde gemeint, die Hetze gegen KünstlerInnen als Unterstützung ihres Rechtes auf freie Meinung gedacht usw. Aber das wird einem ja wohl nicht einmal die FPÖ weismachen wollen.

Die vollmundig gerühmten Grundwerte sind eben nicht dazu da, damit man sich selber an sie hält, sondern dazu, sie anderen um die Ohren zu hauen: *Durch vielfältige Strömungen sind diese Grundlagen jedoch gefährdet. Der zunehmende Fundamentalismus eines radikalen Islams und dessen Vordringen nach Europa, aber auch ein hedonistischer Konsumismus, ein aggressiver Kapitalismus, das Zunehmen von Okkultismus und pseudoreligiösen Sekten und schließlich ein in allen Lebensbereichen vermehrt feststellbarer Nihilismus bedrohen den Wertekonsens, der deshalb verloren zu gehen droht.* Ach ja, wenn erst mal die Vielfalt strömt, dann geht bald alles den Bach hinunter.

Muslime raus!

Nun ist freilich nicht anzunehmen, daß die Freiheitlichen ernstlich für einen asketischen Konsumismus oder einen freundlichen Kapitalismus eintreten. Oder daß sie fortan durch Verzicht auf Suggestion und Manipulation, also durch Ehrlichkeit und Anstand jedem Okkultismus und Nihilismus die Stirn bieten werden. Ganz sicher aber ist, daß sie den Islam zum Feindbild erkoren haben. Dabei geht es ihnen nicht um die Alternative „säkularisiert und oberflächlich" oder „fundamentalistisch und radikal". Denn das Drohen mit dem Fundamentalismus ist nur Beiwerk, das eigentliche Stichwort ist „vordringen".



Selbstverständlich sind die religiösen Überzeugungen der Musliminnen und Muslime in Europa nicht „vorgedrungener" als die christlichen, die ja bekanntlich auch aus Palästina importiert wurden. Daß – christlich-antike Prägung hin, Grundwertekonsens her – der Islam genauso offen und frei praktiziert werden können muß wie jede andere Religion, müßte selbst die FPÖ zugeben, nähme sie ihr Geschwafel von „Menschenwürde und Grundfreiheiten" ernst. Also bleibt als Sinn der Rede vom Vordringen einer gefährlich vielfältigen Strömung namens Islam nur das Schüren von Ängsten vor Eingewanderten und EinwanderInnen. Vor denen also, die – wie man zu sagen pflegt – eine „andere Mentalität" haben, die andere Sprachen sprechen als „wir", anders aussehen, anders kochen, anders beten.

Die Freiheitlichen stecken dabei in einem Dilemma: Einerseits müssen sie offene Fremdenfeindlichkeit so gut es geht verstecken, weil diese in den Medien nicht ausreichend konsensfähig ist; andererseits wollen sie sehr wohl fremdenfeindliche Ressentiments in Stimmen ummünzen, müssen sie also doch wieder deutlich ansprechen. Statt dem ehrlichen „Ausländer raus!" wird daher die hinterfotzige Parole „Vorsicht, Islam!" ausgegeben. Damit wird die Unsicherheit, die viele gegenüber dem Unvertrauten empfinden, zugleich konkretisiert und zum Verschwimmen gebracht: Der „Fremdstämmige" wird als „Fremdgläubiger" identifiziert, aber zugleich gestattet es die weitgehende Unkenntnis der tatsächlichen muslimischen Religiosität, ein diffuses Islambild zu entwerfen, mit dem sich jedwedes Bedrohungsszenario mühelos verbinden läßt. Schützenhilfe leistet dabei die Gewohnheit westlicher Massenmedien, Islamisches immer nur im Zusammenhang mit Terror, Krieg und Repression vorkommen zu lassen, während muslimischer Alltag – zumal solcher im Westen – ausgeblendet wird.

Versuchte Vereinnahmung

Unruhe stiftete vor einiger Zeit der Sankt Pöltner Bischof Kurt Krenn, als er die von ihm geforderte Abkehr von der traditionellen „Äquidistanz" der katholischen Kirche zu den politischen

Parteien mit sympathiehaltigen Worten in Richtung Jörg Haider und FPÖ verband. Bei seinen Mitbrüdern fand der „Westbahnkurti" damit wenig Gegenliebe, denn die Funktionäre des österreichischen Katholizismus tragen an ihrem Amt schon schwer genug – auch ohne Verwicklung in Tages- und Parteipolitisches. Ungeachtet jeder inhaltlichen Übereinstimmung oder Nichtübereinstimmung wissen sie sehr genau, daß sie besser daran tun, weder mit Haider oder sonst jemandem ausdrücklich zu paktieren oder die offene Konfrontation zu suchen. (Für die evangelischen Kirchen gilt dasselbe.)

Was ist also davon zu halten, wenn die FPÖ in ihrem Programm verkündet: *Im Bestreben um den Erhalt* (der) *Grundlagen Europas sehen sich die Freiheitlichen als ideelle Partner der christlichen Kirchen, auch wenn es zu verschiedenen politischen Fragen unterschiedliche Standpunkte gibt.* Was ist unter einer „ideellen Partnerschaft" zu verstehen, die offensichtlich unabhängig von konkreter Politik funktionieren soll? Die zugehörige Anmerkung erklärt das auch nicht: *Den großen christlichen Kirchen kommt eine entscheidende Rolle zur Bewahrung des europäischen Grundwertekonsenses zu. Da dies auch der Freiheitlichen Bewegung ein politisches Anliegen ist, sieht sie sich als natürlicher Partner der christlichen Kirchen.* Abgesehen von der Spitzfindigkeit, ob ein „ideeller" Partner dasselbe ist wie ein „natürlicher", stellt sich die Frage, ob tatsächlich den (kleinen wie großen) christlichen Gemeinschaften das von der FPÖ favorisierte Abendland- und Gundlagengeschwätz ein Anliegen ist – oder, theologisch gesprochen, das Evangelium von Tod und Auferstehung Jesu Christi.

Christentum oder soziale Betreuung

Daß einem das Gerede von „Werten" genuin klerikal vorkommt, hat damit zu tun, daß die eigentliche Botschaft des Christentums in einer durchsäkularisierten Welt in die Defensive geraten ist. Ob die Kirchen diese Position ausgerechnet von der FPÖ bestätigt bekommen möchten, ist fraglich. Aus dem einzigen Bereich jedenfalls, in dem sie sich noch allgemeiner Anerkennung erfreuen dürfen – dem sozialen –, werden sie sich von keinem „Partner" verdrängen lassen wollen. Genau das mahnt die blaue „Bewegung" aber ein: *Allerdings erwarten viele Menschen in Europa wieder vermehrt Anstrengungen der Kirchen, sich entschlossener gegen die geistigen Bedrohungen zu wehren und sich nicht mit der Rolle sozialer Betreuungsinstitute zu begnügen.* Also: Kreuzzug statt Caritas?

Tatsächlich können die Freiheitlichen mit ihrer Rettet-das-Abendland-Rhetorik allenfalls beim rechtskonservativen Rand des österreichischen Katholizismus punkten. Die moderne Theologie hingegen ist sich einerseits der orientalischen Ursprünge des Christentums, andererseits des Unheils, das der europäische Kolonialismus unter dem Vorwand der Verbreitung christlicher „Werte" bewirkt hat, zu bewußt, um auf das herrisch formulierte Partnerschaftsangebot der FPÖ hereinzufallen. Außerdem wissen alle, die in den sozial- und entwicklungspolitischen Institutionen und Projekten der Kirche tätig sind, sehr genau, daß konkreter Einsatz für Menschenwürde und Menschenrecht mit freiheitlicher Politik unvereinbar ist. Zu oft wurden sie in aller Öffentlichkeit von Jörg Haider persönlich gerügt, der hinter christlichem Engagement gern linke Umtriebe wittert.

Frömmelei als Stimmungsmache

Wenn Jörg Haider und seine Getreuen das Konzept des „wehrhaften Christentums" gegen den innerparteilichen Widerstand und entgegen jeder deutschnationalen oder liberalen Tradition durchgesetzt haben, dann bedeutet das – faßt man das bisher zum neuen FPÖ-Programm Gesagte zusammen – ganz sicher keine religiöse Wende im österreichischen Rechtspopulismus.

Die Haiderpartei versteht es einfach besser als ihre politischen Konkurrentinnen, Stimmungen einzufangen, die sich dann bei Wahlen in Stimmen umsetzen lassen. Daher ist es wohl auch nicht das vorrangige Ziel, den Christdemokraten ihre gläubigen WählerInnen dadurch abspenstig zu machen, daß man katholischer zu sein versucht als der Papst.[3]

Jede inhaltliche Festlegung wäre ein Hindernis bei dem Versuch, sich ständig als dynamische Kraft zu verkaufen, die im Grunde allen alles bietet. Die Freiheitlichen stehen nicht für bestimmte Inhalte, sondern dafür, bestimmte Ressentiments so in Parolen zu verpacken, daß dadurch Inhalte simuliert werden. Daß die „Ausländerfrage" so dauerhaft zum blauen Standardrepertoire gehört, hat weniger mit gefestigter Überzeugung zu tun als mit der Hartnäckigkeit, mit der sich diesbezügliche Vorurteile, Ängste und Haßgefühle halten, und der Leichtigkeit, mit der sie sich mobilisieren lassen.

Indem sie lauthals beansprucht, den christlich-antik geprägten europäischen Grundwertekonsens zu wahren und gegen Bedrohungen zu verteidigen, läßt die FPÖ ihre Mitbewerberinnen um die WählerInnengunst wieder einmal alt aussehen. SPÖ, ÖVP und LIF können nun entweder auf den fahrenden Zug aufspringen, indem sie gleichfalls von geistigen Fundamenten zu faseln beginnen; oder sie schütten das Kind mit dem Bade aus und erteilen dem guten alten Abendland eine harsche Absage. Beides ist Wasser auf die blaue Gebetsmühle. Der einzig sinnvolle Weg hingegen – der von den drei genannten aber sicher nicht gegangen werden wird – wäre es, jede Oberflächenrhetorik aufzugeben und den blauen Frömmlern Punkt für Punkt nachzuweisen, daß sie zwar in allen möglichen Traditionen stehen, aber ganz sicher nicht in denen der Antike, des Christentums, des Humanismus oder der Aufklärung. So heruntergekommen können Begriffe wie Menschenwürde, Grundfreiheiten, Demokratie, Solidarität und Respekt vor dem Leben gar nicht sein, daß sie sich im Mund von Haider & Co. nicht immer noch wie Fremdwörter ausnähmen. Und mit dem Fremden hat man's bei den Blauen ja nicht so ... ■

Stefan BRONIOWSKI ist freier Autor.

Anmerkungen

1 Zitiert nach: Das Programm der Freiheitlichen Partei Österreichs, Schnellinfo Nr. 1a/98.

2 Der dritte Artikel enthält tatsächlich nur das liberalistische Wischiwaschi von der „Autonomie der Kirchen und anerkannten Religionsgemeinschaften" und der „Trennung von Kirche und Staat". Bemerkenswert ist allenfalls, daß es sich dabei nur um eine „institutionelle", nicht aber eine „geistige Trennung" handeln soll.

3 „Die Freiheitlichen wollen gezielt ihre Fühler ausstrecken. Ganz tief möchten sie ins katholische Lager einbrechen, die letzten schwarzen Bataillone der ÖVP in die FPÖ-Wählerschaft überführen." (Franz Schandl: Das Chamäleon. Jörg Haiders katholische Wende, in: »Volksstimme« 16/97).

Zwischen Illusion und Anpassung

„Faire Marktwirtschaft" als fauler Kern des FPÖ-Wirtschaftsprogramms

Lutz HOLZINGER

Daß die FPÖ unter Jörg Haider vom Schmäh lebt, wurde nicht erst durch die notleidenden Bankkredite der niederösterreichischen Teilorganisation offenkundig. Da es dieser Partei immerhin gelungen ist, zumindest zeitweise Personen an sich zu binden, die über das verfügen, was gemeinhin mit Wirtschaftskompetenz bezeichnet wird, wäre dennoch zu erwarten, daß wenigstens jener Teil des erst im Vorjahr beschlossenen Parteiprogramms (exakt am 30. Oktober 1997 im Design Center in Linz) Hand und Fuß hat, der dem Thema Wirtschaft gewidmet ist.

Die endgültige Formulierung des Parteiprogrammes der FPÖ, das bekanntlich in einigen Aspekten wie Haltung zur katholischen Kirche, Bekenntnis zu Österreich auch parteiintern umstritten war, ist als »Schnellinfo« (Nr. 1a/98, 8. Jahrgang) vom Bündnisbüro der Freiheitlichen herausgegeben worden. Hatte man sich beim Entwurf mit einem schlichten Druck auf Zeitungsrotationspapier begnügt, so ist die endgültige Version im Vierfarbdruck auf Hochglanzpapier erschienen.

Ausschlaggebend für die eher aufwendige Präsentation dürfte gewesen sein, daß die Herausgeber sich entschlossen haben, die Titelseite mit einem Konterfei ihres Chefs, dem Schriftzug FPÖ und sonst gar nichts zu versehen. Vermutlich hätte Jörg Haider ein weiteres Mal mit der Gründung eines neuen Vereins gedroht, wenn sein Portrait keine Offset-Qualität aufgewiesen hätte und die Abbildung im Druck eher zerronnen ausgesehen hätte.

Bemerkenswert ist jedenfalls, daß das Programm der FPÖ gewissermaßen in eine Abbildung des Parteichefs verpackt ist. Auf diesem Weg wird wahrheitsgemäß signalisiert, daß das Programm der FPÖ mehr von diesem Mann als von den siebzehn Kapiteln mit Kernaussagen zu Sachfragen geprägt wird. Vermutlich wäre es eine völlige Verkennung des auf den äußersten Subjektivismus getriebenen Typus von Politik, dem Jörg Haider huldigt, wenn man den programmatischen Aussagen seiner Partei allzu großes Gewicht beimessen würde.

Aufmerksamkeit als Um und Auf

Dem FPÖ-Chef geht es nur darum, durch eine fortlaufende Folge von „Events" immer neue Informationsanlässe zu produzieren. Wenn ihm und seinen Helfern die Ideen ausgehen oder aus sonstigen Gründen eine Flaute ausbricht, ist für diesen Zweck allerdings auch das eher den „Altparteien" zu Gesicht stehende Mittel einer Programmdiskussion gut genug. Vorausgesetzt, sie dauert nicht zu lang, geht nicht zu sehr in die Tiefe und/oder bietet anderen Parteimitgliedern keine Möglichkeit, sich zu profilieren. Denn eines muß man dem Wahlkärntner lassen, daß er mit äußerster Disziplin darauf achtet, immer die erste Geige in der FPÖ zu spielen. Seit dem Abgang Heide Schmidts paßt er wie ein Haftelmacher auf, daß ihm kein Konkurrent aus den eigenen Reihen auch nur annähernd das Wasser reichen kann.

Hier geht es jedoch nicht um die Auseinandersetzung mit dem Personenkult in der FPÖ, sondern um die Darstellung ihres Wirtschaftsprogramms. Es hat vor allem den Vorzug, insofern leicht faßlich zu sein, als sein Umfang eher begrenzt ist: Was die FPÖ zur Wirtschaft zu sagen hat, findet in Kapitel X mit dem Titel „Faire Marktwirtschaft" Platz und umfaßt drei Textseiten der in relativ großer Schrift gesetzten Broschüre. Daß kurz nicht immer auch gut heißt, geht sogleich aus der Einleitungspassage dieses Abschnitts hervor, in dem im Sinne eines völlig mißverstandenen Sportsgeists („faire Marktwirtschaft") folgendermaßen Birnen mit Äpfeln verglichen werden:

„Faire Marktwirtschaft sichert durch fairen Wettbewerb in sozialer Verantwortung eine dynamische Wirtschaftsentwicklung. Sie geht von der Gleichwertigkeit von Arbeit und Kapital aus. Faire Marktwirtschaft fördert die Leistungsbereitschaft und weckt die schöpferischen Kräfte."

Der Hund liegt bei dieser Formulierung in der Illusion begraben, daß man „von der Gleichwertigkeit von Arbeit und Kapital" ausgehen könne. Tatsächlich macht das Kapital nur in dem Umfang von der Lohnarbeit Gebrauch, als dabei eine Verwertung bzw. Erhöhung des Werts herausschaut, den es repräsentiert. Während Kapital als Schatz aus dem Verkehr gezogen oder in Realitäten geparkt wird und sich somit aus dem Verwertungskreislauf vorübergehend verabschieden kann, sind die Werktätigen darauf angewiesen, ihre Arbeitskraft ständig zu verkaufen, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen bzw. ihre Reproduktion auf einer jeweils bestimmten historischen Stufenleiter zu gewährleisten. Ist das Kapital dazu nicht in der richtigen Laune, stehen die Werktätigen am Arbeitsamt Schlange.

Absolut nebulöse Formulierung

Daß selbst die FPÖ-Ideologen sich nicht ganz wohl in ihrer Haut bei dieser Formulierung gefühlt haben, geht aus einem zweiten Versuch hervor, den Sachverhalt klarzustellen: „Das Modell der fairen Marktwirtschaft bedingt ein Klima der Gleichwertigkeit der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital." Dabei besticht die grammatikalisch absolut nebulöse Formulierung dieser Aussage. Sie kommt dadurch zustande, daß eine Sache („das Modell der fairen Marktwirtschaft"), die es noch gar nicht gibt, ein Verhältnis („die Gleichwertigkeit der Faktoren Arbeit und Kapital") bedingt, das es gar nicht geben kann.

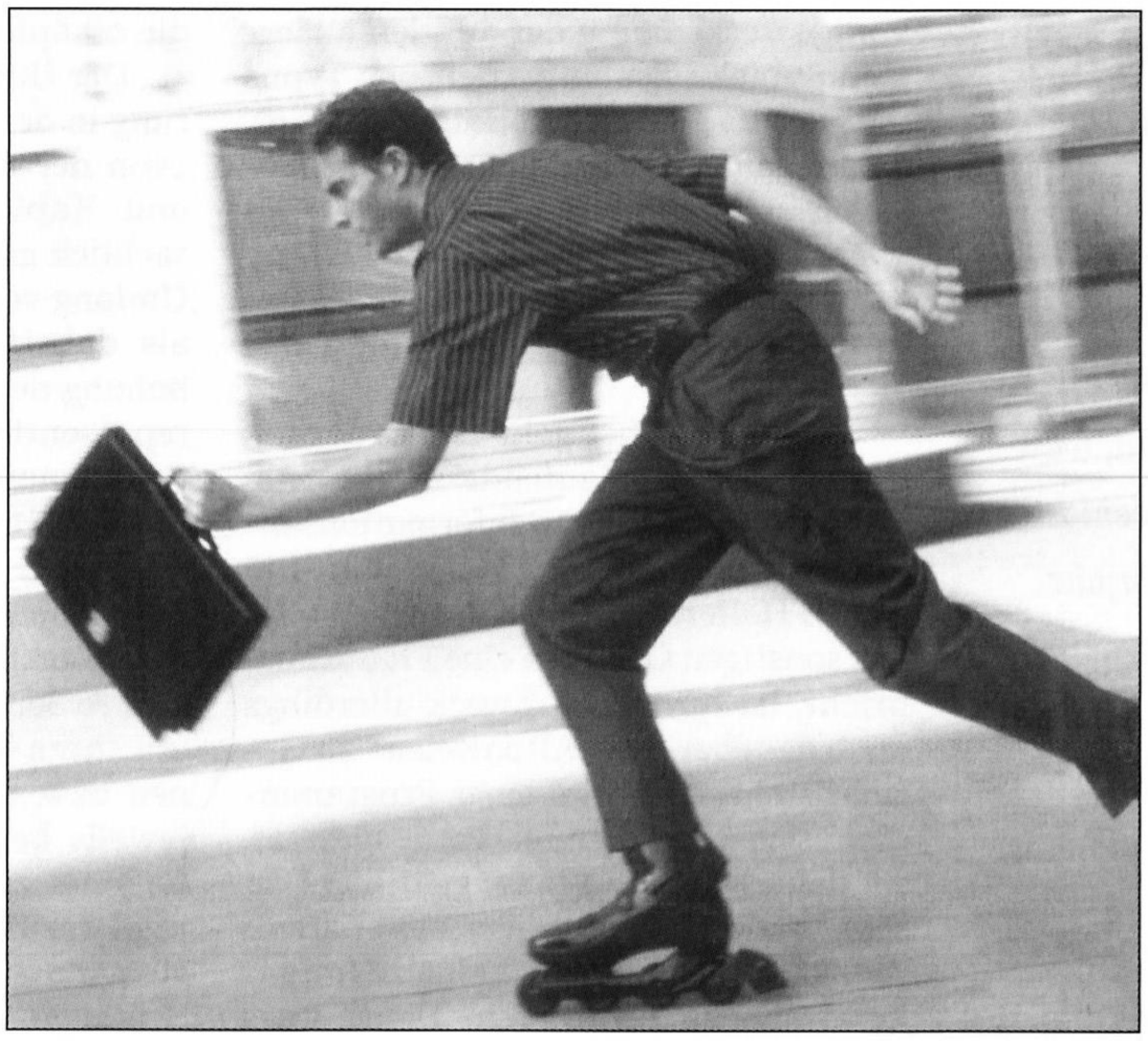
Das auch für die geistigen Väter der FPÖ typische Schwanken zwischen Illusion und Anpassung prägt auch das Wirtschaftsprogramm der Freiheitlichen. Liest es sich im allgemeinen wie eine Apologie gegen den Einfluß der beiden Koalitionsparteien auf diverse

Wirtschaftssektoren, so hat man sich zu den Monopolen, die bekanntlich in der Weltwirtschaft den Ton angeben, zu folgender kecken Äußerung vorgewagt: „Monopole und marktbeherrschende Macht sind mit dem Modell einer fairen Marktwirtschaft unvereinbar." Wenn diese Äußerung ernst gemeint wäre, müßte die FPÖ mit dem Begriff „faire Marktwirtschaft" gleich wieder einpacken. Die Tendenz zur Konzentration und Zentralisation des Kapitals und somit zur Bildung von Monopolen geht mehr oder weniger gesetzmäßig über die Bühne und wird beinahe tagtäglich durch gigantische Übernahmen und Zusammenschlüsse (z.B. Daimler-Benz und Chrysler, BP und Amoco oder Rewe und Meinl) bewiesen.

Wer wie die FPÖ den Sportsgeist (Fairness) zur Grundlage seiner Wirtschaftstheorie macht, muß damit rechnen, mit seinem Latein rasch am Ende zu sein. Denn ebensowenig wie Arbeit und Kapital gleichwertig sind, ist der Wettbewerb auf dem Markt „frei" oder „fair". Wer keine weiche Birne hat, weiß, daß spätestens mit den Zusammenschlüssen von Kapitalisten in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts zu Aktiengesellschaften (zur Bewältigung von Investitions- und Produktionsvorhaben wie dem Eisenbahnbau, die das damalige Potential von Einzelkapitalisten überstiegen) das Monopol die beherrschende Existenzform des Kapitals geworden ist. Greißler aller Art existieren zwar weiterhin, geben aber nicht den Ton an in der Wirtschaft. Das mag zur Trübung des Blicks von Laien beitragen, ändert aber nichts an der dominanten Stellung der Monopole im Spätkapitalismus, die sie allerdings ihrerseits nicht davor bewahrt, in den meisten Bereichen weiterhin Wettbewerbsbedingungen ausgesetzt zu sein.

Weg mit den Gewerkschaften?

Da es sich bei diesen Erkenntnissen an sich um Binsenweisheiten handelt, ist zu vermuten, daß die Programmautoren der FPÖ gute Gründe hatten, sich dümmer zu stellen, als sie vermutlich sind. Und tatsächlich – „Nachtigall ich hör dich trapsen!" – folgt wenig später in „Artikel 4" ein ganz dicker Hund, der zwar selbstverständlich ebenfalls dämlich einfach daherlatscht, aber den Lesern des Programms nur zugemutet werden kann, wenn vorher die „Gleichwertigkeit von Kapital und Arbeit" unterstellt wurde. Wörtlich heißt es: „Faire Marktwirtschaft strebt eine Unternehmenskultur an, in der Betriebsverfassungen und Beteiligungsmodelle eine verantwortliche Partnerschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern regeln."



Dazu wird näher ausgeführt:

„(1) Statt fremdbestimmter Unternehmensentscheidungen durch Kammern und Verbände wird eine von verantwortlicher Partnerschaft getragene Unternehmenskultur angestrebt, die insbesondere über Betriebsverfassungen verwirklicht wird. Diese Beteiligungsmodelle sollen die Verantwortlichkeit der Mitarbeiter erhöhen und deren Leistungsfähigkeit steigern.

(2) Unternehmensverfassungen im Sinne betrieblicher Partnerschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gebührt eine Aufwertung gegenüber zentralistisch-bürokratischen Kollketivvereinbarungen. Kollektivverträge sollen nur mehr Vertragsbausteine über Löhne, Arbeitszeit und Sozialleistungen usw. regeln, die im Rahmen der Unternehmensverfassungen nach den konkreten Umständen im Unternehmen durch Betriebsvereinbarungen zusammengestellt werden.

(3) Kammern und Verbände sind auf ihre Kernaufgaben zu beschränken und durch freiwillige Mitgliedschaft zu bilden. Die Kontrollrechte ihrer Mitglieder sind zu verstärken."

Des Pudels Kern dieses Programmabschnitts besteht darin, daß die FPÖ den Fachgewerkschaften ihre Aufgabe streitig macht, als Gegenüber der Unternehmer die Kollektiv- und Tarifverträge auszuhandeln. Statt dessen wird empfohlen, diese Aufgabe künftig von der Branchen- auf die Betriebsebene herunter zu holen, was übrigens einem lang gehegten Wunsch von Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung entspricht. Der Vorschlag der FPÖ – mit seiner Analogie zur Belegschaftsideologie der Nazi – würde in letzter Konsequenz bedeuten, daß die Errungenschaften der Arbeiterbewegung und die Erfolge im Kampf um menschenwürdige soziale Rahmenbedingungen für die Lohnarbeit preisgegeben würden. Um dieses Ziel tatsächlich zu erreichen, wäre es allerdings erforderlich, die Lohnabhängigen gänzlich blind zu machen für die Zusammenhänge, in denen sich ihre Existenz entfaltet. Zwar unternehmen die tonangebenden Parteien und Medien dieses Landes alles, um diese „Vision" zu realisieren. Ob aber die Menschen hierzulande je dazu gebracht werden können, sich selbst einen Schuß ins Knie zu verpassen, bleibt vorläufig dahingestellt.

So lange das nicht der Fall ist, werden die Erfolge der FPÖ auf Betriebsebene und im Bereich der gewerkschaftlichen Organisation begrenzt bleiben: Zu offenkundig erscheint die Kluft, die zwischen der rauhen Wirklichkeit in der Arbeitswelt und ihrer idyllischen Abbildung im Programm der FPÖ besteht. Und das ist auch gut so: Denn so wenig die FPÖ als offen faschistische Bewegung bezeichnet werden kann, so häufig gibt ihr Führer seine Sympathie für Elemente der Ideologie und Verbrechen der Nazi zu erkennen. ■

Lutz HOLZINGER ist Germanist und freier Journalist.

Die gelben Gewerkschaften

Erwachen die gelben Ideen wieder?

Walter GÖHRING

Mit der Entstehung und Entwicklung der Arbeiterbewegung begannen auch die verschiedenen Versuche des Unternehmertums, diese zu bekämpfen. Als geeignetes Mittel, um gegen die sozialdemokratisch organisierten Gewerkschaften vorzugehen, dienten die gelben Gewerkschaften.

Die gelbe Bewegung entstand in Frankreich in den Bergwerken von Montceau-les-Mines. Um die Jahrhundertwende hatte sich dort eine Gruppe von Streikbrechern herausgebildet, die, wenn seitens der Arbeiter von gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen Gebrauch gemacht wurde, immer für die Positionen der Unternehmer Partei ergriff. Ihren Namen erhielten „die Gelben" von folgender Begebenheit: Bei einer ihrer Versammlungen in einem Kaffeehaus kam es zu Protesten der streikenden Arbeiterschaft, die daraufhin die Fensterscheiben des Kaffeehauses einwarfen. Da die Kälte schon ins Innere drang, verklebten die Streikbrecher die Fenster mit gelbem Papier. Weil sie auch für ihre Flugblätter gelbes Papier verwendeten und als Vereinsabzeichen die gelbe Ginster wählten, erhielten sie den Namen „Les Jaunes" oder „die Gelben".

Nachdem aus Deutschland Berichte über die gelben Vereine nach Österreich kamen, bemühten sich die Unternehmer auch hier gelbe Gewerkschaften aufbauen zu können. Mit Schlagworten wie Interessensharmonie zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer als Garant für soziale Sicherheit sollten an Stelle klassenkämpferischer Ansichten bei den Arbeitnehmern angepaßte Werkspatrioten geschaffen werden.[1]

Der Kernpunkt der gelben Entwicklung in Österreich lag in der Steiermark. Die Initiative zur Gründung der „Unabhängigen Gewerkschaft" 1928 in Leoben ging von der in deutschem Besitz befindlichen „Österreichischen-Alpine-Montan-Gesellschaft"[2] aus. Mit Hilfe von hochrangigen Angestellten und finanziellen Unterstützungen der Leitung gegründet, versuchte man in dieser Phase der Rezession durch Bekämpfung der „Freien Gewerkschaften" (sozialdemokratisch) den Zusammenhalt der Arbeiterschaft zu zerstören. Gleichzeitig wollte man einerseits die Arbeiter durch Versprechungen an das Werk binden und andererseits diese verunsichern, indem man „Unruhestifter" und überzeugte Sozialdemokraten entließ. Streiks bzw. Streikversuche konnten mit Hilfe der Heimwehren unterbunden werden. Die gelben Gewerkschaften erreichten in Österreich in der Ersten Republik laut eigenen Angaben ca. 45.000 Mitglieder.

Nach dem Bürgerkrieg 1934 wurden die „Freien Gewerkschaften" und die Sozialdemokratische Partei verboten. Funktionäre der gelben Gewerkschaften übernahmen als Wegbereiter des Faschismus neue Aufgaben in der Einheitsgewerkschaft und in den Arbeiterkammern[3], die zu staatlich bevormundeten Landesstellen der Einheitsgewerkschaft degradiert wurden.

Charakteristische Merkmale gelber Gewerkschaften

Bettelbrief an Unternehmer
Finanzielle Unterstützung durch Unternehmer
Abhängigkeit vom Unternehmer
Eingeengte Aktionsmöglichkeit
Natürliche „Harmonie zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber"
Interventionen bei Einstellungen
National bzw. ausländerfeindlich orientiert
Antisozialdemokratisch
Vorspanntechnik: Einbindung anderer Gruppen für die eigenen Interessen
Ziel: Schwächung der „Freien Gewerkschaften"
Autoritäres Führungsverhalten
Diskriminierung anderer Gewerkschaften
Anpassungsstrategie
Große Versprechungen
Fehlende klare Aussage im Arbeitnehmerinteresse
Verdeckte Parteilichkeit
Verdeckte Doppelmitgliedschaft bei Gewerkschaften
Konfliktorientiert gegenüber anderen Gewerkschaften
Keine klaren Mitgliederangaben
Ausschluß jeder Feindlichkeit gegenüber dem Kapital
Ausschluß von Sozialdemokraten als Mitglieder
Behauptete Überparteilichkeit
Streik kein Mittel zur Interessensdurchsetzung
Informationsunterdrückung
Informationsfälschung

Erwachen gelbe Ideen wieder?

Als 1945 der Österreichische Gewerkschaftsbund als gemeinsame einheitliche Interessensvertretung der österreichischen Arbeitnehmer, in dem die verschiedenen Fraktionen ihren Rückhalt finden sollten, gegründet wurde, war ein Grundgedanke, daß die Interessensdurchsetzung durch die Stärke der Gemeinsamkeit gegeben ist. Es hat zwar in der Geschichte der Zweiten Republik mehrere Ansätze zu anderen Gewerkschaften gegeben, dies ist aber über Beabsichtigungen nie hinausgegangen. 1998 jedoch gründeten die Freiheitlichen die „Freie Gewerkschaft Österreichs".

„Die neue Leitlinie der Freiheitlichen, als Arbeiterpartei zu erscheinen, wurde mit der ‚Drohung einer eigenen Gewerkschaft' untermauert. Doch diese Töne waren nicht neu, denn schon bereits zu Beginn der 90er Jahre kündigte der damalige Klubobmann der FPÖ, Norbert Gugerbauer, an, ‚man werde die Gründung einer zweiten Arbeitnehmervertretung prüfen, wenn der ÖGB nicht zu Reformen bereit sei'. Ein Jahr später drohte der Klagenfurter Vizebürgermeister ebenfalls mit der Gründung einer eigenen Gewerkschaft."[4]

Jörg Haider war durch dieses Thema jedenfalls der Platz im Scheinwerferlicht sicher und der Konflikt mit dem ÖGB war vorprogrammiert.[5]

Zunächst ging es jedoch darum, daß die Freiheitlichen einen eigenen Fraktionsstatus im ÖGB verlangten, darüber hinaus die Sitze von 10 bis 14 der

insgesamt 59 ÖGB-Vorstandsmitglieder, außerdem einen der Vizepräsidenten sowie Vertretungen in allen Landesexekutiven und einzelnen Fachgewerkschaften. Sollten die Forderungen bis Ostern 1997 nicht erfüllt sein, werde man dem Plan Haiders folgend eine eigene Gewerkschaft gründen.

Bereits 1995 wurden im ÖGB die Weichen für eine neue Fraktionsordnung gestellt, aber einen Tag vor dem Beschluß dieser Ordnung am 26. November 1997 zog die FPÖ ihren Vertreter aus dem ÖGB-Vorstand zurück. Jetzt forderten sie die völlige Offenlegung der ÖGB-Bilanzen (auch des Streikfonds, der geheimgehalten wird, damit die Unternehmer sich nicht ausrechnen können, wie lange der Streik durchgehalten werden kann), freie Wahlen in die Gremien der Gewerkschaften und eine eigene Gewerkschaft der Exekutive.[6]

„Dieses Forderungsprogramm wurde am 1. Dezember 1996 von den Vertretern der ‚Freiheitlichen Arbeitnehmer (FA)' und der ‚Aktionsgemeinschaft Unabhängiger und Freiheitlicher (AUF)' beschlossen. Weiters sollten der Kärntner Freiheitliche Arbeitnehmervertreter Reinhard Gaugg, AUF-Exekutive-Gewerkschafter Michael Kreißl, Rüdiger Stix, Peter Goldberger und der Oberösterreicher Max Walch die Gespräche mit dem ÖGB führen. Bei dieser Versammlung (...) wurden auch schon die Statuten für eine neue Gewerkschaft beschlossen (...). ‚Die Vorbereitungen der FP zur Gründung einer eigenen Gewerkschaft sind nahezu abgeschlossen', betonte der FP-Generalsekretär Peter Westenthaler vor 500 F-Gewerkschaftern in dieser Versammlung."[7]

Der ÖGB reagierte auf die Ankündigung Haiders eine neue Gewerkschaft gründen zu wollen gelassen, aber gesprächsbereit. Am 27. November 1997, also drei Tage bevor das Programm von den F-Betriebsräten beschlossen wurde, erhielt Verzetnitsch anläßlich eines Gesprächs mit Haider bereits das Forderungsprogramm überreicht. Verzetnitsch wies im Zusammenhang mit der Frage nach einer Fraktionsfinanzierung darauf hin, daß die freiheitlichen Gewerkschafter jetzt schon 760.000 Schilling bekommen und daß trotz der Forderung der Freiheitlichen nach einem eigenen Fraktionsstatus bislang kein statutenkonformer Antrag beim ÖGB vorliegt. Seitens des ÖGB-Präsidenten erfolgte die Einladung zu Gesprächen mit dem zuständigen leitenden Sekretär des ÖGB, Karl Drochter und den Vertretern einzelner Gewerkschaften, um die von den Freiheitlichen aufgeworfenen Fragen einer Klarstellung zuzuführen.

Die im Feber und März 1997 stattfindenden drei Gesprächsrunden brachten jedoch keine Annäherung, sondern führten zum Ausbruch des Konfliktes.

Daraufhin erfolgte am 2. April 1997 ein neuerliches Schreiben über ein erweitertes Forderungspaket des Ringes der Freiheitlichen Arbeitnehmer, in dem Gaugg dem ÖGB eine letzte Verhandlungsfrist bis 15. April vorgab. Auch diese dritte Verhandlungsrunde blieb ohne Ergebnis und seitens der FPÖ wurde die Entscheidung über die Gründung einer eigenen Gewerkschaft im Rahmen der Generalversammlung der freiheitlichen Arbeitnehmer am 30. April 1997 angekündigt.

Schritte zur Gründung einer eigenen FPÖ-Gewerkschaft

Bereits am 23. April 1997 wies der »Standard« darauf hin: „Sein Faible für gelungene Inszenierungen wird

Jörg Haider am nächsten Donnerstag in Linz voll befriedigen können: Ausgerechnet am Tag der Arbeit, von jeher eine sozialdemokratische Feier, wird Haider die Gründung einer eigenen FPÖ-Gewerkschaft verkünden."[8]

Und tatsächlich am 1. Mai, dem Tag der Arbeit, verabschiedete der Bundestag mit 150 Delegierten freiheitlicher Arbeitnehmer und die Aktionsgemeinschaft „Unabhängiger und Freiheitlicher Arbeitnehmer" mit nur acht Gegenstimmen im Sitzungssaal des Linzer Bahnhofes eine Resolution und die Einsetzung eines achtköpfigen Proponentenkomitees zur Gründung einer neuen Gewerkschaftsbewegung. Die Erwartungshaltung, so Reinhard Gaugg, lag bei 100.000 Mitgliedern innerhalb von zwei Jahren.[9]

„Im Sommer beantragte Rosemarie Puntschart aus Klagenfurt, Betriebsrätin bei Woolworth und Kärntner Kammerrätin, bei der Wiener Vereinspolizei, die Gründung des Vereins ‚FGÖ'. Am 26. August 1997 untersagte die Vereinspolizei die Bildung des Vereins ‚Freie Gewerkschaft Österreichs' per Bescheid. Begründet wird die Ablehnung mit Verwechslungsgefahr mit dem Namen des ‚Österreichischen Bundes freier Gewerkschaften'"[10], der bereits am 10. September 1928 mit der Zahl Z: 157.510-9 gegründet[11] und in der Zweiten Republik neu konstituiert wurde, deren Präsident Fritz Verzetnitsch ist. Weiters existiert ein Verein mit dem Namen „Restitutionsfond Freier Gewerkschaften", dessen Präsident Rudolf Nürnberger ist. Beide gelten als Schutz und Vorsorge für den ÖGB. „Am 10. Februar 1998 teilte jedoch Innenminister Karl Schlögl mit, daß die von der FP initiierte ‚Freie Gewerkschaft Österreichs' zugelassen wird (...). Die Gründung der FGÖ war für den 1. Mai 1998 vorgesehen."[12]

Die Gründung der FGÖ

Bereits im Vorfeld der Gründung der FGÖ begannen, auf eine Taktik der gelben Gewerkschaften zurückgreifend, das Buhlen um die Unterstützung der Arbeitgeber und die Angriffe auf den ÖGB. Wie eine Bombe schlug der Bettelbrief mit beigelegtem Erlagschein von Reinhard Gaugg an die Unternehmer ein. Mit seiner Bitte um finanzielle Unterstützung für die „Freie Gewerkschaft Österreichs" verlor die FGÖ bereits ihre Unabhängigkeit und „dachte man bisher, Arbeitnehmerinteressen würden gegen Unternehmerinteressen verfochten, sieht man das bei den FP-Gewerkschaften anders."[13]

Die Philosophie des hier vorgestellten Harmoniebildes zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer entspricht weitgehend der Philosophie der gelben Gewerkschaften, die ebenfalls Bettelbriefe an Unternehmer geschrieben haben.[14]

Sowohl ÖGB als auch die Medien reagierten heftig auf dieses Rundschreiben. Die Presseauszüge dokumentieren aber auch die bisherige Politik des ÖGB, der durch gemeinsames Handeln und maßvolle Strategie auf friedlichem Weg und unter klarer Arbeitnehmerposition die Klärung ökonomischer und sozialer Interessen anstrebt und somit zu Stabilität und Wohlstand in Österreich beiträgt.

Am 1. Mai 1998 versammelten sich im Tullner Stadtsaal 200 Delegierte, um die „FGÖ" zu gründen. Mit Stolz wurde das Wahlergebnis als „Ostblockergebnis" bezeichnet und gleichzeitig erklärte der neue Vorsitzende nicht die Unabhängigkeit dieser Gewerkschaft, sondern sich als Statthalter der Ideen Haiders.[15] Letzterer, der bei der nach der Gründung stattfindenden Versammlung eine Rede hielt, wurde auch Mitglied Nr. 1 der FGÖ.

Mit der Gründung wurde zugleich die „Tullner Deklaration" mit einem 16-Punkte Forderungskatalog, welcher an die Vorsitzenden der fünf Parteien im Parlament übergeben wurde, verabschiedet.[16]

Jahresprogramm der FGÖ 1998

Gründung der Exekutivgewerkschaft,
Gründung einer Lehrlingsgewerkschaft,
Gründung einer Eisenbahnergewerkschaft,
Gründung einer Gewerkschaftsakademie,
Gründung einer Frauengewerkschaft,
Gründung einer Arbeitslosengewerkschaft,
Gründung einer Gewerkschaftszeitung.

Mitglieder und Finanzierung

Eigenen Aussagen zur Folge soll die Mitgliederzahl der F-Gewerkschaft (alle Funktionäre sind Funktionsträger der FPÖ) 100.000 umfassen, genaue Angaben über den Mitgliederstand sind bislang nicht feststellbar.

„Nach internen Adressenlisten bringt es die FGÖ gerade auf knapp 1.100 Mitglieder. Davon stammen gut zwei Drittel aus dem Polizeiapparat, wo die (...) AUF (...) bereits seit Jahren Unterstützer keilt."[17]

Die geringe Mitgliederzahl führte zu dem Beschluß, die Mitgliederzahlen erst am 1. Mai 1999 offenzulegen.[18]

Aber auch die Finanzierung der „FGÖ" läuft nicht wie erwartet. So wurde am 27. Mai 1997 vom AUF-Vorsitzenden eingebracht, daß der Mitgliedsbeitrag symbolisch 1 Schilling sein sollte.[19] Rund neun Monate später, am 10. Feber 1998, wurde diese Aussage durch den Generalsekretär der FPÖ relativiert. Es soll ein umfassendes Versicherungspaket für die Bereiche Arbeits- und Sozialversicherungsrecht um 30 Schilling angeboten werden und

der Mitgliedsbeitrag soll zwischen 50 und 70 Schilling (pro Monat?) liegen.[20]

„Die Parteiunabhängigkeit der FGÖ ist bestenfalls eine Worthülse. Der fromme Wunsch der ‚unabhängigen' Gewerkschafter: Die FPÖ möge doch einen hauptberuflichen Gewerkschaftsführer bezahlen. Und da Geld Mangelware ist, heißt es im Tagesordnungspunkt ‚Finanzierung von Aktionen', daß vorerst die Vorfeldorganisationen der FPÖ zur Kasse gebeten werden: Die Initiative Freiheitlicher Frauen (IFF), die Freiheitlichen Arbeitnehmer (FA), die Aktion Unabhängiger und Freiheitlicher (AUF), der Seniorenring, der freiheitliche Familienverband, die blauen Studenten und der Ring freiheitlicher Jugend sollen nach FGÖ-Vorstellungen ihren Beitrag zur blauen Arbeiterbewegung leisten."[21]

Am 1. Mai 1998 wurde dann der Mitgliedsbeitrag mit 90 Schilling inklusive Rechtsschutz mit freier Anwaltswahl für Arbeitnehmer, 50 Schilling für Lehrlinge und Pensionisten, 20 Schilling für Studenten und Hausfrauen, die keinen Rechtsschutz haben, festgelegt. Auch bei einem eher unwahrscheinlichen Modell von 100.000 Mitgliedern und etwa 108 Millionen Schilling Mitgliederbeitrag läßt sich kaum vorstellen, daß eine umfassende Interessenvertretung und Betreuungsinfrastruktur aufgebaut werden kann.

Als Finanzierungskonzept ist auch der Bettelbrief von Gaugg an die Unternehmer zu sehen, wo Arbeitnehmer und Arbeitgeber in einem harmonisch abgestimmten Boot sitzen. Später erklärte Gaugg »Profil« gegenüber: „Keineswegs hätten er und seine Leute vor, die Unternehmer zu umarmen. Im Gegenteil: Die Herren Unternehmer werden uns noch kennenlernen. Es wird für sie unangenehm."[22] Auch dies entspricht dem Doppelspielstrategiekonzept der klassisch-gelben Gewerkschaften.

Zumal mit Klaus Nittmann ein Unternehmer als Programmbeauftragter eingesetzt worden ist. Nittmann ist Mitarbeiter des Linzer Vizebürgermeisters und Personalvertreter im Rathaus, außerdem ist er mit 25 Prozent an der EDV-Einzelhandelsfirma Nittmann & Pekoll GesmbH beteiligt. Damit gibt bei der blauen Gewerkschaft ausgerechnet der Klassenfeind die Inhalte vor.[23]

Die „FGÖ" ist zwar als Verein zugelassen, die Kollektivvertragsfähigkeit fehlt jedoch. Fraglich ist, ob diese gegenwärtig überhaupt angestrebt wird, da die hierfür im Arbeitsverfassungsgesetz vorgegebenen Kriterien im privatwirtschaftlichen Bereich nicht erfüllbar erscheinen.[24]

Kollektivvertragsfähigkeit und Zielvorgaben

Vorrangiges Ziel der FP mit der Gründung der „FGÖ" scheint jedoch zu sein, den ÖGB zu zerschlagen oder zumindest zu schwächen. Und das, obwohl es F-Betriebs- und Kammerräte gibt, die lieber eine Fraktion im ÖGB hätten. Eine ähnliche Situation spiegelt auch die „Tullner Deklaration" wider.

Bei der Verfolgung der Wirtschaftsziele stehen weniger Fragen der realen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, sondern Unternehmerpositionen im Vordergrund. So scheint die „Tullner Deklaration" eher ein Ausgleichspapier zwischen Unternehmerschaft und Arbeitnehmern und weniger eine gewerkschaftliche Aussage zu sein. Zum Beispiel läßt es bei einer genaueren Analyse die Frage zu, ob durch die Erfüllung dieser Zielaufgaben Großbetriebe und Konzerne auf Kosten der kleinen Unternehmer als Gewinner auftreten.

Oder, auf der einen Seite steht die Aussage von AUF-Chef Kreißl bei Polizei, Gendarmerie und Bundesheer die Pragmatisierung auszubauen, andererseits die Forderung Haiders, die Staatsdiener zu reduzieren.

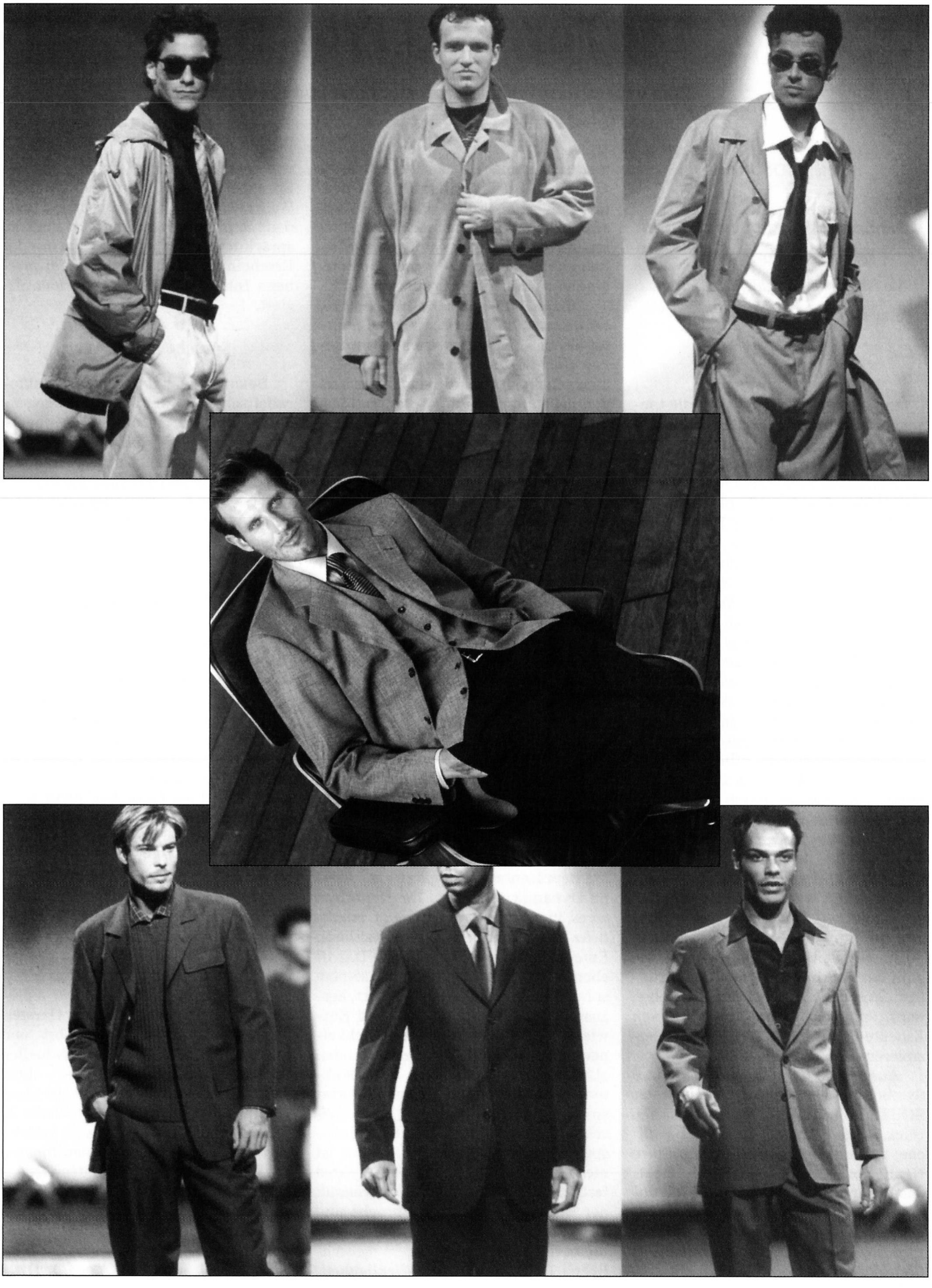
Problematisch ist auch die Tatsache, daß in den Führungsgremien der Gründer Personen aufscheinen, die in die „Rosenstingl-Affäre" verwickelt sind, obwohl diese zu diesem Zeitpunkt kein Geheimnis mehr war.

Die FGÖ eindeutig mit den klassischen gelben Gewerkschaften auf eine Ebene zu stellen, erscheint, obwohl es viele Gemeinsamkeiten gibt, problematisch. Zur Zeit läßt sich die Zielrichtung der „FGÖ" nicht eindeutig festlegen. Eines scheint aber schon fast sicher: „Die ‚FGÖ' wird auf Gedeih und Verderb der FPÖ und ihrer schillernden Obmannfigur Jörg Haider ausgeliefert sein."[25] ■

Walter GÖHRING ist am Institut zur Erforschung der Gewerkschaften und Arbeiterkammern tätig.

Anmerkungen

1 Göhring Walter: Die gelben Gewerkschaften in der Zwischenkriegszeit, Wien 1998, S. 44ff.
2 Schleicher Barbara: Im Schlepptau der deutschen Stahlindustrie, Diss. Wien, Umfassende Darstellung.
3 Göhring Walter: Anpassung und Widerstand – Arbeiterkammern und Gewerkschaften im Ständestaat 1933-1998; Typoskript, 1998, S. 22 ff.
4 Diex E./Weigl W./Aichholzer E./Rossmann M., Die „FPÖ"-Gewerkschaft, Mai 1998, S. 8 (Arbeitsstudie) und Katharina Krawagna-Pfeiffer, »Standard« ,11. Nov. 1996.
5 Vgl. Diex E./Weigl W./Aichholzer E./Rossmann M., S. 8.
6 Vgl. Diex E./Weigl W./Aichholzer E./Rossmann M., S. 11.
7 Diex E./Weigl W./Aichholzer E./Rossmann M., S. 12.
8 »Standard«, 23. April 1997, zit. bei Diex E./Weigl W./Aichholzer E./Rossmann M., S. 21.
9 Vgl. Diex E./Weigl W./Aichholzer E./Rossmann M., S. 21.
10 Göhring Walter: Österreichischer Bund Freier Gewerkschaften, 1997, S. 5 und Diex E./Weigl W./Aichholzer E./Rossmann M., S. 24.
11 Göhring Walter, Österreichischer Bund Freier Gewerkschaften, Wien, 1997, S. 5.
12 Diex E./Weigl W./Aichholzer E./Rossmann M., S. 27; Göhring Walter, Medienpaket Gelbe Gewerkschaften, Wien, 1998.
13 »Kurier«, 20. Okt. 1997.
14 Vgl. Göhring Walter, Die Gelben Gewerkschaften Österreichs in der Zwischenkriegszeit, Wien 1998, S. 53f; siehe auch Schaubild auf Seite 4 sowie Göhring Walter, Medienpaket: Gelbe Gewerkschaften in Österreich, Wien, 1998.
15 Göhring Walter, Medienpaket: Gelbe Gewerkschaften in Österreich, Wien, 1998, Typoskript.
16 Vgl. APA 2535 II 0286, Kreißl optimistisch: FPÖ Gewerkschaft soll im Herbst gegründet werden.
17 »News«, Nr. 27, 2. Juli 1998, S. 38.
18 Vgl. »News«, Nr. 27, 2. Juli 1998, S. 38.
19 Vgl. APA 2535 II 0286, Kreißl optimistisch: FPÖ Gewerkschaft soll im Herbst gegründet werden.
20 Vgl. APA 2975 II 0388, 10. Feb. 1998. Westenthaler: „FPÖ feiert Sternstunde der Arbeitnehmer."
21 »News«, Nr. 27, 2. Juli 1998, S. 38.
22 Vgl. APA 1145 II 0245; 15. Feb. 1998; Gaugg will die FP-Gewerkschaft revolutionärer als den ÖGB machen.
23 »News«, Nr. 27, 2. Juli 1998, S. 38.
24 Diex E./Weigl W./Aichholzer E./Rossmann M., S. 46.
25 Diex E./Weigl W./Aichholzer E./Rossmann M., S. 84.



Die Form als Prozeß

Zum generativen Verhältnis von Ästhetik und Kunst

Peter MOESCHL

„Das Bewegungsgesetz der Kunst ist ihr eigenes Formgesetz. Sie ist nur im Verhältnis zu ihrem Anderen, ist der Prozeß damit."
(T. Adorno)

In klassischer Weise haben die tonangebenden philosophischen Strömungen der Neuzeit den Begriff der *Form* dem Bereich der Erscheinung, den Beriff des Inhalts dem Bereich des Wesens zugeordnet. Das betrifft nicht nur die ontologisch ausgerichtete Philosophie, sondern, mehr noch, die weit in die Einzelwissenschaften wirkenden, verschiedenen Positivismen. Was war daher auch für die, diesen Vorstellungen verbundenen Wissenschaftler naheliegender, als den Inhalt für wesentlich, die Form aber für unwesentlich anzusehen? Demgegenüber ließen sich die verstreuten Hinweise aus dem dialektischen Denken, wie etwa Hegels Bemerkung, das Wesen *müsse* erscheinen, nur als selbstverständliche Pflicht betrachten, auch das Phänomen der Erscheinung, die Form, zu ihrem – natürlich nur abgeleiteten! – Recht kommen zu lassen. Daß Hegels Kennzeichnung der Form als eine „Reflexion-in-Anderes", als „sich aufhebendes Bestehen", ebenfalls ignoriert wurde, braucht nicht zu verwundern (G.W.F. Hegel 1969). – Erst mit der Betonung einer notwendigen Form, der Struktur, wie dies seit Beginn des Jahrhunderts von den strukturalistischen Richtungen betrieben wird, scheinen sich die *formalen* Aspekte in ungeahnter Weise zu emanzipieren.

Ausgehend von den Zeichen- und Symboltheorien der Linguistik hat der Strukturalismus den philosophischen Blick auf das Äußere, das Oberflächliche, und das auch ohne gemeinsamen Nenner bestehende Widersprüchliche, das Differentielle, geschärft. Er hat damit die Begriffshierarchien und *die impliziten* Bewertungen der *klassischen Philosophie* attackiert und auf deren Charakter als ideelle Konstrukte aufmerksam gemacht. Die Wege, welche viele, dem Strukturalismus verbundene Denker dabei eingeschlagen haben, sind jedoch bis heute nicht unumstritten und werden auch häufig als die Beliebigkeitsphilosophie eines postmodernen Nominalismus gebrandmarkt.

Unabhängig von den einzelnen, und teilweise zu Recht kritisierbaren philosophischen Zugangsweisen der modernen und postmodernen Strukturalismen scheinen aber die hier angerissenen neuen Aspekte der Form, und hier im Besonderen die ihrer dynamisch-zeitlichen Funktion, einer näheren Betrachtung wert. Dies soll in der Folge jedoch weniger über die gängigen Bahnen des französischen Strukturalismus, sondern vielmehr über die viel zu wenig beachteten, strukturalistischen Strömungen innerhalb der materialistischen Philosophie versucht werden. Im wesentlichen handelt es sich dabei um bisher verschollene oder kaum bekannte Arbeiten der kulturhistorischen Schule der sowjetischen Psychologie und um die, dem russischen Konstruktivismus nahestehenden Sprachforscher und Ästhetiker des sogenannten Bachtinkreises (P. Moeschl 1994).

Das vor allem in den Naturwissenschaften noch immer vorherrschende positivistische Ideal wissenschaftlicher Darstellung ist das Ideal der identischen sprachlichen Repräsentation. Die Sprache ist damit zu einem ideellen Repräsentationsapparat ohne eigene Dynamik reduziert. Ihr Kriterium ist es, in perfekter Mimetik eine *inhaltliche* Identität im Sinne einer zeitlosen Entsprechung von Faktum und Begriff ebenso wie von Begriff und seinem sprachlichen Ausdruck, dem Wort, herzustellen. Alle Veränderung und Entwicklung findet nach dieser Ansicht einerseits real durch das Verschwinden alter und das Auftauchen neuer Fakten, andererseits, in dessen direkter sprachlicher Entsprechung, nur *zwischen* den – für sich feststehenden – sprachlichen Zeichen statt. Damit ist nicht nur die Wirklichkeit auf Fakten festgelegt, es kann auch die Dynamik der Beziehung zwischen Sprache und Denken nicht entfaltet werden. Ebenso bleibt der konstruktive Effekt menschlichen Denkens auf die Wirklichkeit, wie er über den ideellen Apparat der Sprache vor sich geht, jenseits aller Wahrnehmung. Innerhalb dieser „reinen" Repräsentation ist daher auch die sprachliche Form immer schon mit der Erscheinung, der als faktisch angesehene Inhalt mit dem Wesen identifiziert.

Sprache und Denken

Bekanntlich hat der in der strukturalistischen Sprachtheorie vollzogene „linquistic turn" schon seit Beginn dieses Jahrhunderts mit dem Konzept solch einer sprachlichen Repräsentation gebrochen und auf eine, die Realität konstruierende Eigendynamik der sprachlichen Symbolisierung hingewiesen (F. de Saussure 1984). Dies geschah teilweise aber mit einer Radikalität, welche bei einzelnen Autoren sogar den althergebrachten Begriff von Wirklichkeit in Gestalt einer referenzlosen Signifikation (R. Barthes 1980) entwurzelte und zu solipsistisch anmutenden Phantasien führte.

Etwas anders gestaltete sich der eher klassisch analytisch geprägte Zugang der materialistischen Strukturforscher: In Anlehnung an Hegels Begriff des Forminhaltes, der bereits andeutete, daß die Form den Inhalt nicht einfach nur repräsentiere, sondern in einer spezifischen Funktion auf diesen verweise, interpretierte Wygotsky das reflexive Denken als einen Forminhalte generierenden Prozeß. Gestützt auf seine Untersuchungen zur Entwicklung der inneren Sprache beim Kind erkannte Wygotsky in der Sprache gerade deswegen die Funktion des Ideellen, weil diese das Denken *nicht* repräsentiere. Erst der *Abbau* der Darstellungsbeziehung zwischen Wort und Denken im aktuellen, individuellen Sprachgebrauch ermögliche diese Funktion. In den Worten Wygotskys: „Doch während sich der Gedanke in der äußeren Sprache im Wort verkörpert, stirbt das Wort in der inneren Sprache und gebiert dabei den Gedanken" (L.S. Wygotsky 1964). Erst über die differentielle Funktion innerhalb der Darstellungsbeziehung zwischen Sprache und Denken sei also die individuelle Entwicklung des Denkens

selbst möglich. Im Anschluß an seine Kritik des Formbegriffes beim Kunstwerk gelangt auch der Bachtinschüler Medvedev zu einer ähnlichen Sicht der Sprache (P. Medvedev 1976). Er interpretiert die Sprachformen als eigenwertige Formgebilde, weil sie den Sprachinhalt nicht an und für sich ausdrücken, sondern ihn zu einem anderen Inhalt, dem Kommunikationskontext, in Beziehung setzen, – ihn also orientieren. Er zeigt damit auf, daß die Form nicht in den Inhalt übergeht, sondern nur einen Bezug auf ihn besitzt. In ihrer Analyse der Sprachform empfiehlt daher J. Friedrich nicht von einem Inhalt der Form im Sinne eines, durch die isolierte Betrachtung von Form gewonnenen, eigenen Inhaltes zu sprechen, sondern den, der Kommunikationstheorie entlehnten Begriff Gehalt – einer mit dem jeweiligen Inhalt konkret verbundenen Form – zu verwenden. „Gehalt" meint dabei, daß die Form den Inhalt dadurch bestimme, daß sie diesen zu einem anderen Inhalt in Beziehung setze *ohne einen* dieser Inhalte selbstident darzustellen (J. Friedrich 1993). Damit ist bereits die differentielle Funktion der Form für eine *zeitlich* ablaufende Bestimmung, für eine Entwicklungsbeziehung von Inhalten also, angesprochen.

In seiner „Psychologie der Kunst" vertritt Wygotsky darüber hinaus die Meinung, daß das Kunstwerk einen affektiven Widerspruch hervorrufen müsse, welcher durch die künstlerische Form bewirkt werde (L.S. Wygotsky 1976). Dies geschehe durch die formale Differenz zweier widerstreitender Inhalte auf unterschiedlicher Ebene, dem Inhalt der Fabel und dem Inhalt einer zugleich dargestellten Vermittlungsstruktur, dem des Sujets. Hier ist der, auf Identität beruhenden Vorstellung von künstlerischer Harmonie zwischen Inhalt und Form ebenfalls eine Absage erteilt. Wygotsky weist in seinem aktiven Formbegriff vielmehr auf einen produktiven, weil Affekte produzierenden, *Beziehungsaspekt* der Form hin. Er nennt diese hier bewirkten Affekte auch Formemotionen, welche einen gegenüber den Inhalten eigenwertigen Realitätsbezug, sprich: Orientierung, ermöglichen.

Wie sich zeigt, besteht das Wesen der Form also gerade nicht darin, als ein, über Abstraktion vom Inhalt vergegenständlichter, eigener Inhalt existieren zu können, sondern nur in der Funktion eines Verhältnisses, – nämlich darin, die Beziehung von Inhalten zu aktualisieren und damit deren Entwicklung zu realisieren. Unter diesem *differentiellen* Aspekt von Form lassen sich natürlich auch die anderen gesellschaftlichen Verhältnisse betrachten. Dementsprechend erkennt auch ein weiterer Vertreter des Bachtinkreises, Woloschinov, daß die, die gesellschaftlichen Verhältnisse ausdrückenden sozialen Werte generell als Formgebilde im Sinne ihres orientierenden Gehaltes aufzufassen seien. In Fleisch und Blut des jeweiligen Kollektivs übergegangen, organisierten die sozialen Werte die Handlungen und das Verhalten der Menschen und bedürften so zur Orientierung der Einzelnen keiner besonderen verbalen Formulierung. Trotzdem existierten sie als unausgesprochene Verkehrsformen zwischen den Individuen. Ein funktionierender sozialer Wert bliebe auf diese Weise „von selbst" lebendig, würde er die zwischenmenschlichen Beziehungen nun starr und gleichförmig oder locker und variabel gestalten. Große rituelle Inszenierungen von sozialen Werten – man denke etwa an die Rituale des Nationalismus – seien, wie auch G. Anders bemerkt (G. Anders 1991), bereits Zeichen des Niedergangs und der Umwertung.

Machtstrukturen

Besonders deutlich wird die Insuffizienz der klassischen Opposition von Form und Inhalt an den heute aktuellen Analysen der gesellschaftlichen Macht. Machtstrukturen generell sind etwa vom orthodox-materialistischen Denken immer nur als ein sogenanntes „Formproblem" gegenüber den „eigentlich" relevanten gesellschaftlichen Inhalten mißachtet worden, – und das bis zu den bekannten realsozialistischen Folgen. Abstrahiert man aber andererseits bei der Analyse der Macht von den sie befördernden Inhalten und erhebt die Macht selbst zum *eigenen* Inhalt, so hat man zugleich die historische Dimension gelöscht und die Möglichkeit zur genealogischen Analyse verstellt. Davon ausgehend, daß Macht als Verhältnis von gesellschaftlichen Kräften im Sinne einer Funktionsbeziehung anzusehen sei, haben bekanntlich auch M. Foucault und G. Deleuze mit den herkömmlichen, aporetischen Zugangsweisen zu diesem Problem gebrochen (G. Deleuze, M. Foucault 1988). Sie haben erkannt, daß die Frage, was Macht sui generis sei, gegenüber der Art und Weise, wie diese ausgeübt werde, immer schon falsch gestellt sei. Erst über die Analyse der aktiv an den Inhalten arbeitenden Form läßt sich gegenüber der, einem überzeitlichen Geschichtsprinzip folgenden, „reinen" Geschichte, eine das aktuelle und kontingente berücksichtigende Wirkungsgeschichte, eine offene Geschichte also, erfassen. Diese „Wirkungsgeschichte" ist aber gerade deshalb von primärer Bedeutung, weil an ihr die Erscheinung des Wesens als strukturverändernde Kraft kenntlich wird. Sollte dagegen, wie bisher, die Analyse von Formen nichts anderes erbringen als die Beschreibung selbstident konzipierter Inhalte, wie sich diese einzeln – und das heißt: metaphysisch getrennt – präsentieren, so wird sich ihre Bedeutung immer nur als Beiwerk der Analyse von feststehenden Inhalten erschöpfen. Und das natürlich auch dann, wenn man die Form selbst zu einem abstrahierbaren Inhalt erklärt, sie also durch Isolation zu emanzipieren sucht. Erst wenn man den Formen die *reale* Funktion zuerkennt, Verhältnisse zwischen den offen anzusehenden Inhalten auszubilden und zu entwickeln, vermag ihre Analyse die jeweilige Entwicklungsdynamik der betrachteten Inhalte *konkret zu* erfassen.

In Bezug auf die künstlerische Problematik wurde die strukturelle Dynamik der Form auch schon von U. Eco in seiner Arbeit: „Form als Engagement. Das offene Kunstwerk" (U. Eco 1987) deutlich umrissen. Ausgehend davon, daß die Aussage der Kunst über ihren *Gestaltungsmodus* gemacht werde, erkennt Eco die Bedeutung der Formebene gerade darin, eine Revolution der *Beziehung* von gesellschaftlichen Inhalten herbeizuführen. Wenn etwa ein moderner Komponist das tonale System ablehne, so tue er das nicht nur, weil er diese konventionell geschlossene Struktur sinnlicher Harmonie „formal" mißachte, sonder weil er die damit in Beziehung stehende, spezifisch moralische, ideologische und soziale Welt auf sinnlicher Ebene aufzubrechen suche. Der moderne Komponist verweigere also deshalb die tonale Musik, weil sie als *Stereotyp* einen ganzen *Modus, die Welt zu sehen und in der Welt zu sein* auf die Ebene der strukturellen Beziehungen einer Gesellschaft transportiert habe.

Wie an diesen verschiedenen Beispielen angedeutet, sollte schließlich unter einem dynamischen Formaspekt auch in die sich *irreversibel* ändernden Strukturen der einzelnen sozialen Wertbildungsprozesse eingedrungen werden können. Würde sich damit viel-

leicht die Hoffnung auf einen evolutionären – also einen, den historischen Dimensionen Rechnung tragenden – Strukturalismus erfüllen, wie er schon von J. Piaget erträumt wurde (J. Piaget1985)? Die in der Folge dargelegten Aspekte von Ästhetik und Kunst können diese Hoffnung keineswegs befriedigen, sie sollen lediglich in allgemeiner Weise das Terrain vorbereiten, um konkrete Fragen in diese Richtung zu ermöglichen.

Gesellschaftliche Werte strukturieren bekanntlich die individuelle Existenz der Menschen von Grund auf. Sie sind nicht nur in der leicht ablesbaren Form expliziter Verhaltensmuster und Normen wirksam, sie gestalten bereits die primär sinnliche Wahrnehmung jedes Einzelnen. Derart formieren sie die gemeiniglich als unmittelbar angesehenen sinnlichen Prozesse der Individuen und sind daher als ästhetische Werte den sogenannten höheren Wertungsprozessen, wie den ethischen und den kognitiven gleichsam ein- und vorgelagert.

Die Formierung ästhetischer Werte soll hier in ihrer strukturellen Dynamik näher beleuchtet werden. Im Besonderen wird dabei das Verhältnis von Ästhetik und Kunst zu analysieren sein, einem differentiellen Prozeß der gesellschaftlichen Wertbildung. Auf einer, wie noch zu erörtern ist, gleichen sinnlichen Seinsebene wirksam, scheint nämlich dem, was unter Ästhetik zu verstehen ist, eine andere strukturelle Funktion zuzukommen als der Kunst. Beide stehen in einem sich gegenseitig befördernden, generativen Verhältnis zueinander. Diese Auffassung setzt allerdings voraus, daß wir unter Ästhetik nicht mehr, wie üblich, die wissenschaftliche Verwaltung und – wie H. Müller es ausdrückt – die „erkennungsdienstliche Behandlung" von Kunst verstehen.

Ästhetische Wertung

Mit der Wiederbelebung der Aisthesis, des antiken Konzeptes von Ästhetik als allgemein sinnliche Wahrnehmung, wird heute wieder zurecht die ästhetische Wertung in ihrer universell gesellschaftlichen Dimension gewürdigt (Barck et al. 1990). Gerade damit muß aber die profane Ästhetik dem besonderen Bereich der Sinnlichkeit als Kunst gegenüber gestellt werden. Ansonsten würden die Grenzen der „universellen" Ästhetik und der „besonderen" Kunst verschwimmen und es würde eine gegenseitige Vereinnahmung erfolgen: entweder die Verkunstung der Ästhetik oder die Ästhetisierung von Kunst.

Wie ist also das Verhältnis von Ästhetik und Kunst strukturiert? Gestützt auf die Beobachtungen und die Konzeption von M. Bachtin (M. Bachtin 1979) läßt sich dieses Verhältnis folgendermaßen skizzieren: Im Rahmen seiner gegenständlichen Tätigkeit bewertet der handelnde Mensch die Welt und erfährt diese als eine von ihm bewertete (A.N. Leontjew 1977). Der Wertungsprozeß ist dabei als Ausdruck menschlicher Subjektivität der gegenständlichen Tätigkeit bereits *implizit,* er kann aber im sinnlichen Akt der Anschauung eigens ausgewiesen werden.

Anschauung entsteht erst durch Extrapolierung aus der Tätigkeit und ist in ihrer, durch die Distanz gegenüber der unmittelbaren Handlung verallgemeinernden Funktion auch die Grundlage von Erkenntnis. Anschauung übernimmt einerseits die im Handlungsprozeß der gegenständlichen Tätigkeit realisierten Werte und stellt sie in einen allgemein vermittelnden Zusammenhang, andererseits vollführt sie dabei in der „zurückgenommenen" Tätigkeit des Anschauens selbst eine besondere Wertung, die ästhetische. In diesem Fall bildet dann die *Sinnestätigkeit als ein einheitliches Ganzes* das besondere Reverenzsystem der Wertung. In ihm ist bereits der konstitutive Charakter jeglicher ästhetischen Wertung für die Erfassung einer gegenständlichen Welt (als die aufeinander einwirkender Objekte), sowie für alle Sprach- und Symbolbildung – man denke an die Prozesse der Signifikation – angesprochen. Die Grundlage der ästhetischen Wertung ist die am Objekt sich vergegenständlichende Sinnlichkeit. Wenn diese Sinnlichkeit auch nur individuell realisiert werden kann, so hat sie doch *objektiven* Charakter und kann damit über Objekte kommuniziert und tradiert werden.

Der universelle Charakter der ästhetischen Wertung wird aber in seiner Tragweite erst vollends erfaßt, wenn man bedenkt, daß Anschauung nicht nur als eine „reine" artifiziell existiert, sondern bereits alle gegenständlichen Tätigkeiten selbst schon durchdringt. Gerade die Gegenständlichkeit der Tätigkeit ist es nämlich, durch die das darin ausgedrückte Gegenüberstellen von Subjekt und Objekt ein *Distanzphänomen in* den Handlungsablauf einbringt, welches dem Subjekt eine *Orientierung über zwischengeschaltete Anschauungsprozesse* abverlangt und ermöglicht. Der Mensch wertet also in allen seinen Tätigkeiten auch ästhetisch, ob er dies nun will oder nicht. Ebenso findet er, gesellschaftlich bedingt, eine ästhetisch bewertete Welt vor und muß sich in diesem Wertesystem bewußt oder unbewußt zurechtfinden. Damit ist das Ästhetische zugleich als eine allgemeine und objektive Eigenschaft der vom Menschen angeeigneten, wie produzierten Realität bestimmt.

Einheitliches sinnliches Ganzes

Im Gegensatz zur kognitiven und ethischen Wertung dient die Funktion des Ästhetischen der primären, der *unmittelbar sinnlichen Orientierung* des Menschen, emotionale Prozesse strukturieren diese. Auf beiden Seiten der durch die ästhetische Wertung bedingten sinnlichen Orientierung entsteht ein *einheitliches sinnliches Ganzes,* ein sinnlich einheitliches Subjekt wie ein sinnlich einheitliches Objekt. Beide bestimmen sich im Wertungsprozeß gegeneinander: das menschliche Subjekt und seine sinnlich „produzierte" Welt. Diese sinnlich produzierte Welt dient darüber hinaus als Material für weitere, auf ihr basierende Wertungen, etwa der kognitiven oder der ethischen.

Gewissermaßen bedeutet die Unmittelbarkeit der ästhetischen Orientierung auch Unentrinnbarkeit, da hier noch nicht Reflexionsprozesse des vollen Bewußtseins, wie etwa bei Kognition oder ethischer Wertung, zum Tragen kommen. Nichtsdestotrotz müssen schon hier, im emotional-sinnlichen Bereich, Reflexionsprozesse, und das heißt: eine emotionale Ich-Bildung als Ausdruck des *Sich-mit-der-Welt-ins-Verhältnis-Setzens,* angenommen werden. Erst diese reflexive Ich-Bildung erlaubt es, von einer Orientierungsfunktion zu sprechen.

Mit Blickrichtung auf die Seite der Objekte, die gegenständliche Welt, läßt die ästhetische Wertung die Form der Objekte als Wert erscheinen, die Welt erscheint geformt, – und zwar in bezug auf die gegenständliche Tätigkeit, auch notwendig geformt, strukturiert.

Der Mensch realisiert im Alltagsleben sein ästhetisches Verhältnis zur Welt zumeist unbewußt, das Bewußtsein könnte hier den unkomplizierten Ablauf der meisten Handlungen auch nur stören. Besonders stark ist daher auch die automatisch ablaufende Fixierung der ästhetischen Bewertung an das Objekt, es erscheint unmittelbar

sinnfällig geformt. Üblicherweise werden also die im Rahmen der Tätigkeit realisierten ästhetischen Bewertungen nicht voll im Bewußtsein ausgewiesen, sondern gehen unmittelbar in die aktiv tätige Auseinandersetzung mit der Struktur der Objekte ein.

Die künstlerische Wertung bezieht sich ebenso wie die ästhetische auf die Gesamtheit der menschlichen Sinnestätigkeit als ein einheitliches Ganzes. Gegenüber dem *implizit allgemeinen,* ja universellen Charakter der ästhetischen Wertung handelt es sich bei der künstlerischen Wertung um eine *besondere*. Diese besondere Funktion der künstlerischen Wertung ist aber nicht auf eine Einschränkung des objektiven Gegenstandsbereiches der Kunst zurückzuführen, die Kunstwürdigkeit ist nicht auf einen bestimmten Bereich der Welt beschränkt. Der Gegenstand der Kunst ist vielmehr mit dem der Ästhetik ident, zum Objekt der Kunst können alle ästhetisch bewertbaren Objekte werden, somit alle Welt.

Der vom Ästhetischen prinzipiell zu unterscheidende besondere Charakter der künstlerischen Wertung liegt demgegenüber auf der *subjektiven Seite* des Wertungsprozesses. Das Spezifische an der künstlerischen Produktion ist nämlich nicht die Erzeugung des Kunstwerkes als die eines ästhetischen Objekts, denn ästhetisch sind letztendlich alle Objekte. Es handelt sich vielmehr um die Vergegenständlichung des aktiven Subjekts und seiner Welt auf *derselben* sinnlichen Seinsebene, mit anderen Worten: die Sinnlichkeit des Subjekts wird am Kunstwerk bewußt hinterfragbar dargestellt.

Antonio Ruiz (El Gorzo), Die Sopranistin oder der Hahn, 1949

Im täglichen Handlungsvollzug erscheint das – immer auch ästhetisch – aktive Subjekt sich *nicht selbst in seiner sinnlich gegenständlichen Dimension,* auch die Objekte werden gleichsam im Handlungsvollzug „aufgelöst", darauf wurde bereits hingewiesen. Erst durch das Setzen des *„Anderen" im Subjekt selbst,* das heißt, erst dadurch, daß der Künstler sich selbst ein Wertzentrum *entgegensetzt,* das projektierte Kunstwerk, wird eine bewußte Bearbeitung, Umformung und Reflexion der Sinnlichkeit des Subjekts und seiner sinnlich produzierten Welt möglich. Damit wird die Sinnlichkeit des Subjekts zum eigentlichen Thema der Kunst. In der Realisierung des Kunstwerkes (das heißt: Produktion und Rezeption) werden über das Werk die Grenzen der sinnlichen Fähigkeiten des Subjekts für sich selbst erkennbar und erweiterbar. In ihrer Funktion als praktische Kritik an der eigenen ästhetischen Orientierung und Gestaltungsfähigkeit stellt die auf das Aktuelle bezogene Aneignung der künstlerischen Tradition das grundlegende Mittel zur Überwindung der individuell subjektiven Beschränktheit des Künstlers dar. In der künstlerischen Tradition sind, wie in jedem Produkt, nicht nur die Ziele, sondern auch die Methoden ihrer Realisierung vergegenständlicht.

Der Künstler ist ein Spezialist des ästhetischen Wertes. Daher ist die „Wahrheit" des Kunstwerkes vom Wertesystem des Künstlers, von dessen Erkenntnis und Gestaltungskraft, sowie von der vorgefundenen ästhetischen Realität abhängig. Gleichzeitig geht das Kunstwerk selbst als ein ästhetisches Produkt in das ästhetische Wertesystem ein und wird als Wert am – gemeiniglich unausgesprochenen – ästhetischen Ideal objektiv relativiert.

Erweiterter Selbstgenuß

Der Kunstkonsument rezipiert im Kunstwerk *seine eigene Sinnlichkeit,* er findet das gesellschaftlich ästhetisch geformte Objekt auf der Ebene einer Nichtalltäglichkeit, der künstlerischen Werthaftigkeit. In entwickelter Form ist daher der Kunstkonsum ein *erweiterter Selbstgenuß,* der sich der Span-

nung zwischen Künstler und Werk über die Aneignung des Werkes bewußt wird und nicht in ein passives Illusionieren versinkt. Kunst ist ein unverzichtbarer Bestandteil in der sinnlichen Subjektentwicklung. Beide Positionen, die des Kunstproduzenten und die des Kunstkonsumenten, weisen daher einen primär *sinnlich produktiven* Charakter auf, den des aktiven Subjekts.

Verkürzt kann die Funktion der Kunst gegenüber der Ästhetik also dahingehend bestimmt werden, daß die Kunst im Rahmen des gesellschaftlich gebildeten, aber unmittelbar sinnlich realisierten Orientierungsprozesses spezifisch der individuellen *Subjektentwicklung* dient. Ästhetik ist demgegenüber in einem selbigen Wertverhältnis primär mit der allgemein *sinnlichen Organisation der Objektwelt* befaßt (P. Moeschl 1991).

Es wäre vermessen, im Rahmen dieser kurzen Abhandlung auch nur andeutungsweise eine geschichtliche, geschweige denn eine strukturgeschichtliche Entwicklung ästhetischer und künstlerischer Werte darlegen zu wollen. Dies ist vielmehr eine erst wissenschaftlich zu bewältigende Aufgabe. In der Folge kann daher auch nur ganz allgemein und hypothetisch auf die historisch entstandene Vermengung von ästhetischer und künstlerischer Wertung eingegangen werden.

Wegbereiter für die Herausbildung der heute ästhetisch vorherrschenden Sichtweise dürfte weniger die Alltagsästhetik selbst, als vielmehr die Kunstauffassung in der frühen Neuzeit gewesen sein. Hier entwickelte die Kunst erstmals seit dem Mittelalter eine, gegenüber dem universell geschlossenen Weltbild des Mittelalters („summae", U. Eco 1987) eigenständige und dieses im ästhetischen Bereich öffnende Funktion. Mit der Betonung der individuellen Subjektivität wurden jetzt eigene künstlerische Kriterien gebildet. Erst die Rückübertragung dieser künstlerischen Wertungskriterien in die Alltagsästhetik schien für jene in der Folge eine maßgebliche Rolle gespielt zu haben.

Bereits in den frühkapitalistischen Epochen erreichte die Abgrenzung der Kunst von der alltäglichen materiellen Produktion einen Höhepunkt. Die Kunst bediente hier eine am unmittelbaren Produktionsprozeß nur kontemplativ interessierte „Herren-Sinnlichkeit", das sinnliche Drama der anschauenden Passivität wurde abgehandelt. Gerade diese Abgrenzung der Kunst aber, die Illusion des Elfenbeinturms, bewirkte auf der Seite der Produzenten eine ungeheure Entwicklung und Entfaltung der Sinnlichkeit des individuellen Subjekts. Als Abstraktionen aus dem künstlerischen Wertungs- und Wertbildungsprozeß entstanden jedoch auch begriffliche Kürzel künstlerischer Werte, wie etwa das Schöne, Erhabene, Tragische, Häßliche, Niedrige, und dergleichen, welche auch *ohne sinnliche Reflexion,* gleichsam als Schablonen, an die sinnlich erfaßbare Objektwelt angelegt werden und Allgemeingültigkeit beanspruchen konnten.

Damit sind natürlich zugleich auch die Grenzen zur Kunst verwischt, und alles wird praktisch heute von uns derart „künstlerisch" bewertet. Leider heißt das aber nicht, daß für uns bereits alle Objekte kunstfähig geworden sind, es handelt sich nämlich keineswegs um eine aktive, sinnlich produktive Aneignung der Welt. Im Bereich der sogenannten Warenästhetik ist das bereits vielfach kritisiert worden.

Worum es sich heute handelt, ist lediglich die *unbewußte Annäherung an das entfremdete Objekt* unter Verwendung universeller künstlerischer Wertklischees, – noch dazu unter der Selbsttäuschung einer sinnlichen Unmittelbarkeit. Diese kryptische Form künstlerischer Wertung, die nicht der sinnlichen Reflexion des Subjekts am Objekt – als der eigentlichen Funktion von Kunst – dient, muß heute dazu herhalten, uns über unsere entfremdete Welt auch im Alltag hinweg zu täuschen. Durch die Suggestion sinnlicher Unmittelbarkeit wird aber zugleich auch jede Fähigkeit zerstört, die *besondere* sinnliche Wertung in der Kunst selbst wahrzunehmen. Passives Illusionieren am mystifizierten Objekt, dem Fetisch Kunstwerk, soll im Rahmen des herrschenden Kulturbetriebes dem unbedarften Kunstrezipienten bedeuten, daß die Kunst für ihn unmittelbar zu haben sei.

Der zugleich unmittelbar praktische und objektive Charakter macht auch die, dem Alltag implizite ästhetische Wertung zum Vehikel von Ideologie par excellence. Vieles bisher Gesagte hat dies bereits belegt. Lacans Ansicht von der existenzsichernden, strukturellen Funktion von Unwissen, wie sie als eine notwendige, das individuelle Sein stabilisierende, selektive Blindheit innerhalb jeglicher Ideologie besteht, bringt dies schließlich auf den Punkt (J. Lacan 1978). Ideologie sei uns nämlich – obwohl ein gedankliches Konstrukt – keineswegs bewußt, und daher selbst auch nicht als ein „falsches Bewußtsein" individuell verfügbar. Sie gründe vielmehr direkt im Sein als dem wirklichen Lebensprozeß, welcher immer schon als ein von vornherein bestimmter, ein von uns wie von anderen „traditionell" bewerteter, mit einem Wort: ideologisch geführt werde. Gegenüber einem, dem unmittelbaren Lebensprozeß, dem Handeln, aktiv entgegentretenden falschen Bewußtsein habe man es hier vielmehr – objektiviert – mit dem Sein selbst, das auf einem Verkennen gründe, mit Existenziellem also, zu tun. Mit Recht betont daher auch S. Žižek, daß Ideologie nicht einfach nur Theorie sei, sondern die der sozialen Praxis impliziten ideellen Konstrukte bezeichne (S. Žižek 1991). Nicht Richtigkeit im Sinne einer gesellschaftlichen Zielvorstellung, sondern systematisches Funktionieren allein sei das dafür praxisrelevante Kriterium.

Alltagsästhetik

Jene, die Ideenwelt strukturierende – und damit im weiteren Sinn ideologische – Wirkung von Ästhetik wurde bereits frühzeitig entdeckt. Schon vor Kant hatte etwa Herbart in seinen pädagogischen Schriften eine Lehre von der ästhetischen Nötigung entwickelt, welche dieses belegt (K. Prange 1994). Indirekt wird schon hier darauf hingewiesen, daß die in ihrer Funktion vorbewußte ästhetische Wertung einen zutiefst ideologiekonservierenden Effekt hat. In ihrer „blinden" Unmittelbarkeit kann nämlich die Alltagsästhetik immer nur ideologiestabilisierend wirken. Demgegenüber scheint hier der Kunst auf Grund der durch ihren Werkcharakter vermittelten Objektzentrierung eine besondere, die herrschende Ideologie des Alltäglichen aufbrechende Funktion, zuzukommen. Sie wirkt damit als eine praktische Reflexion. Allein dadurch, daß die Kunst – und sei es nur die künstlerische Sicht! – die Dinge des Alltages aus ihrem – ideologisch – automatisierten Ablauf herausnimmt, stellt sie die Automatismen des Alltags *objektiv* zur Disposition. Nicht durch „reine" Reflexion, sondern über die Objektivierung als Werk – mag dieses auch aktionistisch oder minimalistisch versteckt sein – durchdringt und verändert die Kunst die sozial verbindlichen Symbolebenen und emanzipiert derart die individuelle Subjektivität.

In seiner ideologischen Relevanz erweist sich das strukturelle Verhältnis

von Kunst und Ästhetik als ein Motor der gesellschaftlichen Praxis. Es läßt sich – als ein differentielles Element der Praxis – auf keine übergeordnete Einheit reduzieren. Verschwindet dieses differentielle Spannungsverhältnis, so löst sich auch die individuelle Subjektivität, der Knotenpunkt der gesellschaftlichen Entwicklung, auf. Die verschiedensten „Lösungsversuche" der Geschichte demonstrieren dies eindringlich, am deutlichsten die autoritären, welche schon immer die Kunst der herrschenden Ästhetik untergeordnet haben. Die Vereinnahmung von Kunst durch Ästhetik ist dabei durch den totalitären Anspruch der im Alltag verbindlichen Lebensform – und das heißt: seiner Ästhetik – zu erkennen. Ausgehend von seiner rituellen Inszenierung spricht Benjamin zu recht auch von einer „Ästhetisierung der Politik" im Faschismus (W. Benjamin 1977). Darüberhinaus fallen jedoch in der faschistischen Choreographie eines idealtypischen Alltagslebens praktisch alle gesellschaftlich relevanten Bereiche einer einheitlichen Ästhetisierung anheim. In einem derart „geführten" Volk geschieht die Ein- und Unterordnung der Individuen öffentlich und direkt, über unverhüllt geäußerte Ansprüche. Dies läßt sich neben anderen Kriterien an der geradezu moralischen Bewunderung, sowie der daraus resultierenden Tyrannei eines idealtypischen, des *Schönen,* erkennen. In der Zeitlosigkeit des „absolut Schönen" erreicht diese Konjunktur einen logischen Höhepunkt. Ihr entspricht auf der anderen Seite eine allgemeine sinnliche Erstarrung der Individuen. Das ist die Kehrseite jedes – gerade auch ästhetisch *geschlossenen – gesellschaftlichen* Systems, die von den Einzelnen, soweit überhaupt noch empfunden, immer wieder und aktiv geleugnet werden muß. Soweit nicht nur Ausdruck dumpfer Passivität, ist nämlich die allgemeine sinnliche Erstarrung der Individuen ein Produkt innerer Zwänge, also eine aktive Leistung einer paradox funktionierenden Individualität. Diese vollzieht der Einzelne durch Identifizierung mit dem System, das als ein geschlossenes den Individuen – bewußt oder unbewußt – eine *moralische* Rechtfertigung der unhinterfragbar gebotenen ästhetischen Vorgaben abverlangt. Deutlich wird das weniger im Faschismus, sondern in einem geschlossenen System, in dem die sozialmoralischen Ansprüche an die Individuen besonders hoch sind: im Realen Sozialismus. Auch hier steht die Alltagsästhetik unter dem imperativen Mandat universeller, „höherer" Ansprüche. Im und am Umgang mit der alltäglichen Lebensform und ihrer Ästhetik, ist also die Wurzel und Wirkung jener oft paradoxen Entsprechung dieser politisch so gegensätzlichen Systeme, Faschismus und Realer Sozialismus, zu suchen. Letztlich hat nämlich die bornierte Passivität des Faschismus, die immer schon am Ziel ist, und die innere Zwangsarbeit des Realen Sozialismus, die es nie erreicht, nicht nur eine gleiche Zielvorstellung: das Paradox einer *idealen* Individualität – sie hat auch die gleiche Konsequenz: die Paralyse der individuell *offenen* Praxis.

Wie sich zeigt, liegt der tyrannische Terror einer über die Kunst herrschenden Ästhetik klar auf der Hand. Wäre demgegenüber aber auch eine Vorherrschaft der Kunst über Ästhetik mit ähnlichen Auswirkungen denkbar? Würde nicht vielmehr die derart entstehende *Lebenskunst* die Individuen in einer Weise beflügeln von der auch ein Nietzsche nur zu träumen wagte?

Hier schließt sich der Bogen zu jener gängigen Illusion, Kunst und Leben gleichsetzen zu können. Der postmoderne Wunsch, aus seinem Leben ein Kunstwerk zu machen, entspringt letztlich der verzweifelten Allmachtsphantasie einer entgrenzten Subjektivität und nicht einer wirklich universellen Verfügbarkeit des Lebens als eines künstlerischen Objekts. Gegen die Verkunstung des Alltags spricht nämlich immer schon der *besondere* Charakter der Kunst, wie er gerade und nur objektiviert, als Werk, realisiert werden kann. Nicht über die Inszenierung einer „freischwebenden" künstlerischen Reflexion, über „reine" Subjektivität, kann dem Leben Kunst eingehaucht werden. Allein die *Gegenüberstellung* mit dem immer nur als einem *besonderen* verfügbaren künstlerischen Objekt – und sei dieses auch nur ideell! – vermag das Leben künstlerisch zu befruchten.

Zweifellos ist also die Kunst ein Teil des Lebens, in ihrer besonderen Funktion steht die Kunst aber dem Leben gegenüber. Indem aber Kunst und Leben einander gegenüberstehen, bezieht sich Kunst immer auch auf Ästhetik, auf Alltagsästhetik. Sie muß von hier ihren Ausgang nehmen und hierher zurückkehren. Die Kunst realisiert auf diese Weise eine differentielle Artikulation der Sinnlichkeit. Sie entwickelt damit zugleich die imaginären Strukturen der Ästhetik. ■

Peter MOESCHL ist Universitätsprofessor für Chirurgie und Mitherausgeber der Zeitschrift »der streit«.

Literatur

T. ADORNO (1980): Ästhetische Theorie, Frankfurt, 12.

G. ANDERS (1991): Blindschleiche und Parsival. In: »FORVM« 445, 47ff, Wien.

M. BACHTIN (1979): Autor und Held. In: »Kunst und Literatur« Nr. 6/7, Moskau.

K. BARCK et al. (Hg.) (1990): Aisthesis – Wahrnehmung heute, Leipzig.

R. BARTHES (1980): Lektion. Frankfurt.

W. BENJAMIN (1977): Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit, Frankfurt.

G. DELEUZE, M. FOUCAULT (1988): Pariser Gespräche, Berlin.

U. ECO (1977): Das offene Kunstwerk, Frankfurt.

U. ECO (1987): Kunst und Schönheit im Mittelalter, Wien-München.

J. FRIEDRICH (1993): Der Gehalt der Sprachform, Berlin.

G. W. F. HEGEL (1969): Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften, Hamburg, 134.

J. LACAN (1978): Seminar I (Tyche et automaton), Berlin.

A. N. LEONTJEW (1977): Tätigkeit, Bewußtsein, Persönlichkeit, Stuttgart.

P. MEDVEDEV (1976): Die formale Methode in der Literaturwissenschaft, Stuttgart, 58.

P. MOESCHL (1991): Ästhetik und Kunst, Allgemeine Werttheorie. In: »der streit« 41/42, Wien.

P. MOESCHL (1994): Paradigmenwechsel des Materialismus und die Postmoderne, In: »Weimarer Beiträge«, Berlin-Wien, 351.

J. PIAGET (1985): Weisheit und Illusion der Philosophie, Frankfurt.

K. PRANGE (1994): Zu Herbarts Lehre von der ästhetischen Nötigung, In: Koch et al. (Hg): Pädagogik und Ästhetik, Berlin, 84ff.

F. de SAUSSURE (1984): Grundfragen der allgemeinen Sprachwissenschaft, Frankfurt.

V. N. WOLOSCHINOV (1993): zit. n.: J. Friedrich: Der Gehalt der Sprachform, Berlin, 161ff.

L. S. WYGOTSKY (1964): Denken und Sprechen, Berlin, 300f.

L. S. WYGOTSKY (1976): Psychologie der Kunst, Dresden, 7ff.

S. ŽIŽEK (1991): Der erhabenste aller Hysteriker, Wien, 51f.

Die Grenzen der postkolonialen Theorie und die Kulturpolitik von Raymond Williams*

E. San JUAN, Jr.

Es ist ein Gemeinplatz der radikalen Geschichtswissenschaft, daß sich 1. der Kapitalismus als ein Weltsystem ungleichmäßig entwickelt hat, und daß 2. die Handlungen des „freien Marktes" von den ungeplanten, aber (nach erfolgter Analyse) „gesetzmäßigen" Tendenzen der Akkumulation von Mehrwert bestimmt werden.

Seit dem Aufkommen des Handelskapitalismus haben verschiedenste Produktionsformen mit jeweils unterschiedlichen Zeitlichkeiten und „Superstruktur"-Effekten den Planeten rekonfiguriert. In der neuen Kartographie finden wir großstädtische Zentren, die sich die peripheren Gebiete und Völker unterordnen. Der Kolonialismus, und später der Finanzkapitalismus (Imperialismus), haben Raum und Zeit verdichtet, wodurch sich eine Vielfalt an Kulturen, die mit den unterschiedlichsten Wirtschaftssystemen und Gemeinwesen verbunden gewesen waren, aufs schärfste gegenübertraten, wobei stets das kolonisierende Zentrum den unerbittlichen Maßstab der Moderne auferlegte. Nach Ende des Zweiten Weltkriegs bewirkte die beschleunigte Migration der früheren kolonialen Untertanen in die Metropolen, und zugleich die Verbesserung der Kommunikationstechnologien, sowie ausländischen Investitionen eine Zuspitzung jenes Spektakels von heterogenen Sprachen und gemischten Praktiken, die jedoch – im Zentrum wie an den Rändern – mit den homogenisierenden Szenarios des Alltagslebens koexistierten. Ich halte den Postkolonialismus für die kulturelle Logik dieser Mischung und die Überlagerung der Formen für den essentiellen Charakter der zu Ende gegangenen Spätmoderne, einer Logik, die sich von den unsynchronisierten Wechselbeziehungen zwischen den Kolonialmächten und den kolonisierten Untertanen, wovon sie sich ableitet, schon weit entfernt hatte.

Homi Bhabhas „Semiotismus"

Homi Bhabha, der am meisten gefeierte Exponent der postkolonialen Orthodoxie, verlieh dem Phänomen der kulturellen Differenz zwischen Kolonisierten und Kolonisator eine bevorzugte ontologische Priorität. Die Artikulation solcher Differenzen in „dazwischenliegenden" Räumen läßt angeblich eine Kreuzung der Identitäten entstehen: „Es ist das Auftreten der Zwischenräume – die Überlappung und Verschiebung von Domänen der Differenz –, wo die intersubjektive und kollektive Erfahrung von Nationsein, Gemeinschaftsinteresse oder kultureller Werte verhandelt wird" (Bhabha 1994,1-2). Da, laut Wallerstein (1988), das Regime der Kapitalakkumulation die Völker ethnisiert, um die Arbeiterschaft zu spalten, resultieren daraus zweifellos Mischbilder und andere Differenzphänomene. Für Bhabha jedoch entsteht diese Ambivalenz aus der „*differance* des Schreibens", die im Sinne des Poststrukturalismus jegliche kulturelle Handlung bestimmt. Solche performativen Handlungen lassen sich bei bevorzugten Erfahrungen und Anlässen, in denen gewisse Ereignisse zusammenfallen, aufspüren: „in der Geschichte der postkolonialen Migration, den Erzählungen der kulturellen und politischen Diaspora, den großen sozialen Verdrängungsbewegungen von Bauern und von Gemeinschaften der Urbewohner, der Poetik des Exils, der verbitterten Prosa der politischen und ökonomischen Flüchtlinge" (Bhabha 1994, 5).

Gegen solch exorbitante Schlußfolgerungen wurden natürlich Einwände erhoben. Callinicos nennt Bhabhas Herangehensweise „eine idealistische Reduktion des Sozialen auf das Semiotische" (Callinicos 1995, 111). Unbestimmtheit, Unterbrechung der Bezeichnungskette, *Aporie* (die Unwegsamkeit und Ausweglosigkeit einer Fragestellung oder eines paradigmatischen Ansatzes), endlose Verschiebungen, Übersetzungen und Verhandlungen kennzeichnen die postkoloniale Literaturtheorie und Praxis. Aijaz Ahmad (1995) verweist auf die Vieldeutigkeit historischer Bezüge im postkolonialen Diskurs. Im diskursiven Bereich herumtreibender *Signifikante* (den geistigen Bildern der jeweiligen Zeichen) und der Sprachmetaphern verschwindet nicht nur die objektive Asymmetrie hinsichtlich Macht und Ressourcen, die zwischen dem hegemonialen Block und den untergeordneten Gruppen (den zu Rassen gemachten Minoritäten in den Metropolen und in der „Dritten Welt") existiert, sondern auch alle begleitenden Konflikte.

Zweifellos hat diese Fixierung auf die Manifestationen der „Ungleichmäßigkeit" zu einer Fetischierung geführt und sich von den konkreten sozialen Bestimmungsmerkmalen gelöst. Was die postkoloniale Theorie (Bhabhas Praxis wiederholt sich bei Gayatri Spivak, Trinh Minh-ha, und ansatzweise auch bei Edward Said) im Namen eines individuellen Widerstandes auszuführen scheint, ist eine Inflation von verdinglichten Unmittelbarkeiten – von symptomatischen Effekten der Kolonisation in verschiedensten Formen der „Orientalismen", der Anpassungsstrategien und Kooptierungen –, all dies ohne Bezug auf das Netzwerk der Institutionen und Instrumente kraft derer dies zustande kommt. Aus der Sicht der spätkapitalistischen politischen Ökonomie sind die Figuren der Differenz, des Bruchs, der Grenzwertigkeit und der Diaspora (das, was Lawrence Grossberg (1996) zusammengenommen für das Identitätsprinzip

---

* Dieser Beitrag wurde aus dem Englischen von Martin Potschka übersetzt.

der postmodernen Kulturstudien hält, von denen Postkolonialismus eine Unterart ist) alles Weisen, um die sozialen Beziehungen der Produktion zu regulieren, insbesondere zwecks Aufsplitterung der globalen Sozialarbeit und ihrer Reproduktion. Aber die postkolonialen Kritiker entfernen dies nicht nur aus ihren zufälligen Grundlagen und aus den jeweiligen historischen Zusammenhängen, sie behandeln sie sogar als autonome Phänomene, die getrennt von den Strukturen der kulturellen Produktion und politischen Legitimation in den spätmodernen Gesellschaften existierten. Sie werden bei ihnen zu autonomen Signifikanten eines Werts und einer Bedeutung, die aus ihren historischen Zusammenhängen und ihrer Verankerung gelöst sind. In Henri Lefebvres Worten, „wird jedes dieser ‚Momente' des Realen (d.h. Mischbilder, Brüche, usw.), sobald es isoliert und hypostasiert ist, zum Verneiner aller anderen Momente und dann zum Verneiner seiner selbst. Begrenzt und in eine Form gebracht beginnt der Inhalt seine eigene Realität zu unterdrücken und zu zerstören." (Lefebvre 1968, 167).

Meiner Ansicht nach macht sich der Postkolonialismus gerade dessen schuldig, was er zu bekämpfen vorgibt: Mystifikation und Moralismus. Denn was der postkoloniale Kritizismus letztlich bewerkstelligen will ist die Verdinglichung gewisser vorübergehender Praktiken, Stile, Denkformen und Ausdrücke, die als Versuch entstanden waren, spezifische historische Widersprüche in der anhaltenden Krise des späten transnationalen Kapitalismus aufzulösen. Die kulturelle Differenz sei einzig und allein eine vieldeutige Folge des Kolonialismus, die sich in vielfacher Weise zu artikulieren vermag. Ungleichförmigkeit ist nicht länger ein abstrakter Begriff der Kategorisierung sondern eine empirische, wenn auch einseitige Beschreibung, die den Untertanen, das heißt deren neu entdeckter Handlungsfähigkeit, einen gewissen Raum zum Zur-Schau-Stellen einer libertinären Schlauheit anbietet. Die Entgleisung in einen Subjektivismus, in das was György Lukács (1971) einen „ethischen Utopianismus" nennt, befällt auch den postkolonialen Diskurs, denn er leugnet seine inneren komplexen Determinanten, die in Wirklichkeit die Bedingung seiner eigenen Möglichkeit sind. Eine solche Vermittlung zwischen jener gemischten, sich in Zwischenräumen abspielenden, grenzgängerischen Erfahrung und der konkreten Totalität der sozialen Wirklichkeit wird als „Essentialismus" oder „Totalisierung" abgelehnt, so daß ein empirischer Opportunismus zur einzigen Alternative wird – oder aber eine nihilistische Metaphysik, die um so selbstzerstörerischer wird als ihr Nietzsches antibürgerliche Kritik fehlt.

In der textlichen Praxis eines Bhabha, Spivak, und anderer Epigonen kann man erkennen wie die postkoloniale Theorie ihre eigenen historischen Bedingungen verdunkelt, indem sie psychoanalytische oder linguistische Denkmuster anwendet, die die Markt/Waren-Beziehungen bereits als gegeben voraussetzen. Sie setzen überdies die ideologischen Annahmen des Neoliberalismus als normativ und natürlich voraus. Wir können den Anspruch der Postkolonialen, befreiend zu wirken – Bhabha etwa spricht von „Visionen der Gemeinschaft" vermittels einer „zweideutigen" Artikulation der Macht –, hinterfragen, indem wir deren Parteilichkeit zugunsten der „trennenden und vergänglichen Grenzzustände" von Minoritäten und marginalisierten Kulturen aufwerten und sie als ein Bindeglied zum totalisierenden Projekt begreifen, das die instrumentelle Freiheit der geschlechtsspezifischen, stratifizierten Subjekte auch auf ihre früheren „Subjekte" (allen voran den Menschen mit Hautfarbe) ausdehnt, diesmal jedoch unter der Ägide eines toleranteren Multikulturalismus, der die „Außenseite der Innenseite" wahrnimmt, den Teil im Ganzen. Die Totalität des Marktes wird dadurch bestärkt. Mangels jener dialektischen Vermittlung zwischen dem Teil zum Ganzen, den der historische Materialismus für unabdingbar hält, um über Möglichkeiten zur Veränderung nachzudenken und um die spezifischen historischen Widersprüche aufzuheben, löst die postkoloniale Theorie die Vermittlung auf und ruft genau jene Situation, jene kategoriale Formation, hervor, die sie zu verhindern behauptet: die *Antinomie*, die polarisierende Widersprüchlichkeit, zwischen transzendentierendem Idealismus und mechanischem Determinismus.

Raymond Williams Antwort

Einer der Wege um von den Tücken und Irrtümern wegzukommen, die ich gerade beschrieben habe, ist die Kulturtheorie und Kulturpolitik des einflußreichen britischen Kritikers Raymond Williams. Williams, der 1988 verstarb, war einer der ersten Pioniere der *Kulturwissenschaften*, der die postmoderne Attraktivität von Vielfalt und Differenz richtig einzuschätzen verstand, und auch die affektive Kraft des Ortes, der lokalen Bindungen einer Region, Nation, religiöser Anschauung, usw. Er begrüßte die „neuen sozialen Bewegungen", die von intersubjektiven, klassenübergreifenden Anliegen eingenommen waren, wie zum Beispiel von der nuklearen Abrüstung, der Ökologie, der Frauenbefreiung, und den Sorgen um den Lebensraum. Ungeachtet des Rückzugs vieler Radikaler in einen Neoliberalismus oder einen Business-as-usual-Pragmatismus, blieb Williams dem sozialistischen Schlüsselargument treu, demzufolge Ausbeutung nicht aufhört, das Klassenbewußtsein und die Organisation auf einer universellen Grundlage zu erneuern.

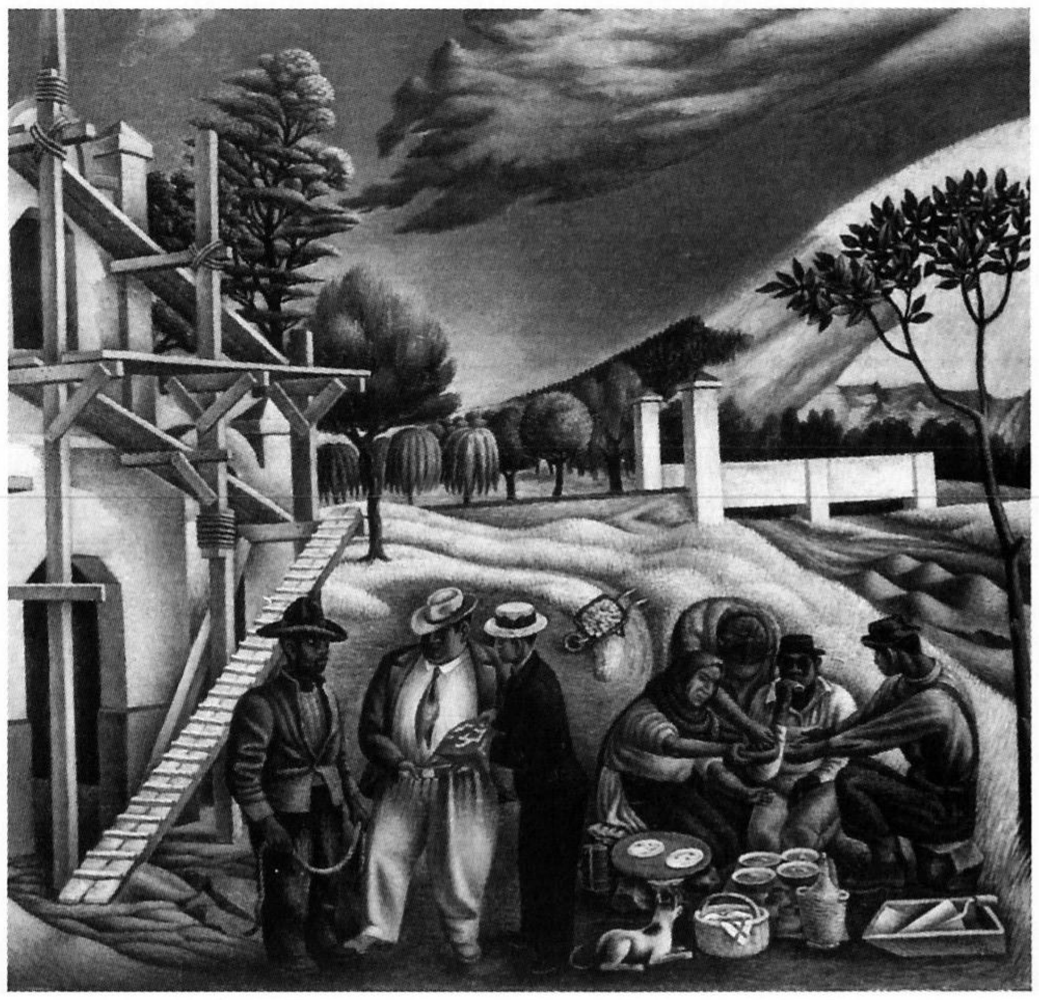
Aber von Anfang an wußte Williams, daß die Universalisierung der Klassenbande nicht automatisch und unvermeidlich andere Bindungen und Loyalitäten ersetzen würde. Er stellte sich auf beide Seiten des Arguments: „Ich anerkenne die universellen Formen, die diese fundamentale Ausbeutung hervorbringt – das System ist, ungeachtet aller lokalen Variationen, überall erkennbar. Aber die Praxis, es zu bekämpfen, war stets eingebettet in, und oft auch verzerrt durch diese anderen Arten spezifischerer Bindungen" (Williams 1989, 318). Diese speziellen Bindungen besetzen Räume, die Williams in seiner Sozialgeschichte der Kunstrichtungen beschreibt. Vor allem beschäftigt ihn die Frage, wie die „alltäglichen Erfahrungen" der kolonisierten Eingeborenen mit ihren „entfremdenden Folien der Andersartigkeit und Rasse" von der „neuen Metropole" des imperialistischen Systems wahrgenommen werden. Dieses Auf und Ab verfolgt er in *Land und Stadt* (*The Country and the City*).

In diesem Buch diskutiert Williams, wie der Sklavenhandel und die Ausbeutung der unterjochten Einheimischen in den Kolonien den Gedanken entstehen ließen, England als „das Zuhause" zu betrachten, und wie es die Schäfermythen des Landhauslebens aufrecht erhielt. Dialektisch gesprochen entstand der Eindruck von Zugehörigkeit und Gemeinschaft unter den pensionierten Kolonialbeamten und Geschäftsleuten aus der Enteignung und Entwurzelung der Sklaven in den Plantagen und der Arbeit der Farbigen im allgemeinen. Williams Methode der formativen Analyse vermag

wahrzunehmen, wie die so anziehende ländliche Spielform des englischen Landlebens auf dem Elend und den Entbehrungen der kolonisierten Urbewohner von Afrika, Asien und Lateinamerika beruht. Williams schätzt das Aufkommen neuer Konventionen im Roman (was Zitate von Achebe, Wilson Harris und anderen Schriftstellern aus Indien, Afrika und Asien belegen), mit denen man auf neue Bedürfnisse und Erfordernisse reagieren kann, deren Gegenwärtigkeit das koloniale Hinterland wiederum in ihren Auswirkungen auf das Klima und die Rhythmen des Alltagslebens in der Metropole zu spüren bekommt. Gewiß kann der Untertan sprechen – aber nicht gemäß meta-dekonstruktiven Formeln. Der Untertan spricht durch ein reiches kulturelles Repertoire von Verweigerung, Anpassung, und Widerstand, mit ihren eigenen authentischen Bindungen und Verbrüderungen.

Das *Reich* (*empire*) wird so sowohl zu einem buchstäblichen Referenten und einer symbolischen Figur in Williams Diskurs über Krieg, Ökologie, und Nord-Süd-Beziehungen, etwa in *Das Jahr 2000* und seinen späten Aufsätzen über Modernität und die verschiedenartigen Sozialismen. Robin Blackburn erinnert uns, daß Williams in einer Randgemeinde aufwuchs in der Bauern, Landarbeiter, Lehrer, Prediger und Bahnarbeiter zusammenkamen. In seiner Jugend arbeitete er in Solidaritätskampagnen mit China und Spanien; sein Internationalismus, der auf lokalen Bindungen und persönlichen Erfahrungen während des Zweiten Weltkriegs beruhte, bestimmte und gestaltete seine Zustimmung zu den Volksrevolten in der Dritten Welt gegen die Großgrundbesitzer oder die Militärherrschaft, sowie gegen den Imperialismus. Er erkannte die Tragödie und das Leid in diesen Revolutionen, aber er mahnte, daß wir „die ganze Aktion zu verfolgen hätten: nicht nur das Böse, sondern auch die Menschen, die gegen das Böse kämpften; nicht nur die Krise sondern auch die davon freigesetzte Energie, die Haltung, die man daraus lernen konnte“ (Williams 1979, 83). Über drei Jahrzehnte lang war Williams in der Vietnam-Solidaritätskampagne, der Kampagne zur nuklearen Abrüstung, und verschiedensten Koalitionen gegen die britische Militärmacht aktiv, mit der England den Westen in seiner Unterjochung der Farbigen und der Niederschlagung ihrer Kämpfe um Selbstbestimmung unterstützte.

In einem 1984 gegebenen Interview aus »Politics and Letters« unterscheidet Williams zwischen dem reaktionären Nationalismus der Labour Party, dem ein einheitlicher britischer Staat zugrunde lag, und den progressiven Nationalismen der unterdrückten Völker (Walliser, Schotten, Iren) in kolonisierten und auf andere Weise unterworfenen Territorien. Williams entlarvt den zentralisierten Nationalstaat von Großbritannien als etwas, das auf einer fadenscheinigen „englischen Mittelklasse-Universalität“ beruht. Er verurteilte den oligarchischen und diskriminierenden Charakter der politischen Vertretung innerhalb von Großbritannien. Um diesem undemokratischen Status quo entgegenzuwirken wäre es nötig, lokale und andere lebenswichtige Bindungen zu mobilisieren und eine neue dezentralisierte sozialistische Politik zu schmieden, die Beziehungsmechanismen jenseits von Nation und Klassenbewußtsein wahrnimmt: „*Orte* haben sich als entscheidende Elemente im Bindungsprozeß erwiesen – mehr noch vermutlich für die Arbeiterklasse denn für die kapitalbesitzenden Klassen – als es zur Explosion der internationalen Ökonomie kam und sich deren destruktive Konsequenzen als Entindustrialisierung auf die alten Gemeinden auszuwirken begannen. Sobald das Kapital weitergewandert ist, enthüllt sich um so klarer die Bedeutung des Ortes“ (Williams 1989, 242; siehe auch Harvey 1995). Ethnische Identität, wie zum Beispiel die wallisische Kultur, ist eine komplexe und fortschreitende Synthese von Ort, kollektivem und populärem Gedächtnis, Sprache, und Bedeutungen, die sich aus den täglichen Kämpfen heraus gestalten. Dies ist die Lehre aus Williams Essay über „Wallisische Kultur“ (1975) und „Die soziale Bedeutung von 1926“ (1977).



Antonio Ruiz (El Gorzo), Die Neureichen, 1941(Ausschnitt)

Es muß jedoch betont werden, daß Williams Begriff von Ort nichts mit dem Blut-und-Boden-Kommunitarismus zu tun hat. Auf der Suche nach Beispielen greift er auf die Frauenbewegung zurück um zu zeigen, wie Volksverbände sich um ein positives Programm herum zusammenscharten. Statt des „großstädtischen Provinzialismus“ einer Labour Party träumt Williams von Interessens- und Zweckgemeinschaften, die nicht alleine auf ihrer Klasse beruhen, sondern die Realität der Frauen und Familien einbeziehen; er träumt von Kollektiven, die aus der Volksmobilisierung entstanden sind – nicht zuletzt wegen dem Bedürfnis von Gruppen und Völkern, sich selbst zu definieren, von Menschen, denen nur allzu lange die Bürgerrechte vorenthalten wurden und die durch die ungleichmäßige kapitalistische Entwicklung anonymisiert wurden.

Rückbesinnung auf die Ökologie

An diesen Punkt angelangt bemüht sich Williams, vor allem in *Das Jahr 2000*, das überkommene Modell zwischen Stadt und Land, das zur Arbeitsteilung der kapitalistischen Produktion gehört, zu überwinden, indem er eine „neue Politik des gerechten Lebensunterhalts“ einfordert, und zwar im größeren Rahmen der verschiedenartigsten Sozialismen rund um den Planeten. Die Kulturwissenschaften müssen nun auch die Sorge für die Umwelt mit einbeziehen, denn entscheidende soziale und politische Fragen treffen sich in diesem Verhältnis. Sein ökologisches Programm ist nicht eindimensional, sondern dialektisch, ist an der „Idee des Lebensunterhalts“ orientiert und dies innerhalb, allerdings aktiv innerhalb, einer besser verstande-

nen physikalischen Welt und aller tatsächlich notwendigen physikalischen Prozesse“ (Williams 1989, 237). In einem Essay von 1982 unter dem Titel „Sozialismus und Ökologie“ kritisiert Williams die orthodoxe marxistische Haltung, die Natur zu erobern und zu beherrschen, und dabei unbeschränkt die nicht-erneuerbaren Ressourcen für die Warenproduktion zu erschöpfen, denn diese siegestrunkene Ethik der Expansion sei gerade das klassische Rational des Imperialismus. Diese zwanghafte Besessenheit, die Natur erobern zu müssen, begleitet die gegenwärtige Verherrlichung des Konsum- und Aneignungsideals und das hartnäckige Weiterleben des Patriarchats. Man muß sich vergegenwärtigen, daß wir selbst Teil der Natur sind, so daß eine Maximierung und Intensivierung der Produktion von sich alleine noch nicht die Armut, Entfremdung und andere anstehende Desaster zu beheben vermag. Und, fügt Williams hinzu, es gibt reale materielle Grenzen, die sich nicht von sozio-historischen Notwendigkeiten ableiten lassen.

Hier wird die Versuchung groß, individuelle oder familienbezogene Lösungen anzubieten (eben jene alles überragende Haltung heutzutage), oder aber, an die Vernunft der Weltführer der gegenwärtigen sozialen Ordnung zu appellieren, an jene eben, die zuvor die Verwüstungen verursacht hatten. Jegliche Art, ein nachhaltiges Wachstum zu planen, erfordert eine Veränderung der Weise, in der Produktion und Verteilung organisiert sind, und auch der Prioritäten zwischen den verschiedenen Formen der Produktion; die Voraussetzung dafür ist eine fundamentale Veränderung in den sozialen und ökonomischen Institutionen, vor allem darin, wie politische Entscheidungen zustande kommen. Dies betrifft die internationale Arena noch viel vordringlicher, denn dort bestimmt der Kampf über die Versorgung und den Preis von Erdöl (und anderer Güter) nicht nur die Weltwirtschaft, sondern auch die politischen Beziehungen zwischen den Staaten, die Gewißheit inbegriffen, daß konventionelle und nukleare Kriege künftig hauptsächlich gegen die seinerzeit kolonialisierten Länder geführt zu werden drohen, weil sich dort die knappen Ressourcen befinden. In letzter Sicht ist Ökologie als ein Problem der Ressourcen – das was Williams „den Knackpunkt der gesamten existierenden kapitalistischen Produktionsweise“ nennt – eine Frage der weltweiten Ungleichheiten, eine Frage von Krieg und Frieden zwischen den einzelnen Nationalstaaten. Es ist allem voran auch eine Frage des Lebensstandards, der Überwindung von Rassismus und auch jenes „Chauvinismus der alten reichen Staaten“, der die Führer und Bewegungen der armen Länder verleumdet, die nichts anderes tun als die wesentlichen und unverzeihlichen Ungleichheiten erneut anzusprechen“ (Williams 1989, 225). Es betrifft das Ziel, „tatsächlich sich selbst regierenden Gesellschaften“ Vorschub zu leisten.

Ich schließe mit einer Beobachtung, daß Williams Programm der Kulturwissenschaften – im Gegensatz zu den reduktionistischen aber modischen Axiomen der postkolonialen Theorie – weit umfassender, nuancierter und zum Entdecken der für die emanzipativen Zwecke notwendigen Zusammenhänge weit geeigneter – also heuristischer – ist. Kernstück dieses Programms ist die Schlüsselbehauptung, daß Kultur ein realisiertes Zeichensystem darstellt, das in einen weiten Bereich von Aktivitäten, Beziehungen und Institutionen des Alltagslebens verschachtelt ist. Kulturtheorie muß daher innerhalb der konkreten und dynamischen sozio-kulturellen Situationen untersucht werden, wie dies auch der Bahktin- Kreis vorgeschlagen hat. Williams betont die Notwendigkeit, spezifisch zu sein (im Gegensatz zu einer formalen Analyse autonomer Elemente von Kunst und der verallgemeinerten Anwendung von sozialen Kategorien auf die kulturelle Produktion). Er betont auch die Notwendigkeit, die Beziehungen zwischen den unterschiedlichen und spezifischen menschlichen Aktivitäten zu erforschen, und zwar „innerhalb beschreibbarer ganzheitlicher historischer Situationen, die sich, so wie die Praxis, überdies verändern, und die, in der Gegenwart, veränderbar sind“ (Williams 1989, 164). Formen müssen historisiert und Absichten sozialisiert werden, um auf diese Weise die Beiträge der verschiedenen Stimmen und Gemeinden dieser Erde zu würdigen, die sie zum kollektiven Unternehmen beitragen, eine nicht-entfremdete globale Ökumene zu gestalten. Auf diese Weise wird das Ideal eines Veränderungen bewirkenden Wissens, das im Dienste der sozialen Gerechtigkeit steht, und öffentliche Freiheit für jene, die in dieser unserer Ära nach dem Kalten Krieg Humanwissenschaften praktizieren, erreichbar und auch über die nationalen Grenzen und kulturellen Schranken hinweg übersetzbar. ■

E. San JUAN, Jr., auf den Philippinen geboren, ist Spezialist für Dritte-Welt-Literatur. Er lebt schon lange in den USA und hat auf den verschiedensten Universitäten Literatur und Kulturstudien unterrichtet. Seit kurzem leitet das Department of Comparative American Cultures an der Washington State University in Pullmann, WA.

Literatur

Ahmad, Aijaz (1995) The Politics of Literary Postcoloniality, *Race and Class* 36.3:1-20.

Bhabha, Homi (1994) *Die Verortung der Kultur*, Heidelberg: Stauffenburg Verlag, Herbst 1998; zitiert nach englischer Ausgabe: *The Location of Culture*, New York: Routledge, 1994.

Callinicos, Alex (1995) Wonders Taken for Signs: Homi Bhabha's Postcolonialism, in: *Post-Ality: Marxism and Postmodernism*, Mas'ud Zavarzadah, Teresa Ebert, Donald Morton, Hg., Washington, DC: Maisonneuve Press.

Grossberg, Lawrence (1996) Identity and Cultural Studies: Is that all there is?, in: *Questions of cultural identity*, Stuart Hall, Paul du Gay, Hg., London: Sage Publishers.

Harvey, David (1995) The Conceptual Politics of Place, Space, and Environment in the Work of Raymond Williams, *Social Text* 42 (spring): 69-98.

Lefebvre, Henri (1968) *Dialectical Materialism*, aus dem Französischen übersetzt von John Sturrock, London: Jonathan Cape.

Lukács, György (1923) *Geschichte und Klassenbewußtsein. Studien über marxistische Dialektik. Politische Aufsätze 4*, München dtv (Luchterhand), 1988.

Williams, Raymond (1973) *The Country and the City*, New York: Oxford UP.

– (1979) *Politics and Letters*, London: Verso, 1981.

– (1983) *The Year 2000*, New York: Pantheon Books.

– (1989) *Resources of Hope*, London: Verso.

Wallerstein, Immanuel (1988) Die Konstruktion von Völkern: Rassismus, Nationalismus, Ethnizität, in: *Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten*, Etienne Balibar, Immanuel Wallerstein, Hg., Hamburg: Argument Verlag, 1990: 87.

Globalisierung und Reformismus

Neue Studien zur Internationalisierung des Kapitals und deren Folgen

Stephan GRIGAT

Nach der Welle reaktionärer, Gemeinschaftssinn verordnender Aufrufe zur Zivilisierung des Kapitalismus und einer Flut populärwissenschaftlicher Pamphlete zum „Terror der Ökonomie“ und zur „Globalisierungsfalle“, zum Kasino-, Turbo- und Raubtierkapitalismus, versuchen nun seriösere Verlage mit differenzierteren Publikationen an die Öffentlichkeit zu treten.

Die in letzter Zeit erschienenen kritischen Abhandlungen zu Globalisierung und Neoliberalismus verfahren in der Regel nach dem selben Muster. Zunächst werden auf hunderten von Seiten die Entwicklungen von Ökonomie und Politik seit den 70er Jahren aufgezeigt, wobei jeder Befund ein weiteres Argument für die Abschaffung des Kapitalverhältnisses, für eine praktische Kritik von Ökonomie *und* Politik liefern würde, um dann am Ende der Untersuchung bestenfalls gerade mal noch einem radikalen Reformismus oder schlimmstenfalls einer besseren Verwaltung der falschen Totalität das Wort zu reden. Die Debatte über die zunehmende Internationalisierung des Kapitals ging einher mit der Wiederkehr eines reformistischen Politizismus und der theoretischen Wiederbelebung des angeblich grundsätzlichen Widerspruchs zwischen Markt und Staat. Von Staatssozialistinnen und -sozialisten aller Schattierungen wird dem bösen, antisozialen, kapitalistischen Markt der gute, regelnde und soziale Staat gegenübergestellt.

Globalisierung und Klassenkampf

Um so beachtlicher ist die Studie von Bernd Röttger, der sich mit Nachdruck gegen eine derartige Konstruktion einer Dichotomie von Markt und Staat wendet und bereits im Untertitel seines Buches auf die politische, also vor allem staatliche Konstitution des Marktes hinweist. Gegen eine auf den Markt fixierte „gesellschaftlich voraussetzungslose Kritik“[1] hält Röttger fest, daß im Rahmen bürgerlicher Vergesellschaftung grundsätzlich von einer politischen Regulation in ökonomischen Prozessen auszugehen ist.

Röttger würdigt und kritisiert sowohl die klassische Regulationstheorie wie auch die ersten Ansätze zu einer globalen politischen Ökonomie. Insbesondere bei der klassischen Regulationstheorie konstatiert er trotz der propagierten analytischen Einheit von Ökonomie, Politik und Ideologie eine unüberwundene Staatsfixierung. Röttger sieht aber in beiden Konzeptionen Anknüpfungspunkte für die Analyse des globalen neoliberalen Umbruchs, wenn diese theoretischen Ansätze stärker als bisher mit Gramscis Konzept des erweiterten Staates verbunden werden.

Vor diesem theoretischen Hintergrund analysiert Röttger die spezifischen Grundlagen und Verlaufsformen der euro-kapitalistischen Regulation, als deren Ergebnis er „ein komplexes System von ‚Schützengräben‘ und ‚Befestigungsanlagen‘ neoliberaler Transformation“ erblickt, das den „Umbruch von der fordistisch *gesellschaftlichen* zur neoliberal *kapitalistischen* ‚Regulation‘“ (S. 194) absichert. Er untersucht den Erfolg des „Modell Deutschland“ wie auch dessen mögliche Transformation nach der Wiedervereinigung im Rahmen einer grundlegend neuen transnationalen „Macht- und Hegemonialkonfiguration“ (S. 173). Zum einen ist dabei zu bemängeln, daß Röttger die postfaschistischen ideologischen Elemente, die zum Erfolg dieses Modells nicht unwesentlich beigetragen haben, kaum berücksichtigt. Zum anderen ist es fraglich, ob die von ihm richtig konstatierten großdeutschen Weltmachtbestrebungen nach der Wiedervereinigung gerade, wie Röttger das versucht, mit Bezug auf Jürgen Habermas, dem Protagonisten der linksliberalen Variante des deutschen Nationalismus, kritisiert werden können.

Bemerkenswert ist Röttgers Abschlußkapitel, das bei den meisten linken Globalisierungskritikern „Perspektiven marxistischer Politik“ heißen würde, bei ihm aber den verheißungsvollen Titel „Perspektiven marxistischer Kritik der Politik“ trägt. Röttger, früher Mitherausgeber der inzwischen eingestellten Zeitschrift »links«, erkennt, was mit den staatsfetischistischen linken Marktkritikern passiert: „klagende Linksintellektuelle werden in institutionelle Formen der Politik involviert, die bereits in ihrer Struktur neoliberal oder neonationalistisch geschliffen sind.“ (S. 198) Nicht zuletzt durch die „sich in Gestalt besserer Geschäftsführer darbietende Kritik“ (S. 200) dieser Intellektuellen bilden sich „politisch-ideologische Formen, in denen die postfordistisch gewendeten Sozialdemokratien und Gewerkschaften in den neoliberalen Regulationszusammenhang eingebunden werden können.“ (S. 198) Der idealistisch-politizistische Reformismus integriert tendenziell die radikalere Kritik und endet zielsicher bei der Affirmation.

Zur Reformulierung eines emanzipatorischen Projekts empfiehlt Röttger eine Rückbesinnung auf den Klassenkampf. Diese ebenso eindeutige wie einseitige Orientierung entspringt aus seiner traditionalistischen Interpretation der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie. In seinen theoretisch-begrifflichen Einleitungskapiteln hat er als deren Kern die Offenlegung des „Klassencharakter(s) der Produktionsweise“ (S. 59) ausgemacht. Das zentrale Element der Marxschen Theorie sei die Kritik am „Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital und damit der Produktion von Mehrwert“ (S. 60). Daß Klassen und Mehrwert in der Marxschen Kritik bereits abgeleitete Kategorien sind und sich im „Kapital“ vor der Entwicklung dieser Begriffe die gesamte Wertformanalyse befindet, scheint Röttger nicht zu interessieren. Bei ihm ist zwar ständig von der gesellschaftlichen Totalität die Rede, aber anstatt die Wertform als zentrales konstituierendes Element dieser Totalität zu benennen, redet er nur von Klassen und Hegemonie, ob-

Ramón Cano Manilla, Der Ballon, 1930

wohl sich gerade im Klassenkampf wie auch im Kampf um Hegemonie immer wieder die Wertförmigkeit der Gesellschaft artikuliert.

Röttger ist zuzustimmen, wenn er gegen geschichtsmetaphysische Vorstellungen daran festhält, „daß die emanzipatorischen Lösungsformen nicht aus der Krise der bürgerlichen Gesellschaft selbst erwachsen“ (S. 205). Wenn er aber gegen solche Vorstellungen von einem Automatismus postuliert, daß die Emanzipation von „der Rekonstruktion der Terrains des Klassenkampfs“ (ebd.) abhängig ist, so muß dem entgegengehalten werden, daß die Möglichkeit zur Befreiung heute vermutlich eher dadurch offen gehalten wird, daß das *Terrain der radikalen Kritik*, deren Gegenstand gerade auch die ideologische Form des Klassenkampfs zu sein hat, rekonstruiert wird.

Globalisierung und linke Politik

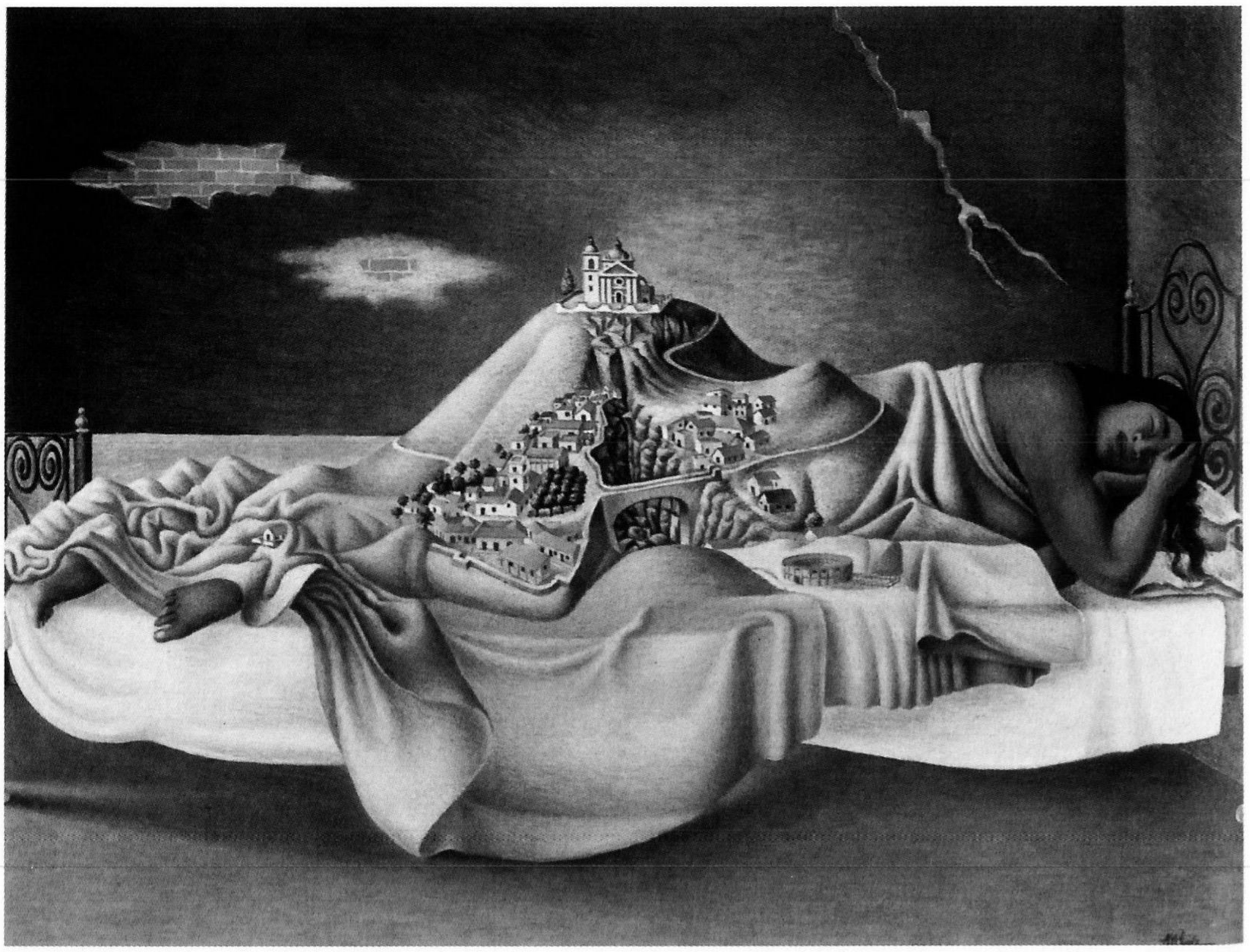
Ein unlängst erschienener Sammelband faßt die Beiträge zur Konferenz „Weltwirtschaft und Nationalstaat zwischen Globalisierung und Regionalisierung“ zusammen, die 1996 in Frankfurt am Main stattgefunden hat. Die Initiativgruppe Regulationstheorie, in der sich mehrere junge Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftler zuammengefunden haben, stellt in ihrem Einführungsbeitrag fest, daß „die unkritische Rede von der Globalisierung zu einem wesentlichen Element ideologischer Herrschaft avanciert (ist).“[2] Sie fassen zentrale Momente der zunehmenden Internationalisierung des Kapitals zusammen und verweisen auf die damit einhergehenden Transformationen im Bereich der Politik.

Bob Jessop faßt in einem umfangreichen Beitrag seine bereits an anderer Stelle formulierten Thesen zur Zukunft des Nationalstaats zusammen. Nach Jessop kommt es nicht zu einer Auflösung des Nationalstaats oder zu einem Bedeutungsverlust nationalstaatlicher Regulation, sondern zu einer Transformation vom keynesianisch geprägten Wohlfahrtsstaat zu einem schumpeterianischen Workfare-Regime.

Elmar Altvater untersucht im Anschluß an seine gemeinsam mit Birgit Mahnkopf verfaßte und bereits nach kurzer Zeit zum Standardwerk avancierte Globalisierungsstudie[3] den Fetischismus des Geldes. Altvater weist auf eine tendenziell zunehmende Fetischisierung des Geldes, das er als „sozial konstruiertes substanzloses Nichts“ (S. 102) charakterisiert, hin, die er mit der veränderten materiellen Gestalt des allgemeinen Äquivalents erklärt. Implizit zielt er damit in die gleiche Richtung wie David Harvey, der in seinem Beitrag unter anderem zeigen will, wie im Zeitalter der Globalisierung „soziale Beziehungen zwischen Menschen auf immer größerer Stufenleiter in soziale Beziehungen zwischen Dingen umgewandelt werden können.“ (S. 38)

Danièle Leborgne konstatiert in der augenblicklichen Krisensituation die Existenz zweier Wachstumsmodelle. Auf der einen Seite versuche das postfordistische Modell die positiven Elemente des traditionellen Fordismus beizubehalten und gleichzeitig neue Möglichkeiten zu erschließen, während auf der anderen Seite das neotayloristische Modell eine konsequente Politik der Deregulierung und Kostensenkung betreibe. Leborgne hält die postfordistische Variante sowohl für zukunftsträchtiger als auch für sozial verträglicher. In Ländern wie der BRD und Österreich, die sich im Gegensatz etwa zu den USA und Großbritannien nicht deindustrialisieren würden, hält er – durchaus befangen in traditionellen Vorstellungen von Politik – Vollbeschäftigung auch in Zukunft für möglich.

Die weiteren Aufsätze des Sammelbandes setzen sich mit den Auswirkungen von Globalisierung und Regionalisierung anhand einzelner Länder und Regionen auseinander. Makoto Itoh untersucht die Veränderungen in der japanischen Wirtschaft und deutet auf Ansätze für eine neue linke Opposition jenseits der traditionellen Gewerkschaften in Japan hin. Ngai Ling Sum kritisiert zum einen den Eurozentris-



Antonio Ruiz (El Gorzo), Malinchens Traum, 1932

mus der Regulationstheorie und analysiert zum anderen die Wachstums- und Regulationsmodelle der „ostasiatischen Nachzüglerkapitalismen“ (S. 167). Jacob Torfing untersucht vor dem Hintergrund von Bob Jessops Staatsanalyse und ausgehend von einer gramscianisch anmutenden Kritik an liberalen und traditionell-marxistischen Wohlfahrtsstaatstheorien die bisherigen, die gegenwärtigen und die zu erwartenden Transformationen des skandinavischen Wohlfahrtskapitalismus anhand des dänischen Beispiels. Den Abschluß des Bandes bildet eine Untersuchung von Jane Jenson über Klasse, Geschlecht und Gleichheit sowie über die verschiedenen Staatsbürgerschaftsregime im Fordismus und im Postfordismus.

Alle Beiträge des Sammelbandes bieten wertvolle Analysen zu den nationalen und internationalen Veränderungen, die seit dem Umbruch der kapitalistischen Weltwirtschaft zu Beginn der 70er Jahre zu beobachten sind. Fast allen Aufsätzen ist aber auch anzumerken, daß hier Analyse von vornherein mit dem Vorsatz betrieben wird, daß am Ende Perspektiven für emanzipative Politik herauskommen *müssen*, anstatt daß zuerst einmal nach der strukturellen Problematik emanzipativer Politik gerade angesichts der Globalisierung gefragt wird. Würde Altvater seine Kritik des Fetischismus, der der kapitalistischen Vergesellschaftung immanent ist, ernstnehmen, müßte er die Aufhebung der Warenproduktion proklamieren. Statt dessen zerbricht er sich, wie gewohnt, über die bessere Regulierung der Märkte den Kopf. David Harvey hat zwar jede Menge Einwände gegen einen linken Populismus, will sich letztlich aber doch „auf die popularen Kämpfe einlassen“ (S. 46). Die Initiativgruppe Regulationstheorie teilt Harveys Einschätzung, daß die „vielfältigen, zersplitterten sozialen Kämpfe auf lokaler oder nationaler Ebene (...) implizit antikapitalistisch“ (S. 23) seien. Worin so ein „impliziter Antikapitalismus“ besteht oder wohin er führen kann, wird aber nicht thematisiert. Die Initiativgruppe weiß zwar unter Bezugnahme auf den Buchbeitrag von Jane Jenson von der Spaltung der Lohnabhängigen mittels Rassismus und Nationalismus zu berichten. Für die strukturellen Affinitäten zum Antisemitismus, die auch bei vielen linken Kritiken der Globalisierung existieren, interessieren sie sich jedoch nicht. Gerade diese Affinität macht aber die Schwierigkeit einer positiven Bezugnahme auf die „popularen Kämpfe“, in denen aus einer strukturellen Affinität schnell eine inhaltliche wird, aus.

Globalisierung und radikaler Reformismus

Nachdem Joachim Hirschs letzte Studie zu Globalisierung, Staat und Politik[4] sowohl im deutschsprachigen Raum als auch international viel diskutiert wurde, hat der ID-Verlag nun einen Band mit Artikeln und Vorträgen, die der Frankfurter Uni-Professor und langjährige Aktivist des Sozialistischen Büros größtenteils in Lateinamerika gehalten hat, vorgelegt. Thematisch zielt die nun vorliegende Veröffentlichung in die gleiche Richtung wie schon das frühere Buch. Hirsch analysiert die Transformationen von Staat, Demokratie und Politik im internationalisierten und vernetzten Kapitalismus.

„Globalisierung“ kritisiert er als einen „schwammigen Begriff“, der sich durch eine „erhebliche Unschärfe“[5] auszeichnet und den Blick auf das verstellt, was das Wesen der unter diesem Begriff subsumierten Vorgänge ausmacht. Seiner Einschätzung nach, bei der die ebenfalls vorhandenen Aspekte von Zwangsläufigkeit in der gegenwärtigen Entwicklung etwas unterbelichtet bleiben, ist die Globalisierung als eine „Strategie des Kapitals zur Lösung der Fordismus-Krise“ (S. 22), als „Projekt des kapitalistischen Klassenkampfs“ und daher als „politische Strategie“ (S. 24) zu verstehen. Dieser Strategie entspricht die Transformation vom keynesianisch geprägten Sicherheitsstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat. Hirsch richtet sich ähnlich wie Bob Jessop gegen die Vorstellungen von der Schwächung oder gar vom Verschwinden des Staates im Zuge einer fortschreitenden Liberalisierung. Ebenso wie Bernd Röttger beharrt er darauf, daß gerade auch der „freie Markt“ „in hohem Maße staatlich-politisch, durch Herrschaft und Unterdrückung eingerichtet und gesteuert“ (S. 36) ist. Wie andere Globalisierungstheoretiker und -theoretikerinnen auch konstatiert Hirsch eine Transformation vom „Welfare-State“ zum „rigiden Workfare-State“, dem in der BRD der Übergang vom „Modell

Deutschland“ zur „Deutschland GmbH“ entspricht. Eine der auffallendsten Kontinuitäten zwischen dem fordistischen Sicherheitsstaat und dem nationalen Wettbewerbsstaat sieht er in der massiven innerstaatlichen Aufrüstung. Einen Unterschied erblickt er darin, daß sich die Politik im nationalen Wettbewerbsstaat zunehmend von „materieller zu ideologischer, autoritär-populistisch, nationalistisch und rassistisch unterfütterter Integration“ (S. 81) verlagert. Unabhängig davon verweist er aber zu recht auch darauf, daß der Nationalstaat ungeachtet seiner empirischen Konkretion *strukturell* auf Rassismus, Nationalismus und auch Sexismus basiert.

Was Hirschs Arbeiten der letzten Zeit besonders interessant macht, ist seine scharfe Kritik an den Zivilgesellschaftskonzepten in den neueren demokratiepolitischen Debatten, und seine damit einhergehende Ablehnung der unkritischen Bezugnahme auf NGOs als emanzipatives Potential. In früheren Schriften schien es oft so, als würde Hirsch bei seinen Ausführungen zu den Perspektiven linker Politik stets hinter seine eigene Kritik zurückfallen. Zwar ist auch im vorliegenden Buch etwas nebulös von „alternative(n) Netzwerke(n)“ (S. 61), wahrer Demokratie statt der bestehenden und wirklicher Zivilgesellschaft im Gegensatz zur bekannten die Rede, aber diesmal hat Hirsch merklich darauf geachtet, daß sein Konzept eines „radikalen Reformismus“ nicht als Absage an die soziale Revolution mißverstanden werden kann. Das ist schön, bedeutet aber nicht, daß an seiner am Althusser-Schüler Nicos Poulantzas orientierten Vorstellung von einer Politik, „die sich in und mit dem Staat zugleich gegen ihn (...) richtet“ (S. 98) nichts mehr zu kritisieren wäre. Es scheint so, als würde er hier seine an anderer Stelle mit Nachdruck vorgebrachte prinzipielle Ablehnung des Staates als Mittel zur Emanzipation zumindest relativieren.

Ausgehend von einer sympathischen Abneigung gegenüber postmodernen „Ansätzen“ wendet sich Hirsch gegen das Eskamotieren der Marxschen Kritik in der zeitgeistigen soziologischen und politologischen Theorie und wettert in diesem Zusammenhang unter anderem gegen die Neuorientierung des Frankfurter Instituts für Sozialforschung. Seine Kritik gilt aber auch der verbliebenen Linken, die glaubt, im Kampf gegen den „Neoliberalismus“ neue Gemeinsamkeiten zu finden oder alte wieder herstellen zu können, ohne ihre kapitalismustheoretischen Defizite zu beheben.

Über die gegenwärtigen Möglichkeiten der Emanzipation ist sich Hirsch unsicher. Einerseits meint er, daß angesichts der permanenten Krise eines hochtechnisierten und vernetzten Kapitalismus die „‚antikapitalistische‘ Revolution wahrscheinlich noch nie so klar auf der Tagesordnung (stand) wie heute“. Andererseits ist er sich darüber bewußt, daß „die ideologische Hegemonie der kapitalistischen Lebensform noch nie so fest in den Köpfen verankert (war) wie heutzutage“. (S. 148) Über die westdeutsche Linke der 70er und 80er Jahre, der er heute attestiert, nur „gelegentlich“ und „meist eher gezwungenermaßen“ (S. 163) ernsthaft systemfeindlich agiert zu haben, macht er sich ebenso wenig Illusionen, wie über die gegenwärtigen Möglichkeiten linker Praxis. Über Solidaritätsarbeit im internationalen Maßstab schreibt er beispielsweise, daß sie notwendiger sei denn je, sie sich aber angesichts dessen, daß sie an den grundlegenden ökonomisch-sozialen Strukturen kaum etwas zu ändern vermag, ihre Hilflosigkeit immer wieder neu eingestehen muß. Dennoch wehrt er sich gegen pessimistische Anwandlungen: „Schließlich bleibt zu berücksichtigen, daß ungeachtet aller Krisen, Fragmentierungen, Gegensätze und Zersplitterungen die Menschen sich immer noch wehren, nach wie vor Revolten stattfinden und Widerstand geleistet wird – wenn auch in manchmal nach traditionellen Mustern wenig verständlichen und bisweilen auch rückwärtsgewandten Formen.“ (S. 155) Wenn man sich bewußt macht, wie diese „rückwärtsgewandten Formen“ konkret aussehen, könnte man das, was Hirsch hier als Hoffnungsschimmer präsentiert, ebenso gut als Bedrohung auffassen.

Auch wenn sich in Hirschs Buch beispielsweise Ansätze zu einer Auseinandersetzung mit klassischen Imperialismus- und Dependenztheorien finden, denen er zu recht gravierende Mängel attestiert, verzichtet er explizit auf eine Darstellung des theoretischen Hintergrunds seiner Ausführungen. Das Buch ist – gemessen an den behandelten Gegenständen und Zusammenhängen – in einer relativ leicht verständlichen Sprache gehalten. Man kann es als eine Art „Volksausgabe“ von Hirschs 1995 erschienenem „Nationalen Wettbewerbsstaat“ bezeichnen. Das hat einerseits den Vorteil, daß es als Einführung aus regulationstheoretischer Sicht in die aktuellen Diskussionen über Globalisierung, Zivilgesellschaft und Staat gelesen werden kann. Andererseits wird einiges dadurch auch ungenau. Sein vor drei Jahren erschienenes Werk zeichnete sich unter anderem dadurch aus, daß in ihm versucht wurde, den Begriff des Staatsfetisch unmittelbar aus dem Warenfetisch zu entwickeln und somit zwei grundlegende soziale Formen, in denen Verdinglichung im Kapitalismus zum Ausdruck kommt, miteinander in Beziehung zu setzen. In seinem neuen Buch findet sich kein an Marx orientierter Fetischbegriff mehr. Als Fetische werden dort nur mehr ganz allgemein Wörter bezeichnet, die „häufig gebraucht, aber meist nicht genau verstanden“ (S. 15) werden. ■

Stephan GRIGAT ist Politikwissenschaftler.

Anmerkungen

1 Röttger, Bernd: Neoliberale Globalisierung und eurokapitalistische Regulation. Die politische Konstitution des Marktes. Münster 1997 (Westfälisches Dampfboot, 252 Seiten, 39,80 DM, 291 Schilling), S. 10.

2 Becker, Steffen/ Sablowski, Thomas/ Schumm, Thomas (Hg.): Jenseits der Nationalökonomie? Weltwirtschaft und Nationalstaat zwischen Globalisierung und Regionalisierung. (Argument-Sonderband Neue Folge AS 249) Berlin – Hamburg 1997 (Argument, 250 Seiten, 29,80 DM, 218 Schilling), S. 7.

3 Altvater, Elmar/ Mahnkopf, Birgit: Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft. Münster 1996 (Westfälisches Dampfboot).
Siehe dazu Grigat, Stephan: Geldfetisch und Zivilgesellschaftsfetischismus. in: »Unitat«, Nr. 3, 1998, S. 15.

4 Hirsch, Joachim: Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus. Berlin – Amsterdam 1995 (Edition ID-Archiv).
Siehe kritisch dazu Landgraf, Anton/ Nele, Karl: Vom globalen Kapitalismus zur „wahren Demokratie“. „Der nationale Wettbewerbsstaat“ von Joachim Hirsch. in: »Bahamas«, Nr. 19, 1996, S. 21 ff.

5 Hirsch, Joachim: Vom Sicherheitsstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat. Berlin 1998 (ID Verlag, 170 Seiten, 28 DM, 205 Schilling), S. 8.

Zur Geschichte der österreichischen Linken

Neuerscheinungen zu 1968 und den Folgen

Stephan GRIGAT

So etwa mit zwölf Jahren habe ich zum ersten mal etwas von Menschen gehört, die sich selbst „68er" genannt haben. Mit dreizehn habe ich sie bewundert. Spätestens mit sechzehn habe ich sie gehaßt.

68er, das waren jene Leute, die man auf bildungsbürgerlichen Gartenpartys traf. 68er, das waren Menschen, die, wenn man einen vernünftigen Gedanken über Militanz als politisches Mittel äußerte, Geschichten von Freunden erzählten, die „auch mal was abbekommen haben", um dann über die „Chaoten" zu schimpfen, die heute jede Reformbemühung zunichte machen würden; Menschen, die jeder Kritik an der Gesellschaft mit einem halb müden, halb verzückten Lächeln und dem Satz „Ich bin ja eigentlich auch ein 68er" begegneten, die aber pampig wurden, wenn sie merkten, daß ihr Gegenüber seine oder ihre Kritik ernst meint; Menschen, die, wenn sie irgendwo den einen oder anderen Begriff aus der Kritik der politischen Ökonomie aufschnappten, sagten: „Wir haben das damals ja auch alles gelesen", nur weil sie mal eine eintägige Marx-Einführung von irgendeiner linken Gruppe besucht haben.

Später habe ich aber gemerkt, daß es offensichtlich einen Unterschied gibt, zwischen den „68ern" und jenen Menschen, die um das Jahr 1968 herum politisch in der Linken aktiv waren. Letztere bezeichnen sich in der Regel nicht als 68er. 68er, das sind eher jene, die damals kaum etwas mitbekommen, geschweige denn mitgemacht oder gar begriffen haben, die aber später merken mußten, daß es gut ankommt, 68er zu sein. Durchaus auch gut für die bürgerliche Karriere. Denn 68er zu sein kann politisch offenbar so ziemlich alles bedeuten, nur nicht linksradikal zu sein.

So war das zumindest in der alten BRD. In Österreich stellt sich das alles etwas anders dar. Als ich Anfang der 90er Jahre, die wiedervereinigte deutsche Reichshauptstadt hinter mir lassend und der Liebe folgend, nach Wien kam, fiel mir gleich auf, daß es hier viel weniger 68er gibt. Da bleibe ich, dachte ich mir. Nicht zuletzt deswegen, da zu dieser Zeit die Hauptexponenten der Spezies „Berufs-68er" in der BRD Joseph Fischer und vor allem Antje Vollmer waren, die meinten, man könne ruhig wieder deutsch denken, fühlen und handeln, die Bundeswehr weltweit in die Fußstapfen der Wehrmacht treten lassen und im Innern mehr Gemeinsinn einfordern, da ihre Generation, eben jene legendären 68er, die deutsche Gesellschaft „gründlich zivilisiert" habe. Tatsächlich Adäquates zu derartigen zivilgesellschaftlichen Kriegstreibern und -treiberinnen mit nationalistischem Einschlag fand ich in Österreich nicht. Leute wie den Ex-Trotzkisten Georg Hoffmann-Ostenhof, der heute eine seiner Hauptaufgaben beim »profil« darin sieht, jegliche Renationalisierungsbestrebungen des neuen Großdeutschland abzuleugnen, kannte ich damals noch nicht. An die deutsche Pastorin und stellvertretende Bundestagspräsidentin kommt aber auch der nicht ran.

Daß es heute in Österreich weniger 68er gibt als in der BRD liegt vor allem daran, daß es hier auch 68 weniger 68er gab. An den damaligen Aktionen haben niemals so viele Menschen teilgenommen wie im nördlichen Nachbarland. Dementsprechend schwierig ist es auch, jemanden zu finden, der einem etwas darüber erzählen kann.

In der BRD entwickelte sich die Geschichtsschreibung zu 68, den K-Gruppen und den Neuen Sozialen Bewegungen zu einer eigenen Forschungsrichtung in der Politikwissenschaft, der Soziologie und der Zeitgeschichtsschreibung. Selbst über die Neue Linke in Frankreich und Großbritannien liegen inzwischen umfangreiche Untersuchungen auf deutsch vor. (Sunil Khilnanis „Revolutionsdonner" über die französische Linke nach 1945 und Lin Chuns „Wortgewitter" über Frankreich, beide bei Rotbuch, Hamburg) In Österreich hingegen waren Darstellungen zur Geschichte der Linken jenseits von SPÖ und KPÖ bisher Mangelware. Die wenigen bisher existierenden Bücher über 1968 in Österreich sind in der Regel vergriffen. Etwas über die Linke der 70er und 80er Jahre zu erfahren war, durch Buchlektüre bisher nahezu unmöglich. Schmerzlich vermißt man in Österreich auch etwas Vergleichbares zu den jährlich publizierten deutschen „Verfassungsschutzberichten", die einen – wenn auch oft eher amüsanten als informativen – Überblick über die linke Szene geben.

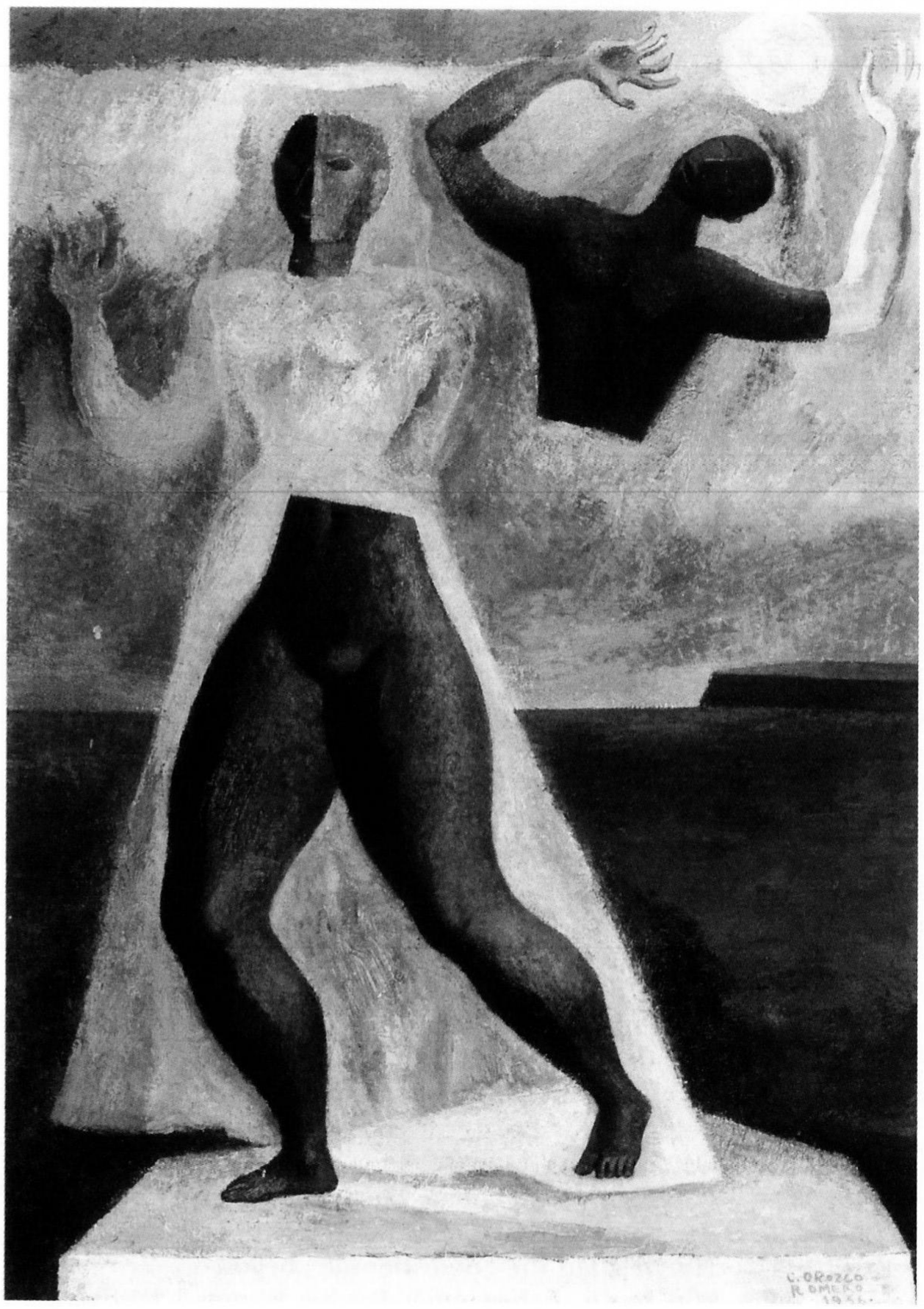
Die meisten jüngeren Linken in Österreich wußten bisher über die Geschichte des Linksradikalismus in der BRD oder zuweilen auch in Italien besser Bescheid als über die Ereignisse in Österreich selbst. Ein wenig könnte sich das nun ändern, da anläßlich des 30jährigen Jubiläums von 68 einige Publikationen erschienen sind, die sich speziell mit der österreichischen Situation auseinandersetzen.

Schilanglaufduell

Wer wirklich noch nichts über 68 in Österreich gehört hat, ist mit dem Buch von Paulus Ebner und Karl Vocelka sicherlich gut bedient. Die beiden Autoren bieten wenig Neues, liefern aber einen guten Überblick. Sie haben nicht nur die studentische Linke im Auge, sondern beschäftigen sich mit der gesamten österreichischen Gesellschaft Ende der 60er Jahre. Geschrieben ist das Ganze ein bißchen wie ein Schullesebuch mit vierzeiligen Textbeispielen aus der wilden Zeit. Ein Bild von den Eigenheiten und Absonderlichkeiten Österreichs und Wiens – zu nennen wäre hier beispielsweise ein Duell mittels Schilanglauf zwischen einem konservativen Professor und dem ÖH-Vorsitzenden Bieler, nachdem in der ÖH-Zeitschrift eine Kritik an der patriarchalen Arroganz der Professorenschaft erschienen war – erhält man dennoch.

Ein von Bärbel Danneberg, Fritz Keller, Aly Machalicky und Julius Mende herausgegebener, aufwendig gestalteter Band, der schon allein dadurch Vergnügen bereitet, daß man darin jenen Mitherausgeber, der zugleich im Redaktionskomitee dieser Zeitschrift sitzt, auf Fotos mit wunderbaren Koteletten bewundern kann, ist im Döcker Verlag erschienen. Das Buch versammelt Texte, von denen der Großteil bereits an anderer Stelle publiziert wurde, deren Zusammenfassung aber durchaus sinnvoll war. Einige der Beiträge haben auf Grund ihrer Kürze eher fragmentarischen Charakter. Statt systematischem Wissen vermitteln sie jedoch Eindrücke. Besondere Berücksichtigung erfahren die Bereiche Kultur, alternative Lebensformen und die feministische Bewegung. Gerade letzteres ist besonders hervorzuheben, da die Anfänge der Neuen Frauenbewegung in dem Buch von Ebner und Vocelka weitgehend unterbelichtet bleiben. Ausgesprochen gelungen ist die Gegenüberstellung der Erinnerungen und Reflexionen ehemaliger Aktivistinnen der 60er und 70er Jahre mit den Erfahrungen ihrer Kinder.

Daß nicht besonders viele Aufsätze zur linken Geschichte in Österreich existieren, zeigt sich in der vorliegenden Textsammlung daran, daß man sich offensichtlich genötigt sah, auch auf ziemlich miese Elaborate zurückzugreifen. Beispielsweise auf den Text über die Palmers-Entführung von Martin Staudinger und Klaus Zellhofer aus dem »Falter« – jener Zeitschrift, die in Österreich am prägnantesten die Reduzierung von linksradikalen Ansprüchen auf linksliberales Zivilgesellschaftsgeseier und die Verwandlung von Gesellschaftskritik in hippes Lebensgefühl verkörpert und daher am ehesten das Prädikat eines späten 68er-Produktes im Vollmerschen Sinne verdient. Anstatt einer ernsthaften Auseinandersetzung liefern Staudinger und Zellhofer jene Form journalistischer Schreiberei, die den Liberalinskis von heute durch die Vermittlung von Atmosphäre ein bißchen Nervenkitzel verschaffen, also unterhalten soll. So erfährt man über die Gründe der Palmers-Entführer, sich am bewaffneten Kampf zu beteiligen und über die Rezeption der Stadtguerillakonzepte in Österreich so gut wie nichts. Dafür weiß man nach der Lektüre, daß die Entführer ihrem Opfer „Naturschnitzel mit Salzkartoffeln, grüne Fisolen und Birnenkompott“ (S. 85) serviert haben. Die Schilderung des familiären Hintergrundes des späteren Hauptangeklagten im Palmers-Prozeß, Thomas Gratt, verkommt bei ihnen zu einer Psychologisierung. Ganz so wie es Stefan Aust, der Leuten wie Staudinger und Zellhofer wahrscheinlich als großes Vorbild an journalistischer Kompetenz gilt, bezüglich der RAF in seinem Bestseller „Der Baader-Meinhof-Komplex“ vorexerziert hat, modeln die zwei »Falter«-Autoren die Palmers-Entführer zu zwei armen Hascherln um, die für ihr Handeln keinerlei politische Argumente hatten. Nach Staudinger und Zellhofer werden Menschen zu „Terroristen“, weil sie Probleme beim Erwachsenwerden haben und sich in der „Großstadt isoliert“ (S. 88) fühlen.



Carlos Orozco Romero, Verlangen, 1936

Aus Krahl wird Gral

Einer der besten Aufsätze des Bandes war in dieser Zeitung bereits in einem Vorabdruck zu lesen und stammt nicht von einem 68er, sondern von einem 78er. Franz Schandl gehört zu jenen, die es schaffen, über die eigenen leninistischen Irrungen aus der Jugend zu reflektieren ohne gleich allen radikalen Emanzipationsbestrebungen eine pauschale Absage zu erteilen. Er kritisiert die österreichischen 68er nicht mit dem Ziel, deren revolutionäre Ansprüche zu diskreditieren, sondern mit der Absicht, diese fortzuführen. Wobei diese Fortführung aber nicht in einer einfachen Übernahme besteht, sondern die Auseinandersetzung mit den Defiziten der österreichischen Linken beinhaltet. Eines der größten Probleme der österreichischen Linken sieht Schandl völlig zurecht in der mangelnden Theoriereflexion und -produktion: „So oft ich auch nachdenke, fällt mir keine einzige wirklich bedeutende theoretische Schrift eines österreichischen 68ers ein.“ (S. 111) Eine gewisse Ignoranz gegenüber Theorie scheint auch im Lektorat des Döcker Verlags zu herrschen. Wo Schandl auf das Fehlen einer mit dem Theoretiker der bundesdeutschen Studentinnen- und Studentenbewegung, dem Adorno-Schüler Hans-Jürgen Krahl, vergleichbaren Person in Österreich hinweisen wollte, macht der

Verlag daraus: „Einen österreichischen Gral hat es nicht gegeben." (ebd.)

In eine ähnliche Richtung wie Schandl, wenn auch mit anderer Intention, zielt das Textverarbeitungsprogramm Konrad Paul Liessmann in dem Beitrag „Soviel Theorie war nie". Der allgegenwärtige Philosophieprofessor spricht richtige Punkte an, wenn er beispielsweise darauf hinweist, daß Erkenntnis in der Linken gerne einer zum alleinigen Gut erhobenen „Praxisrelevanz" geopfert wurde. Während es Schandl jedoch um eine Reformulierung der revolutionären Kritik geht, spürt man bei Liessmann ein Bedürfnis nach jenem „anything goes", jener postmodernen Marotte, nach der alles gleich wichtig ist und im Zweifelsfall auch gleich richtig sein kann. So kann man vermuten, daß sein Hinweis auf einen „Index librorum prohibitorum" der Linken nicht nur als nüchterne Feststellung zu verstehen ist, sondern als Bedauern, daß die Linke sich – dem heute angesagten Theorien- und Ansatzpluralismus gemäß – nicht auch ein bißchen bei Heidegger, Jünger oder Spengler, die laut Liessmann auf jener Liste verbotener Bücher gestanden haben und weiterhin stehen, bedient hat.

Daß man solche Autoren nicht unbedingt braucht, um auf dem Holzweg zu landen und reichlich autoritäre Vereine zu gründen, haben in den 70er Jahren dann die Maoisten bewiesen. Wie die ursprünglich antiautoritäre Revolte auch in Österreich zum Teil in Parteigründungen mit äußerst rigider Disziplin mündete, hat Wilhelm Svoboda in seinem Buch „Sandkastenspiele" beschrieben. Er liefert eine umfangreiche Darstellung der Organisation und der Tätigkeit des „Kommunistischen Bundes Österreichs" und dessen „Massenorganisationen". Im Vordergrund steht bei ihm die Bloßstellung der Absurditäten und Kuriositäten, der Schwachsinnigkeiten und der Widerlichkeiten aus dem K-Gruppen-Leben. Derartiges ausfindig zu machen, bereitete ihm gerade bezüglich des KB, dem in der BRD der „Kommunistische Bund Westdeutschland" entsprach, mit seiner blinden Gefolgschaft gegenüber der chinesischen Führung und seiner Verherrlichung des Massenmörders Pol Pot, mit seinem Proletkult, seinem Kampf gegen die „Urlaubsanarchie" der eigenen Mitglieder und den tabellarischen Verkaufsprotokollen für die Zeitschrift »Klassenkampf« sicherlich keine Probleme.

Dem großen Gegenspieler des KB, der trotzkistischen „Gruppe Revolutionärer Marxisten", widmet Svoboda ungleich weniger Raum in seinem Buch, so daß man diesbezüglich trotz der mitunter nervtötenden Diktion weiterhin mit der Broschüre „Trotzkismus in Österreich von den 20er Jahren bis heute", die von der aus der „Gruppe ArbeiterInnenstandpunkt" hervorgegangenen „Arbeitsgruppe Marxismus" (AGM) herausgegeben wurde, besser bedient ist. Svoboda attestiert der GRM, in der es das Recht auf Tendenz- und Fraktionsbildung gab, zurecht einen weitaus weniger autoritären Charakter als dem KB. Dennoch kann er auch der GRM, die bis heute in Form der „Sozialistischen Alternative" (SOAL) fortexistiert, einen Hang zur Ideologisierung organisationspolitischer Notwendigkeiten nachweisen.

Bei aller verständlichen Süffisanz angesichts des Themas, neigt Svoboda mitunter zu einer unnötigen Gehässigkeit. Besonders zu kritisieren sind seine Ausführungen zur RAF. Die durchaus vernünftige damalige Einschätzung der GRM, daß die Strategie des bewaffneten Kampfes, wie ihn die RAF in der BRD der 70er Jahre propagierte und praktizierte, zwar abzulehnen sei, alle Linken aber die Repression gegen die Gefangenen aus der RAF abzulehnen und zu bekämpfen hätten, hält er für eine romantische Verklärung der Guerilla. Die Geldbeschaffungsaktion von Waltraud Boock im Jahre 1977 erklärt er zu einem „politisch verbrämte(n) Bankraub". (S. 187) Von Isolationshaft mag er nur mehr in Anführungszeichen schreiben, und der Tod der RAF-Gefangenen in Stammheim firmiert bei ihm unhinterfragt als Selbstmord. Letzteres scheint sich in Österreich inzwischen allgemein durchgesetzt zu haben. Nachdem schon der »Falter« seine 68er-Serie mit dem Hinweis auf die „Selbstmorde" begonnen hatte, haben auch Paulus Ebner und Karl Vocelka in ihrem Buch keinen Zweifel mehr an den Darstellungen des deutschen Staatsschutzes. Man kann von den K-Gruppen halten was man will – bezüglich des Mißtrauens gegenüber der bürgerlichen Staatsgewalt waren sie ihren heutigen Chronisten um einiges voraus.

Ein anderer Punkt, in dem Svoboda hinter Positionen der GRM zurückfällt, ist die feministische Kritik an der sexistischen Darstellung von Frauen. Dabei war die GRM-Position diesbezüglich schon damals nicht gerade die fortschrittlichste. Nachdem in der Zeitschrift »Die Linke« eine halbnackte Frau in einer Pose, die aus der Werbung allgemein bekannt ist, abgebildet wurde, hagelte es Proteste von Frauen innerhalb und außerhalb der GRM, von denen viele etwa zeitgleich eine Kampagne gegen die Darstellung von Frauen auf den Palmers-Plakaten betrieben. Die daraufhin einsetzenden selbstkritischen Einschätzungen der männlichen GRM-Mitglieder macht Svoboda als „moralinsaure Selbstgeißelung" (S. 186) herunter. Bei der Präsentation seines Buches brauchte es einen ehemaligen GRM- und heutigen SOAL-Aktivisten, um ihn über den Unterschied zwischen sexueller Befreiung und sexistischer Darstellung aufzuklären.

Ein Mangel von allen Neuerscheinungen zum 68er-Jubiläum besteht darin, daß kaum auf jene Fragen eingegangen wird, die heute in der Linken heftig diskutiert werden. Einschätzungen zum Verhältnis der Linken zu Nation und Nationalismus oder zum linken Antisemitismus und Antizionismus finden sich ebenso wenig wie Hinweise auf die in der Linken kontrovers diskutierten Theorien zur Staats-, Faschismus-, Imperialismus- und Patriarchatskritik oder auch auf die unterschiedlichen Interpretationen der Kritik der politischen Ökonomie. Gerade solch eine Auseinandersetzung mit bisheriger linker Theorie wäre für eine heutige Linke jedoch unerläßlich. Angesichts des bereits angesprochenen Mangels an Literatur zur Geschichte der österreichischen Linken handelt es sich bei den vorliegenden Neuerscheinungen dennoch um drei unentbehrliche Bücher. ■

Stephan GRIGAT ist Politikwissenschaftler.

Die besprochenen Bücher

Paulus Ebner/ Karl Vocelka:
Die zahme Revolution. '68 und was davon blieb. Wien: Ueberreuter, 1998, 224 Seiten, 291 Schilling, ca. 40 DM.

Bärbel Danneberg/ Fritz Keller/ Aly Machalicky/ Julius Mende (Hg.):
Die 68er. Eine Generation und ihr Erbe. Wien: Döcker Verlag, 1998, 392 Seiten, 394 Schilling, 54 DM.

Wilhelm Svoboda: Sandkastenspiele.
Eine Geschichte linker Radikalität in den 70er Jahren.
Wien: Promedia, 1998, 224 Seiten, 248 Schilling, ca. 34 DM.

Betreff: Artikel von Stephan Grigat, „Bestien in Menschengestalt" in »Weg und Ziel« 3/1998

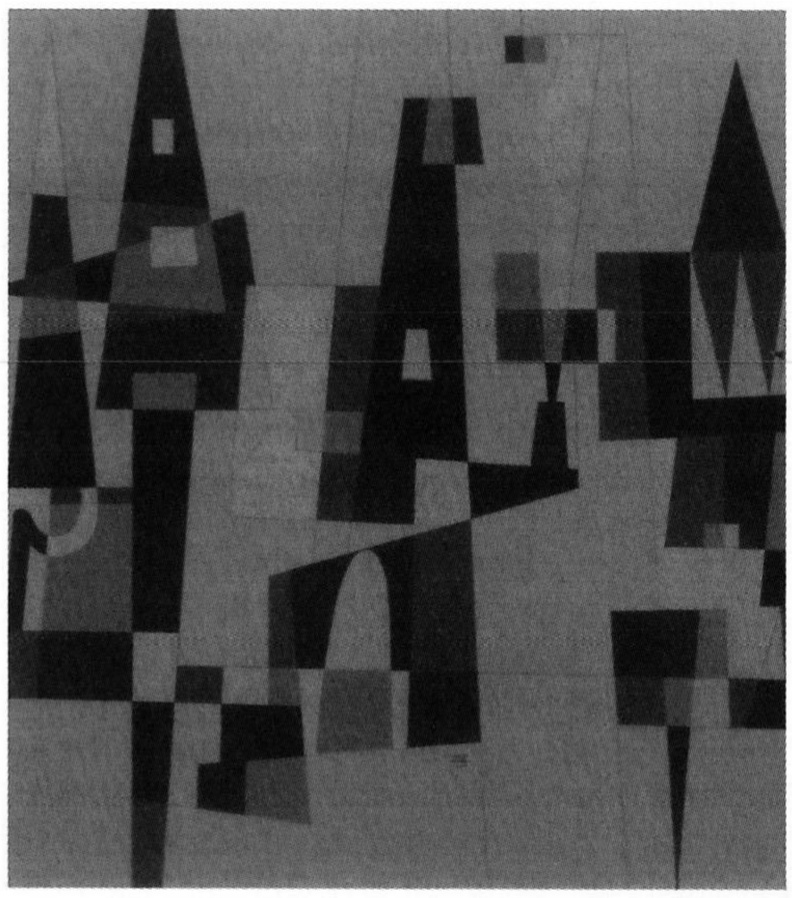
Sehr geehrte
»Weg und Ziel«-Redaktion!

Wir waren einigermaßen empört, den Artikel von Stephan Grigat („Bestien in Menschengestalt" – Antisemitismus und Antizionismus in der österreichischen Linken) in der Mai-Ausgabe von »Weg und Ziel« zu lesen. Wir sehen es als eine tiefe Beleidigung und ein absolut unsolidarisches Verhalten, in einem offensichtlich schlecht recherchierten Artikel (die „Kampagne Tawfik Chaovali" gibt es schon längst nicht mehr, trotzdem werden ihre Veröffentlichungen zu Rate gezogen, obgleich es eine große Zahl von Veröffentlichungen aktuelleren Datums gibt) zumindest indirekt, und jedenfalls ohne jede vorhergehende Rücksprache implizit als Antisemiten diffamiert zu werden.

Wir verstehen uns als Initiative, die es als ihre Verantwortung sieht, die Einhaltung der Menschenrechte kritisch zu überprüfen und dem gesellschaftlichen Rechtsruck, der sich in politischen und sozialen Verschärfungen auf den unterschiedlichsten Ebenen materialisiert, konkret entgegenzutreten. Aus diesem grundlegenden Verständnis ist unsere Arbeit zum palästinensischen Kriegsgefangenen Tawfik Chaovali, dessen grundlegende Rechte in den mittlerweile dreizehn Jahren seiner Haft systematisch mißachtet worden sind, unmittelbare Verantwortung.

Gerade in einer Phase, in der Chaovali einen Hungerstreik durchführt, den er am 23. Juni mit dem Ziel seiner Freilassung begonnen hat, denken wir, daß es der KPÖ als fortschrittlicher und demokratischer Kraft besser zu Gesicht stehen würde, konkret Position zu beziehen und Chaovali zu unterstützen, anstatt solcherart Artikel zu veröffentlichen.

Wobei uns die unglaubliche Arroganz des Autors schon noch einmal speziell verwundert hat, schockiert waren wir allerdings wirklich bezüglich des Ablaufes der Präsentationsveranstaltung der vorliegenden »Weg und Ziel«-Ausgabe. Der latente Rassismus, der schon dem Artikel von Grigat innewohnt, materialisierte sich dort in einem geifernden und gröhlenden Mob, der einen Menschen, einfach aus dem Grund, daß er arabischer Herkunft war, aus dem Saal brüllte. Dieser bedenkliche Vorfall zeigt die Überhandnahme eines spezifischen Rassismus innerhalb von Teilen der Linken, die arabische Menschen offensichtlich nur mehr als willenlose Opfer oder als blutrünstige Fanatiker typologisieren können und wollen.

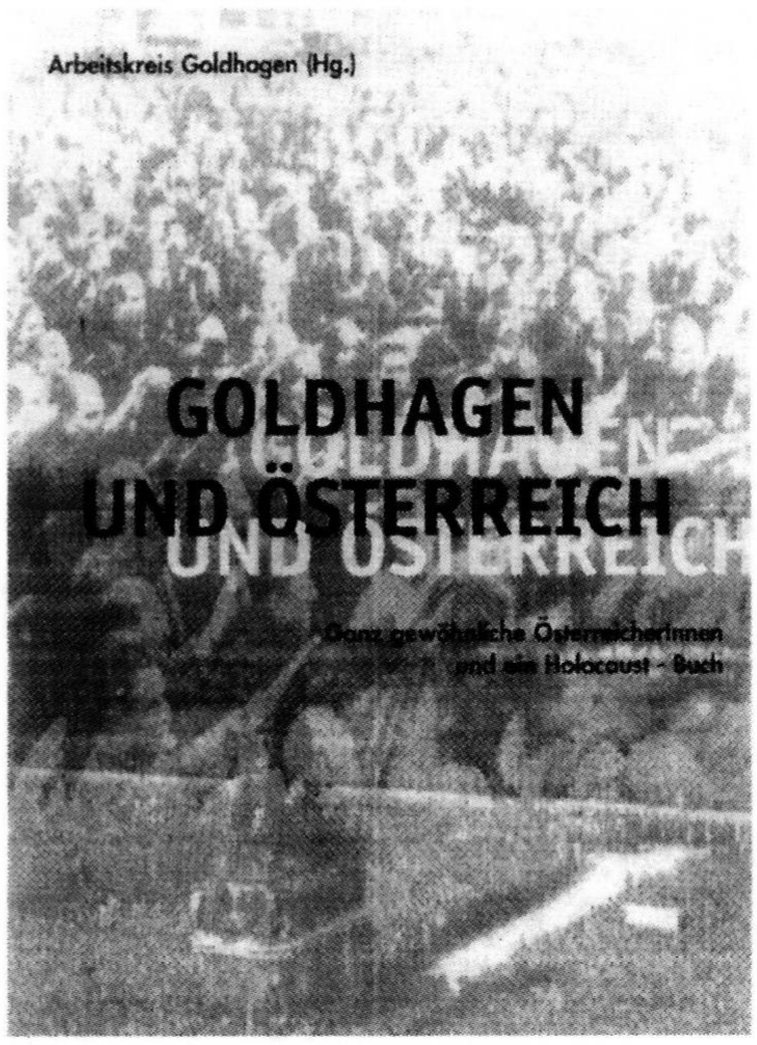


Carlos Mérida, Die Stadt Nr. 1, 1965 (Ausschnitt)

Zweifellos ist hier Handlungsbedarf angesagt und unserer Meinung nach ist es auch die politische Verantwortung der KPÖ, hier unmißverständlich Stellung zu beziehen und dieser Stellungnahme konkrete Taten folgen zu lassen. Im Sinne einer Richtigstellung und zugleich einer Antwort auf die vorgebrachten Diffamierungen durch den Artikel von Stephan Grigat fordern wird zudem die Redaktion von »Weg und Ziel« auf, unseren vorliegenden Antwortbrief zu veröffentlichen.

Mit solidarischen Grüßen

Kampagne zur Verteidigung
politischer und
sozialer Rechte



Arbeitskreis Goldhagen (Hg.)

Goldhagen und Österreich
Ganz gewöhnliche Österreicher(Innen)
und ein Holocaust-Buch

Die Broschüre zur Rezeption von Daniel Goldhagens "Hitlers willige Vollstrecker" in der österreichischen Medienlandschaft.
In Deutschland führte das Buch zu heftigen Debatten und zu zahlreichen Publikationen. Gab es auch in Österreich eine "Goldhagen-Kontroverse"?

Erhältlich in ausgewählten Buchhandlungen
oder per Versand zum Preis von ATS 60.-/ DM 9.- bei:

AK Goldhagen
c/o Fachschaft Informatik
Treitlstrasse 3
1040 Wien
e-mail: akgoldhagen@swi.ml.org

Antisemitismus ist vor allem eine Tatsache

Über einige Mißverständnisse im Zusammenhang mit dem Antisemitismus-Heft (»Weg und Ziel« 2/1998)

Gerhard SCHEIT

Es ist ein eigenartiges Phänomen:
es genügt, einen bestimmten Begriff
aufs Programm zu setzen, zum Thema
zu machen oder in den Raum
zu stellen, und schon schnappen die
entsprechenden Mechanismen
in den Köpfen ein. Ein Film läuft ab,
ein Ritual wird vollzogen:
der Begriff dient als Schlagwort,
kaum einer hört noch zu, liest
oder denkt nach, stattdessen wird
drauflos geschlagen.

Die Präsentation des von Stephan Grigat und mir gestalteten Schwerpunkt-Heftes von »Weg und Ziel« zum Thema Antisemitismus (am 16. Juni im NIG der Uni Wien) wäre fast in dieser Weise verlaufen, wenn sich nicht doch einige wirklich Zuhörende eingefunden hätten, die uns nachdenkliche Fragen stellten. Bei dem anderen Teil des Publikums jedoch waren die Reaktionen buchstäblich vorprogrammiert.

Der Leserbrief der „Kampagne zur Verteidigung politischer und sozialer Rechte“ (siehe vorliegende Ausgabe) verlängert dieses Ritual und macht daraus ein absurdes Theater: er verlangt allen Ernstes, daß man mit der „Kampagne“ erst Rücksprache halten müsse, ehe man sie als antisemitisch diffamieren dürfe. Des weiteren ist im Zusammenhang mit der Präsentation des Heftes von einem „geifernden und gröhlenden Mob“ die Rede, der einen Menschen, „einfach aus dem Grund, daß er arabischer Herkunft war, aus dem Saal brüllte“. Niemand hat gebrüllt, gegröhlt oder gegeifert. Arabische Menschen wurden weder als „willenlose Opfer“ noch „blutrünstige Fanatiker“, sondern als Zuhörer betrachtet, mit denen sich diskutieren läßt. Aber Diskussion war bei dem Abgesandten der „Kampagne“ offenkundig nicht erwünscht. Warum der Artikel von Stephan Grigat schlecht recherchiert sei, wird in dem Leserbrief so begründet: „die Kampagne Tawfik Chaovali gibt es schon längst nicht mehr, trotzdem werden ihre Veröffentlichungen zu Rate gezogen, obgleich es eine große Zahl Veröffentlichungen aktuelleren Datums gibt“ – die aktuelleren stammen also offenkundig von einer „Kampagne“, die es schon längst nicht mehr gibt.

Political correctness und immanente Kritik

Der Artikel von Winfried R. Garscha, der sich ebenfalls mit Stephan Grigats Aufsatz über den linken Antisemitismus beschäftigt („Wie man linkem Antisemitismus nicht beikommt“ in »Weg und Ziel« 3/1998), folgt zunächst einem akademischen Ritual: er verweist auf Quellen, die eine differenziertere Darstellung erfordert hätten und konfrontiert den Aufsatz mit anderen Studien, die dieses Erfordernis eher erfüllt hätten. Abgesehen davon, daß ein Artikel kaum so differenziert ins Detail gehen kann wie jene umfassenden Studien von Margit Reiter und Kurt Tweraser, die Garscha erwähnt, wäre wirklich nachzuweisen, inwieweit Grigat im Ergebnis von ihnen abweicht.[1] Garscha aber beurteilt Grigats Vorgangsweise als unwissenschaftlich im Hinblick auf die Fakten, ohne sich hier auf die Details näher einzulassen, die für einen solchen Vorwurf allein von Bedeutung wären. Es ist richtig, daß die konkreten Ereignisse in Bad Ischl relativ schlecht zu rekonstruieren sind. Sehr eindeutig ist aber, was die KP nachher dazu geschrieben hat.

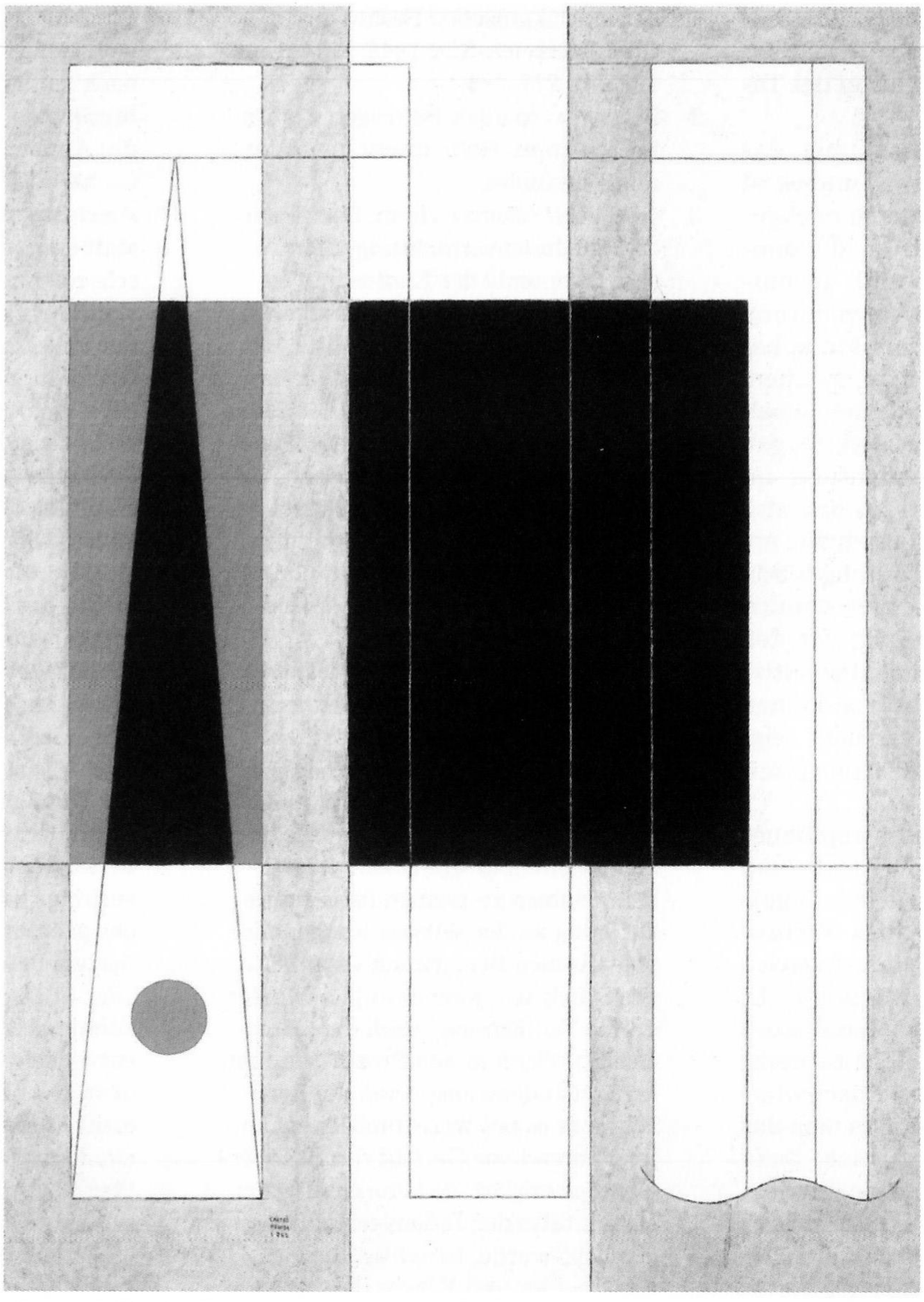
Die Kritik von Garscha geht jedoch darüber hinaus und verweist auf ein wirkliches Problem der Antisemitismus-Forschung. In Grigats Artikel werde der „durch und durch antisemitische Charakter des philosophischen, gesellschaftstheoretischen und politischen Diskurses der letzten Jahrzehnte des vorigen und der ersten Jahrzehnte unseres Jahrhunderts“ ausgeblendet, und „völlig ahistorisch“ der „heutige Diskurs zum Maßstab der Beurteilung“ erklärt: „Das heißt beispielsweise, daß eine konkrete Aussage von Marx oder Engels nicht daran gemessen wird, inwieweit sie unter *damaligen* Bedingungen emanzipatorisch war, sondern inwieweit sie der vom Autor postulierten political correctness der Gegenwart entspricht. (...) Ein Blick in beliebige zeitgenössische Bücher genügt, um festzustellen, daß es niemand gab, der den antisemitischen (und patriarchalen usw.) Charakter des politischen Diskurses jener Zeit erkannt hätte. Marx und Engels ihren Antisemitismus vorzuwerfen, liegt ungefähr auf derselben Ebene wie ein Vorwurf an Galilei, daß er die Quantenphysik nicht kapiert habe.“ (»Weg und Ziel« 3/1998, S. 35)

Hier fällt die richtige Erkenntnis eines Problems mit einer falschen Vereinfachung zusammen: der Vergleich mit der Quantenmechanik ist nicht nur falsch, weil er ein naturwissenschaftliches Phänomen mit einem gesellschaftlichen auf eine Ebene stellt; die Mechanik des Antisemitismus war bereits in einzelnen Aspekten gut bekannt, als der Antisemitismus selbst seinen Aufschwung im 19. Jahrhundert erlebte und sich viele an seinen ‚Diskurs‘ anpaßten. Von Gottfried Ephraim Lessing und Marcus Herz über Rahel Varnhagen, Heinrich Heine und Ludwig Börne bis zu Moses Heß und Josef Popper-Lynkeus, Arnold Zweig und Arthur Schnitzler finden sich zahlreiche Autoren, auf die eine historische Kritik des Antisemitismus Bezug nehmen kann und auch soll. Es gab eben nicht nur *einen* Diskurs, sondern viele, einander widersprechende, gerade auch im Falle des Antisemitismus, und es käme für Historiker durchaus darauf an, diese Differenzen herauszuarbeiten.

Stephan Grigat nimmt zwar in seinem Artikel auf zeitgenössische Antisemitismus-kritische Positionen keinen Bezug, der Vorwurf des Ahistorischen trifft ihn aber dennoch nicht, da er eben keineswegs mit der Meßlatte

der political correctness an die antisemitischen Äußerungen der Vergangenheit herantritt, vielmehr im Falle etwa von Marx, durchaus Marx mit Marx kritisiert. Es handelt sich also um eine immanente Kritik im besten Sinne: sie arbeitet die inneren Widersprüche des Marxismus heraus – dies natürlich auf der Höhe der Fragestellungen der heutigen Zeit. Von dieser Höhe aber zu abstrahieren und sich einfach in die Geschichte zurückzuversetzen, kann wohl nicht die Alternative sein. (In den antisemitischen Diskurs der Vergangenheit sich solcherart hineinzuversetzen, entspricht eher den politischen Anwandlungen mancher Linker, dem Rassismus der rechtsextremen Schlägerbanden Verständnis entgegenzubringen, da es sich doch um sozial Schwache handle, die selbst getreten werden.) Allerdings bleibt es ein wirkliches, und mit akademischen Rezepten nicht zu erledigendes Problem jeder historischen Kritik, das Spannungsverhältnis zwischen dem Erkenntnishorizont der Gegenwart und dem der Vergangenheit zum Gegenstand der Reflexion zu machen.

Während Garscha hier auf einen neuralgischen Punkt der Kritik hinweist, ist sein Vorwurf, daß für Stephan Grigat „Israel samt seiner derzeitigen reaktionären politischen Führung jenseits der Kritik“ stünde, schlichtweg eine Erfindung. In dem Aufsatz von Grigat heißt es unzweideutig: es „kann (...) nicht jede Kritik an Politik, die in Israel gemacht wird, als antisemitisch diskreditiert werden. Es geht nicht darum, *ob* man Israel kritisieren darf, sondern darum, *wie* man es kritisiert. Nicht jeder antizionistischen Äußerung liegt Antisemitismus zugrunde.“ (»Weg und Ziel« 2/1998, S. 9) In diesem Zusammenhang zeichnet sich bei Garscha auch ein Mißverständnis im Hinblick darauf ab, was als „antinationaler“ Standpunkt bezeichnet wird: eine Position, die das Existenzrecht Israels anerkennt, „soll bitte nicht als ‚antinational‘ daherkommen“. Abgesehen davon, daß antinational zu denken keineswegs heißt, keine Differenzierungen zwischen der Politik der einzelnen Nationalstaaten mehr zu machen, setzt eine konsequente antinationale Kritik das Wissen voraus, daß in der *Form der Nation* selber die antisemitische Aggression ihren Ursprung hat, auch wenn sie nicht in allen Nationen zum Durchbruch kommt[2] – und damit der Staat Israel gegenüber den anderen Nationen von vornherein in einer exponierten Position steht, weil er jene schützt, die in den anderen Nationalstaaten als Sündenbock der Krisen ‚auserwählt‘ sind. Solange also Nationen existieren, hat der konsequente antinationale Standpunkt das Existenzrecht Israels mit besonderem Engagement zu behaupten.



Carlos Mérida, Zusammengesetzte Fläche Nr. 1, 1962

Das Mißverständnis oder die Unfähigkeit, sich auf diese Argumentation einzulassen, geht vermutlich auf eine tiefsitzende Aversion gegen eine konsequente antinationale Kritik zurück. Im übrigen allerdings bietet der Artikel von Garscha eine Fülle wichtiger historischer Ergänzungen des Beitrags von Stephan Grigat und des Antisemitismus-Hefts insgesamt und stellt paradoxerweise eine Bereicherung für eine kritische Sicht des Antisemitismus der Linken in Österreich dar.

Auschwitz und der ‚gespenstische‘ Antisemitismus

Der Aufsatz von Stephan Ganglbauer „Auschwitz ist vor allem eine Tatsache“ im selben Heft (»Weg und Ziel« 3/1998) bezieht sich nicht unmittelbar auf den Antisemitismus-Schwerpunkt, kritisiert aber in einer Anmerkung einen Artikel von Stephan Grigat, der diesem vorausging (»Weg und Ziel« 1/1997): Grigat „überbietet in seiner ‚wertkritischen‘ Ausrichtung noch das Gespenstische jener ‚Ökonomie der Endlösung‘, zu der Götz Aly und Susanne Heim (...) gelangt sind.“ (S. 46) Hier wird der Gegensatz zwischen der wertkritischen Position Grigats und der ökonomistischen Sichtweise Alys und Heims[3] unterschlagen – ein Gegensatz, der sich unter anderem darin manifestiert, daß sich die wertkritische Position, soweit sie ihrem Begriff gerecht wird, durchaus des „Gespenstischen“ bewußt zu werden versucht, ja daß sie vom „Gespenstigen“, wie es Marx in seiner Analyse des Kapitalverhältnisses

herausgearbeitet hat, geradezu ausgeht und darin nicht zuletzt den Ansatzpunkt des Antisemitismus erkennen kann. Um solches *Bewußtmachen* allein kann es einer dialektischen Wertkritik gehen, nicht jedoch – wie Ganglbauer ihr unterstellt – um eine „rationale Erklärung des historisch beispiellosen Großverbrechens" Auschwitz, eine Erklärung, die nur um den „Preis einer Rationalisierung des Schreckens" zu haben sei (S. 43).

Auschwitz läßt den Begriff der Rationalität tatsächlich fraglich werden. Damit aber ist niemand (und schon gar nicht ein Landsmann der Täter und Zuschauer) der Aufgabe enthoben, den Zusammenhang zwischen Antisemitismus und Auschwitz offenzulegen, über den Grigat schreibt und über den sich der Artikel von Ganglbauer ausschweigt. Auf Hannah Arendt sich emphatisch zu berufen, bietet für dieses Schweigen eine zweifelhafte Legitimation, denn gerade bei Arendt bleibt dieser Zusammenhang unterbelichtet, soweit sie die falsche Abstraktion des Totalitarismus bedient.

Man kann das Staunen über das Unfaßbare auch kultivieren – und es ist im Kultur- und Geistesbetrieb nachgerade zu einer Pose geworden, die anonymen bürokratischen und technischen Mechanismen der Vernichtung anzustaunen. Auschwitz als Metapher kann jedenfalls unsichtbar machen, was die Begriffe Holocaust und Shoah immerhin in Erinnerung riefen: Es gab eine Hierarchie der Vernichtung im Nationalsozialismus, und an oberster Stelle dieser ebenso ideologisch wie organisatorisch-industriell durchgeführten Hierarchisierung der Opfer standen die Juden, unmittelbar gefolgt von den Roma und Sinti. Wer vom Antisemitismus und vom ‚Antiziganismus' keinen Begriff hat, wird immer versucht sein, die spezifische Lage dieser Opfergruppen auszublenden.

Es ist kein Zufall, daß Ganglbauer am Ende seines Artikels die *Ermittlung* von Peter Weiss als die „weitest mögliche Annäherung (...) an das Verbrechen, das menschliches Erfahrungsvermögen übersteigt," in Erwägung zieht (S. 46): Es ist dies, was Ganglbauer nicht erwähnt oder gar nicht bemerkt hat, ein Stück über den Auschwitz-Prozeß und über Auschwitz, in dem das Judentum nicht vorkommt, nicht beim Namen genannt wird.[4] Gerade über ein Verbrechen, das menschliches Erfahrungsvermögen übersteigt, sollte jedoch so konkret wie möglich geschrieben und gesprochen werden. Statt bei Auschwitz das „Totalitäre" nach demokratischer Sitte (mit Betroffenheitsgesten und Entrüstungsformeln) zu beschwören, ist von den Voraussetzungen der Vernichtung der Juden, Roma und Sinti zu reden, mit denen auch die Demokratie – der gute Geist des Kapitals – nicht bricht. Nur dann besteht Chance, sich des Gespenstischen bewußt zu werden, ohne es zu rationalisieren. ■

Von Gerhard SCHEIT erschien Ende Mai ein neues Buch im Hamburger Konkret-Verlag: „Mülltrennung – Beiträge zu Politik, Literatur und Musik".

Anmerkungen

1 Vgl. hierzu die Einschätzung der Demonstration und der Rolle der KP-Funktionäre bei Kurt Tweraser: US-Militärregierung Oberösterreich. Bd.1. Sicherheitspolitische Aspekte der amerikanischen Besatzung in Oberösterreich-Süd 1945-1950, Linz 1995, S. 277-284.

2 Dies wird in allen Beiträgen des Antisemitismus-Hefts direkt oder indirekt begründet.

3 Götz Aly/Susanne Heim: Sozialpolitik und Judenvernichtung. Gibt es eine Ökonomie der Endlösung? In: Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Bd. 5, Berlin 1987; Dies.:Vordenker der Vernichtung und die deutschen Pläne für eine europäische Ordnung. Hamburg 1991. Zur Kritik an dieser Position vgl. Uli Krug: Ewiges Rätsel Auschwitz. Über die Unfähigkeit den säkularen Zivilisationsschwund auf den Begriff zu bringen. In: »Bahamas« 25/1998, S. 30-36.

4 Tatsächlich kommt das Wort Jude (auch die Bezeichnung ‚Zigeuner' oder Roma) in dem ganzen Stück nicht vor. Sein Autor, der einen jüdischen Vater hat und selbst in jungen Jahren ins Exil getrieben wurde, vermeidet offenbar mit Absicht, sie beim Namen zu nennen (was James E. Young zu der seltsam klingenden, polemischen Bemerkung veranlaßte, das Stück sei „judenrein [...] wie der größte Teil Europas nach dem Holocaust"). Wenn in den Prozeßprotokollen von Judentransporten die Rede ist, heißt es bei Weiss bloß Transporte; während vor Gericht der Sachverständige erklärt, daß Auschwitz zur Hauptstätte der Judenvernichtung gemacht wurde, berichten die Zeugen, Richter und Kläger des Oratoriums: „Von den 9 Millionen 600 Tausend Verfolgten / die in den Gebieten lebten / die ihre Verfolger beherrschten / sind 6 Millionen verschwunden." Wo es absolut nicht mehr zu vermeiden ist, spricht Weiss von „rassischen Häftlingen". Die polnische Herkunft einer Frau oder die russische der Kriegsgefangenen findet Erwähnung, in keinem Fall jedoch die jüdische. Nur an einer Stelle wird von einem Nazi berichtet, der eine Frau als „Sarah" anspricht, ehe er sie erschießt. Wenn der Ankläger mitteilt, daß die ersten Vergasungen „Anfang September 1941 / probeweise an sowjetischen Kriegsgefangenen / vorgenommen wurden" – wird gleichzeitig verschwiegen, wofür hier geprobt wurde, an wem die Vergasungen nicht mehr als Probe, sondern als „Endlösung" vorgenommen wurden. Hat Peter Weiss das Wissen vorausgesetzt, daß es sich bei den Verfolgten und Vernichteten in erster Linie um Juden handelte – oder wollte er vermeiden, das Judentum nach den Nürnberger Gesetzen zu bestimmen, um nicht die Perspektive des Antisemitismus festzuschreiben (so hätte er doch immerhin von rassistisch stigmatisierten Häftlingen statt von „rassischen Häftlingen" schreiben müssen)? Wollte er Abstand nehmen vom Zionismus und der Idee einer jüdischen Nation? Die Dramaturgie von Weiss glaubte, den ‚Irrationalismus' des Antisemitismus nicht ernst nehmen zu müssen, dafür aber umso mehr die ‚Rationalität' des Kapitals, die sie vom Antisemitismus isoliert. Sie möchte unter allen Umständen die Klassenkampf-Konzeption auf das Vernichtungslager übertragen – und hier liegt auch der Grund für den Brechtschen Lehrstück-Ton des ganzen Oratoriums. Das Lager erscheint als kapitalistische Ausbeutung ‚höheren Grades'; die Verfolger und Mörder werden als Kapitalisten cum grano salis, die Verfolgten und Ermordeten als Stellvertreter des Proletariats zur Sprache gebracht, wenn das Lager als ein System beschrieben wird, worin, „der Ausbeutende in bisher unbekanntem Grad / seine Herrschaft entwickeln durfte / und der Ausgebeutete / noch sein eigenes Knochenmehl / liefern mußte." Vgl. hierzu meine Aufsätze „Am Ende der Metaphern" und „Opferkult und revolutionäres Subjekt" in: Gerhard Scheit: Mülltrennung. Beiträge zu Politik, Literatur und Musik. Hamburg, 1998, S. 93-119.

Abobedingungen

Das »Weg und Ziel«-Abonnement kann jederzeit schriftlich bestellt werden und beginnt mit der nächsterreichbaren Ausgabe. Das Abonnement gilt für den Rest des laufenden Jahrganges und für den darauffolgenden Jahrgang. Früher erschienene Hefte können - falls noch lieferbar - einzeln bestellt werden (siehe nebenstehendes Angebot). Das Abonnement gilt als um ein weiteres Jahr (5 Ausgaben) verlängert, wenn es nicht bis spätestens 15. Dezember schriftlich gekündigt wird. Die Kündigung ist nur zum Ende eines Jahrganges möglich. Das Abonnement ist gegen Rechnung im voraus zahlbar.

Preise:
Österreich: . . . . . .250,— öS
Deutschland: . . . . . 45,— DM
übriges Ausland: . . . . . .250,— öS zzgl. Porto

Probeabonnement

Wenn Sie »Weg und Ziel« kennenlernen und sich von den Vorzügen eines regelmäßigen Bezuges überzeugen möchten, bieten wir Ihnen ein kostenloses und unverbindliches Probeabonnement an. Sie erhalten die nächsten drei Ausgaben gratis zugesandt. Danach werden wir uns wieder an Sie wenden und Sie zu einer Fortsetzung des Bezugs im Normalabo einladen. Das Probeabo kann aus verständlichen Gründen nur einmal eingerichtet werden.

WEG UND ZIEL

Preis je Heft: 40,- öS (ab Heft 1/97: 50,- öS) zuzüglich Porto

WUZ9201	Weg und Ziel 1/92	Amerika! Amerika!
WUZ9202	Weg und Ziel 2/92	Menschenbilder
WUZ9203	Weg und Ziel 3/92	Leo Kofler 85
WUZ9204	Weg und Ziel 4/92	Fortschritt
WUZ9205	Weg und Ziel 5/92	Das österreichische „Wesen"
WUZ9206	Weg und Ziel 6/92	Rückkehr des Politischen
WUZ9301	Weg und Ziel 1/93	Nation(alismus)
WUZ9302	Weg und Ziel 2/93	Ästhetik
WUZ9303	Weg und Ziel 3/93	Dritte Welt im Abseits
WUZ9305	Weg und Ziel 5/93	Menschenrechte
WUZ9306	Weg und Ziel 6/93	Der reale Kapitalismus
WUZ9401	Weg und Ziel 1/94	„Kalte Frauen"?
WUZ9402	Weg und Ziel 2/94	Europa der Regionen?
WUZ9403	Weg und Ziel 3/94	Alles Öko?
WUZ9404	Weg und Ziel 4/94	Medienwirklichkeit
WUZ9405	Weg und Ziel 5/94	Individualisierung
WUZ9501	Weg und Ziel 1/95	Mensch-Maschinen-Geister
WUZ9502	Weg und Ziel 2/95	Das politische System
WUZ9503	Weg und Ziel 3/95	Mega-Stadt-Raum
WUZ9504	Weg und Ziel 4/95	Inszenierte Literatur
WUZ9505	Weg und Ziel 5/95	Der Nürnberger Prozeß
WUZ9601	Weg und Ziel 1/96	Armut im Überfluß
WUZ9602	Weg und Ziel 2/96	Liebe, Sex & Sinnlichkeit (in Fotokopie)
WUZ9603	Weg und Ziel 3/96	Welt-Meisterschaft
WUZ9604	Weg und Ziel 4/96	Oh, du teure Bildung
WUZ9605	Weg und Ziel 5/96	Kirche/Religion
WUZ9701	Weg und Ziel 1/97	Auto/Industrie/Global
WUZ9702	Weg und Ziel 2/97	Surrealismus/Marxismus/ Psychoanalyse
WUZ9703	Weg und Ziel 3/97	Von Klassen-, Geschlechter- und Liebesgefechten
WUZ9704	Weg und Ziel 4/97	80 Jahre Russische Revolution
WUZ9705	Weg und Ziel 5/97	Pop
WUZ9801	Weg und Ziel 1/98	Brecht/Eisler
WUZ9802	Weg und Ziel 2/98	Antisemitismus
WUZ9803	Weg und Ziel 3/98	Un/mverteilung
WUZ9804	Weg und Ziel 4/98	Haider und die Freiheitlichen

Folgende Bücher können bei uns portofrei bestellt werden:

Gero Fischer /
Maria Wölflingseder (Hg.):
Biologismus – Rassismus – Nationalismus. Rechte Ideologien im Vormarsch, 260 Seiten, 215 Schilling, 29.80 DM.
(Bestellcode: BuchBIO)

Franz Schandl /
Gerhard Schattauer:
Die Grünen in Österreich. Entwicklung und Konsolidierung einer politischen Kraft, 600 Seiten inklusive Anhang, 499 Schilling, 69 DM.
(Bestellcode: BuchGRÜ)

WEG UND ZIEL - Abo

❍ Hiermit bestelle ich ein »Weg und Ziel«-Abonnement zu den oben genannten Bedingungen.

Datum Unterschrift

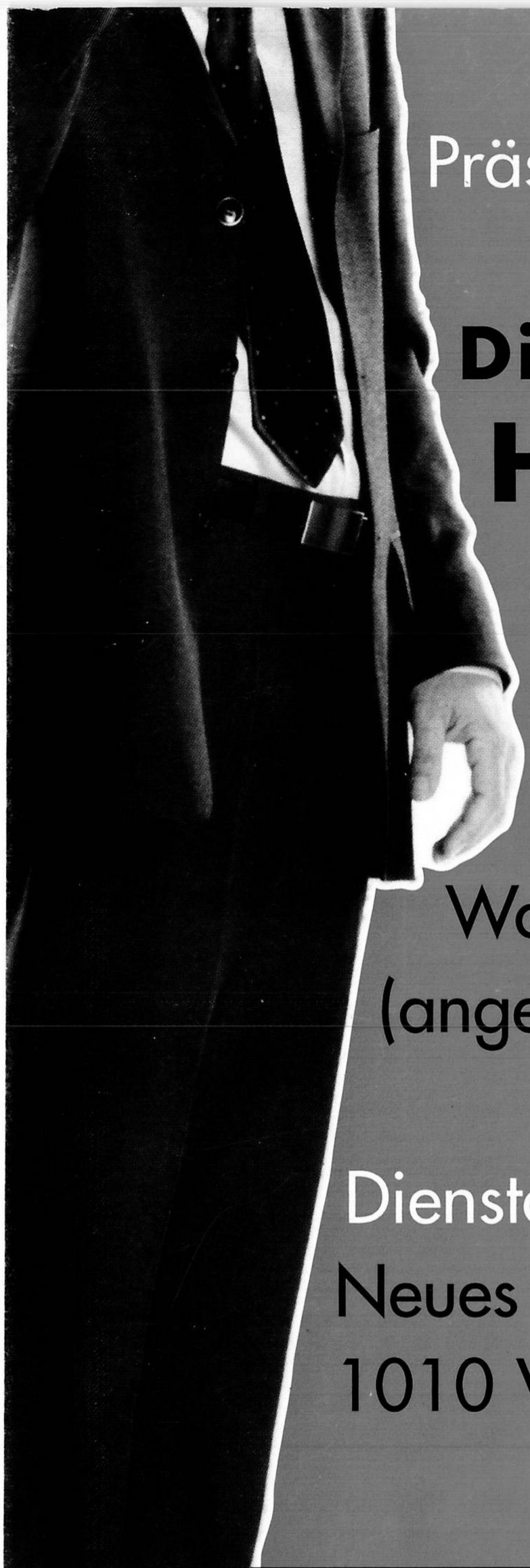
❍ Hiermit bestelle ich ein »Weg und Ziel«-Probeabo über 3 Ausgaben.

Einzelhefte

❍ Hiermit bestelle ich folgende Einzelhefte:

Bestellnummer	Stück

Datum Unterschrift



Präsentation von Weg und Ziel 4/1998

Diskussion zum Thema
Haider und die Freiheitlichen

Mit Gerhard Scheit, Franz Schandl,
Walter Baier, Brigitte Bailer-Galanda
(angefragt) und anderen

Dienstag 24. November 1998, 20^{00}
Neues Institutsgebäude, HS 2
1010 Wien, Universitätsstraße 7

P.b.b. Erscheinungsort Wien,
Verlagspostamt 1020 Wien

Absender:
Bitte gut leserlich ausfüllen!!!

Name

Straße

Ort

6.50

An
Kemmerling Zöchling & Partner
Medien- und Informationsdienste KEG
Weg und Ziel-Vertrieb

Schottengasse 3a/1/4/59
1010 Wien